

**Fachserie 3 / Reihe 2. S. 4**

# **LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI**

**Methodische Grundlagen  
der Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen  
Betrieben**

**2005**

Statist. Bundesamt - Bibliothek



05-13717

**Statistisches Bundesamt**

**Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden**

**Fachliche Informationen  
zu dieser Veröffentlichung:**

Gruppe VII A, Zweigstelle Bonn  
Tel.: +49 (0) 18 88 / 644 86 60  
Fax: +49 (0) 18 88 / 644 89 72  
[agrar@destatis.de](mailto:agrar@destatis.de)

**Allgemeine Informationen  
zum Datenangebot:**

Informationsservice,  
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05  
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30  
[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

**Veröffentlichungskalender  
der Pressestelle:**

[www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm](http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm)

Erscheinungsfolge: zweijährlich

Erschienen im August 2005

Preis: EUR 17,50 [D]

Bestellnummer: 2032604-05900-1

Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

**Vertriebspartner:** SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50  
Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35  
[destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)  
[www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)

# Inhalt

	Seite
<b>Textteil</b>	
Vorbemerkung .....	6
<b>Hinweise zur Methodik</b>	
1 Allgemeines.....	7
1.1 Veränderungen in der Agrarstatistik 2005 .....	7
1.2 Verlauf der Agrarstrukturerhebung 2005 .....	7
1.3 Die Agrarstrukturerhebung 2005.....	7
1.4 Für 2005 geltende Rechtsvorschriften .....	8
2 Betrieb als Erhebungs- und Darstellungseinheit	
2.1 Allgemeines.....	8
2.2 Erhebungs- und Darstellungsbereich .....	8
2.3 Betriebsort.....	8
3 Merkmals(Erhebungs)programm.....	12
4 Verwendete Begriffe und Definitionen.....	13
5 Erläuterungen zum Verfahren der Betriebsklassifizierung	
5.1 Allgemeines.....	24
5.2 Veränderungen 2003 gegenüber 2001.....	24
5.3 Unterschiede im Klassifizierungsverfahren.....	24
5.4 Verfahren der Betriebsklassifizierung – BWA	
5.4.1 Allgemeines.....	24
5.4.2 Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung.....	25
5.4.3 Die wirtschaftliche Betriebsgröße .....	25
5.5 Berechnung der Standarddeckungsbeiträge.....	29
5.6 Sonderfälle bei der Berechnung der SDB.....	29
6 Hinweise zur Stichprobenerhebung .....	32
6.1 Stichprobenverfahren.....	32
6.2 Stichprobenumfang .....	32
6.3 Schichtung .....	32
6.4 Hochrechnung .....	33
6.5 Genauigkeit .....	33
7 Vorbereitung der Erhebung.....	33
8 Aufbereitung	
8.1 Technische Vorarbeiten für die Aufbereitung.....	38
8.2 Kontrollarbeiten .....	38
8.3 Tabellenprogramm .....	39
9 Veröffentlichung der Ergebnisse	
9.1 Veröffentlichungen durch das Statistische Bundesamt (StBA) .....	40
9.2 Veröffentlichungen durch die Statistischen Landesämter (StLÄ) .....	41
10 Unterschiede zwischen Ergebnissen aus totalen und repräsentativen Zählungsteilen für gleiche Sachverhalte.....	41
11 EG-Agrarstrukturhebung 2005 .....	41
<b>Übersichten innerhalb der Hinweise zur Methodik</b>	
Übersicht 1: Agrarstrukturerhebungen sowie Erhebungen über die Bodennutzung und Viehbestände in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1999-2007 .....	9
Übersicht 2: Agrarstrukturerhebung 2005 - Integrierte Erhebung - .....	10
Übersicht 3: Schematische Übersicht über die Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2005 .....	11
Übersicht 4: Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2005 zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft - BWA 1-5.....	26
Übersicht 5: Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2005 zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft - BWA 6-9.....	30
Übersicht 6: Auswahlplan für die Agrarstrukturerhebung 2005 .....	34

Anlage 1	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322) .....	45
Anlage 2	Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118) .....	83
Anlage 3	Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 vom 02. März 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004) .....	105
Anlage 4	Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910) .....	129
Anlage 5	Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584) .....	131
Anlage 6	Erhebungsvordrucke zur ASE 2005 .....	139
Anlage 7	Anleitung zur Durchführung der ASE 2005 .....	167
Anlage 8	Verzeichnis der Sachgebietstabellen zur ASE 2005 .....	239
Anlage 9	Gesamtüberblick über die Vorspalten-Größenklassenschemata für LF, SDB, Altersgruppen und Arbeitskräfte in den Aufbereitungstabellen zur ASE 2005 .....	241



## Abkürzungen

A	=	Arbeitstabelle
a	=	Ar
ABL	=	Amtsblatt (der Europäischen Gemeinschaft)
AgrStatG	=	Agrarstatistikgesetz
AK-Einheit	=	Arbeitskräfte-Einheit (Maßeinheit der Arbeitsleistung)
AMR	=	Arbeitsmarkregionen
ASE	=	Agrarstrukturerhebung
BENA	=	Benachteiligte Landwirtschaftsgebiete
BF	=	Betriebsfläche
BGBL	=	Bundesgesetzblatt
BMVEL	=	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BRL	=	Betriebsregister Landwirtschaft
BStatG	=	Bundesstatistikgesetz
BVVG	=	Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft
BWA	=	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung
EG	=	Europäische Gemeinschaften
EU	=	Europäische Union
EUROFARM	=	Informationssystem der EG zur landwirtschaftlichen Strukturstatistik
Eurostat	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
F	=	Forstwirtschaftliche Betriebe
ha	=	Hektar
KTBL	=	Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft
L	=	Landwirtschaftliche Betriebe
LF	=	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
LWG	=	Landwirtschaftliche Wirtschaftsgebiete
LZ	=	Landwirtschaftszählung
NAGE	=	Nichtadministrative Gebietseinheiten
R	=	Repräsentativerhebung
StAV	=	Statistikanpassungsverordnung
StBA	=	Statistisches Bundesamt
SDB	=	Standarddeckungsbeitrag
StLÄ	=	Statistische Landesämter
T	=	Totalerhebung

## Vorbemerkung

In der Bundesrepublik Deutschland werden Agrarstrukturerhebungen im zweijährlichen Abstand seit 1975<sup>1)</sup> durchgeführt. Ab 1999 findet mit der „Integrierten Erhebung“ ein neues Organisationskonzept der zeitgleichen Erhebung aller betrieblichen Produktions- und Strukturmerkmale Anwendung. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die bisherige Bezeichnung Agrarberichterstattung durch den Begriff Agrarstrukturerhebung ersetzt. Mit dem Erhebungs- und Darstellungsprogramm der Agrarstrukturerhebung werden die Anforderungen der im selben zweijährlichen Turnus vorgeschriebenen Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe der Europäischen Gemeinschaft erfüllt<sup>2)</sup>. In Jahren mit einer Landwirtschaftszählung, die im Abstand von 8 bis 12 Jahren durchgeführt wird, ist die Agrarstrukturerhebung in diese Großzählung integriert. Landwirtschaftszählungen und Agrarstrukturerhebungen werden unter dem Oberbegriff „Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ zusammengefasst. Entsprechend werden alle im Rahmen der Landwirtschaftszählung erhobenen Daten auch als Ergebnisse der Landwirtschaftszählung veröffentlicht. Die Weinbauerhebung 1999 war erstmals integrierter Bestandteil der Landwirtschaftszählung, wobei auch weitere Merkmale aus der Weinbaukartei verwendet wurden. Neben der Landwirtschaftszählung werden die Gartenbau- und die Binnenfischereierhebung als nachfolgende Erhebungen der Großzählung durchgeführt.

Ziel der Erhebungen über die Struktur land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ist die Bereitstellung aktueller betriebsbezogener Daten über die Produktionsstrukturen und -kapazitäten der Betriebe sowie über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Betriebsinhaber und/oder -leiter. Der Ergebnismachweis bezieht sich u.a. auf die Nutzung der Bodenflächen, auf Viehbestände, den Einsatz von Arbeitskräften, sozialökonomische Verhältnisse sowie Eigentums- und Pachtverhältnisse. Die Veränderungen im zeitlichen Verlauf spiegeln den strukturellen und sozialen Anpassungsprozess der Landwirtschaft an veränderte marktwirtschaftliche und agrarpolitische Bedingungen wider. Sie dienen einer Abschätzung künftiger Entwicklungen und sind somit eine unentbehrliche Grundlage für sachgerechte agrarpolitische und sozialökonomische Entscheidungen auf nationaler und supranationaler Ebene.

Die Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben setzen sich aus Einzelerhebungen (Bodennutzungshaupterhebung, Erhebung über die Viehbestände, bis 1997 auch Arbeitskräfteerhebung) sowie aus weiteren Strukturdaten und sozialökonomischen Merkmalen zusammen, die im Zusammenhang mit einer Agrarstrukturerhebung bzw. im erweiterten Umfang mit einer Landwirtschaftszählung zusätzlich erhoben werden. Beginnend mit der Landwirtschaftszählung 1999 werden die Merkmale über Bodennutzung und Viehbestände zeitgleich mit den Merkmalen zu den Arbeitskräften und den übrigen Erhebungsmerkmalen als „Integrierte Erhebung“ im Mai erfragt. Repräsentativ erhobenen Merkmalen liegt ein einheitliches Stichprobenkonzept zugrunde. Mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635) wurde überdies der Erhebungsbereich von Produktions- und Strukturstatistiken vereinheitlicht und die unteren Erfassungsgrenzen angehoben. Die ab 1999 dargestellten Ergebnisse beziehen sich nunmehr auf Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens zwei Hektar bzw. mit einer Waldfläche von mindestens zehn Hektar (bis 1997 jeweils ein Hektar). Für Betriebe, die diese Flächenausstattung nicht aufweisen, aber über Viehhaltung bzw. über Spezialkulturen verfügen, besteht Auskunftspflicht, wenn vom Agrarstatistikgesetz vorgegebene Viehbestände oder Mindestanbauflächen vorhanden sind. Die „Integrierte Erhebung“ dient jetzt gleichermaßen dem produktions- und strukturstatistischen Ergebnismachweis. Aus den genannten Gründen ist die Vergleichbarkeit der aktuellen Ergebnisse mit denen vorangegangener Erhebungen nicht mehr in vollem Umfang gegeben.

Seit 1997 erfolgt die Ergebnisaufbereitung mit dem Aufbereitungsprogramm „AGRA“. In diesem Zusammenhang ist auch das Tabellenprogramm der Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturerhebung durchgreifend überarbeitet worden. Mit der Reduzierung des zahlenmäßigen Tabellenumfanges und der Neugestaltung der meisten Tabellen wurde versucht, dem tatsächlich bestehenden Informationsbedarf besser Rechnung zu tragen.

1) Bis 1997 Agrarberichterstattung.

2) Außer 2001.

# Hinweise zur Methodik

## 1 Allgemeines

Die agrarstatistischen Rechtsvorschriften schreiben Agrarstrukturerhebungen (ASE) in zweijährlichen, Landwirtschaftszählungen in 8-12 jährlichen Abständen vor. Im Jahr einer Landwirtschaftszählung ist die ASE integrierter Bestandteil dieser. Aufgrund der Mitte 1998 in Kraft getretenen Neufassung des Agrarstatistikgesetzes wurden ab 1999 Änderungen gegenüber der bisherigen Erhebungspraxis wirksam, die sich u.a. auch auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen vorangegangener Erhebungen auswirken. (Veränderungen von 1991 bis 1997 siehe Fachserie 3 „Methodische Grundlagen der Agrarberichterstattungen/Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) 1991-1997“, Veränderungen 1999 und 2001 siehe Fachserie 3, Reihe 2 S.2 „Methodische Grundlagen der Strukturerhebungen ab 1999“ und Veränderungen 2003, siehe Fachserie 3, Reihe 2 S. 3).

Mit der vorliegenden Veröffentlichung werden die Veränderungen für die ASE 2005 dargestellt. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

### 1.1 Veränderungen in der Agrarstatistik ab 2005

Auf der Grundlage des „Gesetz(es) über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118)“ und der „Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415)“, geändert durch die „Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584)“ wurden für die ASE 2005 folgende Veränderungen eingeführt:

Neu in das Merkmalsprogramm der Agrarstrukturerhebung 2005 wurden aufgenommen

- Merkmale über die Berufsbildung des Betriebsleiters,
- Angaben über den Erhalt von Investitionsbeihilfen zur Entwicklung ländlicher Räume der letzten 5 Jahre,
- Fragen zur Ausstattung mit und zum überbetrieblichen Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen, Schleppern und Einrichtungen.

Nicht mehr erhoben werden

- Angaben zu den nicht bewirtschafteten Feldabgrenzungen, für die der Betrieb Fördermittel erhält,
- Prämien für Umwelleistungen.

Veränderungen wurden vorgenommen bei den Komplexen

- „Außerbetriebliche Einkommen“ durch Zusammenfassung, indem die „sonstigen Einkommensquellen“ nur noch in einer Position ausgewiesen werden,
- „Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft“ durch eine tiefere Untergliederung bei der Lagerkapazität des Betriebes für Gülle.

Detaillierte Hinweise zu den o.a. Neuerungen in der Agrarstrukturerhebung 2005 sind den Abschnitten 3 „Merkmals(Erhebungs)programm“ und 4 „Verwendete Begriffe und Definitionen“ vorliegender Veröffentlichung zu entnehmen.

### 1.2 Verlauf der Agrarstrukturerhebung 2005

Die ASE 2005 wurde nach den Festlegungen des Agrarstatistikgesetzes repräsentativ, d.h. in höchstens 100 000 landwirtschaftlichen Betrieben, im ersten Halbjahr 2005 (Anfang Mai) durchgeführt.

Die ASE umfasst ein

- Grundprogramm mit Merkmalen der
  - Bodennutzung
  - Viehbestände
- Ergänzungsprogramm mit Merkmalen über Arbeitskräfte und weiteren Strukturmerkmalen.

### 1.3 Die Agrarstrukturerhebung 2005

Mit der repräsentativen ASE 2005 werden ausgewählte landwirtschaftliche Betriebe (Stichprobenbetriebe) befragt. Erhoben werden sämtliche Merkmale des Grundprogramms

- Bodennutzungshaupterhebung (mit Ausnahme des Zwischenfruchtanbaus),
  - Erhebung über die Viehbestände,
- und des Ergänzungsprogramms
- Arbeitskräfte (nach dem Einzelpersonenkonzept),

- Eigentums- und Pachtverhältnisse,
- Erwerbs- und Unterhaltsquellen,
- sozialökonomische Verhältnisse,
- Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft,
- Einkünfte aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die direkt mit dem landwirtschaftlichen Betrieb in Verbindung stehen,
- Berufsbildung des Betriebsleiters,
- Erhalt von Investitionsbeihilfen zur Entwicklung ländlicher Räume,
- Ausstattung mit und überbetrieblicher Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen.

Einen Überblick über die ASE 2005 und weitere Erhebungen bis 2007 geben die Übersichten 1 und 3 auf den Seiten 9 und 11 dieser Veröffentlichung.

#### 1.4 Für 2005 geltende Rechtsvorschriften

Für die ASE 2005 gelten folgende Rechtsgrundlagen:

1. Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322),
2. Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118),
3. Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 vom 02. März 1988 S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004),
4. Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Fläche vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910),
5. Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584).

Siehe Anhang dieser Veröffentlichung Anlagen 1 bis 5.

## 2 Betrieb als Erhebungs- und Darstellungseinheit

### 2.1 Allgemeines

Bei der ASE wird jede technisch-wirtschaftliche Einheit als Betrieb angesehen, die die in Abschnitt 2.2 „Erhebungs- und Darstellungsbereich“ genannten Flächen oder Mindestgrößen an Tierbeständen bzw. Spezialkulturen erreicht oder überschreitet und die sonstigen im Abschnitt 4 „Verwendete Begriffe und Definitionen“ aufgeführten Kriterien aufweist.

### 2.2 Erhebungs- und Darstellungsbereich

Zum Erhebungs- und Darstellungsbereich der ASE gehören Betriebe

mit einer LF von mindestens zwei Hektar,

oder mit mindestens

- jeweils acht Rindern oder Schweinen oder
- zwanzig Schafen oder
- zweihundert Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils dreißig Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch soweit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils drei Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen.

Betriebe mit weniger als zwei Hektar LF werden in die Erhebung einbezogen, wenn bei mindestens einem der anderen in Frage kommenden Merkmale die angegebene Mindestgröße an Tierbeständen oder Spezialkulturen erreicht oder überschritten wird.

### 2.3 Betriebsort

Die Erhebung aller Angaben erfolgt nach dem Ort des Betriebsitzes, nicht nach der Belegenheit der vom Betrieb selbst bewirtschafteten Flächen. Betriebsitz ist die Gemeinde, in der sich die wichtigsten Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Dies gilt auch für Betriebe, deren Flächen teils im Inland, teils im Ausland liegen sowie für das

Übersicht 1: Agrarstrukturhebungen sowie Erhebungen über die Bodennutzung und Viehbestände in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1999 bis 2007\*)

Einzelerhebung	Programme / Erhebungen / Merkmale			Agrarstruktur- erhebung	Gemeinsame Erhebung der Bodennutzung und Viehzählung	Agrarstruktur- erhebung	Gemeinsame Erhebung der Bodennutzung und Viehzählung	Agrarstruktur- erhebung	Gemeinsame Erhebung der Bodennutzung und Viehbestände	Agrarstruktur- erhebung	Gemeinsame Erhebung der Bodennutzung und Viehbestände	Agrarstruktur- erhebung	
				1999 <sup>1)</sup> L <sup>3)</sup> F <sup>4)</sup>	2000 <sup>2)</sup> L F	2001 L F	2002 L F	2003 <sup>1)</sup> L <sup>3)</sup>	2004 <sup>2)</sup> L	2005 L	2006 L	2007 L	
Agrarstruktur- erhebung (Zur Landwirtschafts- zählung 1999 Teil der Haupterhebung)	Grund- programm	Bodennutzungs- haupterhebung	Rechtsform der Betriebe; Hauptnutzungs- und Kultur- arten (Nutzung der Gesamt- fläche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			Anbau auf dem Ackerland (Nutzung der Bodenfläche)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			Stillgelegte Flächen, Zwischenfruchtanbau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			Ökologischer Landbau	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Viehbestände im Mai	Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			Rinder, Schweine, Schafe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Ergänzungs- programm	Arbeitskräfte	Einzelpersonenkonzept	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				Personengruppenkonzept	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			Eigentums- und Pachtverhält- nisse	an der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der- zeitige Jahrespacht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
				innerhalb der letzten 2 Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Pachtpreis- änderung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Sozialökonomische Verhältnisse des Betrie- bes (Haupt-/Nebenwerb)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	1. AgrStatV	Einkünfte aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Umweltleistungen des Betriebes		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Berufsbildung des Betriebsleiters		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Ausstattung mit und Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
		Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

\*) Bis 2002: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635);  
danach: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118).

1) Strukturerhebung ab 1999 alle zwei Jahre (einschließlich Bodennutzung und Viehhaltung).

2) Gemeinsame Erhebung der Bodennutzung und Viehhaltung ab 2000 alle zwei Jahre außerhalb der Strukturerhebung.

3) Landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche oder mit Spezialkulturen oder Tierbeständen, wenn die festgelegten Mindestgrößen erreicht oder überschritten werden.

4) Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebe mit einer Waldfläche von mindestens 10 ha).

5) Für die Darstellung der Ergebnisse aus der Agrarstruktur-erhebung nur repräsentativ für landwirtschaftliche Betriebe. Für die Darstellung der Ergebnisse als Produktionserhebung allgemein für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

6) Einschließlich forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebe mit einer Waldfläche von mindestens 10 ha).

7) Für 2001 ausgesetzt.

8) Für Nichtstichprobenbetriebe.

9) Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung - 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584).

☐ totale Erhebung  
☐ repräsentative Erhebung

Übersicht 2:

Agrarstrukturhebung 2005  
- Integrierte Erhebung -

Erhebung Merkmal	Erhebungs- zeitraum	Berichtszeit- raum, -punkt	Erhebungsarten T=total R=repräsentativ
Grundprogramm mit Merkmalen der Einzelerhebungen • Bodennutzungshaupterhebung - Rechtsform der Betriebe - Hauptnutzungs- und Kulturarten (Nutzung der Gesamtfläche) - Anbau auf dem Ackerland (Nutzung der Bodenfläche) - Stillgelegte Flächen - Ökologischer Landbau	Januar bis Mai	in der Regel der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung	T T  R R T
• Viehbestände - Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel	3. Mai (bis ca. 15. Mai)	3. Mai	R
Ergänzungsprogramm • Arbeitskräfte - Einzelpersonenkonzept Betriebsinhaber, Ehegatte und seine mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienangehörigen ständige (familienfremde) Arbeitskräfte nichtständige (familienfremde) Arbeitskräfte (einschl. Saisonarbeitskräfte)	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
• sozialökonomische Verhältnisse	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
• außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
• Eigentums- und Pachtverhältnisse, in den letzten zwei Jahren vereinbarte Pachtentgelte	3. Mai	in der Regel der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung	R
• Anfall und Ausbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
• Einkünfte aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
• Berufsbildung des Betriebsleiters	3. Mai	in der Regel der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung	R
• Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes		in der Regel die letzten fünf Jahre	R
• Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte			
- im Alleinbesitz des Betriebes	3. Mai	in der Regel der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung	R
- im überbetrieblichen Einsatz	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R
- im Alleinbesitz befindliche betriebsbereite Bewässerungsanlagen	3. Mai	Mai des Vorjahres bis April des Berichtsjahres	R

Übersicht 3

Schematische Übersicht über die Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2005\*)

Programme	→	Grundprogramm am 3. Mai		Ergänzungsprogramm am 3. Mai
Erhebungsart	→	Bodennutzungshaupterhebung		Viehbestandserhebung
	→	total	repräsentativ	repräsentativ
		<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Feststellung der betrieblichen Einheiten:<ul style="list-style-type: none"><li>u.a.<ul style="list-style-type: none"><li>- Betriebssitz</li><li>- Art der Bewirtschaftung (ökologischer Landbau)</li><li>- Rechtsgrund des Besitzes</li><li>- Rechtsstellung des Betriebsinhabers (Einzelpersonen, Personengemeinschaften, juristische Personen)</li><li>- Art des Betriebes</li></ul></li><li>▪ Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten</li></ul></li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bestände an:<ul style="list-style-type: none"><li>- Rindern</li><li>- Schweinen</li><li>- Schafen</li><li>- Pferden</li><li>- Geflügel</li></ul></li></ul>
Nutzung von Verwaltungsdaten	→	für Hauptnutzungs- und Kulturarten		<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Eigentums- und Pachtverhältnisse</li><li>▪ Außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen</li><li>▪ Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft</li><li>▪ Beschäftigung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind (nach dem Einzelpersonenkonzept)</li><li>▪ Sozialökonomische Verhältnisse</li><li>▪ Berufsbildung des Betriebsleiters</li><li>▪ Einkommenskombinationen</li><li>▪ Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums</li><li>▪ Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte</li></ul>
„Integrierte Erhebung“ der Produktions- und Strukturstatistiken				

\*) Gemeinsam mit der Agrarstrukturerhebung 2005 wird die Gartenbauerhebung als eigenständige Erhebung total durchgeführt, dabei werden Teile aus der Agrarstrukturerhebung übernommen, andere erhoben.

auf diesen Flächen befindliche Vieh. Demzufolge ist Vieh, das sich auf den im Ausland bewirtschafteten Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Inland befindet, in den Ergebnissen enthalten, Vieh auf den im Inland gelegenen Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland dagegen nicht. Zupachtete Flächen und zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenes Land sowie Dienstland, aufgeteilte Allmende und dergleichen Flächen werden demjenigen Betrieb zugerechnet, der sie bewirtschaftet (selbstbewirtschaftete Fläche). Entsprechend werden verpachtete Flächen eines Betriebes nicht bei ihm, sondern beim zupachtenden Betrieb erfasst und nachgewiesen.

In der ASE werden jene Tiere nachgewiesen, die sich am Stichtag in den Ställen und auf den Flächen des Betriebes befinden, unabhängig davon, ob sie Eigentum des Betriebsinhabers sind oder nicht. In Pension weggegebene eigene Tiere gehen somit in die Ergebnisse des Pensionsbetriebes ein.

### 3 Merkmals(Erhebungs)programm

Das Merkmalsprogramm der ASE ist vom Gesetzgeber mit dem Agrarstatistikgesetz und der Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz vorgegeben (siehe Punkt 1.4 dieser Veröffentlichung).

Mit der repräsentativen ASE 2005 werden höchstens 100 000 Betriebe befragt.

Über das jetzige Merkmalsprogramm und einschließlich der in Kraft getretenen Veränderungen informiert der nachstehende Überblick:

#### • Bodennutzung

Die Bodennutzung wird anhand eines Fragenprogramms zur Nutzung der Gesamtflächen nach Hauptnutzungs- und Kulturarten, zum Anbau auf dem Ackerland und zur Flächenstilllegung untersucht. Es umfasst alle für die Beurteilung der Bodenbewirtschaftung wichtigen Flächenkategorien. Neu aufgenommen wurde ab 1999 die „Art der Bewirtschaftung“. Damit können als Daruntergröße der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt die Betriebe im ökologischen Landbau ausgewiesen werden. Mit Hilfe dieser Zusatzfrage konnten wirtschaftlich wichtige Merkmale getrennt für beide Betriebsgruppen ausgewertet werden, wobei für Betriebe des ökologischen Landbaus 1999 und 2001 aber alle Flächen des Betriebes, unabhängig von der Bewirtschaftungsart, nachgewiesen wurden.

Ein getrennter Nachweis der Flächen „nur“ für den ökologischen Landbau konnte nicht vorgenommen werden.

Beginnend mit der ASE 2003 werden Auskünfte über die Größe der bereits auf die ökologische Bewirtschaftung umgestellten und der sich in Umstellung befindlichen landwirtschaftlich genutzten Fläche getrennt erfragt. Des Weiteren werden ebenfalls die in die ökologische Bewirtschaftung einbezogenen Tierarten erfasst, so dass ab der ASE 2003 weitergehende Aussagen zum ökologischen Landbau getroffen werden können.

#### • Viehzählung

Die Angaben zu den Viehbeständen der Betriebe werden über ausgewählte Tierkategorien erhoben. Viehbestände in Kombination mit der Bodennutzung werden für die Betriebsklassifizierung und Berechnung des Standarddeckungsbeitrages verwendet.

#### • Rechtsformen

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden, wie auch 2003, getrennt nach drei Rechtsformen nachgewiesen:

- Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen,
- Betriebe der Rechtsform Personengemeinschaften, -gesellschaften,
- Betriebe der Rechtsform juristische Personen.

#### • Arbeitskräfte

Die Arbeitskräfte werden wie zur ASE 2003 erfragt, allerdings nur in Stichprobenbetrieben.

#### • Sozialökonomische Verhältnisse

Mit dem Sachkomplex „Sozialökonomische Verhältnisse“ der Betriebe werden Merkmale erfasst, die in Kombination mit den Angaben über die Arbeitskräfte der Betriebe Aussagen über deren Haupt- oder Nebenerwerbscharakter (bei Einzelunternehmen) zulassen.

Gegenüber 2003 sind hinsichtlich der Zuordnung der Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen zum Haupt- bzw. Nebenerwerb keine Veränderungen vorgenommen worden. Als Haupterwerbsbetrieb wird der Betrieb definiert, der über 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (Vollarbeitskräfte) und mehr verfügt und Betriebe, die mit weniger als 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten bewirtschaftet werden (0,75 bis unter 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten), und bei denen der Anteil des betrieblichen



Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt. Betriebe, die dieser Definition nicht entsprechen, sind Nebenerwerbsbetriebe.

- **Außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen**

Gegenüber der ASE 2003 werden die außerbetrieblichen Einkommen nicht mehr nach vier Arten erfasst, sondern nach zwei. Die Einkommensquellen

- Altersrente für Landwirte, Landabgabenrente, Produktionsaufgabenrente u.Ä.,
- Rente, Pension, Arbeitslosengeld /-hilfe, Sozialhilfe u.Ä.,
- Einkommen aus Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u.Ä.

werden unter der Bezeichnung „sonstige Quellen“ des außerbetrieblichen Einkommens zusammengefasst.

- **Eigentums- und Pachtverhältnisse**

Das Fragenprogramm über die Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) spiegelt wider, inwieweit die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes als eigene oder gepachtete oder als unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF bewirtschaftet wird und welcher Pachtpreis für die zugepachtete LF an die Verpächter zu entrichten ist. Außerdem sind die verpachteten und unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebenen landwirtschaftlich genutzten Flächen nachzuweisen.

Detaillierte Ausführungen zum Merkmals(Erhebungs)programm der Erhebungsjahre vor 1999 siehe Fachserie 3 „Methodische Grundlagen der Agrarberichterstattung/ Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) 1991-1997“ und Fachserie 3, Reihe 2 S.2 „Methodische Grundlagen der Strukturhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ab 1999“ und Fachserie 3, Reihe 2 S. 3 für die ASE 2003.

## **4 Verwendete Begriffe und Definitionen**

### **Betrieb**

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die die in Abschnitt 2.2 genannte Mindestgröße an LF aufweist bzw. über vorgegebene Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügt, für Rechnung eines Inhabers (Be-

triebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und landwirtschaftliche Erzeugnisse oder zusätzlich auch Dienstleistungen und andere Erzeugnisse hervorbringt.

Erfüllt ein Betrieb eine der unter Abschnitt 2.2 angegebenen Bedingungen, ist er als landwirtschaftlicher Betrieb in die Erhebung einzubeziehen. In begründeten Einzelfällen wird von der Zuordnung der Betriebe auf der Grundlage der angegebenen Flächengrößen bzw. Anzahl der Tiere abgewichen. So werden zum Beispiel Betriebe mit Waldflächen, die einen forstwirtschaftlichen Betrieb kennzeichnen, und gleichzeitig großen Tierbeständen gezielt der Landwirtschaft zugeordnet.

### **Betriebe nach der Rechtsform**

#### **Betriebe der Rechtsform „Einzelunternehmen“**

Eine natürliche Person ist Alleininhaber eines selbständig wirtschaftenden Betriebes.

Einem Alleininhaber sind – sofern kein entsprechender Vertrag vorliegt – Ehepaare, Geschwister, Erbengemeinschaften gleichgesetzt.

#### **Betriebe der Rechtsform „Personengemeinschaften“**

Mehrere natürliche Personen, die als Gesellschafter Träger der Rechte und Pflichten in ihrer Verbundenheit sind, die sich nach den Regeln über die Gesamthand richten. Personengemeinschaften haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Zu den Personengemeinschaften rechnen: Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Personengemeinschaft mit Gesellschaftervertrag.

#### **Betriebe der Rechtsform „juristische Personen“**

Betriebe, deren Inhaber eine juristische Person ist, und zwar

- des privaten Rechts:
  - eingetragene Genossenschaft, eingetragener Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Aktiengesellschaft (AG), Stiftung des privaten Rechts (einschl. Gemeinschaftsforsten mit ideellem Besitzanteil),
- des öffentlichen Rechts:
  - Kirche, kirchliche Anstalt oder dergleichen Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts,
  - Gebietskörperschaften: Bund, Bundesland, Bezirk, Kreis, Gemeinde, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindeverband.

## **Betriebe nach den sozialökonomischen Verhältnissen (Erwerbscharakter)**

Die aus den personenbezogenen Daten berechnete Arbeitsleistung, ausgedrückt in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) (siehe Seite 19 dieser Veröffentlichung), je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem und außerbetrieblichem Einkommen bilden die Grundlage für die Zuordnung zu den „Sozialökonomischen Betriebstypen“.

### **Haupterwerbsbetriebe:**

1. Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten je Betrieb und mehr oder
2. Betriebe mit 0,75 bis unter 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten je Betrieb und einem Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes von 50 % und mehr.

### **Nebenerwerbsbetriebe:**

Alle Betriebe, die den oben angeführten Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

## **Bodennutzung der Betriebe**

### **Hauptnutzungsarten:**

#### **Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes (Betriebsfläche)**

Die Betriebsfläche (BF) umfasst folgende Hauptnutzungsarten:

- landwirtschaftlich genutzte Fläche,
- Öd- und Unland,
- unkultivierte Moorfläche,
- Waldfläche,
- Gewässerfläche,
- übrige Flächen.

### **Landwirtschaftlich genutzte Fläche**

Die LF umfasst alle landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen, einschließlich der im Rahmen des Stilllegungsprogramms stillgelegten Flächen. Zur LF rechnen im Einzelnen folgende Kulturarten:

- Ackerland einschließlich gärtnerische Kulturen, Erdbeeren und Unterglasanlagen,
- Dauergrünland,

- Haus- und Nutzgärten,
- Obstanlagen (ohne Erdbeeren),
- Baumschulflächen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf),
- Rebland,
- Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

### **Nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche**

Aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr bestelltes Ackerland, nicht mehr gemähtes oder beweidetes Dauergrünland, nicht mehr genutztes Rebland, nicht mehr genutzte Obstanlagen.

### **Öd- und Unland**

Flächen, die land- und forstwirtschaftlich nicht nutzbar sind, wie Felsen, Schutthalden, Hecken, aber auch Sandgruben, Steinbrüche, Torfstiche und anderes Abbauand.

### **Unkultivierte Moorflächen**

Ohne Torfstiche und bereits abgetorfte, aber noch nicht kultivierte Flächen.

### **Waldflächen**

Holzbodenfläche und forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf. Zur Holzbodenfläche gehören auch Wege unter 5 m Breite, Blößen (Kahlflächen, die wieder aufgeforstet werden), gering bestockte (Nichtwirtschaftswald) und unbestockte Flächen (z.B. Holzlagerplätze), deren Größe den Zuwachs nicht wesentlich mindern.

Nicht zur Waldfläche rechnen alle innerhalb des Waldes gelegenen, dauernd als Acker oder Wiese usw. genutzte Flächen, ferner flächenmäßig ausgeschiedene Wege, Wasserläufe, Teiche, Öd- und Unlandflächen sowie bebaute Flächen und dazugehörige Hofräume und Gärten (z.B. Forstdienstgehöfte), ferner die Flächen der Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

### **Gewässerflächen**

Seen, Teiche, Bäche und Gräben (soweit zur Gesamtfläche des Betriebes zugehörend).

### **Übrige Flächen**

Gebäude- und Hofflächen, Wege, Straßen, Überwege, Campingplätze, Parks, Ziergärten und Rasen.

## **Kulturarten:**

### **Ackerland**

Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen oder sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas. Ebenso Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen, sowie Schwarzbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen des Stilllegungsprogramms.

N i c h t zum Ackerland rechnen die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegen sowie die Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt (siehe Obstanlagen).

### **Haus- und Nutzgärten**

Gartenflächen, auf denen für den eigenen Bedarf Gartengewächse (Obst, Gemüse, Zierpflanzen) oder Kartoffeln u.a. angebaut werden, auch Grabeland auf dem Acker außerhalb der Fruchtfolge.

N i c h t zum Gartenland rechnen die Flächen des Feldgemüsebaus und des Erwerbsgartenbaus, auch wenn sie eingezäunt sind, sowie private Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten.

### **Dauerkulturen**

Landwirtschaftliche Kulturen außerhalb der Fruchtfolge, die den Boden während eines längeren Zeitraums beanspruchen, wie Obstanlagen, Rebland, Baumschulen sowie Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

### **Obstanlagen**

Ertragfähige und noch nicht ertragfähige Anlagen von Obstbäumen und Obststräuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind).

### **Baumschulflächen**

Flächen zur Anzucht und Vermehrung von Gehölzen, jedoch ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf und ohne Rebschulflächen und Rebschnittgärten.

## **Dauergrünland**

Grünlandflächen (Wiesen, Mähweiden, Weiden, Hutungen, Almen, Streuwiesen), die zur Futter- oder Streugewinnung oder zum Abweiden – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind. Auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung.

N i c h t zum Dauergrünland rechnen die Wiesen und Weiden mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt, sowie der Grasanbau auf dem Ackerland und die Dauergrünflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht mehr genutzt werden.

### **Rebland/Rebfläche**

Mit Reben bestockte Flächen (einschl. Rebschulflächen, Rebschnittgärten, Jungfelder) und Rebbrache.

### **Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen**

Flächen mit geschlossenen Beständen von Weihnachtsbäumen, Korbweiden oder Pappeln außerhalb des Waldes.

### **Fruchtarten (Anbau auf dem Ackerland):**

#### **Getreide einschl. Körnermais**

Weizen, Triticale, Roggen, Gerste, Hafer, Menggetreide, Körnermais, Com-Cob-Mix zur Körnergewinnung.

#### **Hülsenfrüchte**

Zum Ausreifen bestimmte Hülsenfrüchte (einschl. Flächen mit gemischtem Anbau von Getreide und Hülsenfrüchten); Flächen mit grün abgeernteten Hülsenfrüchten werden unter der dem Verwendungszweck entsprechenden Anbaufläche nachgewiesen, z.B. Frischerbsen, Buschbohnen unter der Position „Gemüse“, Grünwicken u.a.m. unter der Position „Futterpflanzen“.

#### **Hackfrüchte**

- Kartoffeln,
- Zuckerrüben  
zur Rübegewinnung (ohne Samenbau),
- Futterhackfrüchte  
Runkel- oder Kohlrüben (ohne Samenbau), Markstammkohl, Futtermöhren, Futterkohl, Topinambur usw.

## Flächen mit Gartengewächsen

Flächen im Freiland und unter Glas für den Anbau von Gemüse, Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen und im Wechsel mit Gartengewächsen sowie für den Anbau von Blumen, Zierpflanzen, Stauden und Jungpflanzen sowie von Gartenbausämereien, Blumenzwiebeln und -knollen.

## Handelsgewächse

- Zum Ausreifen bestimmte Ölfrüchte (Raps, Rübsen, Flachs/Lein, Körner Sonnenblumen u.a.),
- Hopfen,
- Tabak,
- Rüben und Gräser zur Samengewinnung,
- Heil- und Gewürzpflanzen, Zichorien und andere Handelsgewächse (z.B. Hanf, Kanariensaat, Kenaf, Hirse, Buchweizen, Chinaschilf).

## Futterpflanzen

- Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch, Kleebrache, Luzerne,
- Grasanbau (auf dem Ackerland zum Abmähen oder Abweiden),
- Silomais (Grün- oder Silomais) einschließlich Lieschkolbenschrot,
- alle anderen zur Grünfütter- oder Heugewinnung bestimmten Pflanzen einschl. Flächen mit in grünem Zustand abgeerntetem Getreide, Hülsenfrüchten und Ölfrüchten.

## Brache

Brache (Rotations- und Dauerbrache) einschließlich stillgelegter Fläche zur Erlangung der Ausgleichszahlung ohne Anbau von nachwachsenden Rohstoffen.

## Viehhaltung der Betriebe

### Ausgewählte Tierkategorien:

#### Milchkühe

Hierzu gehören alle Kühe, die zur Milchgewinnung gehalten werden, ohne Ammen- und Mutterkühe und ohne Schlacht- und Mastkühe.

#### Ammen- und Mutterkühe

Kühe, die das ganze Jahr nicht gemolken werden und deren Milch nur von Kälbern verbraucht wird.

## Mastschweine

Jung- und Mastschweine jeden Gewichts. Zur Schlachtung vorgesehene Schweine mit 50 kg und mehr Lebendgewicht.

## Geflügel

Legehennen und Junghennen (einschl. der zur Aufzucht als Legehennen bestimmten Küken), Schlacht- und Masthähne und -hühner (einschl. der hierfür bestimmten Küken) und sonstige Hähne, Gänse, Enten und Truthühner ohne Perl- und Zwerghühner.

## Landwirtschaftliche Betriebe nach der Art der Bewirtschaftung „Ökologischer Landbau“

### Art der Bewirtschaftung/Ökologischer Landbau:

Eine ökologische Bewirtschaftung liegt dann vor, wenn der Betrieb nach dem Kontrollverfahren der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau zertifiziert wurde und nach deren Grundsätzen pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse produziert. Der Betrieb unterliegt dann einem obligatorischen Kontrollverfahren durch eine staatlich zugelassene Kontrollstelle.

### Umgestellte Fläche:

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), deren Umstellung auf den ökologischen Landbau bereits abgeschlossen ist. Der Umstellungszeitraum beträgt zwei Jahre vor Aussaat bzw. Pflanzung bei ein- oder überjährigen Kulturen und drei Jahre vor der Ernte bei mehrjährigen Kulturen. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als Ökoprodukte vermarktet werden.

### In Umstellung befindliche Fläche:

Diese Fläche unterliegt zwar bereits den Richtlinien der EG-Öko-Verordnung, die hier produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen jedoch auf Grund der zuvor beschriebenen Fristen noch nicht als Ökoprodukte vermarktet werden.

### Betriebe, die auch in der tierischen Erzeugung ökologische Produktionsmethoden anwenden:

Hierzu zählen Betriebe, die in der gesamten oder einem Teil der tierischen Erzeugung die Grundregeln des ökologischen Landbaus gemäß Verordnung Nr. 2092/91 in vollem Umfang einhalten bzw. die gesamte oder einen Teil der tierischen Erzeugung auf die Einhaltung dieser Regeln umstellen. Gemäß der Verordnung müssen normalerweise alle in einem

landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Tiere nach ökologischen Regeln gehalten werden. Nur wenn Gebäude, Flurstücke und Arten deutlich getrennt sind, kann ein Teil der Tiere nach „konventionellen“ Methoden gehalten werden.

#### **Betriebe nach Eigentums- und Pachtverhältnissen**

Die Eigentums- und Pachtverhältnisse an der LF werden in folgenden Unterscheidungen nachgewiesen:

##### **a) nach Pachtverhältnissen**

###### **- Selbstbewirtschaftete LF des Betriebes**

Das ist die vom Betrieb selbst bewirtschaftete LF, ohne Rücksicht darauf, ob diese Fläche im Eigentum des Betriebes steht, von diesem zugepachtet oder ihm zur Bewirtschaftung unentgeltlich überlassen worden ist. Sie schließt die Fläche von erhaltenem Dienstland, Heuerlingsland und aufgeteilter Allmende ein.

###### **- Gepachtete selbstbewirtschaftete LF**

Gepachtete selbstbewirtschaftete LF sind Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt (in Geld, Naturalien oder sonstigen Leistungen) aufgrund eines schriftlichen oder mündlichen Pachtvertrages zur Nutzung übernommen worden sind und auch von diesem bewirtschaftet werden. Hierzu zählt ebenfalls gepachtete LF, die vorübergehend stillgelegt ist (Brachlegung), sofern sie nicht aufgeforstet oder einer nichtlandwirtschaftlichen Nutzung zugeführt wurde.

Nicht einzubeziehen war gepachtete LF, die an Dritte weiterverpachtet worden ist. Die Pachtfläche umfasst die LF von Einzelgrundstücken und/oder von gesamten Betrieben („Geschlossene Hofpacht“) ohne Gebäude. Bei der Erhebung wird unterschieden, ob die Verpächter dieser Flächen

- Familienangehörige (Eltern, Ehegatte oder sonstige Verwandte und Verschwägerte des Betriebsinhabers) oder
- sonstige natürliche oder juristische Personen sind (andere Verpächter).

###### **- Unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF**

Zu der unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenen LF gehören z.B.:

- von der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) verwaltete bisherige volkseigene Flächen, sofern keine Pacht gezahlt wird,
- Flächen, zu deren Nutzung der abwesende Eigentümer keine (ausdrückliche mündliche oder schriftliche) Zustimmung erteilt hat, die jedoch aus Gründen des allgemeinen Interesses (z.B. Landschaftspflege, Schutz vor Verunkrautung) bewirtschaftet werden müssen,
- Dienstland, Heuerlingsland, aufgeteilte Allmende,
- Flächen im Zuge der Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens.

##### **b) nach Eigentumsverhältnissen**

###### **- Eigene LF des Betriebes**

Sie umfasst die eigene LF des Betriebes überhaupt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese Fläche vom Betrieb selbst bewirtschaftet wird, verpachtet oder zur Bewirtschaftung unentgeltlich abgegeben worden ist. Die LF von Betrieben, die ihre gesamte eigene LF nicht selbst bewirtschaften, jedoch aufgrund der Größe der selbstbewirtschafteten Pachtfläche bzw. vorhandener Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen zum Erhebungs- und Darstellungsbe- reich der ASE 2003 gehören, sind in den Nachweis der „eigenen LF überhaupt“ einbezogen. Dabei werden Flächen, die vom Betriebsinhaber als Nutznießer oder Erbpächter bewirtschaftet werden, der eigenen LF gleichge- setzt.

###### **- Selbstbewirtschaftete eigene LF**

Das ist die selbstbewirtschaftete LF des befragten Betriebes, die Eigentum des Betriebsinhabers ist. Altenteilerland wird zur selbstbewirtschafteten eigenen LF des abgebenden Betriebes gerechnet, sofern es vom Altenteiler nicht mit eigenen Arbeitskräften und eigenen Produktionsmitteln bewirtschaftet wird.

###### **- Verpachtete eigene LF**

Hierbei handelt es sich um verpachtete Eigenflächen aus der LF des befragten Betriebes.

###### **- Unentgeltlich abgegebene eigene LF**

Unentgeltlich abgegebene eigene LF des befragten Betriebes ist die Dritten ohne jegliche Geld- oder Natural-

leistungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Bewirtschaftung überlassene LF. Dazu gehört auch das an Heuerlinge unentgeltlich abgegebene Heuerlingsland.

### **Personen und Arbeitskräfte<sup>1)</sup>**

#### **Betriebsinhaber**

Diejenige natürliche oder juristische Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, ohne Rücksicht auf die jeweiligen individuell gestalteten Eigentumsverhältnisse.

#### **Auf dem Betrieb lebende Familienangehörige**

Ehegatte, Verwandte und Verschwägerte des Betriebsinhabers (einschließlich Kinder), die während des Berichtszeitraumes, auch wenn nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören; ferner Verwandte und Verschwägerte des Betriebsinhabers, die im Berichtszeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wird.

#### **Im landwirtschaftlichen Betrieb mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt**

Zur Tätigkeit für diesen landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich verarbeitenden Nebenbetrieben) rechnen z.B. alle folgenden aufgeführten Arbeiten:

- Feld-, Hof- und Stallarbeiten (einschließlich Melken), Arbeiten im Wald dieses Betriebes,
- Tätigkeit in den zu diesem Betrieb gehörenden Nebenbetrieben, welche überwiegend selbst erzeugte Produkte des landwirtschaftlichen Betriebes verarbeiten (z.B. landwirtschaftliche Brennereien),
- Tätigkeiten für die Betreuung von Gästen im Rahmen von „Ferien auf dem Bauernhof“,
- Transportleistungen, z.B. beim Absatz der selbsterzeugten landwirtschaftlichen Produkte dieses Betriebes (auch Direktvertrieb von Eiern u.Ä.) und beim Bezug von Produktionsmitteln,
- Arbeiten für die Unterhaltung der Betriebsgebäude und des Inventars,

- Arbeiten für die Betriebsorganisation und -führung (einschließlich Buchführung),
- Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

#### **Im Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt**

Zur Tätigkeit für den Haushalt des Betriebsinhabers rechnen z.B. alle folgenden aufgeführten Arbeiten:

- Beköstigung und Versorgung,
  - Wäsche- und Wohnungspflege,
  - Arbeiten im Haus, Garten und dergleichen
- nur für den Betriebsinhaber und/oder den Ehegatten.

#### **In anderer Erwerbstätigkeit beschäftigt**

Betriebsinhaber und seine mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienangehörigen, die im Berichtszeitraum außerbetriebliche Tätigkeiten ausüben, gleichgültig, ob sie regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt werden. Hierzu rechnen alle auf **E r w e r b** ausgerichteten außerbetrieblichen Tätigkeiten (z.B. in gewerblichen Betrieben anderer Eigentümer (Industrie, Handel), im Öffentlichen Dienst, in einem Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers, in einem fremden Forstbetrieb, z.B. als Waldarbeiter, oder Arbeiten aufgrund eines Heimarbeitsvertrages).

**N i c h t** zur anderen Erwerbstätigkeit rechnen dagegen die Nachbarschaftshilfe in einem anderen Betrieb sowie die Tätigkeit in der – in steuerlicher Hinsicht – „gewerblichen“ Viehhaltung des eigenen Betriebes.

#### **Arbeitskräfte**

Personen, die im jeweiligen Arbeitsbereich während des Berichtszeitraums beschäftigt sind.

#### **Familienarbeitskräfte**

Betriebsinhaber und ihre sowohl auf dem Betrieb lebenden als auch mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienangehörigen, die während des Berichtszeitraums in den für die Darstellung der Ergebnisse zugrunde gelegten Arbeitsbereichen

- Betrieb (für Betriebsinhaber und o.g. Familienangehörige),
- Haushalt des Betriebsinhabers (für Betriebsinhaber und seinen Ehegatten),

<sup>1)</sup> 15 Jahre und älter

- in anderer Erwerbstätigkeit (für Betriebsinhaber und seinen Ehegatten in jedem Fall, für die weiteren Familiene Angehörigen nur, wenn diese ebenfalls im Arbeitsbereich „Betrieb“)

beschäftigt sind.

### Ständige Arbeitskräfte

Arbeitskräfte, die im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich Betrieb in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenem Arbeitsverhältnis zum Betrieb beschäftigt sind (einschließlich im Betrieb beschäftigte Verwandte und Verschwägerte des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben).

### Nichtständige Arbeitskräfte

Alle übrigen Arbeitskräfte (einschl. Saisonarbeitskräfte), die im Berichtszeitraum für Rechnung des Betriebsinhabers, auch wenn nur gelegentlich, mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind.

N i c h t hierzu zählen Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

### Vollbeschäftigte

Familienarbeitskräfte sowie ständige Arbeitskräfte, die im jeweiligen für die Darstellung der Ergebnisse zu Grunde gelegten Arbeitsbereich

- Betrieb,
- Haushalt des Betriebsinhabers,
- andere Erwerbstätigkeit

durchschnittlich je Woche im Berichtszeitraum Mai 2004 bis April 2005 42 (Familienarbeitskräfte) bzw. 40 (ständige familienfremde Arbeitskräfte in den neuen Ländern und Berlin-Ost) oder 38 (ständige familienfremde Arbeitskräfte im früheren Bundesgebiet) oder mehr Stunden beschäftigt sind;

Betriebsinhaber und/oder Ehegatten, die im Arbeitsbereich

- andere Erwerbstätigkeit

durchschnittlich je Woche im Berichtszeitraum Mai 2004 bis April 2005 38 oder mehr Stunden beschäftigt sind.

### Teilzeitbeschäftigte

Familienarbeitskräfte sowie ständige Arbeitskräfte, die die Mindestzahl der für vollbeschäftigte Arbeitskräfte gültigen

Anzahl der durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche nicht erreichen.

### AK-Einheit (Maßeinheit der Arbeitsleistung)

Die AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft. Die Berechnung der AK-Einheiten ist ab der ASE 2003 aufgrund der Einstufung der Arbeitskräfte in Arbeitszeitgruppen verändert. Es wird eine Bewertung der einzelnen Personen bzw. der Personengruppen je Arbeitszeitgruppe vorgenommen, die sich auf Erfahrungswerte und konkrete Untersuchungen der bis zur ASE 2001 erfassten konkreten Anzahl der geleisteten durchschnittlichen Arbeitsstunden je Woche und die Anzahl der Arbeitswochen je Monat stützt.

Die Bestimmung der AK-E erfolgt ab 2003 wie nachfolgend beschrieben:

#### Familienarbeitskräfte

vollbeschäftigt	=	1,00 AK-E
überwiegend beschäftigt	=	0,55 AK-E
teilweise beschäftigt	=	0,40 AK-E
gering beschäftigt	=	0,25 AK-E
fallweise beschäftigt	=	0,10 AK-E

#### Ständig beschäftigte (familienfremde) Arbeitskräfte

vollbeschäftigt	=	1,00 AK-E
überwiegend beschäftigt	=	0,75 AK-E
teilweise beschäftigt	=	0,50 AK-E
gering beschäftigt	=	0,25 AK-E
fallweise beschäftigt	=	0,10 AK-E

Ein konkreter Altersabzug wird nicht mehr vorgenommen, ist aber indirekt in den Koeffizienten enthalten.

Bei den nichtständigen Arbeitskräften, bei denen die Zahl der Arbeitstage (1 Arbeitstag = 8 Stunden) erfasst wird, wird für eine AK-Einheit die Arbeitsleistung von 220 Arbeitstagen im Berichtszeitraum (Zeitraum von 12 Monaten vor dem Erhebungszeitraum) zugrunde gelegt.

### Arbeitskräfte nach Arbeitszeitgruppen

Für die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Arbeitskräfte wird die geleistete Arbeitszeit, wie auch zur ASE 2003, nach fünf Arbeitszeitgruppen erhoben.

### Arbeitszeitgruppen

- vollbeschäftigt,
- überwiegend beschäftigt,
- teilweise beschäftigt,
- gering beschäftigt,
- fallweise beschäftigt.

Die Arbeitskräfte werden nach dem Einzelpersonenkonzept erfragt.

Die nicht ständig beschäftigten (familienfremden) Arbeitskräfte (einschließlich Saisonarbeitskräfte) werden jeweils als Summe der Zahl der beschäftigten Personen und der Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen, mit Unterscheidung nach dem Geschlecht, erfasst.

### Betriebliche Einkommen

Zu den Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb gehören die Einnahmen aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und – sofern vorhanden – auch die Einnahmen aus der Zimmervermietung an Ferien- oder Kurgäste. Unberücksichtigt bleiben Einkünfte, die in einem Hotel, Gasthof, einer Pension oder dergleichen Beherbergungsstätten des Betriebsinhabers angefallen sind.

### Außerbetriebliche Einkommen

Berücksichtigt werden die außerbetrieblich bezogenen Einkommen des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen in der Unterscheidung nach folgenden Quellen:

- aus außerbetrieblicher (anderer) Erwerbstätigkeit (abhängige Tätigkeit als Angestellter, Arbeiter, Beamter oder freiberufliche/selbständige Tätigkeit, z.B. in eigener Gaststätte, Metzgerei oder dgl. eigenem Gewerbebetrieb, ebenfalls werden Einkommen aus vorübergehender Erwerbstätigkeit, z.B. in einem fremden Forstbetrieb als Waldarbeiter oder aufgrund eines Heimarbeitsvertrages einbezogen),
- aus sonstigen außerbetrieblichen Quellen (Altersgeld für Landwirte, Landabgabenrente, Produktionsaufgabenrente, Rente, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialhilfe, Einkommen aus Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen und dergleichen).

Nicht zum Nettoeinkommen (weder betrieblich noch außerbetrieblich) zählen u.a.:

- Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers,
- Auszahlung fälliger Lebensversicherungen o.a. Versicherungsleistungen,
- Erbschaften,
- Erstattung privater Steuern (z.B. Einkommens-/Vermögenssteuern),
- Reisekosten-, Umzugsvergütungen aus öffentlichen Kassen.

### Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft

In der Tierproduktion anfallender Dung in fester und flüssiger Form, der aus den Stallungen entfernt, gelagert oder ausgebracht wird. Im Einzelnen bedeuten in diesem Zusammenhang:

Festmist:	Kot (mit oder ohne Einstreu) von Nutztieren,
Jauche:	Harn von Nutztieren, der in der Regel zusammen mit Festmist anfällt,
Gülle:	Gemisch aus Kot- und Harnausscheidungen von Nutztieren, das auch mit Wasser vermischt sein kann,
Gülle-Lagerkapazität:	vorhandener und nutzbarer Lagerraum für Gülle in dafür vorgesehenen Behältern, Gruben, Lagunen u.a.,
Dungeinheit:	Eine Dungeinheit (DE) bedeutet 80 kg Gesamtstickstoff oder 70 kg Gesamtposphat aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft. Eine DE entspricht somit einem Tierbesatz, der nicht mehr als diese Düngemenge absetzt.

### Berufsbildung des Betriebsleiters

Zum Berufsbild der Landwirtschaft rechnen die Fachrichtungen Landwirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft, Fischzucht, Tierzucht/-haltung, landwirtschaftliche Technologie, ländliche Hauswirtschaft und Ernährungslehre. Anzugeben ist jeweils nur die höchste landwirtschaftliche Berufsbildung.

Die Zuordnungen der Berufsbilder bzw. -abschlüsse können innerhalb der verschiedenen Berufsstufen länderspezifisch variieren.



Die einzelnen Berufsbildungsstufen sind wie folgt definiert:

#### Berufsschule/Berufsfachschule

Ausbildung erfolgt grundsätzlich **innerhalb der Schulpflicht** bis zum 18. Lebensjahr an einer Berufsschule **ohne betriebliche Lehre** oder an einer auf bestimmte Fachrichtungen spezialisierten beruflichen Schule (wie Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Nutztierhaltung, Fischerei, Milchwirtschaft, ländliche Hauswirtschaft, Landespflege und verwandte Fachrichtungen).

#### Berufsausbildung/Lehre

Mit einer in einem **Lehrvertrag** vereinbarten Lehre in Verbindung mit einer Berufsschule/Berufsfachschule.

#### Landwirtschaftsschule

Einjähriger Fachschulbesuch mit Abschluss **Staatlich geprüfter Wirtschaftler** in Land- oder Hauswirtschaft verbundenen Berufen, der Besuch einer „**Winterschule**“ rechnet auch dazu.

#### Fortbildung zum Meister, Fachagrarwirt

Abschluss einer Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ und einer mehrjährigen praktischen Tätigkeit als Landwirt oder in einem einschlägigen Beruf sowie weiteren Fortbildung in speziellen Lehrgängen mit Erwerb des **Meisterbriefes** bzw. des Abschlusses **Fachagrarwirt**.

#### Höhere Landbauschule, Technikerschule, Fachakademie

An die Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ anschließende einjährige Fortbildung an einer weiterführenden Fachschule mit Abschluss **Staatlich geprüfter Landwirtschaftsleiter** bzw. **Staatlich geprüfter Landwirt**.

#### Fachhochschule, Ingenieurschule

Abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule bzw. Ingenieurschule in einer der unter „Berufsschule/Berufsfachschule“ angegebenen Fachrichtungen nach Erwerb der Fachhochschulreife und nach mindestens einjährigem berufsbezogenem Praktikum mit Abschluss **Dipl. Ing. (FH)**, **Ing. agr. (grad.)** und andere fachspezifische Berufsbezeichnungen.

#### Universität, Hochschule

Abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule in einer der unter „Berufsschule/Berufs-

fachschule“ angegebenen Fachrichtungen mit Abschluss **Dipl. Ing. agr., Dipl. Landwirt** und andere fachspezifische Berufsbezeichnungen.

#### Ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung

Es besteht keine landwirtschaftliche Berufsbildung mit Abschluss, sondern **ausschließlich Erfahrung aufgrund praktischer Arbeit** in einem landwirtschaftlichen Betrieb.

#### **Einkommenskombinationen**

Darunter werden „Einkünfte aus Tätigkeiten des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten (außer Landwirtschaft), die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen“, erfragt.

Einkommenskombinationen beinhalten Erwerbstätigkeiten, die keine landwirtschaftlichen Arbeiten (z.B. Feld- und Stallarbeiten, Betriebsorganisation, Lagerung, Unterhaltung von Wirtschaftsgebäuden, Maschinen sowie Einrichtungen, eigene Transportarbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb) darstellen, aber in direkter Verbindung mit dem Betrieb stehen und wirtschaftliche Auswirkungen auf den Betrieb haben. Direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehend heißt, für die weiteren Erwerbstätigkeiten werden entweder die vorhandenen Produktionsfaktoren (wie Boden, Gebäude, Maschinen) und/oder die Produkte des Betriebes eingesetzt.

Tätigkeiten, die keine direkte Verbindung zum Betrieb aufweisen, sind ausgeschlossen. Dazu zählen beispielsweise der ausschließliche Einsatz von familienfremden Arbeitskräften ohne die Nutzung sonstiger Betriebsmittel sowie Läden, in denen keine eigenen Erzeugnisse verkauft werden. Forstwirtschaftliche Tätigkeiten sind ebenfalls ausgeschlossen.

Bei den Einkünften wird nach folgenden Tätigkeiten unterschieden:

#### Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten

Alle Tätigkeiten im Bereich Fremdenverkehr, Führung von Touristen und sonstigen Gruppen, Beherbergung durch den Betrieb sowie Sport- und Freizeitaktivitäten (z.B. Pensionspferdehaltung in Verbindung mit Reitsport) usw., bei denen der Grund und Boden, die Gebäude oder sonstige Betriebsmittel des betreffenden Betriebes eingesetzt werden.

### Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen

Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb durch Arbeitskräfte, die auch landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Die hergestellten Erzeugnisse müssen verkauft werden. Hierunter fällt auch die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz.

### Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Bearbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu einem im Betrieb verarbeiteten Produkt, unabhängig davon, ob der Rohstoff im Betrieb erzeugt oder von außerhalb zugekauft wurde. Hierzu zählen u.a. die Fleischverarbeitung, die Käseherstellung und die Weinerzeugung. Die verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen verkauft werden (auch Direktvermarktung). Die Erzeugung nur für den Eigenverbrauch ist nicht eingeschlossen.

### Be- und Verarbeitung von Holz

Be- und Verarbeitung von Rohholz für Vermarktungszwecke, z.B. im Sägewerk. Die Weiterverarbeitung, z.B. die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz, fällt nicht hierunter.

### Fischzucht und -erzeugung

Aufzucht, Haltung und Nutzung von Fischen, Flusskrebse usw. im Betrieb. Fischzucht und -erzeugung wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, z.B. durch regelmäßigen Besatz, Fütterung und Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Dazu müssen sich die Tiere im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen befinden und sind Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Bindungen. Befinden sich dagegen die Tiere nicht im Besitz einer natürlichen oder juristischen Person, gelten sie als jedermann zugängliche Güter, die von der Allgemeinheit mit oder ohne entsprechende Lizenzen genutzt werden können. In diesem Fall sind sie wie die reine Fischfangtätigkeit (z.B. See- und Flussfischerei) von der Erfassung ausgeschlossen.

### Erzeugung von erneuerbarer Energie

Erzeugung von erneuerbarer Energie für Vermarktungszwecke, z.B. Windenergie- und Biogasanlagen zur Stromerzeugung, Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Stroh oder Holz (schnell wachsende Forstgehölze als Energiepflanzen) an Energie erzeugende Einrichtungen. Der Eigenverbrauch des landwirtschaftlichen Betriebes an eigen er-

zeugter Energie fällt nicht hierunter.

### Vertragliche Arbeiten

Vertragliche Arbeiten unter Einsatz von Geräten und Maschinen des Betriebes, innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, z.B. Transporttätigkeiten, Landschaftspflege, Schneeräumarbeiten, landwirtschafts- und umweltbezogene Dienstleistungen (u.a. Arbeit in Maschinenringen) usw.

### Sonstige Einkommenskombinationen

Sonstige, zuvor nicht genannte Erwerbstätigkeiten, z.B. Pelztierzucht, Pensionspferdehaltung ausschließlich zur Unterbringung von Pferden.

### **Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes**

Dazu zählen einzelbetriebliche Investitionsförderungen für ausgewählte Maßnahmen nach der Verordnung 1257/99 „Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL), die dem Betrieb in den letzten fünf Jahren bewilligt wurden.

Dabei wird unterschieden in

- Einzelbetriebliche Förderung für Investitionen (zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens, der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen)

Dazu zählen nach Artikel 4 der Verordnung 1257/99 (EAGFL) in den letzten fünf Jahren bewilligte Beihilfen für Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe zur:

- Senkung der Produktionskosten,
- Verbesserung und Umstellung der Erzeugung,
- Steigerung der Qualität,
- Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, der Hygienebedingungen und der Tierschutzstandards,
- Diversifizierung der Tätigkeiten des Betriebes.

Weiterhin ist nach Artikel 8 der Verordnung 1257/99 die Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte anzuführen. Diese Beihilfe erhalten Landwirte, die jünger als 40 Jahre sind, über eine ausreichende berufliche (landwirtschaftliche) Qualifikation verfügen, sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb niederlassen und für diesen Betrieb die Wirtschaft-

lichkeit belegen sowie die Mindestanforderungen hinsichtlich Umwelt, Hygiene und Tierschutz erfüllen.

- Investitionsförderung für Tätigkeiten im ländlichen Raum sowie Forstwirtschaft

Die Förderung der ländlichen Entwicklung beinhaltet ausgewählte, einzelbetriebliche Maßnahmen nach Artikel 33 der Verordnung 1257/99 sowie Investitionen in die Forstwirtschaft nach Kapitel VIII der Verordnung 1257/99, die in den letzten fünf Jahren bewilligt wurden. Dazu zählen die Förderprogramme für folgende Maßnahmen:

- Dorferneuerung und -entwicklung (insbesondere die Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz) sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes,
- Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und alternative Einkommensquellen zu schaffen,
- Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten,
- Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes (Maßnahmen wie Pflanzung von Streuobstwiesen u. dgl., auch Modellvorhaben),
- Finanzierungstechnik (wenn als Förderkriterium festgelegt).

Beihilfen für die Forstwirtschaft umfassen Maßnahmen mit dem Ziel der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und Entwicklung der Forstwirtschaft, der Erhaltung und Verbesserung der forstlichen Ressourcen und der Erweiterung der Waldflächen.

#### **Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte**

Erhoben werden

- die Anzahl der Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes am Tag der Erhebung,
- der überbetriebliche Einsatz von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005.

Dabei wird unterschieden in

#### Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger

Die Schlepper müssen zur Verrichtung von Arbeiten des landwirtschaftlichen Betriebes eingesetzt werden. Darunter fallen auch Fahrzeuge, die ihrer Definition nach einen Schlepper voll ersetzen (z.B. Unimog). Ausgeschlossen sind Schlepper, die während der letzten 12 Monate ausschließlich in der Forstwirtschaft, Fischerei, im Graben- und Wegebau sowie bei anderen Kultivierungsarbeiten verwendet wurden.

#### Einachsschlepper, Motorhacken, -fräsen und -mäher

Einachsige und ähnliche Motorfahrzeuge, die in der Landwirtschaft sowie dem Garten- und Weinbau verwendet wurden. Maschinen, die ausschließlich für Park- und Rasenflächen benutzt wurden, sind ausgeschlossen.

#### Mähdrescher

Selbstfahrende, schleppergezogene oder an den Schlepper auf- und angebaute Maschinen (ausgenommen Mähdrescher) für die Ernte von Zuckerrüben, Kartoffeln oder Futterpflanzen. Folgt die Ernte einer Anbaukultur in einem Arbeitsgang oder in einer Arbeitskette, wird das gesamte System als eine einzige Maschine betrachtet.

Bei „im Alleinbesitz des Betriebes“ sind auch zeitweilig an andere landwirtschaftliche Betriebe ausgeliehene Motorfahrzeuge einzubeziehen. Der Nachweis erfolgt bei kürzlich angeschafften o.a. Maschinen unabhängig davon, ob die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits zum Einsatz gekommen sind oder nicht.

Hier sind unter „überbetrieblicher Einsatz“ von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb, die von mehreren Betrieben gemeinsam genutzten Maschinen einzutragen. Gemeinsame Nutzung kann bedeuten, dass die Maschinen sich im Besitz

- eines anderen Betriebes (z.B. im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder eines Maschinenringes),
- einer Genossenschaft,
- dieses Betriebes mit einem oder mehreren anderen Betrieben (z.B. Maschinengemeinschaft) oder
- eines landwirtschaftlichen Lohnunternehmens befinden.

Des Weiteren werden die „betriebsbereiten Bewässerungsanlagen“ im Alleinbesitz des Betriebes, die in den letzten 12 Monaten verwendet wurden, erhoben in der Unterscheidung nach

- mobilen Bewässerungsanlagen,
- feststehenden Bewässerungsanlagen.

Bewässerungsanlagen sind für Bewässerungszwecke verwendete Anlagen, unabhängig davon, ob die Anbaukulturen beregnet werden oder ob das Wasser in Gräben und Rohren in den Boden eingeleitet wird. Anlagen, die ausschließlich im Gartenbau oder in Gewächshäusern eingesetzt werden, sind ausgeschlossen. Für den Feldgemüseanbau eingesetzte Anlagen sind dagegen eingeschlossen.

## 5 Erläuterungen zum Verfahren der Betriebsklassifizierung

### 5.1 Allgemeines

Zwischen den Agrarstrukturerhebungen 2003 und 2005 werden bei der Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung keine Neuerungen eingeführt. Da die Veränderung im Klassifizierungssystem zwischen den Jahren 2001 und 2003, begründet durch die Übernahme des Klassifizierungssystems der Europäischen Union, im Methodenheft zur Agrarstrukturerhebung 2003 (Fachserie 3, Reihe 2 S. 3) nicht im Detail beschrieben wurde, geschieht dies in der vorliegenden Veröffentlichung.

### 5.2 Veränderungen 2003 gegenüber 2001

Ab der ASE 2003 wurde das gemeinschaftliche Klassifizierungssystem der Europäischen Union auch national angewandt und als „Betriebswirtschaftliche Ausrichtung“ bezeichnet (bis dahin als „Betriebssysteme“). Folgende Veränderungen wurden wirksam:

- Die Berechnung der Standarddeckungsbeiträge erfolgt auf der Ebene der Regierungsbezirke, in Bundesländern ohne Regierungsbezirke auf Landesebene. Bis zur ASE 2001 wurden die SDB auf Kreisebene nach fünf Leistungsklassen berechnet.
- Ab der ASE 2003 werden zur Betriebsklassifizierung Standarddeckungsbeiträge und Funktionen für die festen Spezialkosten herangezogen, denen ein Bezugs-

zeitraum von drei Wirtschaftsjahren zugrunde liegt. Bis 2001 bildeten fünf Wirtschaftsjahre die Grundlage für die Berechnung der durchschnittlichen Standarddeckungsbeiträge.

- Die Betriebe werden jeweils der BWA zugeordnet, bei denen die SDB der einzelnen Produktionszweige einen festgelegten Schwellenwert am Gesamt - SDB erreichen oder überschreiten. Die Schwellenwerte für die SDB der Produktionsverfahren liegen ab 2003 bei einem bzw. zwei Drittel am Gesamtstandarddeckungsbeitrag des Betriebes. Bis 2001 lagen die Schwellenwerte bei 50 bzw. 75 Prozent des gesamten SDB des Betriebes.
- Zur Darstellung der wirtschaftlichen Betriebsgröße der Betriebe wird ab 2003 der berechnete Standarddeckungsbeitrag in der Unterteilung nach Größenklassen des SDB in EGE (Europäische Größeneinheit: 1 EGE = 1200 Euro) verwendet. Bis 2001 wurde die wirtschaftliche Betriebsgröße anhand des Standardbetriebseinkommens in DM bzw. Euro dargestellt.

### 5.3 Unterschiede im Klassifizierungsverfahren

Durch die Übernahme des Klassifizierungsverfahrens der EU entfallen die bis zur ASE 2001 bestehenden Unterschiede zur nationalen Klassifizierung. Eine Ausnahme bildet die Zuordnung der Baumschulen. Diese werden aufgrund nationaler Belange weiterhin den Gartenbaubetrieben, auf EU-Ebene jedoch den Dauerkulturbetrieben zugeordnet.

### 5.4 Verfahren der Betriebsklassifizierung - BWA

#### 5.4.1 Allgemeines

Die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrer Vielzahl an Produktionszweigen werden nach der Struktur des SDB unterschieden. Ziel dieser Betriebsklassifizierung ist es, die Betriebe nach ihrer BWA und ihrer wirtschaftlichen Betriebsgröße zu kennzeichnen und zu gruppieren. Dies ermöglicht den wirtschaftlichen Vergleich der Betriebe in der Landwirtschaft sowie den paritätischen Vergleich zu anderen Zweigen der Volkswirtschaft. Die Betriebsklassifizierung stützt sich auf:

- a) einzelbetriebliche Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung sowie über Größe und Zusammensetzung der Viehbestände,

- b) Standarddeckungsbeiträge für die unter a) genannten Merkmale,
- c) Standarddeckungsbeiträge auf Regierungsbezirksebene.

#### 5.4.2 Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung

Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung eines Betriebes, seinen Produktionsschwerpunkt, d.h. die BWA ergibt sich aus dem relativen Beitrag der einzelnen Produktionszweige eines Betriebes am gesamten Standarddeckungsbeitrag (SDB) dieses Betriebes. Die EU - Klassifizierung sieht eine dreistufige Unterteilung der BWA vor, bei der die folgenden Gliederungsebenen unterschieden werden:

- Allgemeine BWA,
- Haupt - BWA,
- Einzel - BWA.

Weitere Untergliederungen der Einzel - BWA können für spezielle Auswertungszwecke vorgenommen werden. Es wird in 8 Allgemeine BWA, 17 Haupt - BWA, 50 Einzel - BWA und 30 Unterteilungen der Einzel - BWA unterschieden (siehe Gliederungsschema der BWA in den Übersichten 4 und 5 auf den Seiten 26-28 und 30, 31). Die Zuordnung zu einer BWA erfolgt auf der Grundlage festgelegter Schwellenwerte des Anteils des SDB der einzelnen Produktionszweige eines Betriebes am Gesamtstandarddeckungsbeitrag des Betriebes. So werden z. B. zu den „Allgemeinen BWA“ Ackerbau (Anbau auf dem Ackerland), Gartenbau (z.B. Gemüse, Blumen und Zierpflanzen unter Glas und im Freiland), Dauerkultur (z.B. Obst- und Rebanlagen), Futterbau (z.B. Wiesen und Weidevieh wie Rinder und Schafe) bzw. Veredlung (z.B. Schweine und Geflügel) Betriebe mit einem SDB der entsprechenden Produktionszweige von mehr als 2/3 am Gesamt - SDB des Betriebes zugeordnet. Wird dieser Schwellenwert nicht erreicht, zählen die Betriebe entweder zu der Allgemeinen BWA Pflanzenbauverbund bzw. Viehhaltungsverbund mit einem Anteil zwischen 1/3 bis unter 2/3. Betriebe für die keine der genannten Bedingungen zutrifft, d.h. die Schwellenwerte nicht erfüllt sind, werden der BWA Pflanzenbau-Viehhaltungsbetriebe zugerechnet. Die konkreten Zuordnungskriterien für die Allgemeinen BWA sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Anteil des Standarddeckungsbeitrages der Einzel - BWA am gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes
Ackerbaubetriebe	Ackerbau (d.h. Getreide, Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung, Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte, Handelsgewächse, frisches Gemüse, Melonen, Erdbeeren im Feldanbau, Futterpflanzen, Sämereien und Pflanzgut auf dem Ackerland, sonstige Kulturen auf dem Ackerland und Folgekulturen, die nicht dem Futteranbau dienen, und Schwarzbrache (Grünbrache), die nicht wirtschaftlich genutzt wird, aber einer Beihilferegulierung unterliegt >2/3
Gartenbaubetriebe	Frisches Gemüse, Melonen, Erdbeeren im Freiland und unter Glas, Blumen und Zierpflanzen im Freiland und unter Glas, Pilze und Baumschulen >2/3
Dauerkulturbetriebe	Obst- und Beerenobstanlagen, Zitrusanbau, Olivenanbau, Rebanlagen, sonstige Dauerkulturen und Dauerkulturen unter Glas >2/3
Futterbaubetriebe	Wiesen (d.h. Dauerwiesen und -weiden, ertragsarme Weiden) und Weidevieh (d.h. Einhufer, alle Klassen von Rindern, Schafen und Ziegen) > 2/3
Veredlungsbetriebe	Veredlung, d.h. Schweine (d.h. Ferkel, Zuchtsauen, sonstige Schweine), Geflügel (Masthähnchen und -hühner, Legehennen, sonstiges Geflügel) und Mutterkainchen > 2/3
Pflanzenbauverbundbetriebe	Ackerbau > 1/3, aber ≤ 2/3, oder Gartenbau > 1/3, aber ≤ 2/3 oder Dauerkulturen > 1/3, aber ≤ 2/3, kombiniert mit Grünland und Weidevieh ≤ 1/3 und Veredlung ≤ 1/3
Viehhaltungsverbundbetriebe	Grünland und Weidevieh > 1/3, aber ≤ 2/3 oder Veredlung > 1/3, aber ≤ 2/3 kombiniert mit Ackerbau ≤ 1/3, Gartenbau ≤ 1/3 und Dauerkulturen ≤ 1/3
Pflanzenbau-Viehhaltungsbetriebe	Betriebe, die von den Klassen 1 bis 7 ausgeschlossen wurden.
Nicht klassifizierbare Betriebe	Betriebe, die den Klassen 1-8 nicht zugeordnet werden konnten.

#### 5.4.3 Die wirtschaftliche Betriebsgröße

Die wirtschaftliche Betriebsgröße beruhte bis 2001 auf dem Standardbetriebseinkommen. Bei der EU - Klassifizierung wird im Gegensatz dazu auf den SDB zurückgegriffen. Die wirtschaftliche Betriebsgröße entspricht der Summe der SDB der einzelnen Produktionszweige und stellt die Einkommenskapazität eines Betriebes dar. Sie wird in einer gemeinsamen Maßeinheit, der Europäischen Größeneinheit (EGE) angegeben. Dabei werden die Betriebe in unterschiedliche, in wirtschaftliche Betriebsgrößeklassen eingruppiert.

Übersicht 4:

Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2005  
zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft

BWA 1 - 5

BETRIEB	ALLGEMEINE BWA	HAUPT- BWA	EINZEL- BWA	UNTERTEILUNG EINZEL-BWA	MERKMALSCODE	Entsch. der Kommission v. 16.05.2003 (2003/396/EG)
BETRIEB	1 ACKERBAU	13 GETREIDE, OLSAATEN, EIWEISS- PFLANZEN			Sommerweizen (ohne Durum)	EF 202 D01
					Hartweizen (Durum)	EF 203 D02
					Triticale	EF 204 D08
					Sommergerste	EF 207 D04
					Hafer	EF 208 D05
					Sommermenggetreide	EF 210 D05
					Winterweizen (ohne Durum)	EF 201 D01
					Dinkel	EF 211 D01
					Roggen	EF 205 D03
					Wintergerste	EF 206 D04
					Wintermenggetreide	EF 209 D03
					Brache, stillgelegte Flächen	EF 244 D22
					Ackerbohnen zur Körnergewinnung	EF 215 D09
BETRIEB	1 ACKERBAU	13 GETREIDE, OLSAATEN, EIWEISS- PFLANZEN			Futtererbsen zur Körnergewinnung	EF 214 D09
					Alle anderen Hülsenfrüchte zum Ausstreifen	EF 216 D09
					Lupinen zur Körnergewinnung	EF 301 D09
					Wintererbsen zur Körnergewinnung	EF 229 D26
					Sommererbsen, Rüben zur Körnergewinnung	EF 230 D26
					Flachs, Lein zur Körner- und Fasergewinnung	EF 231 D29
					Andere Ölfrüchte	EF 232 D30
					Körner Sonnenblumen	EF 233 D27
					Körnermais zum Ausstreifen	EF 212 D06
					Corn- Cob- Mix	EF 213 D06
					Frühe Speisekartoffeln	EF 218 D10
					Frühe, mittelfrühe u. späte Industrie-, Futter- und Pflanzkartoffeln	EF 217 D10
					Mittelfrühe u. späte Speisekartoffeln zum Direktverzehr ohne Be- u. Verarbeitung	EF 219 D10
					Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke	EF 300 D10
					Zuckererbsen ohne Samenbau	EF 220 D11
					Runkelrüben ohne Samenbau	EF 221 D12
					Alle anderen Hackfrüchte ohne Samenbau	EF 222 D12
					Gemüse, einschließl. Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit landwirtschaftl. Kulturen und im Wechsel mit anderen Gartengewächsen	EF 223 D14A
					Hopfen	EF 234 D24
					Tabak	EF 235 D23
					Heil- u. Gewürzpflanzen	EF 237 D34
					Alle anderen Handelsgewächse	EF 238 D35
					Gartenbäumsämereien, Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen, auch unter Glas	EF 228 D19
					Rüben, Gräser zur Samengewinnung	EF 236 D19
					Klee, Klee-Gras, Klee- Luzerne- Gemisch	EF 239 D18B
					Luzerne	EF 240 D18B
					Grasanbau auf dem Ackerland zum Abmähen und Abweiden	EF 241 D18A
					Silomais	EF 242 D18B
					Alle anderen Futterpflanzen	EF 243 D18B

BETRIEB				EF		
2 GARTENBAU	20 GARTENBAU	201 GEMÜSE- GARTENBAU	2011 FREILAND-GEMÜSE- GARTENBAU	EF 224	D14B	Gemüse einschl. Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit anderen Gartengewächsen im Freiland
			2012 UNTERGLAS-GEMÜSE- GARTENBAU	EF 225	D15	Gemüse einschl. Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit anderen Gartengewächsen im Freiland unter Glas
			2021 FREILAND-BLUMEN-ZIERPFLANZEN	EF 226	D16	Blumen, Zierpflanzen im Freiland
			2022 UNTERGLAS -BLUMEN- ZIERPFLANZEN	EF 227	D17	Blumen, Zierpflanzen unter Glas
			203 SPEZIALISIERTE GARTENBAUBETRIEBE ALLGEMEINER ART			Gemüse einschl. Spargel, Erdbeeren im Wechsel mit anderen Gartengewächsen im Freiland
	3 DAUER- KULTUR	31 REBANLAGEN	3410 <sup>1)</sup> BAUMSCHULKULTUREN	EF 248	G05	Baumschulen
			311 QUALITÄTSWEIN- BAU	EF 256	G04A	Rebland, Rebfläche
			321 OBST	EF 247	G01	Obstanlagen
			340 DAUERKULTUR- GEMISCHTBETRIEBE	EF 257	G06	Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden und Pappelanlagen (außerhalb des Waldes)
			411 MILCH	EF 116	J07	Milchkühe
4 WEIDE- VIEH	41 MILCHVIEH	42 RINDERAUZFUCHT UND MAST	412 RINDERAUZFUCHT, MILCH	EF 107	J02	Kälber unter 6 Mon. oder unter 220 kg Lebendgewicht
				EF 108	J02	Jungrinder, 6 Mon. bis unter 1 Jahr, männl.
				EF 109	J02	Jungrinder, 6 Mon. bis unter 1 Jahr, weibl.
				EF 111	J04	Rinder 1 bis unter 2 Jahre weibl., zum Schlachten
				EF 112	J04	Rinder 1 bis unter 2 Jahre weibl., Nutz- u. Zuchttiere
	43 RINDERAUZFUCHT UND MAST	44 KOMBINIERTE WEIDEVIEHBETRIEBE: SCHAFE U.A.		EF 114	J06	Rinder 2 Jahre u. älter, Schlachtfärsen
				EF 115	J06	Rinder 2 Jahre u. älter, Nutz- und Zuchtfärsen
				EF 117	J08	Ammen u. Mutterkühe
				EF 118	J08	Schlacht- u. Mastkühe
				EF 110	J03	Rinder 1 bis unter 2 Jahre, männl.
				EF 113	J05	Rinder 2 Jahre und älter, Bullen und Ochsen
				EF 120	J09B	Schafe unter 1 Jahr einschließlich Lämmer
				EF 121	J09A	Weibl. Schafe 1 Jahr und älter, zur Zucht
				EF 122	J09B	Schafböcke 1 Jahr und älter, zur Zucht
				EF 123	J09B	Hammel u. übrige Schafe 1 Jahr und älter
				EF 106	J01	Pferde insgesamt
				EF 249 - 252	F1	Dauerwiesen, Mähwiesen, Dauerweiden und Almen
				EF 255	F2	Streuwiesen u. Hutungen
						Betriebe, die den Unterteilungen 2011, 2012, 2021 und 2022 nicht zugeordnet werden können.

1) Abweichend von der EG- Klassifikation werden die Baumschulen national dem Gartenbau zugeordnet.

noch Übersicht 4:

Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2005  
zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft  
BWA 1 - 5

BETRIEB	ALLGEMEINE BWA	HAUPT-BWA	EINZEL-BWA	UNTERTEILUNG EINZEL-BWA	MERKMALSCODE
BETRIEB	5 VEREDLUNG	50 VEREDLUNG	501 SCHWEINE	5011 SCHWEINEAUFGZUCHT	Jungsauen zum 1. Mal trächtig, zur Zucht über 50 kg Lebendgewicht EF 131 J12
					Andere trächtige Sauen, zur Zucht über 50 kg Lebendgewicht EF 132 J12
					Jungsauen noch nicht trächtig, zur Zucht über 50 kg Lebendgewicht EF 133 J12
					Andere nicht trächtige Sauen, zur Zucht über 50 kg Lebendgewicht EF 134 J12
				5012 SCHWEINEMAST	Ferkel EF 125 J11
					Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht EF 126 J13
					Mastschweine, 50 kg bis unter 80 kg Lebendgewicht EF 127 J13
					Mastschweine, 80 kg bis unter 110 kg Lebendgewicht EF 128 J13
					Mastschweine, 110 kg und mehr Lebendgewicht EF 129 J13
				5021 LEGEHENNENBETRIEBE	Eber, zur Zucht über 50 kg Lebendgewicht EF 130 J13
					Legenhennen ½ Jahr und älter EF 136 J15
					Junghennen unter ½ Jahr EF 137 J15
					Schlacht- und Masthähne und -hühner sowie sonstige Hähne EF 138 J14
			502 GEFLÜGEL	5022 GEFLÜGELMAST	Sonstiges Geflügel insgesamt EF 143 J16
			503 VEREDLUNGS- BETRIEBE MIT VERSCHIEDENEN VERBUND- ERZEUGNISSEN		
					Betriebe, die den Klassen 501 und 502 nicht zugeordnet werden konnten.

Zuordnung der Merkmale zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen 6 bis 9 siehe Übersicht 5 auf den Seiten 30 und 31 dieser Veröffentlichung.



Der SDB wird ab der ASE 2003 als Durchschnitt aus drei Wirtschaftsjahren berechnet. Für die Agrarstrukturerhebung 2003 waren das die Wirtschaftsjahre 1999/2000, 2000/2001 und 2001/2002, für die ASE 2005 die Wirtschaftsjahre 2001/2002, 2002/2003 und 2003/2004. Mindestens einmal im Ablauf von 10 Jahren werden die Basisangaben für die Berechnung der SDB unter Verwendung von Statistiken und Buchführungsunterlagen neu ermittelt. Zu jeder ASE erfolgt eine Aktualisierung der SDB sowie der entsprechenden Durchschnitte hinsichtlich der einzubeziehenden Wirtschaftsjahre.

Für die ASE 2003 und 2005 fanden als Basisdaten für die Erzeugerpreise die Angaben für Anbauflächen aus der Bodennutzungshaupterhebung 1999 und für die Zahl der Milchkühe aus der Erhebung über die Viehbestände 1999 Verwendung. Für die Ernteerträge und die Milchleistungen erfolgt eine jährliche Aktualisierung.

### 5.5 Berechnung der Standarddeckungsbeiträge

Der SDB ist eine standardisierte Rechengröße, die in der amtlichen Statistik u. a. für die Eingruppierung der Betriebe nach ihrer BWA ermittelt wird. Er wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Viehart (bei Geflügel je 100 Stück) aus erzeugter Menge mal zugehörigem Preis als geldliche Bruttoleistung ermittelt, von der die zurechenbaren variablen Spezialkosten abgezogen werden. Dabei werden durchschnittliche Erträge, Preise und Aufwendungen angesetzt, die sich aus Statistiken und Buchführungsunterlagen ergeben.

Die Durchschnittsbildung erfolgt auf Ebene der Erhebungsbezirke (Regierungsbezirke). Für Bundesländer ohne Regierungsbezirke wird die Berechnung für das Bundesland vorgenommen.

Der SDB entspricht dem Wert der Produktion inklusive Beihilfen, die an die Erzeugnisse, die Flächen und den Viehbestand gebunden sind, also dem Geldwert der Bruttoerzeugung, abzüglich bestimmter Spezialkosten.

#### Spezialkosten

Die **a b z u s e t z e n d e n** Spezialkosten setzen sich wie folgt zusammen:

##### 1. Pflanzliche Erzeugung

- Saat- und Pflanzgut (zugekauft und im Betrieb erzeugt),

- zugekaufte Düngemittel,
- Erzeugnisse für den Pflanzenschutz,
- verschiedene Spezialkosten (Wasser für Bewässerung, Heizung, Trocknung, Vermarktung und Verarbeitung, Spezialversicherungskosten und sonstige Kosten).

##### 2. Tierische Erzeugung

- Bestandsergänzung,
- Fütterung (zugekauft oder im Betrieb erzeugtes Kraftfutter, Raufutter),
- verschiedene Spezialkosten (Veterinärkosten, Deckgeld und Kosten für künstliche Besamung, Leistungskontrollen u. Ä., Spezialkosten für Vermarktung und Verarbeitung, Spezialversicherungskosten und sonstige Kosten).

**N i c h t** als Spezialkosten abzuziehen sind Arbeitskosten, Kosten für Mechanisierung, Gebäude, Treib- und Schmierstoffe, für Reparaturen und Abschreibungen an Maschinen und Material sowie die Kosten für Arbeiten durch dritte Personen. Dagegen sind Kosten für Arbeiten durch Dritte im Rahmen der Auspflanzung und Rodung von Dauerkulturen und im Rahmen der Trocknung als Spezialkosten abzuziehen.

Die Spezialkosten werden grundsätzlich anhand der Preise für die Lieferung frei Hof o h n e Mehrwertsteuer und unter Abzug der an die Bestandteile dieser Kosten gebundenen Beihilfen ermittelt.

### 5.6 Sonderfälle bei der Berechnung der SDB

Bei der Berechnung der SDB sind einige Sonderregelungen zu berücksichtigen:

#### a) Weidevieh und Futterflächen

- ausgeglichener Futtersaldo

Die Anwendung der SDB für Weidevieh und Futterflächen hängt vom Verhältnis der beiden Gruppen innerhalb des Betriebes ab. Im Normalfall liegt ein ausgeglichener Futtersaldo vor, d. h. das gesamte Raufutter des Betriebes wird vom gehaltenen Vieh verbraucht. Somit sind die Einzel - SDB der Futterflächen gleich Null, es werden nur die Einzel - SDB des Weideviehs berechnet.

Übersicht 5: Zuordnung von Merkmalen der Agrarstrukturerhebung 2005 zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen des Klassifizierungssystems für die Landwirtschaft (BWA 6 – 9)

BETRIEB	ALLGEMEINE BWA	HAUPT-BWA	EINZEL-BWA	UNTERTEILUNG EINZEL-BWA	BEDINGUNG
BETRIEB	6 PFLANZENBAU- VERBUND- BETRIEBE		601 KOMBINIERTE GARTENBAU- UND DAUERKULTURVER- BUNDBETRIEBE		Gartenbau > 1/3; Dauerkulturen > 1/3
			602 ACKER- UND GARTENBAUVER- BUNDBETRIEBE		Ackerbau > 1/3; Gartenbau > 1/3
			603 ACKER- UND REBANLAGENVER- BUNDBETRIEBE		Ackerbau > 1/3; Rebflächen > 1/3
			604 ACKERBAU UND DAUERKULTURVER- BUNDBETRIEBE		Ackerbau > 1/3; Dauerkulturen > 1/3; Rebflächen ≤ 1/3
			605 PFLANZENBAUVER- BUNDBETRIEBE MIT BETONUNG ACKERBAU		Ackerbau > 1/3; keine sonstigen Tätigkeiten > 1/3
			606 PFLANZENBAUVER- BUNDBETRIEBE MIT BETONUNG GARTENBAU ODER DAUERKULTUREN	6061 PFLANZENBAUVERBUND- BETRIEBE MIT BETONUNG GARTENBAU 6062 PFLANZENBAUVERBUND- BETRIEBE MIT BETONUNG DAUERKULTUREN	1/3 < Gartenbau ≤ 2/3; keine sonstigen Tätigkeiten > 1/3  1/3 < Dauerkulturen ≤ 2/3; keine sonstigen Tätigkeiten > 1/3
			711 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE – TEILAUSTRICHTUNG MILCHERZEUGUNG		Grünland und Weidevieh ≤ 2/3; Rinder für die Milcherzeugung > 1/3; Milchkühe > 2/3 von Rindern für die Milcherzeugung; keine sonstigen Tätigkeiten > 1/3
			712 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE – TEILAUSTRICHTUNG WEIDEVIEH, ANDERE ALS MILCHVIEH		Grünland und Weidevieh > 1/3; aber ≤ 2/3; keine sonstigen Tätigkeiten > 1/3, außer den Betrieben der Klasse 711
			71 VIEHHALTUNGS- VERBUND- BETRIEBE – TEILAUSTRICH- TUNG WEIDEVIEH		
BETRIEB					

BETRIEB	7 VIEHHALTUNGS- VERBUND- BETRIEBE	72 VIEHHALTUNGS- VERBUND- BETRIEBE – BETRIEBE – TEILAUSTRICH- TUNG VEREDLUNG	721 VIEHHALTUNGS- VERBUNDBETRIEBE: VEREDLUNG UND MILCHVIEH	Rinderhaltung für die Milcherzeugung > 1/3; Veredlung > 1/3; Milchkühe > 2/3 der Rinder für die Milcherzeugung
			722 VIEHHALTUNGSVER- BUNDBETRIEBE: VEREDLUNG UND WEIDEVIEH, ANDERE ALS MILCHVIEH	Entweder [Grünland und Weidevieh > 1/3; Veredlung > 1/3; Rinder für die Milcherzeugung ≤ 1/3] oder [Rinder für die Milcherzeugung > 1/3; Veredlung > 1/3; Milchkühe ≤ 2/3 der Rinder für die Milcherzeugung]
			723 VIEHHALTUNGSVER- BUNDBETRIEBE: VEREDLUNG UND VERSCHIEDENE VIEHARTEN	Veredlung ≤ 2/3, aber > 1/3; Ackerbau ≤ 1/3; Gartenbau ≤ 1/3; Dauerkulturen ≤ 1/3 außer den Betrieben der Klassen 721 und 722
	8 PFLANZENBAU- VIEHHALTUNGS- BETRIEBE	81 ACKERBAU WEIDEVIEH- VERBUND- BETRIEBE	811 ACKERBAU – MILCHVIEHVERBUND- BETRIEBE	Ackerbau > 1/3; Rinder für die Milcherzeugung > 1/3; Milchkühe > 2/3 der Rinder für die Milcherzeugung; Rinder für die Milcherzeugung < Ackerbau
			812 MILCHVIEH – ACKERBAUVERBUND- BETRIEBE	Rinder für die Milcherzeugung > 1/3; Ackerbau > 1/3; Milchkühe > 2/3 der Rinder für die Milcherzeugung; Rinder für die Milcherzeugung ≥ Ackerbau
			813 VERBUNDBETRIEBE ACKERBAU MIT WEIDEVIEH (ANDERE ALS MILCHVIEH)	Ackerbau > 1/3; Grünland und Weidevieh > 1/3; Ackerbau > Weidevieh, außer den Betrieben der Klasse 811
			814 VERBUNDBETRIEBE WEIDEVIEH (ANDERE ALS MILCHVIEH), MIT ACKERBAU	Grünland und Weidevieh > 1/3; Ackerbau > 1/3; Grünland und Weidevieh ≥ Ackerbau, außer den Betrieben der Klasse 811 und 812
			821 ACKERBAU- VEREDLUNGS- VERBUNDBETRIEBE	Ackerbau > 1/3; Veredlung > 1/3
	9 NICHT KLASSIFIZIERBARE BETRIEBE	82 VERBUND- BETRIEBE MIT VERSCHIEDENEN KOMBINATIONEN: PFLANZENBAU – VIEHHALTUNG	822 DAUERKULTUREN – WEIDEVIEHVERBUND- BETRIEBE	Dauerkulturen > 1/3; Grünland und Weidevieh > 1/3
			823 PFLANZENBAU – VIEHHALTUNGS- GEMISCHTBETRIEBE	
	BETRIEBE, DIE VON DEN KLASSEN 1 – 7 AUSGESCHLOSSEN WURDEN UND DIE BEDINGUNGEN ERFÜLLEN:			

- Zufuhrbedarf an Futter

Die Futterflächen für das vorhandene Weidevieh sind nicht ausreichend, der Betrieb muss Futter zukaufen. Die Futterflächen des Betriebes werden deshalb mit einem SDB gleich Null berechnet. Der SDB der Tiere des Betriebes, für die die betrieblichen Futterflächen ausreichen, werden wie beim ausgeglichenen Futtersaldo berechnet. Die restlichen Tiere, für die Futter zugekauft werden muss, werden niedriger bewertet.

- Überschuss an Futter

Der Teil des Futters, der nicht verbraucht wird und somit für den Verkauf bestimmt ist, wird bewertet. Der SDB der Tiere wird wie beim ausgeglichenen Futtersaldo berechnet.

- b) Schwarzbrache, für die keine Beihilfe gewährt wird

Für die Einstufung von Betrieben, deren Fläche nur aus Schwarzbrache besteht, werden pauschal geschätzte SDB in geringer Höhe festgelegt.

- c) Haus- und Nutzgärten

Da die Erzeugnisse normalerweise nicht für den Verkauf bestimmt sind, wird der SDB nicht berücksichtigt. Hat ein Betrieb jedoch nur Haus- und Nutzgärten, wird der SDB für die Zuordnung zur BWA herangezogen.

- d) Ferkel

Die für Ferkel ermittelten SDB werden nur für die Berechnung des Gesamt-SDB des Betriebes berücksichtigt, wenn sich in dem Betrieb keine Muttersauen befinden. Hat der Betrieb Zuchtsauen im Betrieb, ist die Ferkelerzeugung in der Berechnung der Einzel-SDB der Zuchtsauen enthalten.

Weitere Hinweise und Unterlagen zur Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe und zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge können der Veröffentlichung des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) entnommen werden (Sauer N., Burgath A.: Standarddeckungsbeiträge 2000/01 und Rechenwerte für die Betriebssystematik in der Landwirtschaft, Datensammlung SDB 25. Auflage, Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL), Darmstadt, 2000 und andere Jahrgänge).

## 6 Hinweise zur Stichprobenerhebung

In der vorliegenden Veröffentlichung erfolgt eine verkürzte Darstellung der Hinweise zur Durchführung der Stichprobenerhebung. Ausführliche Hinweise sind in der Fachserie 3/Reihe 2. S. 3 „Methodische Grundlagen der Strukturhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben 2003“ zu finden.

### 6.1 Stichprobenverfahren

Die Stichprobe für den repräsentativen Erhebungsteil der ASE 2005 ist als ein einstufiges (geschichtetes) Auswahlverfahren konzipiert. Als Auswahlgrundlage diente das Einzelmaterial des totalen Zählungsteils der ASE 2003. Für die Zufallsauswahl der Stichprobenbetriebe wird das Verfahren der „Kontrollierten Auswahl“ angewendet. Dazu werden je Bundesland fünf voneinander unabhängige Stichproben gezogen. Für jede dieser Stichproben wird eine „Schattenaufbereitung“ anhand von ausgewählten wichtigen Erhebungsmerkmalen (Tier-, Hauptnutzungs- und Kulturarten) durchgeführt. Die hochgerechneten Ergebnisse werden anschließend mit den entsprechenden Totalwerten der Auswahlgrundlage verglichen. Die Stichprobe mit den geringsten Abweichungen gegenüber den entsprechenden Totalwerten der Kontrollmerkmale wird ausgewählt.

### 6.2 Stichprobenumfang

Gemäß dem Agrarstatistikgesetz ist ein Stichprobenumfang von höchstens 100 000 Betrieben vorgesehen.

### 6.3 Schichtung

Im ersten Schritt erfolgt die Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs auf die Länder. Für den Auswahlplan der Bundesländer wird im zweiten Schritt das Einzelmaterial des Vorperioden-Ergebnisses des totalen Zählungsteils nach 26 Schichten gegliedert. Als Schichtungsmerkmale dienen die Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) und die Produktionsschwerpunkte der Betriebe. Letztere umfassen die Betriebe, die sich durch ihre einseitigen Produktionsschwerpunkte (z.B. große Tierbestände, Sonderkulturen, Gartenbau) oder die besondere Bedeutung dieser Produktion aus der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe herausheben. Zudem ist zusätzlich eine Schicht für die Neuzugänge vorgesehen.

Schicht 1	Totalschicht-Geflügel
Schicht 2	Totalschicht-große Tierbestände (ohne Geflügel)
Schicht 3	Totalschicht-große Flächen
Schicht 4	Sonderkulturen (z.B. Hopfen- und Tabakanbau)
Schicht 5 bis 7	Betriebe mit Rebland (nach Größenklassen des Reblandes)
Schicht 8	Milchkühe
Schicht 9	Rinder
Schicht 10	Zuchtsauen
Schicht 11	Schweine
Schicht 12	Schafe
Schicht 13 bis 17	Betriebe mit Gartenbau (nach Größenklassen der LF)
Schicht 18 bis 26	Sonstige Betriebe (nach Größenklassen der LF)
Schicht 27	Zugänge

Siehe Auswahlplan Übersicht 6 auf den Seiten 34 bis 37.

#### 6.4 Hochrechnung

Die Ergebnisse der Stichprobe werden frei hochgerechnet. Der Hochrechnungsfaktor ist der Kehrwert des Auswahl-satzes. Je geringer der Stichprobenumfang in der jeweiligen Schicht, umso größer ist der Hochrechnungsfaktor. Dement-sprechend erhalten Betriebe einer Totalschicht, wie Geflügel-halter und Betriebe mit großen Tierbeständen (ohne Geflü-gel), den Hochrechnungsfaktor 1.

#### 6.5 Genauigkeit

Die mit einer Stichprobe ermittelten Ergebnisse über eine Gesamtheit von Einheiten (hier Betriebe) sind in aller Regel mit Zufallsfehlern behaftet, auch wenn sie mit größter Gründ-lichkeit durchgeführt werden. Diese Stichprobenbedingten Fehler entstehen dadurch, dass nicht alle Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit befragt werden und die zufällig ausgewählten Stichprobenbetriebe nur bedingt die Situation der Gesamtheit darstellen. Aus Stichproben gewonnene Resultate erfordern daher für eine Beurteilung der Qualität der Ergebnisse eine statistische Bewertung durch eine Fehler-rechnung.

Die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung werden mit einem Aufbereitungsprogramm erstellt, in das bei repräsentativen Ergebnissen eine Berechnung des einfachen relativen Stan-dardfehlers auf Basis der Einzelwerte integriert ist. Der einfa-che relative Standardfehler wird als Maß für die Größe des Zufallsfehlers herangezogen. Aus Gründen der Übersichtlich-keit werden die Fehlerrechnungsergebnisse für die Stichpro-benwerte als Auszug in tabellarischer Form veröffentlicht. Für Auswertungszwecke liegen genauere Informationen über die Größe des relativen Standardfehlers in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vor.

### 7 Vorbereitung der Erhebung

Die ASE ist eine dezentrale Bundesstatistik. Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. 9 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) obliegt die Koordi-nierung und die methodische Vorbereitung der ASE dem Statistischen Bundesamt, die sich anschließende Durch-führung den Statistischen Landesämtern.

Zur organisatorischen Vorbereitung durch die StLÄ gehören insbesondere:

- 1) die Festlegung der zum Erhebungsbereich gehörenden Betriebe. Hierfür bildet das Betriebsregister Landwirt-schaft (BRL) die wesentliche – wenn auch nicht die ein-zige – Grundlage. Dieses Register enthält alle Erhe-bungseinheiten, die in agrarstatistische Erhebungen einbezogen werden. Für die ASE 2005 betrifft das die landwirtschaftlichen Betriebe,
- 2) die Stichprobenauswahl für die repräsentative Erhe-bung,
- 3) der maschinelle Adressaufdruck auf die Erhebungsbö-gen usw.,
- 4) der Aufbau einer Erhebungsorganisation einschließlich der Schulung des Personals sowie dessen Verpflichtung zur Geheimhaltung bekannt werdender Angaben,
- 5) der Druck der Erhebungsunterlagen,
- 6) der Druck ergänzender Erhebungspapiere wie z.B. Mitteilungen über das Zählungsvorhaben an Kreis- und Gemeindeverwaltungen sowie Auskunftspflichtige, öf-fentliche Aushänge, Kontrolllisten für die Abgabe der Unterlagen an die Erheber und für den Rückfluss der Un-

Übersicht 6:

Schicht Nr.	Schichtabgrenzung der Betriebe 1)	Merkmal 2)	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
1	Große Geflügelbestände <sup>1)</sup>	Schichtumfang	2 575	307	416	134	84	141	597
		Auswahlsatz %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Stichprobenumfang	2 575	307	416	134	84	141	597
2	Große Tierbestände (ohne Gefl.) <sup>1)</sup>	Schichtumfang	12 913	978	1 215	1 389	832	1 309	998
		Auswahlsatz %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Stichprobenumfang	12 913	978	1 215	1 389	832	1 309	998
3	LF 200 ha und mehr <sup>1)</sup>	Schichtumfang	3 863	157	274	448	128	678	47
		Auswahlsatz %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
		Stichprobenumfang	3 863	157	274	448	128	678	47
4	Hopfen, Tabak oder Heil und Gewürzpflanzenanbau	Schichtumfang	2 256	425	1 604	24	1	1	7
		Auswahlsatz %	42,6	49,9	33,3	50,0	100,0	100,0	100,0
		Stichprobenumfang	961	212	534	12	1	1	7
5	Rebland unter 3 ha	Schichtumfang	21 344	11 172	2 495	1	452	-	-
		Auswahlsatz %	20,1	20,0	25,0	100,0	33,4	-	-
		Stichprobenumfang	4 280	2 234	624	1	151	-	-
6	Rebland 3 bis unter 10 ha	Schichtumfang	6 639	1 947	420	1	236	1	-
		Auswahlsatz %	29,9	33,3	50,0	100,0	40,3	100,0	-
		Stichprobenumfang	1 988	649	210	1	95	1	-
7	Rebland 10 und mehr ha <sup>1)</sup>	Schichtumfang	2 262	241	61	-	71	-	-
		Auswahlsatz %	55,8	74,7	100,0	-	100,0	-	-
		Stichprobenumfang	1 263	180	61	-	71	-	-
8	Milchkühe <sup>1)</sup>	Schichtumfang	6 004	355	532	-	807	-	2 145
		Auswahlsatz %	36,0	40,0	40,0	-	40,0	-	33,3
		Stichprobenumfang	2 164	142	213	-	323	-	715
9	Rinder <sup>1)</sup>	Schichtumfang	17 606	2 406	7 795	-	369	-	1 283
		Auswahlsatz %	26,5	25,0	25,0	-	50,1	-	25,0
		Stichprobenumfang	4 663	602	1 948	-	185	-	321
10	Zuchtsauen <sup>1)</sup>	Schichtumfang	6 506	837	1 965	-	168	-	1 903
		Auswahlsatz %	31,6	25,0	33,3	-	50,0	-	33,3
		Stichprobenumfang	2 053	209	655	-	84	-	634
11	Schweine <sup>1)</sup>	Schichtumfang	5 627	402	1 448	-	1 038	-	888
		Auswahlsatz %	42,5	40,0	40,0	-	50,0	-	50,0
		Stichprobenumfang	2 389	161	579	-	519	-	444
12	Schafe <sup>1)</sup>	Schichtumfang	1 687	227	443	-	132	-	99
		Auswahlsatz %	38,5	33,5	33,4	-	33,3	-	50,5
		Stichprobenumfang	649	76	148	-	44	-	50
13	Gartenbau <sup>1)</sup> unter 2 ha LF	Schichtumfang	12 469	3 088	2 080	262	711	67	1 126
		Auswahlsatz %	46,6	40,0	40,0	50,0	66,7	34,3	40,1
		Stichprobenumfang	5 810	1 235	832	131	474	23	451
14	Gartenbau <sup>1)</sup> 2 bis unter 5 ha LF	Schichtumfang	4 225	968	777	90	227	37	534
		Auswahlsatz %	78,0	66,6	75,0	100,0	100,0	48,6	80,0
		Stichprobenumfang	3 296	645	583	90	227	18	427
15	Gartenbau <sup>1)</sup> 5 bis unter 10 ha LF	Schichtumfang	2 230	484	458	45	83	17	372
		Auswahlsatz %	89,4	80,2	100,0	100,0	100,0	70,6	66,7
		Stichprobenumfang	1 993	388	458	45	83	12	248
16	Gartenbau <sup>1)</sup> 10 bis unter 20 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	2 243	426	288	137	235	31	417
		Auswahlsatz %	91,0	80,0	100,0	100,0	100,0	100,0	79,9
		Stichprobenumfang	2 041	341	288	137	235	31	333
17	Gartenbau <sup>1)</sup> 20 und mehr ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	2 442	361	321	-	-	-	506
		Auswahlsatz %	91,1	100,0	100,0	-	-	-	80,0
		Stichprobenumfang	2 225	361	321	-	-	-	405
18	Sonst. Landwirtschaft unter 2 ha LF	Schichtumfang	4 309	297	1 242	83	270	75	967
		Auswahlsatz %	22,7	24,9	20,0	33,7	24,8	25,3	20,0
		Stichprobenumfang	979	74	248	28	67	19	193
19	Sonst. Landwirtschaft 2 bis unter 5 ha LF	Schichtumfang	60 280	8 562	18 025	1 061	4 168	666	7 292
		Auswahlsatz %	6,2	5,0	4,8	12,4	8,3	14,3	5,6
		Stichprobenumfang	3 763	428	858	132	348	95	405
20	Sonst. Landwirtschaft 5 bis unter 10 ha LF	Schichtumfang	55 003	8 124	22 727	703	3 864	499	5 835
		Auswahlsatz %	7,1	5,6	4,8	16,6	12,5	16,6	6,7
		Stichprobenumfang	3 884	451	1 082	117	483	83	389
21	Sonst. Landwirtschaft 10 bis unter 30 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	106 682	14 333	47 854	2 331	6 667	1 804	11 230
		Auswahlsatz %	11,3	10,0	10,0	20,0	14,3	14,3	10,0
		Stichprobenumfang	12 075	1 433	4 785	466	953	258	1 123
22	Sonst. Landwirtschaft 30 bis unter 50 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	41 482	5 249	15 668	-	2 489	-	7 507
		Auswahlsatz %	17,0	14,3	14,3	-	25,0	-	16,7
		Stichprobenumfang	7 040	750	2 238	-	622	-	1 252
23	Sonst. Landwirtschaft 50 bis unter 75 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	21 110	2 273	4 791	-	1 348	-	6 568
		Auswahlsatz %	24,2	20,0	20,0	-	40,0	-	20,0
		Stichprobenumfang	5 111	455	958	-	539	-	1 313
24	Sonst. Landwirtschaft 75 bis unter 100 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	8 622	804	1 445	-	498	-	3 279
		Auswahlsatz %	32,2	25,0	33,4	-	50,0	-	25,0
		Stichprobenumfang	2 775	201	482	-	249	-	820
25	Sonst. Landwirtschaft 100 bis unter 150 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	6 648	499	818	-	325	-	3 051
		Auswahlsatz %	42,9	40,1	50,0	-	66,8	-	33,3
		Stichprobenumfang	2 854	200	409	-	217	-	1 017
26	Sonst. Landwirtschaft 150 bis unter 200 ha LF <sup>1)</sup>	Schichtumfang	1 852	106	210	-	112	-	642
		Auswahlsatz %	65,0	50,0	66,7	-	100,0	-	60,0
		Stichprobenumfang	1 204	53	140	-	112	-	385
	Zugänge		-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	Schichtumfang	418 879	65 028	135 372	6 709	25 315	5 326	57 293
		Auswahlsatz %	22,6	19,9	15,2	46,7	28,1	50,1	21,9
		Stichprobenumfang	94 811	12 922	20 559	3 131	7 126	2 669	12 574

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Stadtstaaten	Nachrichtlich:		Schicht Nr.	
								Früh. Bundes- gebiet u. Bln.	Neue Länder		
510	62	14	63	80	97	70	-	2 087	488	1	
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	100,0	100,0		
510	62	14	63	80	97	70	-	2 087	488		
1 406	335	25	1 012	1 101	1 497	811	5	7 291	5 622	2	
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		
1 406	335	25	1 012	1 101	1 497	811	5	7 291	5 622		
163	261	37	304	721	399	241	5	1 471	2 392	3	
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		
163	261	37	304	721	399	241	5	1 471	2 392		
-	128	-	30	16	14	6	-	2 179	77	4	
-	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	-	41,1	84,4		
-	128	-	30	16	14	6	-	896	65		
1	7 045	16	51	109	-	2	-	21 181	163	5	
100,0	16,7	81,3	100,0	25,7	-	100,0	-	19,8	50,3		
1	1 175	13	51	28	-	2	-	4 198	82		
2	4 002	-	14	15	-	1	-	6 607	32	6	
100,0	25,0	-	100,0	100,0	-	100,0	-	29,6	100,0		
2	1 000	-	14	15	-	1	-	1 956	32		
-	1 876	-	3	9	-	1	-	2 249	13	7	
-	50,0	-	100,0	100,0	-	100,0	-	55,6	100,0		
-	938	-	3	9	-	1	-	1 250	13		
904	309	29	-	7	900	-	16	5 997	7	8	
33,3	40,1	100,0	-	100,0	33,3	-	62,5	36,0	100,0		
301	124	29	-	7	300	-	10	2 157	7		
1 119	975	139	-	-	3 462	-	58	17 606	-	9	
25,0	33,3	74,8	-	-	25,0	-	55,2	26,5	-		
280	325	104	-	-	866	-	32	4 663	-		
1 391	30	4	-	-	208	-	-	6 506	-	10	
25,0	50,0	100,0	-	-	50,0	-	-	31,6	-		
348	15	4	-	-	104	-	-	2 053	-		
1 452	117	4	-	-	278	-	-	5 627	-	11	
33,3	50,4	100,0	-	-	50,0	-	-	42,5	-		
484	59	4	-	-	139	-	-	2 389	-		
259	170	10	-	-	345	-	2	1 687	-	12	
50,2	33,5	40,0	-	-	40,0	-	100,0	38,5	-		
130	57	4	-	-	138	-	2	649	-		
2 250	877	99	561	160	343	243	602	11 176	1 293	13	
50,0	49,9	100,0	75,0	25,0	49,9	74,9	31,2	44,9	61,6		
1 125	438	99	421	40	171	182	188	5 013	797		
882	217	23	61	44	209	42	114	3 951	274	14	
80,0	100,0	100,0	100,0	68,2	79,9	100,0	52,6	77,3	88,0		
706	217	23	61	30	167	42	60	3 055	241		
412	97	14	32	26	132	19	39	2 091	139	15	
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	69,2	88,9	96,4		
412	97	14	32	26	132	19	27	1 859	134		
317	113	10	25	30	130	17	67	2 003	240	16	
100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	50,7	89,9	100,0		
317	113	10	25	30	130	17	34	1 801	240		
583	273	5	55	50	220	31	37	2 306	136	17	
80,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	90,6	100,0		
467	273	5	55	50	220	31	37	2 089	136		
763	162	20	117	43	179	73	18	3 918	391	18	
16,8	24,7	100,0	50,4	25,6	25,1	50,7	55,6	21,1	39,4		
128	40	20	59	11	45	37	10	825	154		
10 646	2 676	275	1 818	587	3 092	1 303	109	54 845	5 435	19	
5,9	7,2	5,1	14,2	11,1	8,3	5,0	17,4	5,7	11,3		
626	192	14	259	65	257	65	19	3 147	616		
6 738	2 111	233	1 068	342	1 932	751	76	51 640	3 363	20	
8,3	8,3	9,0	16,7	16,7	10,0	10,0	22,4	6,5	15,2		
562	176	21	178	57	193	75	17	3 374	510		
12 737	3 598	360	1 624	594	2 558	854	138	99 475	7 207	21	
12,5	11,1	40,0	16,7	14,3	14,3	20,0	21,0	10,9	17,4		
1 592	400	144	271	85	365	171	29	10 824	1 251		
6 395	1 618	173	453	259	1 395	205	71	40 565	917	22	
16,7	25,0	39,9	33,3	19,7	20,0	66,3	32,4	16,5	36,9		
1 065	404	69	151	51	279	136	23	6 702	338		
3 503	1 069	118	276	182	802	127	53	20 525	585	23	
25,0	33,4	66,9	50,0	25,3	24,9	100,0	43,4	23,4	53,2		
876	357	79	138	46	200	127	23	4 800	311		
1 233	501	76	179	136	378	78	15	8 229	393	24	
33,3	40,1	100,0	50,3	33,8	33,3	75,6	93,3	31,4	49,6		
411	201	76	90	46	126	59	14	2 580	195		
684	363	69	164	217	343	107	8	6 160	488	25	
50,0	49,9	79,7	66,5	33,2	39,9	100,0	100,0	41,7	59,0		
342	181	55	109	72	137	107	8	2 566	288		
181	105	21	110	147	133	81	4	1 514	338	26	
66,9	75,2	100,0	74,5	40,1	50,4	100,0	100,0	64,9	65,7		
121	79	21	82	59	67	81	4	982	222		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- Zugänge	
54 531	29 090	1 774	8 020	4 875	19 046	5 063	1 437	388 886	29 993	Insgesamt	
22,7	26,3	49,8	42,5	54,3	31,7	45,1	38,1	20,7	47,1		
12 375	7 647	884	3 408	2 645	6 043	2 281	547	80 677	14 134		

- \*) Vorläufiger Auswahlplan, da zur Zeit der Veröffentlichung die Angaben für die Zugangsschicht noch nicht vorlagen. Der endgültige Auswahlplan wird in den einzelnen Fachserien veröffentlicht. - Die Agrarstrukturerhebung umfasst: ein Grundprogramm mit Merkmalen der Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung und ein Ergänzungsprogramm mit Merkmalen über Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale, die gemeinsam im Mai des Berichtsjahres erhoben werden. Einbezogen wurden: Landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 2 ha (bisher 1 ha) oder mit weniger als 2 ha LF, wenn festgelegte Mindestgrößen an Tierbeständen oder Spezialkulturen erreicht oder überschritten wurden. - Die Zahl der ausgewählten Stichprobenbetriebe schließt auch die zu erwartenden Zugänge bzw. Ausfälle von Betrieben (z.B. infolge von Betriebsauflösung oder Absinken unter die Erfassungsgrenze) ein.
- 1) Zum Teil abweichende Schichtabgrenzungen haben verwendet:

<b>Schicht 1</b>	<b>Baden-Württemberg, Bayern Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holst.</b>	3000 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 500 und mehr Masthühner oder 500 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Berlin, Bremen, Hamburg:</b>	1000 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 100 und mehr Masthühner oder 100 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen-Anhalt:</b>	500 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 500 und mehr Masthühner oder 500 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Niedersachsen:</b>	40000 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 40000 und mehr Masthühner oder 10000 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Nordrhein-Westfalen:</b>	5000 und mehr Legehennen oder 1000 und mehr Masthühner oder 1000 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Sachsen:</b>	3000 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 3000 und mehr Masthühner oder 500 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
	<b>Thüringen:</b>	500 und mehr Legehennen und /oder Junghennen oder 500 und mehr Masthühner oder 100 und mehr Gänse, Enten, Truthühner.
<b>Schicht 2</b>	<b>Baden-Württemberg:</b>	150 und mehr Zuchtsauen oder 1000 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 300 und mehr Rinder oder 300 und mehr Schafe oder 1000 und mehr Ferkel.
	<b>Bayern, Saarland:</b>	150 und mehr Zuchtsauen oder 1000 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 300 und mehr Rinder oder 300 und mehr Schafe.
	<b>Berlin, Bremen, Hamburg:</b>	50 und mehr Zuchtsauen oder 200 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 300 und mehr Rinder oder 200 und mehr Schafe.
	<b>Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen-Anhalt, Thüringen:</b>	100 und mehr Zuchtsauen oder 100 und mehr Schweine oder 100 und mehr Milchkühe oder 100 und mehr Rinder oder 200 und mehr Schafe oder 50 und mehr Ammen- und Mutterkühe.
	<b>Hessen:</b>	100 und mehr Zuchtsauen oder 500 und mehr Schweine oder 100 und mehr Milchkühe oder 200 und mehr Rinder oder 200 und mehr Schafe.
	<b>Niedersachsen:</b>	300 und mehr Zuchtsauen oder 2000 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 400 und mehr Rinder oder 500 und mehr Schafe.
	<b>Nordrhein-Westfalen:</b>	230 und mehr Zuchtsauen oder 1400 und mehr Schweine oder 140 und mehr Milchkühe oder 270 und mehr Rinder oder 200 und mehr Schafe.
	<b>Rheinland-Pfalz:</b>	100 und mehr Zuchtsauen oder 800 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 300 und mehr Rinder oder 200 und mehr Schafe.
	<b>Schleswig-Holstein:</b>	150 und mehr Zuchtsauen oder 1000 und mehr Schweine oder 150 und mehr Milchkühe oder 300 und mehr Rinder oder 300 und mehr Schafe oder 50 und mehr Ammen- und Mutterkühe.
<b>Schicht 3</b>	<b>Niedersachsen:</b>	500 und mehr ha LF.
	<b>Rheinland-Pfalz:</b>	200 und mehr ha LF oder 30 und mehr ha Rebland oder Hopfen.
	<b>Schleswig-Holstein</b>	200 und mehr ha LF oder 25 und mehr ha Kartoffelfläche oder 25 und mehr ha Zuckerrüben.
<b>Schicht 7</b>	<b>Rheinland-Pfalz:</b>	10 bis unter 30 ha Rebland.
<b>Schicht 8</b>	<b>Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinl.-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holst.:</b>	75 bis unter 150 Milchkühe.
	<b>Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen, Thüringen:</b>	100 Milchkühe.
	<b>Hessen:</b>	50 bis unter 100 Milchkühe.
	<b>Nordrhein-Westfalen:</b>	75 bis unter 140 Milchkühe.
	<b>Sachsen-Anhalt:</b>	75 bis unter 100 Milchkühe.
	<b>Baden-Württg., Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinl.-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein:</b>	100 bis unter 300 Rinder.
	<b>Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen:</b>	50 Ammen- und Mutterkühe oder 100 Rinder.
	<b>Niedersachsen:</b>	200 bis unter 400 Rinder.
	<b>Hessen:</b>	100 bis unter 200 Rinder.
	<b>Nordrhein-Westfalen:</b>	150 bis unter 270 Rinder.
<b>Schicht 10</b>	<b>Baden-Württemberg:</b>	75 bis unter 150 Zuchtsauen oder 700 bis unter 1000 Ferkel.
	<b>Bayern:</b>	50 bis unter 150 Zuchtsauen.
	<b>Berlin, Bremen, Hamburg:</b>	50 Zuchtsauen.



noch Schicht 10	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen, Thüringen:	100 Zuchtsauen.
	Hessen:	50 bis unter 100 Zuchtsauen.
	Niedersachsen:	100 bis unter 300 Zuchtsauen.
	Nordrhein-Westfalen	100 bis unter 230 Zuchtsauen.
	Rheinl.-Pfalz, Sachsen-Anhalt:	75 bis unter 100 Zuchtsauen.
	Saarland, Schleswig-Holstein:	75 bis unter 150 Zuchtsauen.
Schicht 11	Baden-Württemberg, Saarland, Schleswig-Holstein:	500 bis unter 1000 Schweine.
	Bayern:	300 bis unter 1000 Schweine.
	Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen:	200 Schweine.
	Hessen:	100 bis unter 500 Schweine.
	Niedersachsen:	1000 bis unter 2000 Schweine.
	Nordrhein-Westfalen:	750 bis unter 1400 Schweine.
	Rheinland-Pfalz:	400 bis unter 800 Schweine.
Schicht 12	Baden-Württemberg, Bayern, Saarland, Schleswig-Holstein:	100 bis unter 300 Schafe.
	Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen:	100 bis unter 200 Schafe.
	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpom., Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen:	200 Schafe.
	Niedersachsen:	200 bis unter 500 Schafe.
	Nordrhein-Westfalen:	80 bis unter 200 Schafe.
	Rheinland-Pfalz:	75 bis unter 200 Schafe.
Schicht 16	Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern:	10 und mehr ha LF.
Schicht 17	Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern:	10 ha LF.
Schicht 21	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	10 bis unter 200 ha LF.
Schicht 22	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	30 ha LF.
Schicht 23	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	50 ha LF.
Schicht 24	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	75 ha LF.
Schicht 25	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	100 ha LF.
	Niedersachsen:	100 bis unter 200 ha LF.
Schicht 26	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern:	150 ha LF.
	Niedersachsen:	200 bis unter 500 ha LF.

2) Schichtumfang: Zahl der Betriebe; Auswahlatz %: Auswahlatz in Prozent; Stichprobenumfang: Zahl der Betriebe.

3) Landwirtschaftliche Betriebe, in denen die Summe der Anbaufläche von Gemüse, Spargel, Erdbeeren, Blumen, Zierpflanzen, Gartenbausämereien, Baumschulen und Obst mehr als 20 % der LF des Betriebes umfasst.

terlagen, Hinweisbogen auf Betriebsänderungen, Zweit- oder Teilbetriebe, Mahnwesen, Fertigung von Zähler- und Erheb-  
berausweisen, Unterlagen zur Einberufung und zur  
Durchführung der Erheberschulungen,

- 7) die Prüfung des Bogenrücklaufs auf Vollständigkeit, Prüfung der Angaben auf vollständige – und in Form einer Blickkontrolle – wahrscheinliche Richtigkeit sowie das Durchführen von Rückfragen im Betrieb. Die Organisation der Erhebung wird durch zahlreiche länderspezifische Regelungen, Vorschriften und strukturelle Gegebenheiten im Verwaltungsbereich beeinflusst. Ab der Agrarstrukturhebung 2005 erfolgte in enger Zusammenarbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Einführung „Standardisierter“ Erhebungsvordrucke, um den Erhebungsbögen zur ASE bundesweit ein einheitliches Erscheinungsbild zu geben.

Muster der verwendeten Erhebungsunterlagen sind im Anhang dieser Veröffentlichung enthalten (Anlage 6).

## **8 Aufbereitung**

### **8.1 Technische Vorarbeiten für die Aufbereitung**

Die ASE wird in vollem Umfang maschinell aufbereitet. Die erfragten Daten werden von den Statistischen Landesämtern entweder direkt im Online-Betrieb oder nach einer (maschinellen) Datenerfassung in ein Aufbereitungs- und Plausibilisierungsprogramm eingegeben. Dabei sichert der Statistikverbund als ein Zusammenschluss aller Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes die Einhaltung der für die gemeinsame Programmierung vereinbarten Regelungen der Spezifizierung.

Auf der Grundlage dieser Spezifizierungen wird die Verbundprogrammierung durchgeführt, an der sich mehrere StLÄ beteiligen. Für die Tabellenspezifizierungen, die sowohl genaue Anweisungen über den sachlichen Inhalt eines jeden Tabellenfeldes als auch die erforderlichen Vorgaben für die Gestaltung des Druckbildes der Tabellen enthalten, zeichnet die Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes verantwortlich. Die Kontrolle der fertig gestellten Programme erfolgt anhand von speziellen Testuntersuchungen, die in der Regel in der Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes oder des programmierenden StLA erarbeitet werden.

Seit 1997 wird das Aufbereitungsprogramm „AGRA“ angewendet. Eine völlige Neuprogrammierung war somit für die

ASE 2005 nicht erforderlich. Das Aufbereitungsprogramm „AGRA“ musste allerdings um die Erfordernisse des neuen Agrarstatistikgesetzes erweitert und in den organisatorischen Ablauf eingepasst werden. „AGRA“ besteht aus zwei korrespondierenden Elementen. Grundlage für die Aufbereitung der Ergebnisse bildet die Online-Anwendung, d.h. eine im Dialog (mit dem Bildschirm) erfolgende Erstellung, Bearbeitung und Plausibilisierung des eingelesenen Datenbestandes. Den einzelnen Arbeitsschritten liegt dabei ein alle Merkmale umfassender Datensatz zugrunde. Die vorgenommene Verbindung der einzelnen Erhebungsteile (Bodennutzung, Viehbestände, Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale) zu diesem einheitlichen Datensatz erforderte eine durchgehende Codierung aller Merkmale, wodurch der gewünschten, verstärkt ganzheitlichen Sicht des landwirtschaftlichen Betriebes Rechnung getragen wird. Um die Bereitstellung vorläufiger Ergebnisse zu beschleunigen, können außerdem zu jedem Zeitpunkt der Aufbereitung Eckzahlen (nicht tabellierte Summierungen, die auch unter regionalen Anforderungen erfolgen) und spezielle Vorabergebnisse erstellt werden.

Die anschließende Ergebnisaufbereitung gliedert sich in einen konstanten für jede ASE zu erstellenden Tabellenteil und einen an die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Erhebung(en) angepassten variablen Tabellenteil.

### **8.2 Kontrollarbeiten**

Die Erhebungsbögen werden in den StLÄ oder gegebenenfalls von den Erhebungsbeauftragten zunächst einer gezielten „Eingangs- und Blickkontrolle“ unterzogen. Dabei wird sowohl der vollzählige Eingang der ausgefüllten Vordrucke, die Lesbarkeit und die Richtigkeit der Angaben über Anschriftenänderungen, Neuaufnahme und Löschung von Betrieben als auch die Richtigkeit weiterer für die Aufbereitung wichtiger einzelbetrieblicher Angaben geprüft. Je nach der Bedeutung dabei festgestellter Unklarheiten oder Fehler entscheiden die Mitarbeiter der Statistischen Landesämter, ob die Korrektur eine Rückfrage erfordert.

Der Eingangs- und Blickkontrolle folgt die Übernahme der Angaben auf Datenträger. Grundlage hierfür ist die bundeseinheitliche, von der maschinellen Aufbereitung des Statistischen Bundesamtes gefertigte „Datenerfassungs- und Prüfanleitung“. An sie schließt die maschinell durchgeführte Plausibilitätskontrolle der einzelbetrieblichen Angaben an, bei der Signier-, Additions-, Maxima- und Kombinationskon-

trollen durchgeführt werden. Bei der Plausibilitätskontrolle wird zwischen „Muss-Fehlern“, „Kann-Fehlern“ und „maschinell zu bereinigenden Fehlern“ unterschieden.

Im Einzelnen handelt es sich bei

- **Muss-Fehlern** um solche, die auf jeden Fall bereinigt werden müssen (z.B. fehlende Altersangabe für eine Person), also offenkundige, nicht hinnehmbare fehlerhafte Angaben oder Unstimmigkeiten bei Beziehungen von Angaben zueinander,
- **Kann-Fehlern** um Angaben oder Beziehungen von Angaben zueinander, die zwar möglich sind, aber entweder unter Berücksichtigung der Betriebs- und Wirtschaftsverhältnisse in der Landwirtschaft unwahrscheinlich oder selten sind oder aus zeitlich unterschiedlichen Einzelerhebungen stammen und daher nicht zwingend zueinander passen müssen. In derartigen Fällen wird durch Heranziehen sonstiger Angaben geprüft, ob und ggf. in welcher Weise eine Berichtigung der betreffenden Angaben erforderlich ist.
- **maschinell zu bereinigenden Fehlern** um solche, deren Korrektur aufgrund der vorliegenden Angaben zweifelsfrei und eindeutig vorgenommen werden kann.

Die festgestellten Fehler werden dann – teilweise nach Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen – bereinigt. Die Durchführung der Plausibilitätskontrollen im Rahmen der ASE ist so angelegt, dass sowohl die Erhebungsteile Bodennutzung, Viehbestände und weitere Merkmale im Zusammenhang für den ganzen Betrieb als auch für jeden Erhebungsteil getrennt – gesteuert über die EVAS-Nummern – durchgeführt werden können. Kommen in den genannten Merkmalsbereichen gleiche Werte und Signierungen vor, werden diese untereinander abgeglichen.

Nach Vorliegen der tabellierten Ergebnisse erfolgt eine abschließende manuell durchgeführte Kontrolle auf sachliche und rechnerische Richtigkeit. Sie bezieht sich auf die Ergebnisse innerhalb einer Tabelle und auf den intertabellarischen Vergleich. Anschließend werden die Ergebnisse zur Veröffentlichung zusammengestellt.

### 8.3 Tabellenprogramm

Das Tabellenprogramm fasst sämtliche Aufbereitungstabellen der ASE zusammen. Es vermittelt damit in kompakter

Form Informationen über die thematische Gliederung der Tabellen sowie über die fachliche Tiefe des Ergebnisausweises. Dem Programm ist weiterhin zu entnehmen, welche der Tabellen dem totalen (allgemeinen) oder repräsentativen Erhebungsteil zuzuordnen sind, wann es sich um eine Veröffentlichungs- oder um eine Arbeitstabelle handelt. Arbeitstabellen werden überwiegend für interne Zwecke erstellt. Im Zusammenhang mit den Größenklassengliederungen für Tabellenvor- und -kopfspalten wird zwischen Tabellen mit voller (am tiefsten gegliederten) und solchen mit eingeschränkter (gestraffter) bzw. ohne Größenklassengliederung unterschieden. Den bestehenden regionalen Besonderheiten wird durch eine spezielle Bund-, Ost-, Nord- und Südversion Rechnung getragen. Den Regionalversionen sind jeweils bestimmte Bundesländer zugeordnet. So haben beispielsweise die neuen Länder ihre Ergebnisse nach der Ostversion aufbereitet. In Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes werden diese Ergebnisse nach der Bundesversion nachgewiesen.

Das Tabellenprogramm ist auch zur ASE 2005 dadurch gekennzeichnet, dass

- Tabellen der Repräsentativerhebung den Kern der Ergebnisdarstellung bilden, in Jahren mit einer Totalerhebung (wie 2003) wird das Tabellenprogramm durch zusätzliche Tabellen ergänzt,
- das System der Tabellennummerierung nur der inhaltlichen Gliederung der Tabellen dient; die Unterscheidung von Total- und Repräsentativtabellen wird durch die Kennzeichnung T (total) bzw. R (repräsentativ) nach der jeweiligen Tabellennummer gewährleistet,
- der Tabellenrahmen für die Sachverhalte, die im zeitlichen Wechsel repräsentativ bzw. total erhoben werden, einheitlich bleibt,
- je Gliederungsmerkmal eine einheitliche Größenklassengliederung mit regional begründeten alternativen „Darunter-Nachweisen“ verwendet wird,
- sich die Ergebnisdarstellung überwiegend auf maximal zwei Tabellenseiten erstreckt und Tabellenuntergliederungen stark eingeschränkt wurden.

Ausgehend vom Tabellenprogramm zur Agrarstrukturerhebung 2003 wurden die mit dem neuen Agrarstatistikgesetz und der Ersten Agrarstatistikverordnung vorgegebenen Ver-

änderungen zur ASE 2005 in den Abschnitten 1, 2 und 3 beschrieben und eingearbeitet.

Auf den konkreten Nachweis der Vor- und Kopfspaltengliederung der einzelnen Tabellen wird im Rahmen der vorliegenden Veröffentlichung verzichtet. Entsprechende Informationen können den im nachfolgenden Abschnitt 9 genannten Veröffentlichungen zur ASE 2005 entnommen werden.

Die Anlagen 8 und 9 vermitteln einen detaillierten Überblick über die thematische Übersicht, die Existenz und Nummerierung der Tabellen sowie die Vospalten-Größenklassenschemata zur ASE.2005.

## **9 Veröffentlichung der Ergebnisse**

### **9.1 Veröffentlichungen durch das Statistische Bundesamt**

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die ASE-Ergebnisse für Deutschland und die Länder. Zusätzlich werden für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin und die neuen Länder Teilergebnisse erstellt. Der Ergebnismachweis erfolgt in bundeseinheitlicher Vor- und Kopfspaltengliederung sowie in der fachlich tiefsten Gliederung. Abweichungen hierzu ergeben sich aus Gründen des Datenschutzes oder haben inhaltliche Ursachen:

- So werden die Länder Berlin, Bremen und Hamburg in der Regel zum Stadtstaatenergebnis insgesamt zusammengefasst.
- Teilweise wird für die Länder auf einen detaillierten Ergebnismachweis verzichtet oder der Ergebnismachweis beschränkt sich nur auf die Zusammenfassung Deutschland, früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin, neue Länder. (Ab der ASE 2003 wird Berlin ganzheitlich zum früheren Bundesgebiet gezählt.)
- In Tabellen mit totalen (allgemeinen) Ergebnissen werden auftretende Einzelangaben grundsätzlich gelöscht. Die betreffenden Tabellenfelder werden durch einen Punkt gekennzeichnet. „Folgegeheimhaltungen“ verhindern die rechnerische Ermittlung dieser geheimgehaltenen Angaben. Die gelöschten Daten sind jedoch in den Zusammenfassungen enthalten.
- Repräsentativergebnisse werden generell in 1 000 mit einer Kommastelle ausgewiesen, auftretende Run-

dungsdifferenzen sind dabei nicht ausgeglichen worden.

Die von der Gruppe Land- und Forstwirtschaft, Fischerei des Statistischen Bundesamtes herausgegebenen Ergebnisse erscheinen in der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, die ASE-Ergebnisse innerhalb dieser Fachserie in der Reihe 2.1 und 2.2.

Im Interesse einer möglichst raschen Ergebnisbereitstellung aus der Agrarstrukturerhebung 2005 werden ausgewählte Ergebnisse vorab zusammengestellt und im Rahmen der Sonderveröffentlichung „Im Blickpunkt – Agrarstatistik in Deutschland“ sowie einer Pressemappe anlässlich der Internationalen Grünen Woche 2006 veröffentlicht.

Ergebnisse über administrative und nichtadministrative Gebietseinheiten (Arbeitsmarktreionen, Landwirtschaftliche Wirtschaftsgebiete, Benachteiligte Gebiete) werden für spezifische Auswertungszwecke herangezogen und liegen lediglich als Arbeitsunterlage vor.

Die zu veröffentlichenden ASE-Ergebnisse liegen für 2005 in folgender sachlicher Gliederung vor:

- Bodennutzung der Betriebe  
(Reihe 2.1.2; Tabellen 1.1 und 2.1)
- Viehhaltung der Betriebe  
(Reihe 2.1.3; Tabellen 81-90)
- Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standarddeckungsbeiträge  
(Bis dahin: Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen)  
(Reihe 2.1.4; Tabelle 101)
- Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft  
(Reihe 2.2.2; Tabellen 451-454)
- Sozialökonomische Verhältnisse  
(Reihe 2.1.5; Tabelle 151)
- Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben  
(Reihe 2.1.6; Tabellen 201-210)
- Außerbetriebliche Einkommen und Arbeitsverhältnisse für ausgewählte Betriebsgruppen  
(Reihe 2.1.7; Tabellen 301-306, 351)

- Arbeitskräfte  
(Reihe 2.1.8; Tabellen 251-261)
- Betriebe mit ökologischem Landbau  
(Reihe 2.2.1, Tabellen 1.2, 81.2, 501, 502, 512)

Mit wenigen Ausnahmen werden die angeführten Fachserien der ASE 2005 als Download im Internet bereitstehen.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung werden die methodischen Grundlagen der ASE 2005 dargestellt.

Mit bundeseinheitlich abgestimmter Vor- und Kopfspaltengliederung liegen regionale Ergebnisse als Arbeitsunterlagen vor. Sie beziehen sich auf

- Regierungsbezirke
- Arbeitsmarktreionen
- Landwirtschaftliche Wirtschaftsgebiete  
jeweils nach folgenden Ergebniskomplexen gegliedert:
  - Betriebswirtschaftliche Ausrichtung,
  - Bodennutzung und Viehhaltung,
  - Arbeitsverhältnisse
  - Ökologischer Landbau

## 9.2 Veröffentlichungen durch die Statistischen Landesämter (StLÄ)

Die StLÄ publizieren ihre ASE-Ergebnisse auf der Grundlage des zwischen den Ländern vereinbarten Mindestveröffentlichungsprogramms. Das schließt Festlegungen der Länder über die in den Tabellenvorspalten ausgewiesenen Größenklassen und über die regionale Gliederung ein. Es liegt im Ermessen der Landesämter, mit ihren Veröffentlichungen über das Mindestveröffentlichungsprogramm hinauszugehen.

## 10 Unterschiede zwischen Ergebnissen aus totalen und aus repräsentativen Zählungsteilen für gleiche Sachverhalte

Wie eingangs beschrieben, wird die ASE 2005 repräsentativ durchgeführt. Bei Vergleichen mit totalen Ergebnissen der

Vorerhebung (ASE 2003) muss beachtet werden, dass totale und repräsentative Ergebnisse zu gleichen Sachverhalten voneinander abweichen können.

Das kann bei totalen Erhebungen im nicht vollständigen Erfassen aller Auskunftspflichtigen aufgrund fehlender Informationen über die Gesamtheit aller Betriebe, z.B. durch Neugründung oder durch Teilung bereits bestehender betrieblicher Einheiten, begründet sein.

Bei repräsentativen Erhebungen liegen die Gründe

- in der Nichtberücksichtigung aller Einheiten der zu untersuchenden Gesamtheit,
- in der Methodik des Stichprobenplans, d.h. die zufällig ausgewählten Stichprobenbetriebe stellen nur bedingt die Situation der Gesamtheit dar,
- darin, dass die für die Bereitstellung valider Daten zu Produktionsstrukturen (Bodennutzung, Viehbestände) optimale Stichprobe der ASE nicht die Gesamtheit der mit der Stichprobe zu erfragenden Merkmale als Auswahlkriterium berücksichtigt und somit die Ermittlung derartiger Daten mit methodischen Fehlern behaftet sein kann.

Daher wird das Adressmaterial der Grundgesamtheit unter Zuhilfenahme des BRL und des Einzelmaterials der letzten Totalzählung durch die StLÄ regelmäßig aktualisiert.

## 11 EG-Agrarstrukturerhebung 2005

Die Bundesrepublik Deutschland liefert Eurostat im Rahmen der EG-Agrarstrukturerhebung Ergebnisse, die mit der ASE 2005 erhoben wurden. Die EG-Agrarstrukturerhebung ist somit in die ASE 2005 integriert. Die Definitionen sind aufeinander abgestimmt. Seit 1999 werden Eurostat die Daten in Form von Einzeldaten übermittelt.

Die Übermittlung, Auswertung und Veröffentlichung der Daten erfolgt auf EU-Ebene mit Hilfe des EUROFARM-Systems. Hierbei handelt es sich um ein Netz von Datenbanken, das die Auswertung der Gemeinschaftserhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe für die Zwecke der einzelstaatlichen und der gemeinsamen Agrarpolitik erlaubt.



Anlage 1    Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322) .....45

Anlage 2    Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118) ..... 83

Anlage 3    Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 vom 02. März 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004) ..... 105

Anlage 4    Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910) ..... 129

Anlage 5    Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584) ..... 131

Anlage 6    Erhebungsvordrucke zur ASE 2005 ..... 139

Anlage 7    Anleitung zur Durchführung der ASE 2005..... 167

Anlage 8    Verzeichnis der Sachgebietstabellen zur ASE 2005 ..... 239

Anlage 9    Gesamtüberblick über die Vorspalten-Größenklassenschemata für LF, SDB, Altersgruppen und Arbeitskräfte in den Aufbereitungstabellen zur ASE 2005 ..... 241





## **Anlage 1**

**Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke  
(Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987  
(BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des  
Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322)**

**Gesetz  
über die Statistik für Bundeszwecke  
(Bundesstatistikgesetz - BStatG) <sup>1)2)3)4)5)6)</sup>**

**Vom 22. Januar 1987**

**(BGBl. I S. 462, 565)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1  
Statistik für Bundeszwecke**

Die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) hat im föderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt. Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik. Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich den durch dieses Gesetz oder eine andere eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift festgelegten Zwecken.

**§ 2  
Statistisches Bundesamt**

- (1) Das Statistische Bundesamt ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern.
- (2) Der Präsident des Statistischen Bundesamtes wird vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt.
- (3) Das Statistische Bundesamt führt seine Aufgaben nach den Anforderungen der fachlich zuständigen Bundesminister im Rahmen eines mit der Finanzplanung abgestimmten Aufgabenprogramms und der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der jeweils sachgerechten Methoden durch.

---

<sup>1)</sup> Geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837).  
<sup>2)</sup> Geändert durch Artikel 6 Abs. 36 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378).  
<sup>3)</sup> Geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300).  
<sup>4)</sup> Geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. August 2000 (BGBl. I S. 1253).  
<sup>5)</sup> Geändert durch Artikel 3 Abs. 18 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1857).  
<sup>6)</sup> Geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

**§ 3****Aufgaben des Statistischen Bundesamtes**

(1) Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, vorbehaltlich der Regelung in § 26 Abs. 1 oder sonstiger Rechtsvorschriften,

1. a) Statistiken für Bundeszwecke (Bundesstatistiken) methodisch und technisch im Benehmen mit den statistischen Ämtern der Länder vorzubereiten und weiterzuentwickeln,  
b) auf die einheitliche und termingemäße Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme von Bundesstatistiken durch die Länder hinzuwirken,  
c) die Ergebnisse der Bundesstatistiken in der erforderlichen sachlichen und regionalen Gliederung für den Bund zusammenzustellen sowie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
2. a) Bundesstatistiken zu erheben und aufzubereiten, wenn und soweit es in diesem oder einem sonstigen Bundesgesetz bestimmt ist oder die beteiligten Länder zustimmen sowie  
b) Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke und Sonderaufbereitungen durchzuführen, soweit die statistischen Ämter der Länder diese Aufbereitung nicht selbst durchführen,
3. im Auftrag oberster Bundesbehörden Statistiken nach § 8 zu erstellen,
4. Statistiken anderer Staaten, der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen zusammenzustellen und ihre Ergebnisse für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
5. auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung der Statistiken oder statistischen Aufbereitungen hinzuwirken, die in den Nummern 1 bis 3 und in den §§ 8 und 26 Abs. 1 genannt sind,
6. an der Vorbereitung des Programms der Bundesstatistik und der Rechts- und allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes, die die Bundesstatistik berühren, mitzuwirken,
7. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Bundeszwecke aufzustellen sowie sie für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen und darzustellen,
8. das Statistische Informationssystem des Bundes zu führen sowie an der Koordinierung von speziellen Datenbanken anderer Stellen des Bundes mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
9. zur Vereinfachung und Verbesserung der Datengewinnung und -verarbeitung für Zwecke der Bundesstatistik an Nummerungsvorhaben und Bestrebungen des Bundes zur Automation von Verwaltungsvorgängen und Gerichtsverfahren mitzuwirken; das gleiche gilt, soweit der Bund in entsprechende Vorhaben außerhalb der Bundesverwaltung eingeschaltet wird,
10. die Bundesbehörden bei der Vergabe von Forschungsaufträgen bezüglich der Gewinnung und Bereitstellung statistischer Daten zu beraten sowie im Auftrag der obersten Bundesbehörden auf dem Gebiet der Bundesstatistik Forschungsaufträge auszuführen, Gutachten zu erstellen und sonstige Arbeiten statistischer und ähnlicher Art durchzuführen.

(2) Die statistischen Ämter der Länder und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben zu, soweit dies für die methodische und technische Vorbereitung von Bundesstatistiken und die Weiterentwicklung nach Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a oder die Durchführung von Aufbereitungen nach Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b erforderlich ist; das gleiche gilt für die Erfüllung der entsprechenden Aufgaben des Bundesamtes im supra- und internationalen Bereich.

(3) Bei Landesstatistiken, an deren bundeseinheitlicher Zusammenstellung ein Bundesinteresse besteht, kann das Statistische Bundesamt die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 1 wahrnehmen, soweit die beteiligten Länder zustimmen.

**§ 4 <sup>2)3)</sup>**  
**Statistischer Beirat**

- (1) Beim Statistischen Bundesamt besteht ein Statistischer Beirat.
- (2) Der Statistische Beirat hat die Aufgabe, das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen zu beraten.
- (3) Der Statistische Beirat setzt sich zusammen aus
1. je einem Vertreter der Bundesministerien, des Bundesrechnungshofes und der Deutschen Bundesbank, <sup>2)</sup>
  2. den Leitern der statistischen Ämter der Länder,
  3. dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz,
  4. je einem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
  5. sieben Vertretern der gewerblichen Wirtschaft, einem Vertreter der freien Berufe und einem Vertreter der Arbeitgeberverbände, <sup>3)</sup>
  6. drei Vertretern der Gewerkschaften,
  7. zwei Vertretern der Landwirtschaft,
  8. zwei Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Institute,
  9. zwei Vertretern der Hochschulen.

Die Geschäftsführung des Statistischen Beirats obliegt dem Statistischen Bundesamt. Der Statistische Beirat tagt unter Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes und die unter den Nummern 1 bis 3 genannten Mitglieder haben im Falle der Beschlußfassung nur beratende Stimmen.

- (4) Der Statistische Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Die Landesregierungen sind zu den Sitzungen des Statistischen Beirats zu laden. Ihre Vertreter müssen jederzeit gehört werden.
- (6) Die Mitglieder nach Absatz 3 Nr. 4 bis 9 sind durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf Vorschlag der in Frage kommenden Verbände und Einrichtungen zu berufen; der zuständige Bundesminister bestimmt die vorschlagsberechtigten Verbände und Einrichtungen.
- (7) Der Statistische Beirat kann für bestimmte Sachgebiete Fachausschüsse oder Arbeitskreise einsetzen. Zu den Sitzungen des Statistischen Beirats, der Fachausschüsse und der Arbeitskreise können Sachverständige hinzugezogen werden. Zu den Sitzungen der Fachausschüsse und Arbeitskreise sind die Bundesministerien zu laden und jederzeit zu hören.
- (8) Die Tätigkeit im Statistischen Beirat, in den Fachausschüssen und in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

**§ 5 <sup>10)</sup>**  
**Anordnung von Bundesstatistiken**

- (1) Die Bundesstatistiken werden, soweit in diesem Gesetz oder in einer sonstigen Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, durch Gesetz angeordnet. Die Rechtsvorschrift soll auch das Informationsbedürfnis der Länder berücksichtigen.
- (2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten sowie sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt

werden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates mit einer Geltungsdauer bis zu drei Jahren anzuordnen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Ergebnisse der Bundesstatistiken müssen zur Erfüllung bestimmter, im Zeitpunkt der Erhebung schon festliegender Bundeszwecke erforderlich sein,
2. die Bundesstatistiken dürfen nur einen beschränkten Personenkreis erfassen,
3. die voraussichtlichen Kosten der jeweiligen Bundesstatistik ohne die Kosten für die Veröffentlichung dürfen beim Bund und bei den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen zwei Millionen Euro für die Erhebungen innerhalb eines Jahres nicht übersteigen. <sup>5)</sup>

Wirtschafts- und Umweltstatistiken dürfen mit Auskunftspflicht sonstige Statistiken dürfen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

(3) Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre, erstmals im Jahr 1988, einen Bericht über die nach Absatz 2 angeordneten Statistiken sowie über die Statistiken nach § 7. Dabei sind die geschätzten Kosten darzulegen, die dem Bund und den Ländern einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände entstehen. Ferner soll auf die Belastung der zu Befragenden eingegangen werden.

(4) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren die Durchführung einer Bundesstatistik oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, die Periodizität zu verlängern, Erhebungstermine zu verschieben sowie den Kreis der zu Befragenden einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Bundesstatistik entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben. Die Bundesregierung wird außerdem ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bis zu vier Jahren von der in einer Rechtsvorschrift vorgesehenen Befragung mit Auskunftspflicht zu einer Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen, wenn und soweit ausreichende Ergebnisse einer Bundesstatistik auch durch Befragung ohne Auskunftspflicht erreicht werden können.

(5) Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden, bedürfen keiner Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Das gleiche gilt für Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus öffentlichen Registern verwendet werden, soweit dem Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder in einer Rechtsvorschrift ein besonderes Zugangsrecht zu diesen Registern gewährt wird.

### **§ 6 <sup>3)</sup>**

#### **Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken**

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Bundesstatistiken

1. zur Klärung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Bei Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht besteht auch für die Angaben nach Nummern 1 und 2 keine Auskunftspflicht. Bei Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht gilt dies nur für die Angaben nach Nummer 2. Die Angaben nach Nummern 1 und 2 sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 1 spätestens nachdem die entsprechenden im Rahmen der Durchführung der jeweiligen Bundesstatistik zu erhebenden Angaben auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit überprüft worden sind, die Angaben nach Nummer 2 spätestens 3 Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Die Angaben nach Absatz 1 Nr. 1 dürfen zum Aufbau und zur Führung des Statistikregisters nach § 1 Abs. 1 des Statistikregistergesetzes verwendet werden, sofern sie zur Vorbereitung und Durchführung von durch Rechtsvorschrift angeordneten Wirtschafts- und Umweltstatistiken erhoben wurden.<sup>3)</sup>

(3) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder können auch zur Vorbereitung einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift

1. zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden und deren statistischer Zuordnung Angaben erheben,
2. Fragebogen und Erhebungsverfahren auf ihre Zweckmäßigkeit erproben.

Für die Angaben nach Nummern 1 und 2 besteht keine Auskunftspflicht. Sie sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen, die Angaben nach Nummer 2 spätestens drei Jahre nach Durchführung der Erprobung. Bei den Angaben nach Nummer 2 sind Name und Anschrift von den übrigen Angaben zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.<sup>3)</sup>

## **§ 7**

### **Erhebungen für besondere Zwecke**

(1) Zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden, wenn eine oberste Bundesbehörde eine solche Bundesstatistik fordert.

(2) Zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden.

(3) Das Statistische Bundesamt ist berechtigt, die Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 durchzuführen, soweit dies in den Fällen des Absatzes 1 nicht von den statistischen Ämtern der Länder innerhalb der von den obersten Bundesbehörden gesetzten Fristen und in den Fällen des Absatzes 2 nicht von den statistischen Ämtern der Länder selbst erfolgt.

(4) Bundesstatistiken nach den Absätzen 1 und 2 dürfen jeweils höchstens zehntausend Befragte erfassen.

(5) Wiederholungsbefragungen sind auch zum Zweck der Darstellung eines Verlaufs bis zu fünf Jahren nach der ersten Befragung zulässig.

## **§ 8**

### **Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug**

(1) Soweit Verwaltungsstellen des Bundes aufgrund nicht-statistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften Daten erheben oder bei ihnen Daten auf sonstige Weise anfallen, kann die statistische Aufbereitung dieser Daten ganz oder teilweise dem Statistischen Bundesamt übertragen werden. Das Statistische Bundesamt ist mit Einwilligung der auftraggebenden Stelle berechtigt, aus den aufbereiteten Daten statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

(2) Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.

**§ 9**  
**Regelungsumfang**  
**bundesstatistischer Rechtsvorschriften**

- (1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muß die Erhebungsmerkmale, die Hilfsmerkmale, die Art der Erhebung, den Berichtszeitraum, den Berichtszeitpunkt, die Periodizität und den Kreis der zu Befragenden bestimmen.
- (2) Laufende Nummern und Ordnungsnummern zur Durchführung von Bundesstatistiken bedürfen einer Bestimmung in der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift nur insoweit, als sie Angaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehen.

**§ 10**  
**Erhebungs- und Hilfsmerkmale**

- (1) Bundesstatistiken werden auf der Grundlage von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen erstellt. Erhebungsmerkmale umfassen Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind. Hilfsmerkmale sind Angaben, die der technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen. Für andere Zwecke dürfen sie nur verwendet werden, soweit Absatz 2 oder ein sonstiges Gesetz es zulassen.
- (2) Der Name der Gemeinde und die Blockseite dürfen für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale genutzt werden. Die übrigen Teile der Anschrift dürfen für die Zuordnung zu Blockseiten für einen Zeitraum bis zu vier Jahren nach Abschluß der jeweiligen Erhebung genutzt werden. Besondere Regelungen in einer eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift bleiben unberührt.
- (3) Blockseite ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche.

**§ 11 <sup>6)</sup>**  
**Erhebungsvordrucke**

- (1) Sind Erhebungsvordrucke durch den zu Befragenden auszufüllen, so sind die Antworten auf den Erhebungsvordrucken in der vorgegebenen Form zu erteilen.
- (2) Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift zu bestätigen, soweit es in den Erhebungsvordrucken vorgesehen ist.
- (3) Die Erhebungsvordrucke dürfen keine Fragen über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Erhebungs- und Hilfsmerkmale hinausgehen. <sup>6)</sup>
- (4) Die Rechtsgrundlage der jeweiligen Bundesstatistik und die bei ihrer Durchführung verwendeten Hilfsmerkmale sind auf den Erhebungsvordrucken anzugeben.

**§ 12**  
**Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale**

- (1) Hilfsmerkmale sind, soweit Absatz 2, § 10 Abs. 2, § 13 oder eine sonstige Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmen, zu löschen, sobald bei den statistischen Ämtern die Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit abgeschlossen ist. Sie sind von den Erhebungsmerkmalen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Bei periodischen Erhebungen für Zwecke der Bundesstatistik dürfen die zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden erforderlichen Hilfsmerkmale, soweit sie für nachfolgende Erhebungen benötigt werden, gesondert aufbewahrt werden. Nach Beendigung des Zeitraumes der wiederkehrenden Erhebungen sind sie zu löschen.

**§ 13 <sup>1)3)</sup>**  
**Adreßdateien**

(1) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder führen in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien, soweit sie Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten betreffen und erforderlich sind

1. bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken
  - a) zum Nachweis der Erhebungseinheiten,
  - b) zur Auswahl der in Stichproben nach mathematischen Verfahren einzubeziehenden Erhebungseinheiten,
  - c) zur Aufstellung von Rotationsplänen und zur Begrenzung der Belastung zu Befragender,
2. bei der Erhebung von Bundesstatistiken für
  - a) den Versand der Fragebögen,
  - b) die Eingangskontrolle und für Rückfragen bei den Befragten,
3. zur Aufbereitung von Bundesstatistiken für
  - a) die Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit,
  - b) statistische Zuordnungen und Auswertungen,
  - c) Hochrechnungen bei Stichproben.

(2) Zur Führung der Adreßdateien nach Absatz 1 dürfen folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten sowie aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden: <sup>3)</sup>

1. Namen und Anschriften der Erhebungseinheiten, bei Unternehmen auch ihrer Teile sowie ihrer Bevollmächtigten für die statistische Auskunftserteilung einschließlich der Telekommunikationsanschlüssen, bei Betrieben auch des Unternehmenssitzes und der Hauptverwaltung sowie Namen der Inhaber oder Leiter der Betriebe, <sup>3)</sup>
2. Rechtsform bei Unternehmen,
3. Wirtschaftszweig, Eintragungen in die Handwerksrolle und in das Verzeichnis der Inhaber handwerksähnlicher Betriebe, Art der ausgeübten Tätigkeiten, Ort und Nummer der Eintragung in das Handels-, Genossenschafts-, Vereins- oder Partnerschaftsregister, Kennzeichen zur Identifikation aus den Gewerbeanzeigen sowie Zugehörigkeit zu einer Organschaft. <sup>3)</sup>
4. Zahl der tätigen Personen,
5. Kennzeichnung der Statistiken, zu denen das Unternehmen oder der Betrieb meldet,
6. Datum der Aufnahme in die Adreßdatei.

Für jede Erhebungseinheit wird eine Kennnummer vergeben. Sie darf keine Namen nach Satz 1 Nr. 1 und keine über Satz 1 Nr. 1 bis 6 hinausgehenden Merkmale enthalten.

(3) Das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder teilen sich die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 sowie die Kennnummern nach Satz 2 und die jeweiligen Änderungen mit, soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich Adreßdateien geführt werden.

(4) Die Merkmale nach Absatz 2 Satz 1 und die Kennnummern nach Absatz 2 Satz 2 sowie die Kennnummern in den Datensätzen mit den Erhebungsmerkmalen der Erhebungseinheiten werden jeweils gelöscht, sobald sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke nicht mehr benötigt werden.



(5) Die eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften, die die Führung von Dateien vorsehen, bleiben unberührt.

### **§ 13a <sup>1)</sup>**

#### **Zusammenführungen aus verschiedenen Bundesstatistiken**

(1) Zusammenführungen von Datensätzen aus Statistiken nach § 13 Abs. 1, die auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhen, dürfen durchgeführt werden, soweit es zur Gewinnung von Informationen ohne zusätzliche statistische Erhebungen erforderlich ist. Hierfür sind Nummern zu verwenden, die einen Rückgriff auf die Kennnummern nach § 13 Abs. 2 Satz 2 ausschließen. Die Datensätze der gleichen Erhebungseinheiten erhalten jeweils die gleiche Nummer. Die Entscheidung über die Zusammenführungen nach Satz 1 treffen der Präsident des Statistischen Bundesamtes und die Leiter der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

(2) In dem von der Bundesregierung nach § 5 Abs. 3 zu erstattenden Bericht ist zusätzlich über die vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder durchgeführten Zusammenführungen nach Absatz 1 Satz 1 zu unterrichten.

### **§ 14**

#### **Erhebungsbeauftragte**

(1) Werden bei der Durchführung einer Bundesstatistik Erhebungsbeauftragte eingesetzt, müssen sie die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Erhebungsbeauftragte dürfen nicht eingesetzt werden, wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlaß zur Besorgnis besteht, daß Erkenntnisse aus der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

(2) Erhebungsbeauftragte dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses nach § 16 und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

(3) Erhebungsbeauftragte sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sie sich auszuweisen.

(4) Erhebungsbeauftragte sind über ihre Rechte und Pflichten zu belehren.

### **§ 15 <sup>6)</sup>**

#### **Auskunftspflicht**

(1) Die eine Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift hat festzulegen, ob und in welchem Umfang die Erhebung mit oder ohne Auskunftspflicht erfolgen soll. Ist eine Auskunftspflicht festgelegt, sind alle natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Personenvereinigungen, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beantwortung der ordnungsgemäß gestellten Fragen verpflichtet.

(2) Die Auskunftspflicht besteht gegenüber den mit der Durchführung der Bundesstatistiken amtlich betrauten Stellen und Personen.

(3) Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gesetzten Fristen zu erteilen. Die Antwort ist erteilt, wenn die ordnungsgemäß ausgefüllten Erhebungsvordrucke

1. bei Übermittlung in schriftlicher Form der Erhebungsstelle zugegangen sind,
2. bei Übermittlung in elektronischer Form von der für den Empfang bestimmten Einrichtung in für die Erhebungsstelle bearbeitbarer Weise aufgezeichnet worden sind.<sup>6)</sup>

Die Antwort ist soweit in einer Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, für den Empfänger kosten- und portofrei zu erteilen.

(4) Werden Erhebungsbeauftragte eingesetzt, können die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen mündlich, schriftlich oder elektronisch beantwortet werden.<sup>6)</sup>

(5) Wird in den Fällen des Absatzes 4 die Auskunft schriftlich oder elektronisch erteilt, sind die ausgefüllten Erhebungsvordrucke den Erhebungsbeauftragten auszuhändigen oder in verschlossenem Umschlag zu übergeben oder bei der Erhebungsstelle abzugeben, dorthin zu übersenden oder elektronisch zu übermitteln.<sup>6)</sup>

(6) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben keine aufschiebende Wirkung.

### **§ 16 <sup>4)</sup> Geheimhaltung**

(1) Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt nicht für

1. Einzelangaben, in deren Übermittlung oder Veröffentlichung der Befragte schriftlich eingewilligt hat,
2. Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen, wenn sie sich auf die in § 15 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen beziehen, auch soweit eine Auskunftspflicht aufgrund einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift besteht,
3. Einzelangaben, die vom Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder mit den Einzelangaben anderer Befragter zusammengefaßt und in statistischen Ergebnissen dargestellt sind,
4. Einzelangaben, wenn sie dem Befragten oder Betroffenen nicht zuzuordnen sind.

Die §§ 93, 97, 105 Abs. 1, § 111 Abs. 5 in Verbindung mit § 105 Abs. 1 sowie § 116 Abs. 1 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), gelten nicht für Personen und Stellen, soweit sie mit der Durchführung von Bundes-, Landes- oder Kommunalstatistiken betraut sind.

(2) Die Übermittlung von Einzelangaben zwischen den mit der Durchführung einer Bundesstatistik betrauten Personen und Stellen ist zulässig, soweit dies zur Erstellung der Bundesstatistik erforderlich ist.

(3) Das Statistische Bundesamt darf an die statistischen Ämter der Länder die ihren jeweiligen Erhebungsbereich betreffenden Einzelangaben für Sonderaufbereitungen auf regionaler Ebene übermitteln. Für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder dürfen sich das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder untereinander Einzelangaben aus Bundesstatistiken übermitteln.

(4) Für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, dürfen den obersten Bundes- oder Landesbehörden vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen. Die Übermittlung nach Satz 1 ist nur zulässig, soweit in den eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschriften die Übermittlung von Einzelangaben an oberste Bundes- oder Landesbehörden zugelassen ist.

(5) Für ausschließlich statistische Zwecke dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände übermittelt werden, wenn die Übermittlung in einem eine Bundesstatistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist sowie Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

(6) Für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben dürfen vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können und die Empfänger Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 sind.

(7) Personen, die Einzelangaben nach Absatz 6 erhalten sollen, sind vor der Übermittlung zur Geheimhaltung zu verpflichten, soweit sie nicht Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind. § 1 Abs. 2, 3 und 4 Nr. 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, Artikel 42), das durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, gilt entsprechend.<sup>4)</sup>

(8) Die aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder der Absätze 4, 5 oder 6 übermittelten Einzelangaben dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt wurden. In den Fällen des Absatzes 6 sind sie zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben durchgeführt ist. Bei den Stellen, denen Einzelangaben übermittelt werden, muß durch organisatorische und technische Maßnahmen sichergestellt sein, daß nur Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Verpflichtete nach Absatz 7 Satz 1 Empfänger von Einzelangaben sind.

(9) Die Übermittlung aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift oder nach den Absätzen 4, 5 oder 6 ist nach Inhalt, Stelle, der übermittelt wird, Datum und Zweck der Weitergabe von den statistischen Ämtern aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

(10) Die Pflicht zur Geheimhaltung nach Absatz 1 besteht auch für die Personen, die Empfänger von Einzelangaben aufgrund einer besonderen Rechtsvorschrift, nach den Absätzen 5, 6 oder von Tabellen nach Absatz 4 sind. Dies gilt nicht für offenkundige Tatsachen bei einer Übermittlung nach Absatz 4.

## **§ 17 <sup>6)</sup>** **Unterrichtung**

Die zu Befragenden sind schriftlich oder elektronisch zu unterrichten über <sup>6)</sup>

1. Zweck, Art und Umfang der Erhebung,
2. die statistische Geheimhaltung (§ 16),
3. die Auskunftspflicht oder die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung (§ 5 Abs. 2 und § 15),
4. die Trennung und Löschung (§ 12),
5. die Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten (§ 14),

6. den Ausschluß der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung (§ 15 Abs. 6),
7. die Hilfs- und Erhebungsmerkmale zur Führung von Adreßdateien (§ 13 Abs. 2),
8. die Bedeutung und den Inhalt von laufenden Nummern und Ordnungsnummern (§ 9 Abs. 2).

## **§ 18**

### **Statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften**

(1) Die Bundesstatistiken betreffenden Vorschriften dieses Gesetzes finden vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 2 entsprechende Anwendung auf die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordneten Erhebungen, soweit sich aus den Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften nichts anderes ergibt.

(2) Soweit die Merkmale der durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordneten Erhebungen nicht mit den Merkmalen einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift übereinstimmen oder diesen Merkmalen gleichgestellt sind, sind die Auskünfte freiwillig, es sei denn, die Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften sehen eine Auskunftspflicht ausdrücklich vor.

## **§ 19**

### **Supra- und internationale Aufgaben des Statistischen Bundesamtes**

Im supra- und internationalen Bereich hat das Statistische Bundesamt insbesondere die Aufgabe, an der Vorbereitung von statistischen Programmen und Rechtsvorschriften sowie an der methodischen und technischen Vorbereitung und Harmonisierung von Statistiken sowie der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und internationaler Organisationen mitzuwirken und die Ergebnisse an die Europäischen Gemeinschaften und internationalen Organisationen weiterzuleiten.

## **§ 20**

### **Kosten der Bundesstatistik**

Die Kosten der Bundesstatistik werden, soweit sie bei den Bundesbehörden entstehen, vom Bund, im übrigen von den Ländern getragen.

## **§ 21**

### **Verbot der Reidentifizierung**

Eine Zusammenführung von Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solcher Einzelangaben mit anderen Angaben zum Zwecke der Herstellung eines Personen-, Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenbezugs außerhalb der Aufgabenstellung dieses Gesetzes oder der eine Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ist untersagt.

**§ 22  
Strafvorschrift**

Wer entgegen § 21 Einzelangaben aus Bundesstatistiken oder solche Einzelangaben mit anderen Angaben zusammenführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

**§ 23 <sup>5)</sup>  
Bußgeldvorschrift**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer entgegen § 11 Abs. 1 die Antworten nicht auf den Erhebungsvordruck in der vorgegebenen Form erteilt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden. <sup>5)</sup>

**§ 24  
Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über  
Ordnungswidrigkeiten (OWiG)**

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Statistische Bundesamt, soweit es Bundesstatistiken

1. nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a in Verbindung mit § 6 Abs. 1 vorbereitet oder
2. nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, auch in Verbindung mit § 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 erhebt oder
3. aufgrund dieses oder eines sonstigen Bundesgesetzes aufbereitet.

Das gleiche gilt, soweit dem Statistischen Bundesamt entsprechende Aufgaben bei der Durchführung der Erhebungen nach § 18 obliegen.

**§ 25  
Aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage  
bei Landes- und Kommunalstatistiken**

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung bei der Durchführung von Landes- und Kommunalstatistiken, die durch Rechtsvorschrift angeordnet sind, keine aufschiebende Wirkung haben.

**§ 26  
Überleitungsvorschrift**

(1) Soweit die Bundesregierung einen Bundesminister oder eine von ihm bestimmte Stelle ermächtigt hat, für bestimmte Bundesstatistiken die Aufgaben des § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ganz oder zum Teil wahrzunehmen, besteht die Ermächtigung nur fort, wenn bei der beauftragten Stelle die Trennung der mit der Durchführung statistischer Aufgaben befaßten Organisationseinheit von den anderen Aufgabenbereichen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

(2) Soweit Erhebungen aufgrund bereits geltender eine Bundesstatistik anordnender Rechtsvorschriften durchgeführt werden, dürfen die Angaben als Hilfsmerkmale erfragt werden, die zur technischen Durchführung erforderlich sind und folgende Zweckbestimmung haben:

1. Feststellung der Identität der zu Befragenden und Durchführung erforderlicher Rückfragen sowie Bestimmung der Anschrift für das Auskunftersuchen, wie Namen und Anschriften, Telefon- und Telexnummern,
2. statistische Zuordnung der zu Befragenden, wie die Zugehörigkeit zum Kreis der zu Befragenden und zur Art der wirtschaftlichen Tätigkeit,
3. Zuordnung und Bewertung der Erhebungsmerkmale,
4. Kennzeichnung des Betroffenen.

Kennzeichnungen nach Nummer 4 sind vorbehaltlich besonderer Rechtsvorschrift nur zulässig, soweit sie von den statistischen Ämtern des Bundes oder der Länder den Betroffenen nicht zugeordnet werden können.

(3) Soweit in Rechtsvorschriften, die eine Bundesstatistik anordnen und die vor dem 31. Dezember 1984 in Kraft getreten sind, eine über § 16 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 6 hinausgehende Übermittlung von Einzelangaben vorgesehen ist, treten diese Regelungen spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

(4) Eine Auskunftspflicht ist nach § 15 Abs. 1 Satz 2 auch festgelegt, soweit Erhebungen aufgrund bereits geltender eine Bundesstatistik anordnender Rechtsvorschriften durchgeführt werden und die Antwort nicht ausdrücklich freigestellt ist. Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag bis zum 1. Januar 1988 einen Bericht zu der Frage, bei welchen Statistiken eine gesetzliche Auskunftspflicht der zu Befragenden besteht und in welchem Umfang sie unter Bewertung des Zwecks der Statistik, der Interessen ihrer Nutzer und der Belastung der zu Befragenden fortbestehen sollte. Darüber hinaus ist in dem Bericht darzulegen, ob und inwieweit der mit diesem Gesetz verfolgte Zweck zu weiteren Änderungen einzelstatistischer Rechtsvorschriften Anlaß geben kann.

## **§ 27 Berlin-Klausel**

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

## **§ 28 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des § 26 Abs. 1 am Tage nach der Verkündung in Kraft. § 26 Abs. 1 tritt am 1. Januar 1989 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten

1. das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289),
2. die Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke vom 20. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1410)

außer Kraft.

**Begründung zum Gesetz vom 22. Januar 1987  
(BT-Drucks. Nr. 10/5345 vom 17. April 1986)**

**A. Allgemeiner Teil**

- I. Notwendigkeit und Ziel der Neufassung des Gesetzes
- II. Wesentliche Neuregelungen gegenüber dem Bundesstatistikgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)

**B. Besonderer Teil**

Zu den einzelnen Vorschriften (§§ 1 bis 27)

**C. Kosten**

**A. Allgemeiner Teil**

**I. Notwendigkeit und Ziel der Neufassung des Gesetzes**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1) allgemeine Grundsätze für die Durchführung von Volkszählungen aufgestellt, die von wesentlicher Bedeutung für alle Bundesstatistiken sind. Das Gericht hat diese Grundsätze im Hinblick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 i. V. m. Artikel 1 Abs. 1 GG) und unter Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit der Bundesstatistik (Artikel 73 Nr. 11 GG) entwickelt.

Durch das Mikrozensusgesetz vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955) sind für den Mikrozensus, eine mit der Volkszählung eng verwandte Bevölkerungsstatistik, die notwendigen gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen worden. Das Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) war ein weiterer Schritt der Anpassung des Rechts der amtlichen Statistik an die Anforderung des Volkszählungsurteils. Durch das neue Bundesstatistikgesetz werden nunmehr auch für die übrigen Bundesstatistiken Folgerungen aus dem Urteil gezogen. Das Bundesstatistikgesetz enthält die Regelungen, die grundsätzlich für alle die einzelnen Bundesstatistiken anordnenden Rechtsvorschriften gelten. Daher wird mit der Neufassung des Gesetzes zugleich erreicht, daß die einzelstatistischen Rechtsvorschriften in den Fällen nicht selbst geändert werden müssen, in denen das Bundesstatistikgesetz – entsprechend den Vorgaben des Volkszählungsurteils – neue oder erweiterte Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung trifft.

Zusätzlich wird mit dem neuen Bundesstatistikgesetz auch das statistische Instrumentarium weiterentwickelt. Dies ist angesichts der fortschreitenden Methoden, deren sich – wie auch das Volkszählungsurteil herausgestellt hat – die amtliche Statistik ebenso wie die Sozialforschung bedienen muß, für die Funktionsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Bundesstatistik unverzichtbar.

**II. Wesentliche Neuregelungen gegenüber dem Bundesstatistikgesetz vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)**

*1. Berücksichtigung der Auswirkungen  
des Volkszählungsurteils*

*a) Anordnung, Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken (§§ 5, 6)*

Wie schon im Bundesstatistikgesetz von 1980 gilt der Grundsatz, daß alle Bundesstatistiken durch förmliches Gesetz angeordnet werden müssen (§ 5 Abs. 1). Soweit weiterhin Bundesstatistiken mit Auskunftspflicht durch Rechtsverordnung angeordnet werden können, wird dies auf Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten beschränkt (§ 5 Abs. 2). Sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, dürfen nur noch ohne Auskunftspflicht angeordnet werden. Die Vorschriften über die Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken (§ 6) sind gegenüber dem bisherigen Recht erweitert und präzisiert.

*b) Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie über Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale (§§ 10, 12)*

Diese gegenüber dem Bundesstatistikgesetz von 1980 neuen Vorschriften sind entscheidende Voraussetzungen zur Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes.

*c) Besondere Anforderungen an Zähler, Interviewer und andere Beauftragte der statistischen Ämter (§ 14)*

Die Regelungen sichern die Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit der Beauftragten; sie begründen besondere Verwertungsverbote in Bezug auf die aus der Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse.

*d) Statistische Geheimhaltung (§ 16)*

Die Vorschrift enthält gegenüber dem Bundesstatistikgesetz von 1980 gravierende Einschränkungen der Möglichkeit, Einzelangaben zu übermitteln. Sie verstärkt damit die statistische Geheimhaltung, die grundlegende Voraussetzung für die Auskunftsbereitschaft und damit für einen möglichst hohen Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten ist.

*e) Aufklärung der Befragten (§ 17)*

Diese Vorschrift soll die Akzeptanz der Bundesstatistik in der Bevölkerung fördern.

*2. Fortentwicklung des statistischen  
Instrumentariums*

*a) Bundesstatistiken aus allgemein zugänglichen Quellen sowie aus öffentlichen Registern (§ 5 Abs. 4)*

Der für die Weiterentwicklung der Bundesstatistik erforderliche Zugriff auf Daten aus allgemein zugänglichen Quellen und aus öffentlichen Registern wird unter bestimmten Voraussetzungen ohne besondere Anordnung durch förmliches Gesetz oder Rechtsverordnung für zulässig erklärt.

*b) Erhebungen für besondere Zwecke (§ 7)*

Diese Vorschrift stellt der Bundesstatistik erstmals ein Instrument zur Verfügung, mit dem ein kurzfristig auftretender Datenbedarf bewältigt und wissenschaftlich-methodische Fragen beantwortet werden können.



*c) Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug (§ 8)*

Die Vorschrift bietet dem Statistischen Bundesamt die Möglichkeit, Daten aus dem Geschäftsgang der Verwaltungsstellen des Bundes aufzubereiten und diese Daten mit Einwilligung der jeweiligen Verwaltungsstelle für allgemeine Zwecke darzustellen und zu veröffentlichen.

*d) Adreßdateien (§ 13)*

Adreßdateien sind notwendige Arbeitsgrundlagen für die statistischen Ämter und Rationalisierungsinstrumente mit personal- und kostensparenden Auswirkungen; sie führen auch zur Begrenzung des Auskunftersuchens bei der Durchführung von Bundesstatistiken.

**B. Besonderer Teil****Zu den einzelnen Vorschriften (§§ 1 bis 27)****Zu § 1 (Statistik für Bundeszwecke)**

Zum ersten Mal werden in einer bundesstatistischen Rechtsvorschrift Aufgaben und Zweck der Bundesstatistik in allgemeiner Form beschrieben. Hierdurch werden Auftrag und Reichweite der Bundesstatistik und ihre Stellung im Gesamtsystem der amtlichen Statistik erläutert. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Volkszählung 1983 ausgeführt, daß eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hinnehmen darf, sondern als permanente Aufgabe zu verstehen hat. Unentbehrliche Handlungsgrundlage sind hierfür zuverlässige Informationen, die umfassend, differenziert, aktuell und vielseitig kombinierbar sein müssen. Eine der wichtigsten Informationsquellen ist die amtliche Statistik. Ihre Ergebnisse vermitteln für jede moderne leistungsfähige Gesellschaft die notwendige informationelle Infrastruktur. Die amtliche Statistik bietet durch den kontinuierlichen Nachweis der Fakten nicht nur quantifizierbare Aussagen, sondern sie eröffnet auch die Möglichkeit, Probleme überhaupt erst in ihren Größenordnungen zu erkennen.

Institutionell ist die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) Teil des föderativ gegliederten Gesamtsystems der amtlichen Statistik. Wenngleich im Programm der Bundesstatistik auch statistischen Anforderungen der Länder Rechnung getragen wird, sind in diesem System Bundes-, Landes- und Kommunalstatistik zu unterscheiden. Nach dem Prinzip der fachlichen Konzentration obliegt die Durchführung der Bundesstatistik in der Regel den statistischen Ämtern. Diese Aufgabenzuweisung dient nicht nur der wirkungsvollen Sicherung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes durch die Schaffung sogenannter "abgeschotteter Bereiche", sondern gewährleistet zugleich die Koordinierung aller Statistiken und Benutzerwünsche. Sie trägt dazu bei, Doppelarbeit und unnötige Belastungen der Befragten zu vermeiden. Sie erleichtert darüber hinaus die Abstimmung der statistischen Ergebnisse zu einem in sich geschlossenen Gesamtbild von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

Die amtliche Statistik und speziell die Bundesstatistik sind generell dem Grundsatz verpflichtet, daß die Aufbereitung der Individualdaten immer zu einer strukturierten, anonymen Form führen muß. Aufgabe der Bundesstatistik ist es nicht, personen- oder institutionsbezogene Nachweise zu liefern, sondern sich mit Massenerscheinungen auseinanderzusetzen. Diese eingegrenzte Zweckbestimmung der Bundesstatistiken schließt es andererseits nicht aus, anonymisierte Daten für andere als statistische Zwecke zu übermitteln (§ 16 Abs. 4). Das Bundesstatistikgesetz trifft keine Regelung zu der Frage, ob in seltenen Ausnahmefällen durch besondere gesetzliche Vorschrift

auch eine Verwendung statistischer Daten für Verwaltungsvollzugszwecke vorgesehen werden könnte. An diese Möglichkeit wäre im Hinblick auf juristische Personen zu denken, denen das informationelle Selbstbestimmungsrecht, das Ausdruck der natürlichen Personen zukommenden Menschenwürde ist, nicht zusteht. Eine solche Vorschrift müßte sicherstellen, daß aus den Angaben gewonnene Erkenntnisse nicht zu Maßnahmen gegen die Betroffenen verwendet werden. Sie müßte darüber hinaus klar erkennen lassen, daß die übermittelten personenbezogenen Daten auch zu Verwaltungsvollzugszwecken verwendet werden. Diese Zwecke wären außerdem konkret zu definieren.

Wesentliche Aufgabe der Bundesstatistik ist es, sachgerechte Konzepte, Methoden und technische Verfahren der Informationsgewinnung und -darbietung einzusetzen, die dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden entsprechen. Damit erfüllt die Bundesstatistik zugleich die Auflage aus dem Volkszählungsgesetzurteil des Bundesverfassungsgerichts, sich mit der fortschreitenden Methodendiskussion auseinanderzusetzen.

Die Bundesstatistik stellt ihre Ergebnisse ebenso wie der öffentlichen Verwaltung allen gesellschaftlichen Gruppierungen und damit auch allen an der politischen Willensbildung beteiligten Institutionen sowie der Wirtschaft und Wissenschaft zur Verfügung. Nicht zuletzt deshalb ist sie den Grundsätzen der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit verpflichtet.

#### **Zu § 2 (Statistisches Bundesamt)**

Aufgrund des Artikels 87 Abs. 3 Satz 1 GG in Verbindung mit Artikel 73 Nr. 11 GG ist das Statistische Bundesamt als selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern errichtet worden.

Entsprechend seiner Aufgabenstellung als Querschnittsbehörde arbeitet das Statistische Bundesamt nach den fachlichen Anforderungen aller Bundesminister. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist dem jeweils fachlich zuständigen Bundesminister für die ordnungsgemäße fachliche Durchführung der Arbeiten verantwortlich.

In Absatz 3 ist klargestellt, daß das Statistische Bundesamt seine Aufgaben auf der Grundlage der jeweils sachgerechten Methode durchführt. Diese Regelung entspricht der bisherigen Praxis und ergibt sich aus den Grundsätzen der Objektivität, Neutralität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Statistischen Bundesamtes.

#### **Zu § 3 (Aufgaben des Statistischen Bundesamtes)**

In § 3 sind die grundsätzlichen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes näher dargelegt. Ergänzende Aufgabenzuweisungen ergeben sich aus anderen Vorschriften dieses Gesetzes (§§ 6, 7, 8, 11, 13, 18, 19 und 25).

##### **Zu Absatz 1**

##### **Zu Nummer 1 a**

Die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, die Bundesstatistiken weiterzuentwickeln, wird gegenüber dem bisherigen Recht ausdrücklich im Aufgabenprogramm des Statistischen Bundesamtes genannt.

##### **Zu Nummer 1 b**

Die Effizienz der Bundesstatistik ist weitgehend von der einheitlichen und termingemäßen Durchführung der Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme abhängig. Dies betrifft ebenso die der Erhebung dienenden Fragebogen oder Ausfüllungsrichtlinien wie die der Aufbereitung dienenden Tabellenprogramme, Systematiken, Signier-, Prüf- und Korrekturanleitungen. Der Vereinheitlichung dient auch die Vorschrift des § 11 Abs. 1. Dort wird im einzelnen die Verantwortung für die Gestaltung der Erhebungsvordrucke und die Festlegung der Form der Antworten geregelt.

**Zu Nummer 1 c**

Vor dem Hintergrund der Nutzung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien, wie z. B. Bildschirmtext, eröffnen sich dem Statistischen Bundesamt neue Möglichkeiten, die zentrale Aufgabe der Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse der Bundesstatistik in einer Form wahrzunehmen, die dem vielfältigen Benutzerkreis und den zahlreichen Aufgaben der Bundesstatistik gerecht wird. Ergebnisse zu ausgewählten Themenkreisen können einzelnen Nutzern bzw. Nutzergruppen gegen Kostenerstattung zur Verfügung gestellt werden.

**Zu Nummern 2 a und 2 b**

Die zentrale Erhebung und Aufbereitung von Bundesstatistiken obliegt dem Statistischen Bundesamt grundsätzlich nur subsidiär. Auch Zusatz- und Sonderaufbereitungen unterliegen dem Subsidiaritätsprinzip. Der Notwendigkeit, statistische Ergebnisse problemspezifisch auszuwerten, wird durch Zusatz- und Sonderaufbereitungen Rechnung getragen. Zusatzaufbereitungen erfolgen ausschließlich für Bundeszwecke, Sonderaufbereitungen werden für Dritte durchgeführt.

**Zu Nummer 3**

Der Auftrag, Statistiken nach § 8 zu erstellen, bezieht sich auf Daten aus dem Verwaltungsvollzug.

**Zu Nummer 5**

Die Aufgabe, auf die sachliche, zeitliche und räumliche Abstimmung bestimmter Statistiken oder statistischer Aufbereitungen hinzuwirken, ergänzt die Aufgabenzuweisung nach Nummer 1 b.

**Zu Nummer 8**

Das statistische Informationssystem speichert das aus zahlreichen Einzelstatistiken der Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstatistik stammende sowie das durch Weiterverarbeitung gewonnene Material (z. B. Indizes, Kaufkraftparitäten, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) in aggregierter und anonymisierter, möglichst vergleichbarer und kombinierbarer Form. Ziel ist es, für einen größeren Benutzerkreis und die verschiedensten Untersuchungs- und Planungszwecke eine möglichst rasche Auswertung je nach Bedarf mit Hilfe moderner mathematisch-statistischer Methoden zu erreichen.

Der Auftrag, das Informationssystem zu führen, schließt auch die Weiterentwicklung dieses Systems ein, und zwar sowohl unter fachlichen und technischen Gesichtspunkten als auch hinsichtlich des Angebots an statistischen Methoden und Verfahren. Das Statistische Bundesamt arbeitet mit den statistischen Ämtern der Länder daran, künftig Informationen aus statistischen Datenbanken für allgemeine Zwecke über den Bildschirmtextdienst zu verbreiten.

Das allgemeine statistische Informationssystem des Bundes ist für die Aufnahme neuer Sachverhalte und Zusammenhänge offen, die von allgemeinem Interesse sind. Die Entwicklung und Einrichtung von Informationssystemen für spezielle Aufgabenstellungen, wie z. B. beim Aufbau einer Flächennutzungsdatenbank, bedürfen einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung.

**Zu Absatz 2**

Soweit das Statistische Bundesamt für die methodische und technische Vorbereitung oder Weiterentwicklung von Bundesstatistiken und für die Durchführung von Zusatzaufbereitungen sowie zur Erfüllung entsprechender Aufgaben im supra- und internationalen Bereich Einzelangaben aus den nicht von ihm selbst erhobenen Bundesstatistiken benötigt, leiten ihm die statistischen Ämter der Länder und die sonstigen mit der Durchführung von Bundesstatistiken betrauten Stellen die erforderlichen Angaben auf Anforderung zu.

**Zu § 4 (Statistischer Beirat)**

Der Statistische Beirat hat wie bisher die Aufgabe, das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen zu beraten. Auf diesem Wege werden Wissen und Erfahrungen externer Sachverständiger für die Planung und Entwicklung der Bundesstatistik nutzbar gemacht.

Der Statistische Beirat ist um den Bundesbeauftragten für den Datenschutz erweitert worden. Damit wird die besondere Bedeutung des Datenschutzes für die Bundesstatistik unterstrichen.

**Zu § 5 (Anordnung von Bundesstatistiken)****Zu Absatz 1**

Die Regelung bestimmt, in welcher Form Bundesstatistiken anzuordnen sind. Die Anordnung durch förmliches Gesetz ist der Regelfall. Die Anordnung durch Rechtsverordnung (Absatz 2) oder die Durchführung von Bundesstatistiken ohne Anordnung durch einzelstatistisches Gesetz oder Rechtsverordnung (Absatz 4, § 7) sind die Ausnahme.

**Zu Absatz 2**

Er enthält die Ermächtigung für die Bundesregierung, Bundesstatistiken durch Rechtsverordnung anzuordnen. Auskunftspflicht (§ 15) besteht nur noch im Bereich der Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten. Sonstige Statistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, dürfen dagegen auf der Grundlage von Rechtsverordnungen nur ohne Auskunftspflicht angeordnet werden.

Mit der Beschränkung der Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken auf Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten soll klargestellt werden, daß nur Angaben über spezifisch auf diese Institutionen bezogene Tatbestände verlangt werden dürfen (z. B. auch im Rahmen von Beschäftigtenstatistiken), die in den statistischen Ämtern grundsätzlich keinen Rückschluß auf persönliche und sachliche Verhältnisse natürlicher Personen zulassen.

**Zu Absatz 3**

Er ermächtigt die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung für einen Zeitraum bis zu vier Jahren Bundesstatistiken auszusetzen oder ihre Durchführungsmodalitäten zu ändern. Die Ermächtigung umfaßt auch die Befugnis, von einer Befragung mit Auskunftspflicht auf eine Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen, wenn auch hierdurch ausreichende Ergebnisse erwartet werden können.

**Zu Absatz 4**

Satz 1 eröffnet ohne Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung die Möglichkeit, Bundesstatistiken mit Hilfe von Informationen aus allgemein zugänglichen Quellen zu erstellen.

Satz 2 macht darüber hinaus die Anordnung durch den Gesetz- oder Verordnungsgeber in den Fällen entbehrlich, in denen für Bundesstatistiken Einzelangaben ausschließlich aus öffentlichen Registern verwendet werden, zu denen die statistischen Ämter Zugang haben. Die Vorschrift soll ebenfalls zur Eindämmung der Zahl statistischer Rechtsgrundlagen und zur Entlastung der Bürger beitragen. Sie bietet darüber hinaus einen Ansatz für eine verstärkte Nutzung von öffentlichen Registern für bundesstatistische Zwecke.

**Zu § 6 (Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken)**

Mit dieser Vorschrift werden Regelungen zur Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken getroffen. Die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung einer durch Rechtsvorschrift bereits angeordneten Bundesstatistik sind in Absatz 1, diejenigen zur Vorbereitung einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift in Absatz 2 geregelt.

**Zu Absatz 1**

Ein wesentliches Kriterium bei der Vorbereitung einer durch Rechtsvorschrift angeordneten Bundesstatistik, aber auch bei der Durchführung laufender Statistiken, ist die Klärung des Kreises der zu Befragenden. Dieser Kreis wird in den einzelstatistischen Rechtsvorschriften regelmäßig durch bestimmte statistische Zuordnungen (z. B. Zugehörigkeit zum Einzelhandel oder zum Großhandel) bestimmt. Die Klärung des Kreises der zu Befragenden sichert, daß alle Auskunftspflichtigen vollständig erfaßt werden und die eigentliche Erhebung zügig innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Befragungszeiträume durchgeführt werden kann. Es entspricht den bisherigen Erfahrungen und der inneren Konsequenz der sich auf die Bundesstatistik mit Auskunftspflicht beziehenden Gesamtregelung, daß auch die Vorbereitungsmaßnahmen mit Auskunftspflicht durchzuführen sind.

**Zu Absatz 2**

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 wirkt das Statistische Bundesamt an der Vorbereitung statistischer Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes mit. Im Rahmen der zur Vorbereitung einer Rechtsvorschrift notwendigen Vorarbeiten fallen auch statistische Aufgaben an, die die Bestimmung des Kreises der zu Befragenden einschließlich der statistischen Zuordnung der zu Befragenden betreffen. In diesem Stadium sind auch – wie in den Fällen des Absatzes 1 – Befragungen zur Erprobung des Fragebogens und der Zweckmäßigkeit des Erhebungsverfahrens erforderlich.

Sowohl die nach Absatz 1 als auch nach Absatz 2 anfallenden Angaben sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen. Eine weitergehende Konkretisierung des Zeitpunktes ist dem Gesetzgeber nicht möglich. Dieser Zeitpunkt ist beispielsweise bei den Fragen zur Klärung des Kreises der zu Befragenden abhängig von der zeitlich nicht vorher bestimmbaren Feststellung der Zugehörigkeit des Befragten zum Kreis der zu Befragenden und regelmäßig von den jeweils unterschiedlichen – überdies nach § 5 Abs. 3 verschiebbaren – Zeiten der Durchführung der in Betracht kommenden Bundesstatistiken. Bei der Lösungsregelung nach Absätzen 1 und 2 ist im übrigen zu berücksichtigen, daß von Beginn der Durchführung der jeweiligen Bundesstatistik an die allgemeinen Trennungs- und Lösungsregeln (§ 12) gelten.

**Zu § 7 (Erhebungen für besondere Zwecke)**

Die Vorschrift stellt erstmals ein Instrument für zwei bedeutende Zielsetzungen zur Verfügung:

1. die Bewältigung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für bestimmte Zwecke oberster Bundesbehörden und
2. zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen.

Damit soll es der Bundesstatistik ermöglicht werden, ihrer Dienstleistungsfunktion auf den Gebieten besonderen Datenbedarfs in flexibler Weise gerecht zu werden. Sie übernimmt damit keine Aufgaben der Markt- oder Meinungsforschung, sondern verbleibt im Tätigkeitsfeld der Bundesstatistik.

**Zu Absatz 4**

Der Umfang der Erhebungen für besondere Zwecke ist auf eine relativ kleine Zahl von zu Befragenden beschränkt. Erhebungen für besondere Zwecke können daher in der Regel nur das Ziel haben, Strukturen bzw. Entwicklungen aufzuzeigen. Sie lassen grundsätzlich keine statistisch gesicherten Ergebnisse in tiefer fachlicher oder regionaler Untergliederung zu. Damit wird deutlich, daß Erhebungen für besondere Zwecke Statistiken auf der Grundlage einzelgesetzlicher Rechtsgrundlagen nicht ersetzen können.

**Zu Absatz 5**

Die Wiederholungsbefragungen sind unter anderem nötig, um neuere methodische Entwicklungen in dem Bereich der sog. Panel-Erhebung unter dem Gesichtspunkt ihrer Einsatzmöglichkeiten für Zwecke der Bundesstatistik testen zu können. Damit wird zugleich dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an die Bundesstatistik entsprochen, sich mit den fortschreitenden wissenschaftlich-methodischen Fragestellungen der Statistik und der Sozialforschung auseinanderzusetzen.

**Zu § 8 (Aufbereitung von Daten aus dem Verwaltungsvollzug)**

Die Vorschrift trägt dem Grundsatz der fachlichen Konzentration statistischer Arbeiten im Statistischen Bundesamt Rechnung. Sie erleichtert die Aufgabe des Statistischen Bundesamtes, statistische Aufbereitungen von Daten auch aus dem Verwaltungsvollzug sachlich, zeitlich und räumlich abzustimmen, um vergleichbare und vielseitig kombinierbare Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können. Das Statistische Bundesamt kann mit Einwilligung der auftraggebenden Stelle aus den ihm überlassenen Daten statistische Ergebnisse für allgemeine Zwecke darstellen und veröffentlichen. Auch dies führt im Ergebnis zu einer Einschränkung von Erhebungen. Andererseits kann die Nutzung der Daten aus dem Verwaltungsvollzug das statistische Programm komplettieren und Gesamtsysteme ergänzen. Die Aufbereitung unterliegt ebenso wie die Darstellung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse für allgemeine Zwecke den gleichen datenschutzrechtlichen Regelungen, die für die Verarbeitung der Daten bei der auftraggebenden Verwaltungsstelle des Bundes gelten. Diese datenschutzrechtlichen Regelungen sind auch ausschlaggebend dafür, ob die auftraggebende Stelle ihre Einwilligung zur Darstellung und Veröffentlichung statistischer Ergebnisse geben darf.

**Zu § 9 (Regelungsumfang bundesstatistischer Rechtsvorschriften)****Zu Absatz 1**

Mit der Regelung wird die erforderliche Transparenz der wesentlichen Grundlagen von Bundesstatistiken geschaffen. Zu diesen Grundlagen gehören das Erhebungsprogramm, die Hilfsmerkmale, die Art der Erhebung (z. B. Totalerhebung oder Stichprobe), der Zeitraum oder Zeitpunkt, auf den sich die statistischen Daten beziehen, die zeitlichen Abstände wiederkehrender Erhebungen und der Kreis der zu Befragenden.

**Zu Absatz 2**

Es ist aus technischen und organisatorischen Gründen notwendig, bei der Durchführung von Bundesstatistiken laufende Nummern und Ordnungsnummern zu verwenden. Diese Nummern sind Hilfsmittel insbesondere bei der Organisation des jeweiligen Erhebungsverfahrens und der statistischen Aufbereitung. Grundsätzlich enthalten sie keine Informationen, die weiter gehen als die auf der Grundlage von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen erhobenen Angaben. Sofern hiervon abgewichen werden soll, müssen die laufenden Nummern und Ordnungsnummern in der die Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift ausdrücklich genannt und inhaltlich bestimmt werden.

**Zu § 10 (Erhebungs- und Hilfsmerkmale)**

Die erstmals im Mikrozensusgesetz und im Volkszählungsgesetz 1987 enthaltenen Vorschriften über Erhebungs- und Hilfsmerkmale werden in einer fortentwickelten Form in das Bundesstatistikgesetz mit allgemeiner Geltung für die übrigen Rechtsvorschriften der Statistik übernommen. Die Unterscheidung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen und ihre unterschiedliche Behandlung ist für die Gewährleistung der statistischen Geheimhaltung von zentraler Bedeutung. Hilfsmerkmale sind für die technische Durchführung der Bundesstatistik unentbehrlich. Wegen ihres grundsätzlich identifizierenden Charakters dürfen sie nur in dem unumgänglich notwendigen Umfang mit den Erhebungsmerkmalen, die zu den eigentlichen Sachaussagen der Statistik führen, verbunden bleiben.

*Zu Absatz 1*

Die Erhebungsmerkmale und Hilfsmerkmale sind in den einzelstatistischen Rechtsvorschriften anzugeben (§ 9 Abs. 1). Die in Absatz 1 enthaltene Definition verdeutlicht, daß der Begriff „Erhebungsmerkmale“ mehrere Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse umfassen kann. Dabei wird hinsichtlich des Differenzierungsgrades insoweit ein unterschiedlicher Maßstab anzulegen sein, als sich Erhebungsmerkmale bei Unternehmens- und Betriebsstatistiken häufig auf Merkmalskomplexe beziehen werden. Demgegenüber ist bei Bevölkerungsstatistiken – wie etwa im Fall des Mikrozensus und der Volkszählung – oder vergleichbaren Bundesstatistiken eine stärkere Differenzierung nach Merkmalsausprägungen angezeigt, um den in diesen Bereichen mit Sinn und Zweck des Frageprogramms weniger vertrauten Auskunftspflichtigen eine ausreichende Einsicht in den jeweiligen Inhalt und Umfang der Erhebung zu geben.

*Zu Absatz 2*

Es ist zulässig, daß in Statistiken mit Regionalangaben das Hilfsmerkmal Gemeinde und – zeitlich begrenzt – die übrigen Teile der Anschrift zur regionalen Darstellung der Ergebnisse genutzt werden. Die Gliederungstiefe Gemeindeteil darf hierbei nicht unterschritten werden, d. h. kleinere regionale Einheiten dürfen nicht nachgewiesen werden. Unbeschadet davon müssen die Vorschriften über die statistische Geheimhaltung beachtet werden. Es ist daher nicht statthaft, Tabellen mit einer so tiefen regionalen Untergliederung zu veröffentlichen, daß Einzelangaben erkennbar werden.

*Zu Absatz 3*

Die Regelung eröffnet die Möglichkeit, bei der Aufbereitung in den statistischen Ämtern aus den Erhebungs- und Hilfsmerkmalen abgeleitete Erkenntnisse für die Darstellung statistischer Ergebnisse zu nutzen. Beispielhaft ist dabei an die Fälle zu denken, in denen aus der Anschrift und Rechtsform einer Firma Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Tätigkeit und damit auf die statistische Zuordnung gezogen werden können.

**Zu § 11 (Erhebungsvordrucke)***Zu Absatz 1*

Die Regelung schließt andere Möglichkeiten und Formen der Antworterteilung nicht aus, wenn sie durch besondere Vereinbarungen zwischen den statistischen Ämtern und den Befragten zugelassen werden. So können die Antworten statt auf Erhebungsvordrucken auch auf anderen Datenträgern (z. B. Magnetbändern) oder über Bildschirmtext gegeben werden.

Nach § 23 Abs. 1 handelt ordnungswidrig, wer entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 die Antwort nicht auf den Erhebungsvordrucken in der dort vorgegebenen Form erteilt. Mit dieser Regelung korrespondiert § 11 Abs. 1 Satz 2, worin klargestellt wird, wem die Gestaltung der Erhebungsvordrucke und die Festlegung der Form der Antworten obliegt.

*Zu Absatz 2*

Unterschriften sind Angaben über Namen und damit Hilfsmerkmale (§ 10 Abs. 2 Nr. 1). Die Trennungs- und Löschungsvorschriften für Hilfsmerkmale (§ 12) findet daher Anwendung.

*Zu Absatz 3*

Die Vorschrift stellt sicher, daß nur solche Fragen gestellt werden dürfen, die unter die in der jeweiligen Rechtsvorschrift angeordneten Erhebungsmerkmale subsumierbar sind oder sich im Rahmen der bei der Durchführung der Bundesstatistik verwendeten Hilfsmerkmale halten.

**Zu Absatz 4**

Die Hilfsmerkmale sind auf den Erhebungsvordrucken im einzelnen anzugeben. Diese Vorschrift hat besondere Bedeutung für die in der Überleitungsvorschrift des § 25 Abs. 2 geregelte Behandlung der Hilfsmerkmale bei Bundesstatistiken, die auf Grund von Rechtsvorschriften durchgeführt werden, welche zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits gelten. Da die Hilfsmerkmale in diesen Fällen nicht konkret, sondern nur nach allgemeinen Verwendungszwecken ausgewiesen sind, hat Absatz 4 insoweit eine speziell kompensatorische Funktion.

**Zu § 12 (Trennung und Löschung)****Zu Absatz 1**

Hilfsmerkmale sind grundsätzlich nach der Plausibilitätsprüfung zu löschen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie unverschlüsselt oder verschlüsselt vorliegen. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind die Tatbestände des Absatzes 2, des § 10 Abs. 2, die Verwendung von Hilfsmerkmalen zur Führung von Adreßdateien nach § 13 und besondere Regelungen in einzelstatistischen Gesetzen. In diesen Fällen werden die Hilfsmerkmale für bundesstatistische Zwecke dringend weiter benötigt. Die Vorschrift trägt der Forderung im Volkszählungsurteil Rechnung, die zur Identifizierung der Befragten dienenden Merkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu löschen.

Regelmäßig ist es erforderlich, bis zum Abschluß der Plausibilitätsprüfung die Verbindung der Hilfsmerkmale mit den übrigen Angaben zu erhalten. Stellt sich bei der Überprüfung der Angaben heraus, daß eine Rückfrage beim Befragten wegen Unvollständigkeit oder Unschlüssigkeit erforderlich ist, muß auf die Hilfsmerkmale zurückgegriffen werden können.

Dieses Verfahren berücksichtigt auch in ausreichendem Maße den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Denn eine Trennung der Hilfsmerkmale vor Abschluß der Plausibilitätskontrolle würde nicht nur einen zeitraubenden Arbeitsaufwand erfordern, sondern darüber hinaus die Vergabe und Verwendung anderer Identifikatoren voraussetzen, über die für eine notwendige Rückfrage der Rückgriff auf die abgetrennten Hilfsmerkmale sichergestellt werden müßte.

Soweit nach § 13 eine Übernahme von Hilfsmerkmalen in Adreßdateien erfolgt, werden die auf den Erhebungsunterlagen oder sonstigen Datenträgern befindlichen Identifikatoren sogleich nach Übernahme in die Datei in einem Arbeitsgang getrennt und vernichtet.

**Zu Absatz 2**

Er betrifft die Hilfsmerkmale, die für periodische Erhebungen über den Zeitpunkt der Plausibilitätsprüfung hinaus (Absatz 1) benötigt werden und nicht bereits über eine Datei nach § 13 zur Verfügung stehen (vgl. z. B. § 11 Abs. 4 Mikrozensusgesetz). Für die Durchführung einer auf periodische Erhebungen angelegten Bundesstatistik ist der Rückgriff auf die Hilfsmerkmale unverzichtbar, die die Durchführung der Bundesstatistik im Rahmen nachfolgender Erhebungen überhaupt erst ermöglichen, wie z. B. die Anschriften der Erhebungseinheiten.

**Zu § 13 (Adreßdateien)**

Adreßdateien sind notwendige und rationelle Instrumente sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung der statistischen Erhebungen. Sie ermöglichen vor allem die Begrenzung des Auskunftersuchens bei der Durchführung von Bundesstatistiken, indem eine gleichmäßigere Verteilung der den Auskunftspflichtigen treffenden Belastungen – auch über den jeweiligen Erhebungsbereich der einzelnen Bundesstatistik hinaus – erreicht werden kann. Praktisch tragen die Adreßdateien damit wesentlich dazu bei, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung bei statistischen Befragungen realisiert werden kann.



In den bestehenden statistischen Rechtsvorschriften ist die Führung von Adreßdateien oder Karteien nur vereinzelt geregelt (vgl. z. B. § 7 Agrarberichterstattungsgesetz, § 12 Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe). Nach § 13 ist nunmehr die Einrichtung und Führung solcher Dateien allgemein für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten zulässig. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung erfolgt aus der Begrenzung der in den Adreßdateien verwendbaren Einzelangaben auf die Daten nach Absatz 2 und damit auf spezifisch institutionenbezogene Tatbestände. Die Vorschrift begrenzt darüber hinaus den Verwendungszweck auf bestimmte Vorbereitungs- und Durchführungsmodalitäten (Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 2).

#### *Zu Absatz 1 Nr. 1*

Bei der Vorbereitung von Bundesstatistiken haben Adreßdateien die Funktion, alle Erhebungseinheiten, die in den Kreis der zu Befragenden fallen können, nachzuweisen. So wird bei Erhebungen mit Abschneidegrenzen, wie z. B. bei Erhebungen, die sich auf Unternehmen mit 100 und mehr tätigen Personen beziehen, die Auskunftspflicht mit Hilfe von Adreßdateien bestimmt. Bei Stichprobenerhebungen können aus dem durch die Adreßdatei ausgewiesenen Kreis der in Frage kommenden Erhebungseinheiten die tatsächlich zu Befragenden durch mathematisch-statistische Verfahren ausgewählt werden, die streng am Zufallsprinzip orientiert sind und damit die Gleichbehandlung aller garantieren.

Um dem Grundsatz der möglichst schonenden Behandlung der in die Stichprobe einbezogenen Befragten und der Gleichbehandlung aller potentiellen Erhebungseinheiten gerecht zu werden, tauscht die Bundesstatistik bei kontinuierlich erhobenen Stichproben die in die Stichprobe einbezogenen Befragten grundsätzlich nach einer angemessenen Zeit gegen andere aus dem Kreis der potentiellen Erhebungseinheiten aus (Rotation). Diese Rotation ist nur auf der Grundlage aktueller Adreßdateien aller potentiellen Erhebungseinheiten eines Berichtskreises möglich. Soweit mehrere Stichproben im Rahmen der wirtschaftsstatistischen Erhebungen durchgeführt werden, ist es nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung notwendig, daß möglichst nicht dieselben Erhebungseinheiten in alle Stichproben einbezogen werden. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Heranziehung der einzelnen Befragten für andere Stichproben im Rahmen wirtschafts-, lohn- und umweltstatistischer Erhebungen im einzelnen bekannt ist. Entsprechende Kenntnisse können nur aus den Adreßdateien gewonnen werden.

Bei der Durchführung von Bundesstatistiken sind Adreßdateien im übrigen das notwendige und rationelle Instrument zum Versand der Fragebögen. Sollten diese Fragebögen nicht vollzählig bzw. vollständig ausgefüllt an die statistischen Ämter zurückgeschickt werden, so erlauben die Adreßdateien die notwendigen Rückfragen bei den Befragten.

Bei Stichprobenerhebungen ist es erforderlich, ihre Ergebnisse auf die Grundgesamtheiten hochzurechnen. Den dafür erforderlichen Hochrechnungsrahmen stellen die Adreßdateien dar.

#### *Zu Absatz 2*

Um ihre Funktionen erfüllen zu können, müssen die Adreßdateien zumindest die hier genannten Angaben enthalten. Die Regelung, daß diese Erhebungs- und Hilfsmerkmale aus Bundesstatistiken für die Führung der Adreßdateien verwendet werden können, entlastet die potentiellen Erhebungseinheiten von sonst erforderlichen Befragungen. Wenn sich statistische Erhebungen nicht nur an das Unternehmen, sondern an seine Teile richten, ist es für die Aufbereitung der Ergebnisse erforderlich, diese Zusammenhänge zu erkennen. Die Angaben zur Rechtsform bei Unternehmen, zum Wirtschaftszweig, zu Eintragungen in die Handwerksrolle sowie zur Art der ausgeübten Tätigkeit und die Zahl der tätigen Personen lassen gleichartige Erhebungseinheiten für Teilerhebungen und/oder die Stichprobenauswahl erkennen. Sie ermöglichen gleichzeitig eine Aufbereitung der Ergebnisse nach diesen Kriterien, ohne daß eine erneute Befragung der Auskunftserteilenden notwendig wird. Durch die Kennzeichnung der Statistiken, zu denen das Unternehmen oder der Betrieb meldet, kann die Belastung der Befragten begrenzt werden. Das Datum der Aufnahme in die Adreßdatei dient als Hinweis auf die Aktualität der Angaben.

***Zu Absatz 3***

Adreßdateien werden sowohl für die methodische und technische Vorbereitung der Bundesstatistik benötigt, die dem Statistischen Bundesamt obliegt, als auch bei der regelmäßig den Ländern obliegenden Durchführung der Bundesstatistiken. Um die Adreßdateien im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit aktuell und vollständig führen zu können, teilen sich das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder die Merkmale nach Absatz 2 und die jeweiligen Änderungen mit.

***Zu Absatz 4***

Auch für die Adreßdateien gilt der Grundsatz, daß die Angaben nicht länger gespeichert werden dürfen, als es für die in Absatz 1 genannten Zwecke erforderlich ist. Das ist beispielsweise dann nicht mehr der Fall, wenn Erhebungseinheiten aus dem Kreis der potentiell Auskunftspflichtigen ausscheiden (z. B. durch Unternehmensliquidation, Konkurs, Geschäftsaufgabe).

***Zu Absatz 5***

Der Absatz stellt klar, daß bestehende Dateien, mit denen Zwecke verfolgt werden, die über Absatz 1 hinausgehen oder die andere Bereiche als Umwelt-, Lohn- und Wirtschaftsstatistiken betreffen, einer besonderen gesetzlichen Rechtsvorschrift bedürfen. Soweit solche Rechtsvorschriften bereits existieren, finden ausschließlich deren Regelungen Anwendung.

***Zu § 14 (Erhebungsbeauftragte)***

Die Vorschrift regelt die beim Einsatz von Erhebungsbeauftragten (z. B. Zählern, Interviewern) zu beachtende Auswahlgrundsätze. Erhebungsbeauftragte werden dann eingesetzt, wenn dies aus erhebungstechnischen Gründen erforderlich ist. Dies ist z. B. bei Massenerhebungen wie der Volkszählung der Fall und überall dort, wo die besondere Sachkunde eines mit der Materie vertrauten Erhebungsbeauftragten das Erhebungsverfahren erleichtert. So hat sich das Interviewverfahren bei den Mikrozensuserhebungen oder im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken seit Jahren in der Praxis bewährt. Es hat zur Vertrauensbildung zwischen der amtlichen Statistik und den betroffenen Bürgern einen wichtigen Beitrag geleistet.

***Zu Absatz 1***

Die Vorschrift lehnt sich an die entsprechenden Regelungen im Mikrozensusgesetz vom 10. Juni 1985 (BGBl. I S. 955) sowie im Volkszählungsgesetz 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) an. Er berücksichtigt die Auflagen des Volkszählungsurteils.

***Zu Absatz 2 und Absatz 3***

Das Verwertungsverbot und die zeitliche Fortgeltung der Geheimhaltungspflichten über die Tätigkeit als Erhebungsbeauftragte hinaus sollen das notwendige Vertrauen in die Bundesstatistik und damit die Qualität der statistischen Ergebnisse fördern.

Erhebungsstellen sind in der Regel die statistischen Ämter des Bundes und der Länder. In Ausnahmefällen, wie beispielsweise bei der Volkszählung, können die Aufgaben der Erhebungsstelle auf andere Einrichtungen übertragen werden.

Die Erhebungsbeauftragten sind von den Erhebungsstellen in ihre Aufgaben einzuweisen und im einzelnen darüber zu unterrichten, was zur ordnungsgemäßen Durchführung der Erhebung zu beachten ist. Sie unterliegen bei Ausführung ihrer Erhebungstätigkeit dem Weisungsrecht der Erhebungsstelle.

**Zu § 15 (Auskunftspflicht)**

Die Vorschrift geht von einer grundsätzlichen Auskunftspflicht der Befragten aus. Für die Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheitsgehalt der erhobenen Daten notwendig. Dies wird auch im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts gefordert.

Voraussetzung für einen Verzicht auf die Auskunftspflicht bei einer Erhebung ist daher, daß bei Befragungen auf freiwilliger Grundlage die Aussagekraft der Statistik in gleicher Weise gewährleistet bleibt wie bei Befragungen mit Auskunftspflicht. Die Beurteilung der Notwendigkeit der Auskunftspflicht kann sich während der Laufzeit einer Bundesstatistik verändern. Daher ermächtigt § 5 Abs. 3 Satz 2 von einer Befragung mit Auskunftspflicht auf eine Befragung ohne Auskunftspflicht überzugehen. Das Statistische Bundesamt führt Untersuchungen über neue Methoden der Informationserhebung und -verarbeitung durch. Hierbei werden auch die Voraussetzungen für einen Verzicht auf eine Auskunftspflicht geprüft. Wesentliche Erkenntnisse sind weiter aus den nach § 14 Mikrozensusgesetz angeordneten Testerhebungen in den Jahren 1985 bis 1987 zu erwarten.

**Zu Absatz 1**

Die in Absatz 1 genannten Personen und Einrichtungen haben die ordnungsgemäß gestellten Fragen zu beantworten. Das sind die Fragen, die auf dem Erhebungsvordruck aufgeführt und unter die für die jeweilige Bundesstatistik angeordneten Erhebungsmerkmale subsumierbar sind.

**Zu Absatz 3**

Auskunft kann beispielsweise auch unter Verwendung von Magnetbändern, Disketten etc. erteilt werden, wenn dies in einer Rechtsvorschrift vorgesehen oder zwischen dem statistischen Amt und dem Auskunftspflichtigen vereinbart worden ist.

Grundsätzlich hat der Auskunftspflichtige, wie üblicherweise bei öffentlich-rechtlichen Mitteilungspflichten, die ihm durch die Auskunftserteilung entstehenden Kosten aus eigenen Mitteln zu tragen.

Satz 3 sieht die Möglichkeit vor, in einzelstatistischen Rechtsvorschriften Ausnahmen von der Kostentragungspflicht zuzulassen. Hiervon hat das Volkszählungsgesetz 1987 Gebrauch gemacht.

**Zu Absatz 4 und Absatz 5**

Die Vorschrift räumt dem Auskunftspflichtigen bei Einsatz von Erhebungsbeauftragten die Möglichkeit ein, zwischen verschiedenen Arten der Auskunftserteilung zu wählen. Sie berücksichtigt damit die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil.

**Zu Absatz 6**

Ohne den gesetzlichen Ausschluß von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung läßt sich nicht sicherstellen, daß die Ergebnisse von Bundesstatistiken in der erforderlichen Aktualität und Vollständigkeit dem gesetzlichen Auftrag entsprechend bereitgestellt werden können. Ausreichender Rechtsschutz wird den Befragten dadurch gewährt, daß das Verwaltungsgericht nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung auf Antrag die aufschiebende Wirkung wiederherstellen kann.

**Zu § 16 Geheimhaltung)**

Die Geheimhaltung der statistischen Einzelangaben ist seit jeher das Fundament der Bundesstatistik. Ihre Gewährleistung dient, wie bereits in der Begründung zum Bundesstatistikgesetz von 1980 (vgl. BT-Drucksache 8/2517, S. 16) ausgeführt worden ist, folgenden Zielen:

- Schutz des Einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse,
- Erhaltung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Befragten und den statistischen Ämtern,
- Gewährleistung der Zuverlässigkeit der Angaben und der Berichtswilligkeit der Befragten.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil die herausragende Bedeutung des Statistikgeheimnisses hervorgehoben. Es betrachtete den Grundsatz, die zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben strikt geheimzuhalten, nicht nur als konstitutiv für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung als unverzichtbar. Auf der Grundlage seiner Rechtsprechung sind die Ausnahmeregelungen gegenüber dem bisherigen Recht (vgl. § 11 Abs. 3 Bundesstatistikgesetz) weitergehenden Restriktionen unterworfen.

#### *Zu Absatz 1*

Einzelangaben sind Erklärungen, die von einem Auskunftspflichtigen oder Befragten in Erfüllung seiner statistischen Auskunftspflicht nach § 15 oder – bei Erhebung ohne Auskunftspflicht – freiwillig abgegeben werden. Diese Angaben sind dazu bestimmt, in einer Bundesstatistik, d. h. in der Zusammenfassung von Einzelangaben mehrerer Befragter und damit im statistischen Ergebnis, unterzugehen.

Wie bisher sind nach Nummer 1 nicht geheimhaltungsbedürftige Einzelangaben, wenn der Betroffene in ihre Übermittlung oder Veröffentlichung ausdrücklich eingewilligt hat. Die Schriftform der Einwilligung wurde – der Praxis entsprechend – ausdrücklich in den Gesetzestext aufgenommen. Nicht geheimhaltungsbedürftig sind auch Sachverhalte, die juristische Personen des öffentlichen Rechts, Behörden des Bundes und der Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände betreffen, wenn sie unmittelbar aus allgemein zugänglichen Quellen von jedermann entnommen werden können (Nummer 2). Darunter fallen insbesondere Einzelangaben, die bereits durch die Presse oder andere Publikationsorgane mitgeteilt wurden. Dabei ist es unerheblich, ob diese Einzelangaben aufgrund einer statistischen Auskunftsverpflichtung abgegeben wurden. Daten öffentlicher Stellen, die nicht auch in allgemein zugänglichen Quellen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, sowie alle Einzelangaben privater Betroffener, die inhaltsgleich auch allgemein zugänglich sind, sind von der Geheimhaltungspflicht nicht ausgenommen.

Weitere Ausnahmen von der statistischen Geheimhaltung bedürfen – soweit sie nicht durch das Bundesstatistikgesetz selbst geregelt sind (vgl. Absätze 2, 3 und 4) – einer ausdrücklichen Zulassung durch besondere Rechtsvorschrift in einem eine Bundesstatistik anordnenden Bundesgesetz. Ob und inwieweit solche Ausnahmen in Betracht kommen, entscheidet der Bundesgesetzgeber konkret und abschließend beim Erlass der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift. Er muß hierbei die Auflagen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen, durch die die Bedeutung des Grundsatzes der Trennung von Statistik und Vollzug herausgestellt worden ist. Eine Auswirkung dieses Grundsatzes ist es, daß der Gesetzgeber bei Übermittlungsregelungen an Stellen außerhalb der statistischen Ämter des Bundes und der Länder berücksichtigen muß, daß es auch dort einer Organisation bedarf, die die Zweckbindung ebenso sichert, wie es innerhalb der statistischen Ämter der Fall ist.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz verpflichtet darüber hinaus den Gesetzgeber wie auch den Rechtsanwender dazu, die Übermittlung davon abhängig zu machen, daß der Übermittlungszweck im Einzelfall nicht auf andere den Betroffenen weniger belastende Art erfüllt werden kann. Die Übermittlung ist danach beispielsweise dann unzulässig, wenn Zusammenfassungen in statistischen Ergebnissen oder anonymisierte Einzelangaben ausreichen, den Informationszweck zu erfüllen.

### *Zu Absatz 3*

Satz 1 räumt den statistischen Ämtern der Länder den Bedürfnissen der Praxis entsprechend die Befugnis ein, bei Statistiken, die nach der einzelgesetzlichen Regelung vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, regionale Sonderaufbereitungen für ihre Erhebungsbereiche vorzunehmen. Das Statistische Bundesamt darf dementsprechend die dafür erforderlichen Einzelangaben zur Verfügung stellen.

Nach Satz 2 dürfen die zur Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder erforderlichen Einzelangaben zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern übermittelt werden, um Vollständigkeit und Einheitlichkeit der Berechnung auf Bundes- und Länderebene im Rahmen der bestehenden Arbeitsteilung zu gewährleisten.

### *Zu Absatz 4*

Satz 1 entspricht dem § 11 Abs. 5 des Bundesstatistikgesetzes von 1980. Das mit dieser Vorschrift seinerzeit verfolgte Ziel, der Wissenschaft und anderen Stellen in gewissem Umfang Daten zur eigenen Aufbereitung unter Wahrung des Datenschutzes zur Verfügung zu stellen, hat sich angesichts der fortschreitenden Möglichkeiten der Deanonymisierung nur sehr eingeschränkt verwirklichen lassen. Dieser Entwicklung wird im neuen Bundesstatistikgesetz insoweit begegnet, als nunmehr der Wissenschaft Daten übermittelt werden können, die eine Deanonymisierung zwar nicht mit Sicherheit ausschließen, aber Betroffenen nur zugeordnet werden können, wenn der Datenempfänger einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft erbringen müßte. Die gesetzliche Neuregelung knüpft damit an den Begriff der faktischen Anonymität an, wie er durch die European Science Foundation definiert worden ist (vgl. auch 4. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, BT-Drucksache 9/1243, S. 50). In der Regel wird faktische Anonymität nur auf der Grundlage von Stichproben aus dem Datenmaterial herstellbar sein (vgl. auch 6. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, BT-Drucksache 10/877, S. 60). Wirtschaftsstatistische Daten eignen sich zumindest generell nicht für eine Anonymisierung (Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages, Arbeitsgruppe „Statistik“ vom 17. September 1979, S. 77).

Bei der Übermittlungsregelung für wissenschaftliche Zwecke wurde der Empfängerkreis mit Rücksicht auf das vorhandene Restrisiko einer Deanonymisierung auf Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete und damit auf einen Kreis beschränkt, der bei unbefugter Offenbarung strafrechtlich belangt werden kann.

### *Zu Absatz 5*

Die Aufzeichnungspflicht für die statistischen Ämter soll einerseits eine effektive Kontrolle durch die Datenschutzbeauftragten über die Einhaltung der Übermittlungsvorschriften gewährleisten, andererseits dem betroffenen die Verfolgung seiner Rechte erleichtern, wenn er sich gegen eine Übermittlung seiner Daten wenden will.

### *Zu Absatz 6 und Absatz 7*

Die Vorschriften verstärken als zusätzliche Sicherungsmaßnahmen die Zweckbindung und Geheimhaltung übermittelter Einzelangaben.

### *Zu Absatz 8*

Das in den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit jeher praktizierte Verfahren bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse hat sich in der Praxis bewährt. Hiernach dürfen Veröffentlichungen grundsätzlich keine Angaben über weniger als drei Auskunftspflichtige oder Betroffene enthalten. Bereits im Gesetzgebungsverfahren des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke von 1953 wurde überprüft, ob die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse davon abhängig gemacht werden muß, daß „bei der Zusammenfassung von Angaben Rückschlüsse auf Einzelangaben nicht möglich sind“ (vgl. Kurzprotokoll des Bundestags-Ausschusses für Wirtschafts-

politik zur Sitzung am 24. Juni 1953). Hiervon wurde abgesehen, weil wegen der zum Teil tiefen Gliederung der in statistischen Ämtern zu verarbeiteten Angaben nicht in jedem Einzelfall mit dem dafür erforderlichen Aufwand an Personal und Kosten in der für aktuelle statistische Ergebnisse zur Verfügung stehenden Zeit festgestellt werden kann, ob ausnahmsweise einmal aus einem statistischen Aggregat Rückschlüsse auf eine Einzelangabe möglich sind.

#### **Zu § 17 (Unterrichtung)**

Mit dieser Vorschrift wird die Verpflichtung zur Unterrichtung der zu Befragenden gegenüber dem bisherigen Recht erheblich ausgeweitet. Die schriftliche Unterrichtung soll über die wesentlichen Elemente der jeweiligen Erhebung und über die Rechte und Pflichten der Betroffenen aufklären. Dadurch wird das Vertrauen des Befragten in den Schutz seiner Daten gestärkt und seine Bereitschaft, an statistischen Erhebungen mitzuwirken, gefördert. Die Unterrichtung über Zweck und Art der Erhebung nach Nummer 1 erstreckt sich auf alle Erhebungsformen, auch auf Erhebungen zur Darstellung eines Verlaufs (vgl. z. B. § 7 Abs. 5).

#### **Zu § 18 (Statistische Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften)**

Die Vorschrift regelt die Anwendbarkeit des Bundesstatistikgesetzes bei Statistiken, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften angeordnet sind. Bei den Rechtsakten handelt es sich insbesondere um EG-Verordnungen, die nach Artikel 189 EWG-Vertrag unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gelten.

#### **Zu § 19 (Supra- und internationale Aufgaben des Statistischen Bundesamtes)**

Ebenso wie im innerstaatlichen Bereich hat das Statistische Bundesamt auch im internationalen Bereich die Aufgabe, an der Vorbereitung von Rechtsvorschriften und statistischen Programmen für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen mitzuwirken. Im Unterschied zu seinen innerstaatlichen Aufgaben stehen dem Statistischen Bundesamt aber hinsichtlich der methodischen und technischen Vorbereitung von Statistiken und der Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und sonstiger Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen nur Mitwirkungsfunktionen zu.

Eine vornehmliche Aufgabe des Statistischen Bundesamtes in diesem Bereich liegt in der Mitarbeit an der Harmonisierung innerstaatlicher Statistiken für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen. Vorhandene Statistiken sind hierbei in ihrer begrifflichen Abgrenzung, Gruppierung usw. den Bedürfnissen der Europäischen Gemeinschaften und der internationalen Organisationen anzupassen.

Das Statistische Bundesamt hat auch für EG-Statistiken und Statistiken internationaler Organisationen die Bundesergebnisse zusammenzustellen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und sonstige Gesamtsysteme statistischer Daten für Zwecke supra- und internationaler Organisationen aufzustellen und an diese weiterzuleiten.

Seine Aufgaben im supra- und internationalen Bereich führt das Statistische Bundesamt nach den fachlichen Anforderungen der jeweils federführenden Bundesminister aus.

#### **Zu § 20 (Kosten der Bundesstatistik)**

Die Kostenregelung ist gegenüber dem bisherigen Recht unverändert geblieben.

#### **Zu § 21 und 22 (Verbot der Reidentifizierung; Strafvorschrift)**

In § 22 werden wegen der überragenden Bedeutung des Statistikgeheimnisses Verstöße gegen das Reidentifizierungsverbot (§ 21) unter Strafe gestellt. Das Verbot der Reidentifizierung richtet sich an jedermann, auch an denjenigen, der nur zufällig Kenntnis von Einzelangaben aus Bundesstatistiken gewinnt. Strafbar ist nur eine vorsätzliche Reidentifizierung.

**Zu § 23 (Bußgeldvorschrift)**

Die Bußgeldvorschrift entspricht im wesentlichen dem bisher geltenden Recht. Erweitert wurde sie dadurch, daß nunmehr auch ordnungswidrig handelt, wer die Antwort auf den Erhebungsvordruck vorsätzlich nicht in der dort vorgegebenen Form erteilt.

**Zu § 24 (Verwaltungsbehörde im Sinne des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten – OWiG)**

Die Regelung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten war bislang für Erhebungen, die zentral durch das Statistische Bundesamt durchgeführt werden, in der Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke vom 20. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1410) geregelt.

Mit der Aufnahme der Vorschrift in das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke werden für den Bereich des Bundes die das Bußgeld betreffenden Regelungen übersichtlich zusammengefaßt.

**Zu § 25 (Überleitungsvorschrift)*****Zu Absatz 1***

Die Vorschrift regelt Fälle der Ermächtigung aufgrund des § 9 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes von 1980. Im Hinblick auf das Volkszählungsurteil soll die Ermächtigung nur unter bestimmten Voraussetzungen der „Abschottung“ fortbestehen. Bei der ermächtigten Behörde muß die mit der Durchführung statistischer Aufgaben befaßte Organisationseinheit organisatorisch und personell von anderen Aufgabenbereichen getrennt sein. Darüber hinaus sind weitere Vorkehrungen zu treffen, die die Wahrung des Statistikgeheimnisses gewährleisten. Vorkehrungen dieser Art sind neben Maßnahmen nach der Anlage zu § 6 Abs. 1 Satz 1 Bundesdatenschutzgesetz die förmliche Verpflichtung der mit statistischen Aufgaben befaßten Bediensteten auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses einschließlich der Verpflichtung, die gewonnenen Erkenntnisse über den Zeitraum der Tätigkeit im abgeschotteten Bereich hinaus nicht für andere Verfahren oder Zwecke zu verwenden. Es ist zudem sicherzustellen, daß nur Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete Kenntnis von den statistischen Einzelangaben erhalten können. Die in der Behördenhierarchie angelegten Aufsichts- und Weisungsbefugnisse werden durch das Statistikgeheimnis begrenzt.

***Zu Absatz 2***

Die Vorschrift betrifft Bundesstatistiken, die auf Grund von Rechtsvorschriften durchgeführt werden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits gelten. In diesen Fällen dürfen die Angaben mit den unter Nummern 1 bis 4 dargestellten Zweckbestimmungen als Hilfsmerkmale erfragt werden, ohne daß – abweichend vom Grundsatz des § 9 Abs. 1 – in einzelstatistischen Rechtsvorschriften die Hilfsmerkmale besonders ausgewiesen werden müssen. Die darin liegende Bereinigung bestehender Rechtsvorschriften, die auch für künftige Novellierungen dieser Regelungen gilt, vermeidet die Notwendigkeit der Änderung einer großen Zahl einzelgesetzlicher Rechtsgrundlagen. Bei den Angaben nach den im einzelnen aufgeführten Verwendungszwecken handelt es sich überwiegend um Auskünfte, die unmittelbar vom Befragten selbst gegeben werden.

Der technischen Durchführung der Bundesstatistik dienen auch Namen und Telefonnummern der jeweiligen Bearbeiter von Fragebögen in Unternehmen und Betrieben. Die entsprechenden Angaben fallen daher unter Nummer 1.

Die nach Nummer 2 und 3 dargestellten Verwendungszwecke sind für die Fälle von Bedeutung, in denen die statistische Zuordnung der zu Befragenden unklar oder zweifelhaft ist, ob die Erhebungsmerkmale der in Betracht kommenden Bundesstatistik auf den Auskunftgebenden zutreffen. Nummer 2 und Nummer 3 bieten daher die Grundlage für Rückfragen durch die statistischen Ämter.

Mit den unter Nummer 4 aufgeführten Hilfsmerkmalen zur Kennzeichnung des Betroffenen sind insbesondere Angaben über solche Personen und Institutionen gemeint, über die Erklärungen durch Dritte abgegeben werden (z. B. Kennzeichnungen durch Nummern, die eine auskunftspflichtige Behörde vergeben hat).

**Zu § 26 (Berlin-Klausel)**

Die Vorschrift enthält die übliche Berlinklausel.

**Zu § 27 (Inkrafttreten)**

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes sowie das Außerkrafttreten des bisherigen Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke. Darüber hinaus wird im Hinblick auf die Regelung des § 24 die Verordnung über die Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Statistik für Bundeszwecke außer Kraft gesetzt.

**C. Kosten**

Durch das Gesetz entstehen keine Kosten.

Die organisations- und verfassungsrechtlichen Vorschriften des Gesetzes haben keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.



Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes.....  
und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz)  
vom 17. Dezember 1990 (BT-Drucks. 11/7768 vom 31. August 1990)**

**A Allgemeiner Teil****2. Bundesstatistikgesetz**

Die Änderung von § 13 BStatG und die Einfügung eines neuen § 13 a trägt datenschutzrechtlichen Anforderungen im Bereich der Statistik Rechnung. Anlässlich der Beratung des Agrarstatistikgesetzes sowie des Lohnstatistikgesetzes wurde geltend gemacht, daß zur Vermeidung etwaiger verfassungsrechtlicher Risiken die in § 13 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b BStatG getroffenen Regelungen um datenschutzrechtliche Sicherungen ergänzt werden müssen. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für Zusammenführungen von Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken, die durch verschiedene Rechtsvorschriften angeordnet werden. Für die betroffenen Unternehmen und Betriebe müsse ersichtlich sein, daß ihre Angaben, die für auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhenden Bundesstatistiken erteilt worden sind, zur Gewinnung weiterer Informationen zusammengeführt werden dürfen.

§ 13 a sieht daher ein besonderes Verfahren für die Zusammenführungen von Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken vor. Die Zusammenführungen dürfen nur mittels einer Nummer erfolgen, die keinen Rückgriff auf die Kennnummer erlaubt, über die eine Identifizierung der Erhebungseinheiten möglich ist. Die Entscheidung über solche Zusammenführungen obliegt dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und den Leitern der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

Über die Zusammenführungen ist ferner der Deutsche Bundestag in dem alle zwei Jahre zu erstattenden Bericht nach § 5 Abs. 3 zu unterrichten.

**B. Besonderer Teil****Zu Artikel 2 Nr. 1a**

Die Streichung des Wortes „Zusammenführungen“ erklärt sich daraus, daß in § 13 a eine eigenständige Regelung von Zusammenführungen von Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken getroffen wird.

**Zu Artikel 2 Nr. 1 b**

Die Vergabe einer Kennnummer für die in die Adreßdatei aufgenommenen Erhebungseinheiten, ihre Speicherung in der Adreßdatei und in den Einzeldatensätzen dient der Erfüllung der in Absatz 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Zwecken in den verschiedenen Phasen der Durchführung von Bundesstatistiken. Die Regelung stellt klar, daß Kennnummern verwendet werden dürfen.

**Zu Artikel 2 Nr. 1 c**

Es handelt sich um eine Folgeänderung von Nummer 1 b.

**Zu Artikel 2 Nr. 1 d**

Die bereits in Absatz 4 des Gesetzes in der geltenden Fassung enthaltene Regelung, daß die in den Adreßdateien enthaltenen Merkmale nach Absatz 2 nicht länger gespeichert werden dürfen, als es die in Absatz 1 genannten Zwecke erfordern, gilt gleichermaßen für die Kennnummern.

**Zu Artikel 2 Nr. 2**

Die Vorschrift erlaubt die Zusammenführung von Daten aus Wirtschafts- und Umweltstatistiken, die auf verschiedenen Rechtsvorschriften beruhen. Diese Zusammenführungen sind nur zulässig, um Informationen ohne zusätzliche statistische Erhebungen zu gewinnen. Dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder wird ermöglicht, einen über eine Bundesstatistik hinausgehenden Informationsbedarf durch die Zusammenführung vorhandener Daten aus verschiedenen Bundesstatistiken zu erfüllen. Auf diese Weise können Unternehmen und Betriebe von weiteren Befragungen entlastet werden.

Als zusätzliche Maßnahme – neben den verwaltungsintern bei der Verarbeitung der zu statistischen Zwecken erhobenen Daten üblichen organisatorischen und technischen Schutzvorkehrungen beim Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder – sind für diese Zusammenführungen Nummern zu verwenden, die keinen Rückgriff auf die Kennnummern und die Merkmale in der Adreßdatei erlauben. Zu diesem Zweck erfolgt eine Verschlüsselung der Kennnummer in den Einzeldatensätzen. Die Datensätze einer Erhebungseinheit müssen die gleiche durch Verschlüsselung entstandene Nummer erhalten, da anderenfalls keine Zusammenführung möglich wäre.

Die Entscheidung über solche Zusammenführungen obliegt dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und den Leitern der statistischen Ämter der Länder für ihren Zuständigkeitsbereich.

Die Bundesregierung wird verpflichtet, in dem alle zwei Jahre dem Deutschen Bundestag zu erstattenden Bericht nach § 5 Abs. 3 über die Zusammenführungen zu unterrichten.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz  
zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93  
des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung  
des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke  
vom 16. Juni 1998  
(BT-Drucks. Nr. 13/9696 vom 22. Januar 1998)**

**A. Allgemeiner Teil****III**

Darüber hinaus sind weitere Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effiziente Registereinrichtung und -führung ermöglichen. Das erfordert auch eine Änderung des Bundesstatistikgesetzes in Artikel 2. Das Statistikregister ist ein den Adreßdateien gemäß § 13 des Bundesstatistikgesetzes entsprechendes Instrument der amtlichen Statistik.

**C. Besonderer Teil****Zu Artikel 2 (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)****Zu Nummer 1**

Die Änderung des § 6 des Bundesstatistikgesetzes soll die Nutzung der Angaben aus Erhebungen zur Vorbereitung und Durchführung durch Rechtsvorschrift angeordneter Wirtschafts- und Umweltstatistiken für den Aufbau und die Führung des Statistikregisters gemäß VO Nr. 2186/93 ermöglichen.

Hierzu sind die vorgesehene Erweiterung des Verwendungszwecks und die entsprechende Anpassung der Löschungsvorschrift erforderlich und im überwiegenden Allgemeininteresse geboten. Durch die Verwendung dieser Angaben für das Statistikregister können nicht nur erhebliche Kosten gespart werden, sondern auch die zu Befragenden merklich entlastet werden, indem insbesondere nochmalige Befragungen zur Vorbereitung und Durchführung anderer Wirtschafts- und Umweltstatistiken entfallen können.

**Zu Nummer 2****Zu Buchstabe a**

Die VO Nr. 2186/93 enthält keine Einschränkung hinsichtlich der für den Aufbau und die Führung des Statistikregisters zulässigen Datenquellen. Im Bundesstatistikgesetz ist bereits in § 5 Abs. 5 Satz 1 geregelt, daß Bundesstatistiken, bei denen Angaben ausschließlich aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden, keiner Anordnung durch Gesetz oder Rechtsverordnung bedürfen. Damit das Statistikregister den gegenwärtigen und den künftigen Informationsbedarf vollständig erfüllen kann, sollen Angaben aus allgemein zugänglichen Quellen verwendet werden können. Es kommen dabei nur solche Quellen in Betracht, die den Qualitätsanforderungen der Bundesstatistik genügen, also auch als Grundlage für eine Bundesstatistik gemäß § 5 Abs. 5 Satz 1 des Bundesstatistikgesetzes geeignet wären und allgemein bekannt sind, z.B. Angaben aus dem Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister, aus dem Bundesanzeiger, aus Unternehmenshandbüchern, aus veröffentlichten Mitgliederverzeichnissen von Kammern oder Berufsverbänden oder aus den Telefonbüchern. Solche Angaben werden insbesondere für die Bereiche, die in den Stammdateien nach den §§ 2 bis 5 des Statistikregistergesetzes nicht vollständig abgebildet sind, benötigt. Zu einem wesentlichen Teil sind diese Angaben auf maschinell verwertbaren Datenträgern verfügbar.

**Zu Buchstabe b**

Vor allem mittelständische Unternehmen und selbständig tätige Angehörige Freier Berufe sind daran interessiert, daß ihre Bevollmächtigten für die statistische Auskunftserteilung (z.B. Steuerberater) anstelle des Unternehmens oder eines Betriebes die Erhebungsvordrucke unmittelbar erhalten, ausfüllen und an die statistischen Ämter zurücksenden. Deshalb sollen auch Name, Anschrift und Telekommunikationsanschlußnummern der Bevollmächtigten in das Statistikregister aufgenommen werden. Als Bevollmächtigte kommen auch rechtlich selbständige Unternehmen in einer Unternehmensgruppe in Betracht, die für das Ausfüllen bestimmt sind und an die alle Erhebungsvordrucke für sämtliche Unternehmen und Betriebe der Unternehmensgruppe zu senden sind. Derartige Vereinbarungen über die Einschaltung von Bevollmächtigten werden sowohl auf seiten der Auskunftgebenden als auch seitens der Bevollmächtigten auf freiwilliger Grundlage getroffen und bestehen im allgemeinen für längere Zeit. Die Aufnahme der Angaben über die Bevollmächtigten in das Statistikregister gestattet eine automatisierte Adressierung der Erhebungsvordrucke an die Bevollmächtigten. Das ermöglicht eine deutliche Entlastung der Auskunftgebenden und eine Beschleunigung bei der Durchführung der Erhebungen.

## Zu Buchstabe c

Der Ort und die Nummer der Eintragung in das Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister bezeichnen den Sitz des jeweils zuständigen Registergerichts und die Nummer, unter der die Einheit in dem jeweiligen Register eingetragen ist. Die Angaben sind für den gewerblichen Bereich mit Ausnahme der Angaben über das Partnerschaftsregister auch in den Gewerbeanzeigen enthalten. Sie sollen außerdem von den Industrie- und Handelskammern an die statistischen Ämter übermittelt werden. Darüber hinaus werden sie bei den Bekanntmachungen im Bundesanzeiger über die Eintragungen in die genannten Register und in Unternehmenshandbüchern angegeben. Im Statistikregister sollen diese Angaben aufgenommen werden können, um die Zuordnung der Datensätze zu erleichtern. Auch die Aufnahme von Identifikationskennzeichen aus den Gewerbemeldungen soll die Führung des Statistikregisters vereinfachen. Die Fortschreibung des Statistikregisters aufgrund der Gewerbemeldungen läßt sich mit diesem Kennzeichen durch Einsatz der Datenverarbeitung rationalisieren, selbst wenn bisher nur ein Teil der Gemeinden solche Kennzeichen vergibt. Die Zugehörigkeit zu einer Organschaft (Artikel 1 § 2 Abs. 1 Nr. 4) ist als ergänzendes Merkmal insbesondere zum steuerbaren Umsatz im Statistikregister aufzunehmen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Gesetz zur Änderung und Ergänzung des  
Strafverfahrensrechts-Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 (StVÄG 1999)  
vom 2. August 2000  
(BR-Drucks. Nr. 65/99 vom 5. Februar 1999)**

**Zu Artikel 4 (Änderung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke)**

Die in Artikel 4 vorgeschlagene Änderung von § 16 Abs. 7 des Bundesstatistikgesetzes steht in Zusammenhang mit § 476 StPO und Artikel 3. Im Hinblick auf die Änderung des § 203 Abs. 2 StGB (siehe Artikel 3) ist § 16 Abs. 7, wie vorgeschlagen, neu zu fassen.

Auszugsweiser Abdruck:

**Begründung zum Dritten Gesetz zur Änderung  
verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2002  
(BT-Drucks. Nr. 14/9000 vom 13. Mai 2002)**

**Zu Artikel 13 (jetzt Artikel 16) (Änderung des Bundesstatistikgesetzes)**

Bei der Erstellung von Bundesstatistiken wurden bisher schon neue Informations- und Kommunikationstechniken soweit wie möglich eingesetzt, und zwar sowohl bei der Erhebung als auch der Verarbeitung der Daten durch das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder. Für die Befragten sieht das Bundesstatistikgesetz verschiedene Möglichkeiten der Auskunftserteilung vor, z.B. mündlich gegenüber Erhebungsbeauftragten, schriftlich durch Ausfüllen von Erhebungsvordrucken; es schließt aber eine Antworterteilung auf anderen Datenträgern (z.B. Magnetträgern, Disketten) nicht aus.

Die Möglichkeit, dass grundsätzlich in allen Fachgebieten und Verfahrensarten der Verwaltung elektronische Kommunikationsformen gleichberechtigt neben Schriftform und mündlicher Form angewendet werden können, wird die amtliche Statistik nutzen, elektronische Erhebungsverfahren verstärkt einzusetzen, mit dem Ziel, die Auskunftserteilung für die zu Befragenden zu vereinfachen. Durch die Einführung der Wahlmöglichkeit zwischen schriftlicher und elektronischer Auskunftserteilung sollen den Auskunftserteilenden keine zusätzlichen Belastungen entstehen. Die bisher schon bestehenden Möglichkeiten der Auskunftserteilung, z.B. Verwendung von Diskette, CD-ROM, einfache E-Mail etc., sollen nicht eingeschränkt werden. Daher sollen bei elektronischer Auskunftserteilung grundsätzlich die einfachen Formen der elektronischen Kommunikation genügen und auf die qualifizierte elektronische Signatur verzichtet werden. Dies trägt auch dem Umstand Rechnung, dass schon bisher bei zahlreichen bundesstatistischen Erhebungen keine Unterschrift verlangt wird. Die grundsätzliche Gleichstellung durch Rechtsvorschrift angeordneter Schriftform mit der elektronischen Form in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur, wie sie § 3a Abs. 2 VwVfG vorsieht, erfordern die Anpassung verschiedener Vorschriften des Bundesstatistikgesetzes, die schriftliche Auskunftserteilung vorsehen, die soweit sie durch die elektronische Form ersetzt wird, in einfacher Form ausreichend ist.

**Zu Nummer 1 (§ 11)**

Die bisherige Regelung in § 11 Abs. 3 Satz 1, dass die Erhebungsvordrucke maschinenlesbar gestaltet werden können, kann durch die generelle Möglichkeit, elektronische Verfahren einzusetzen, entfallen. Als Folgeänderung wird der Anfang des bisherigen Satzes 2 angepasst, der im Übrigen der bisherigen Regelung (Beschränkung der Fragen auf die Erhebungs- und Hilfsmerkmale) entspricht.

**Zu Nummer 2 (§ 11a)**

§ 11a diene lediglich der Klarstellung, dass Erhebungen auch in computergestützter Form, z.B. Einsatz von Laptops, Telefoninterviews, durchgeführt werden können. Durch die grundsätzliche Möglichkeit, elektronische Verfahren in allen Fachbereichen der Verwaltung einzusetzen, die auch computergestützte Erhebungsverfahren einschließen, wird der diese Form der Erhebung noch besonders regelnde § 11a überflüssig. Die Befragten haben die Möglichkeit, auch bei elektronischen Erhebungsverfahren die Auskunft schriftlich oder elektronisch zu erteilen (vgl. § 15 Abs. 3 bis 5).

**Zu Nummer 3 (§ 15)****Zu Buchstabe a**

Die Regelung bestimmt den Zugang bei schriftlicher und elektronischer Auskunftserteilung. Maßgebend ist bei elektronischer Übermittlung, wann die Empfangseinrichtung den elektronisch übermittelten Erhebungsvordruck in für den Empfänger bearbeitbarer Weise aufgezeichnet hat.

**Zu Buchstabe b**

Die Möglichkeiten der Auskunftserteilung beim Einsatz von Erhebungsbeauftragten werden durch die elektronische Form erweitert.

**Zu Nummer 4 (§ 17)**

Soweit die elektronische Auskunftserteilung von den statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt angeboten wird, soll hierfür auch die elektronische Form der Unterrichtung der zu Befragenden zulässig sein. Eine qualifizierte elektronische Signatur der Unterrichtung ist hierbei nicht erforderlich.

## **Anlage 2**

**Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118)**

## **Bekanntmachung der Neufassung des Agrarstatistikgesetzes**

**Vom 8. August 2002**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1648) wird nachstehend der Wortlaut des Agrarstatistikgesetzes in der vom 1. September 2002 an geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1635),
2. den nach Artikel 4 teils am 1. Januar 2002 und teils am 1. Juli 2002 in Kraft getretenen, teils am 1. September 2002 in Kraft tretenden Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1648),
3. den am 15. August 2002 in Kraft tretenden Artikel 3 des Gesetzes vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3116).

Bonn, den 8. August 2002

Die Bundesministerin  
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft  
Renate Künast



# Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG)\*

## Inhaltsübersicht

<p><b>Erster Teil</b></p> <p><b>Allgemeine Vorschrift</b></p> <p>§ 1 Anordnung als Bundesstatistik</p> <p><b>Zweiter Teil</b></p> <p><b>Agrarstatistiken</b></p> <p><b>Erster Abschnitt</b></p> <p><b>Bodennutzungserhebung</b></p> <p>Erster Unterabschnitt</p> <p>Allgemeine Vorschrift</p> <p>§ 2 Einzelerhebungen</p> <p>Zweiter Unterabschnitt</p> <p>Flächenerhebung</p> <p>§ 3 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 4 Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Erhebungsmerkmale</p> <p>§ 5 (weggefallen)</p> <p>Dritter Unterabschnitt</p> <p>Bodennutzungshaupterhebung</p> <p>§ 6 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 7 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale</p> <p>§ 8 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit</p> <p>Vierter Unterabschnitt</p> <p>Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung</p> <p>§ 9 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 10 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale</p> <p>§ 11 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum</p> <p>Fünfter Unterabschnitt</p> <p>Baumschulerhebung</p> <p>§ 12 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 13 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale</p> <p>§ 14 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt</p> <p>Sechster Unterabschnitt</p> <p>Baumobstanbauerhebung</p> <p>§ 15 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 16 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale</p> <p>§ 17 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt</p>	<p><b>Zweiter Abschnitt</b></p> <p><b>Erhebung über die Viehbestände</b></p> <p>§ 18 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 19 Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Merkmale</p> <p>§ 20 Erhebungsmerkmale</p> <p><b>Dritter Abschnitt</b></p> <p>§ 21 (weggefallen)</p> <p>§ 22 (weggefallen)</p> <p>§ 23 (weggefallen)</p> <p><b>Vierter Abschnitt</b></p> <p><b>Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben</b></p> <p>Erster Unterabschnitt</p> <p>Allgemeine Vorschriften</p> <p>§ 24 Einzelerhebungen, Programme, Periodizität</p> <p>Zweiter Unterabschnitt</p> <p>Agrarstrukturerhebung</p> <p>§ 25 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 26 (weggefallen)</p> <p>§ 27 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale des Grundprogramms</p> <p>§ 28 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale des Ergänzungsprogramms</p> <p>§ 29 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit</p> <p>§ 30 (weggefallen)</p> <p>§ 31 (weggefallen)</p> <p>Dritter Unterabschnitt</p> <p>Haupterhebung der Landwirtschaftszählung</p> <p>§ 32 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 33 Erhebungsart, Merkmale</p> <p>§ 34 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit</p> <p>Vierter Unterabschnitt</p> <p>Weinbauerhebung</p> <p>§ 35 Erhebungseinheiten</p> <p>§ 36 Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale</p> <p>§ 37 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit</p>
---	--

<b>Fünfter Unterabschnitt</b>		<b>Zweiter Unterabschnitt</b>	
<b>Gartenbauerhebung</b>		<b>Erhebung über Schlachtungen</b>	
§ 38	Erhebungseinheiten	§ 59	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale
§ 39	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale	§ 60	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum
§ 40	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	<b>Dritter Unterabschnitt</b>	
<b>Sechster Unterabschnitt</b>		<b>Schlachtgewichtsstatistik</b>	
<b>Binnenfischereierhebung</b>		§ 61	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale
§ 41	Erhebungseinheiten	§ 62	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum
§ 42	Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale	<b>Neunter Abschnitt</b>	
§ 43	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	<b>Milchstatistik</b>	
<b>Fünfter Abschnitt</b>		§ 63	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale
<b>(weggefallen)</b>		§ 64	Erhebungsmerkmal und Berichtszeitraum
<b>Sechster Abschnitt</b>		§ 65	Ergänzende Schätzung
<b>Ernteerhebung</b>		<b>Zehnter Abschnitt</b>	
§ 44	Allgemeine Vorschrift	<b>Hochsee- und Küstenfischereistatistik</b>	
§ 45	(weggefallen)	§ 66	Erhebungseinheiten
§ 46	Ernte- und Betriebsberichterstattung	§ 67	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale
§ 47	Besondere Ernteermittlung	§ 68	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum
<b>Siebter Abschnitt</b>		<b>Elfter Abschnitt</b>	
<b>Geflügelstatistik</b>		<b>Weinstatistik</b>	
<b>Erster Unterabschnitt</b>		<b>Erster Unterabschnitt</b>	
<b>Allgemeine Vorschrift</b>		<b>Allgemeine Vorschrift</b>	
§ 48	Einzelhebungen	§ 69	Einzelhebungen
<b>Zweiter Unterabschnitt</b>		<b>Zweiter Unterabschnitt</b>	
<b>Erhebung in Brütereien</b>		<b>Rebflächenenerhebung</b>	
§ 49	Erhebungseinheiten	§ 70	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale
§ 50	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	§ 71	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit
§ 51	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	<b>Dritter Unterabschnitt</b>	
<b>Dritter Unterabschnitt</b>		<b>Ernteerhebung</b>	
<b>Erhebung in</b>		§ 72	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt
<b>Unternehmen mit Hennenhaltung</b>		§ 73	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum
§ 52	Erhebungseinheiten	<b>Vierter Unterabschnitt</b>	
§ 53	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	<b>Erhebung der Erzeugung</b>	
§ 54	Erhebungsmerkmale und Berichtszeit	§ 74	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt
<b>Vierter Unterabschnitt</b>		§ 75	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum
<b>Erhebung in Geflügelschlachtereien</b>		<b>Fünfter Unterabschnitt</b>	
§ 55	Erhebungseinheiten	<b>Bestandserhebung</b>	
§ 56	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale	§ 75a	Erhebungseinheiten
§ 57	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum	§ 76	Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt
<b>Achter Abschnitt</b>		§ 77	Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt
<b>Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik</b>		<b>Zwölfter Abschnitt</b>	
<b>Erster Unterabschnitt</b>		<b>Holzstatistik</b>	
<b>Allgemeine Vorschrift</b>		<b>Erster Unterabschnitt</b>	
§ 58	Einzelhebungen	<b>Allgemeine Vorschrift</b>	
		§ 78	Einzelhebungen

**Zweiter Unterabschnitt****Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben**

- § 79 Erhebungseinheiten  
 § 80 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale  
 § 81 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

**Dritter Unterabschnitt****Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung**

- § 82 Erhebungseinheiten  
 § 83 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale  
 § 84 Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

**Dreizehnter Abschnitt**

- § 85 (weggefallen)  
 § 86 (weggefallen)  
 § 87 (weggefallen)

**Vierzehnter Abschnitt****Düngemittelstatistik**

- § 88 Erhebungseinheiten  
 § 89 Erhebungsart, Periodizität, Merkmale  
 § 90 Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

**Dritter Teil****Gemeinsame Vorschriften**

- § 91 Erhebungseinheiten  
 § 92 Hilfsmerkmale  
 § 93 Auskunftspflicht  
 § 94 Durchführung von Bundesstatistiken  
 § 94a Verordnungsermächtigung  
 § 95 Erhebungsstellen, Erhebungsbeauftragte  
 § 96 Fortschreibeverfahren  
 § 97 Betriebsregister  
 § 98 Übermittlung, Verwendung und Veröffentlichung von Einzelangaben

**Vierter Teil****Schlussvorschrift**

- § 99 (Inkrafttreten)

7) Dieses Gesetz dient der Umsetzung folgender Richtlinien:

1. Richtlinie 93/23/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Schweineerzeugung (ABl. EG Nr. L 149 S. 1),
2. Richtlinie 93/24/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Rindererzeugung (ABl. EG Nr. L 149 S. 5),
3. Richtlinie 93/25/EWG des Rates vom 1. Juni 1993 betreffend die statistischen Erhebungen über die Schaf- und Ziegenherzeugung (ABl. EG Nr. L 149 S. 10),
4. Richtlinie 96/16/EG des Rates vom 19. März 1996 betreffend die statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. EG Nr. L 78 S. 27),
5. Richtlinie 97/77/EG des Rates vom 16. Dezember 1997 zur Änderung der Richtlinien 93/23/EWG, 93/24/EWG und 93/25/EWG betreffend die statistischen Erhebungen über die Schweine-, Rinder- sowie Schaf- und Ziegenherzeugung (ABl. EG 1998 Nr. L 10 S. 28),
6. Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotenzials bestimmter Baumobstanlagen (ABl. EG 2002 Nr. L 13 S. 21).

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

**Erster Teil****Allgemeine Vorschrift****§ 1****Anordnung als Bundesstatistik**

Nach Maßgabe dieses Gesetzes werden folgende Agrarstatistiken als Bundesstatistiken durchgeführt:

1. die Bodennutzungserhebung,
2. die Erhebung über die Viehbestände,
3. die Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
4. die Ernteerhebung,
5. die Geflügelstatistik,
6. die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatisik,
7. die Milchstatistik,
8. die Hochsee- und Küstenfischereistatistik,
9. die Weinstatistik,
10. die Holzstatistik,
11. die Düngemittelstatistik.

**Zweiter Teil****Agrarstatistiken****Erster Abschnitt****Bodennutzungserhebung****Erster Unterabschnitt****Allgemeine Vorschrift****§ 2****Einzelenerhebungen**

Die Bodennutzungserhebung umfasst folgende Einzelenerhebungen:

1. Flächenerhebung,
2. Bodennutzungshaupterhebung,
3. Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung,
4. Baumschulerhebung,
5. Baumobstanbauerhebung.

**Zweiter Unterabschnitt****Flächenerhebung****§ 3****Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten der Flächenerhebung sind die Gemeinden und gemeindefreien Gebiete.

**§ 4****Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Erhebungsmerkmale**

(1) Die Flächenerhebung wird allgemein zum Berichtszeitpunkt 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres durchgeführt:

1. alle vier Jahre, beginnend 2001; hierbei sind Erhebungsmerkmale:

- a) die Bodenflächen nach der Art der tatsächlichen Nutzung; die Art der tatsächlichen Nutzung wird entsprechend dem Nutzungsartenverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland ermittelt;
  - b) die Bodenflächen nach der im Flächennutzungsplan dargestellten Art der Nutzung; Bodenflächen, die in einem Flächennutzungsplan nicht dargestellt sind, werden unter Berücksichtigung der sonstigen planungsrechtlichen und der tatsächlichen Verhältnisse entsprechend den Darstellungen in einem Flächennutzungsplan zugeordnet;
2. in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Nummer 1 stattfindet; hierbei wird die Siedlungs- und Verkehrsfläche nach der Art der tatsächlichen Nutzung erhoben.
- (2) Das Land Schleswig-Holstein kann die Erhebung nach Absatz 1 Nr. 2 bis einschließlich 2004 aussetzen.

### § 5

(weggefallen)

## Dritter Unterabschnitt Bodennutzungshaupterhebung

### § 6

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Bodennutzungshaupterhebung sind

1. bei Erhebungen nach § 7 Abs. 1 Nr. 1:
  - a) die Betriebe nach § 91 Abs. 1,
  - b) in den Ländern Baden-Württemberg und Bayern: gemeinschaftlich genutzte Flächen von mindestens zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche oder zehn Hektar Waldfläche,
2. bei Erhebungen nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 und 3 die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1.

### § 7

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Bodennutzungshaupterhebung wird in der Zeit von Januar bis Mai durchgeführt:

1. allgemein alle zwei Jahre, beginnend 1999; hierbei werden Merkmale zur Feststellung der betrieblichen Einheiten und über die Nutzung der Gesamtflächen erhoben;
2. allgemein alle vier Jahre, beginnend 1999; hierbei werden Merkmale über die Nutzung der Bodenflächen erhoben;
3. repräsentativ bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Nummer 2 stattfindet; die Länder Berlin, Bremen und Hamburg werden nur alle vier Jahre, beginnend 1997, in die Erhebungen einbezogen. Die Merkmale entsprechen mit Ausnahme des Zwischenfruchtanbaus denjenigen der Erhebung nach Nummer 2. Alle zwei Jahre, beginnend 2000, werden

zusätzlich Merkmale über die Nutzung der Gesamtfläche erhoben.

(2) Die Erhebungen nach Absatz 1 sind alle zwei Jahre, beginnend 1999, Bestandteil der Agrarstrukturerhebung (§§ 25 bis 29) und werden in den Jahren ohne Agrarstrukturerhebung, beginnend 2000, gemeinsam mit der Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20) durchgeführt.

### § 8

#### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Bodennutzungshaupterhebung sind:

1. zur Feststellung der betrieblichen Einheiten:

der Betriebssitz, der Rechtsgrund des Besitzes, die Art der Bewirtschaftung, die Rechtsstellung des Betriebsinhabers nach Einzelpersonen und Personengemeinschaften oder juristischen Personen sowie die Art des Betriebes,

2. bei der Nutzung der Gesamtfläche:

die Gesamtfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie die Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen,

3. bei der Nutzung der Bodenflächen:

die Hauptnutzungsarten nach Nutzungszweck, Kulturarten, Pflanzengruppen, Pflanzenarten und Kulturformen sowie der Zwischenfruchtanbau nach der Pflanzengruppe, Pflanzenart und dem Nutzungszweck jeweils nach der Fläche.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 mit Ausnahme der Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung. Der Berichtszeitraum für die Größe der abgegebenen und erhaltenen Flächen ist der Zeitraum seit der letzten Erhebung. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 3 mit Ausnahme des Zwischenfruchtanbaus ist das laufende Kalenderjahr. Der Berichtszeitraum für den Zwischenfruchtanbau sind die Monate Juni des Vorjahres bis Mai des laufenden Jahres.

## Vierter Unterabschnitt Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung

### § 9

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung sind die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 mit Flächen, auf denen Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen oder deren jeweilige Jungpflanzen angebaut werden.

### § 10

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung wird in der Zeit von Mai bis August durchgeführt:

1. allgemein alle vier Jahre, beginnend 2004; hierbei werden Merkmale über den Anbau von Gemüse, Erdbee-

ren und Zierpflanzen, bei Gemüse und Zierpflanzen auch über die Anzucht von Jungpflanzen, erhoben;

2. repräsentativ bei höchstens 12 000 Erhebungseinheiten in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Nummer 1 stattfindet; hierbei werden Merkmale über den Anbau von Gemüse und Erdbeeren erhoben.

(2) In den Ländern Berlin und Bremen wird nur die Erhebung nach Absatz 1 Nr. 1 durchgeführt.

## § 11

### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung sind:

1. beim Anbau von Gemüse und Erdbeeren:
    - die Pflanzengruppen, Pflanzenarten, Kulturformen, Arten der Eindeckung, bei Spargel und Erdbeeren außerdem der Stand der Ertragsfähigkeit, jeweils nach der Anbaufläche, bei den Erhebungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 zusätzlich bei Gemüse die Grundfläche sowie der Anbau zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bei der Erzeugung und beim Absatz jeweils nach der Anbaufläche,
  2. beim Anbau von Zierpflanzen:
    - die Grundfläche, die Pflanzengruppen, Pflanzenarten, Kulturformen, Arten der Eindeckung und die Verwendungszwecke jeweils nach der Anbaufläche,
  3. bei der Anzucht von Jungpflanzen:
    - die Grundfläche unter Glas und auf dem Freiland.
- (2) Der Berichtszeitraum ist das laufende Kalenderjahr.

## Fünfter Unterabschnitt Baumschulerhebung

### § 12

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Baumschulerhebung (Baumschulen) sind die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 mit Flächen, auf denen Baumschulgewächse herangezogen werden mit Ausnahme von Pflanzgärten in Forstbetrieben.

### § 13

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

Die Baumschulerhebung wird allgemein alle vier Jahre, beginnend 2004, in der Zeit von Juli bis August durchgeführt. Es werden Merkmale über die Nutzung der Baumschulflächen erhoben.

### § 14

#### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

(1) Erhebungsmerkmale der Baumschulerhebung sind die Baumschulfläche insgesamt und nach Pflanzengruppen und Vermehrungsmerkmalen sowie die Bestände an Forstpflanzen nach Zahl und Art.

(2) Der Berichtszeitpunkt ist der Tag der ersten Anforderung zur Auskunftserteilung.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

## Sechster Unterabschnitt Baumobstanbauerhebung

### § 15

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Baumobstanbauerhebung sind die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1, deren Baumobstflächen mindestens 30 Ar betragen.

### § 16

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

Die Baumobstanbauerhebung wird allgemein alle fünf Jahre, beginnend 1992, in der Zeit von Januar bis Juni durchgeführt. Es werden Merkmale über die Nutzung der Baumobstflächen erhoben.

### § 17

#### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

(1) Erhebungsmerkmale der Baumobstanbauerhebung sind die Gesamtfläche des Baumobstanbaus sowie die Obstarten, die Obstsorten, die Anbausysteme, die Pflanz- und Umveredelungszeitpunkte und die Verwendungszwecke des Obstes jeweils nach der Fläche und der Zahl der Bäume.

(2) Der Berichtszeitpunkt ist der Tag der ersten Anforderung zur Auskunftserteilung.

## Zweiter Abschnitt

### Erhebung über die Viehbestände

### § 18

#### Erhebungseinheiten

(1) Erhebungseinheiten der Erhebung über die Viehbestände sind die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1.

(2) Die Erhebungen erfassen die Bestände, die sich zum Berichtszeitpunkt im unmittelbaren Besitz des Betriebsinhabers oder -leiters befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzes. Bei vorübergehend leer stehenden Ställen in der Geflügelhaltung zum Berichtszeitpunkt ist derjenige Bestand maßgeblich, der vor der letzten Stallräumung vorhanden war, sofern diese nicht mehr als sechs Wochen zurückliegt.

### § 19

#### Erhebungsart, Periodizität, Berichtszeitpunkt, Merkmale

(1) Die Erhebung über die Viehbestände wird durchgeführt:

1. allgemein alle vier Jahre, beginnend 2003, zum Berichtszeitpunkt 3. Mai; hierbei werden Merkmale über die Bestände an Rindern, Schweinen, Schafen, Pferden und Geflügel erhoben;
2. repräsentativ bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten in jedem Jahr mit Ausnahme der Jahre, in denen die Erhebung nach Nummer 1 stattfindet, beginnend 2002, zum Berichtszeitpunkt 3. Mai; hierbei werden

Merkmale über die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen erhoben;

3. repräsentativ bei höchstens 80 000 Erhebungseinheiten in jedem Jahr zum Berichtszeitpunkt 3. November, beginnend 2001; hierbei werden Merkmale über die Bestände an Rindern und Schweinen erhoben.

(2) Abweichend von Absatz 1 wird in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg

1. die Erhebung nach Absatz 1 Nr. 2 alle vier Jahre, beginnend 2005, durchgeführt,
2. die Erhebung nach Absatz 1 Nr. 3 nicht durchgeführt.

(3) Die Erhebungen nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 sind alle zwei Jahre Bestandteil der Agrarstrukturhebung (§§ 25 bis 29) und werden in den Jahren ohne Agrarstrukturhebung gemeinsam mit der Bodennutzungshaupterhebung (§§ 6 bis 8) durchgeführt.

## § 20

### Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale der Erhebung über die Viehbestände sind:

1. bei den Beständen an Rindern und Schafen:  
die Zahl, das Alter, das Geschlecht und der Nutzungszweck der Tiere,
2. bei den Beständen an Schweinen:  
die Zahl der Tiere nach Lebendgewichtsklassen und Nutzungszweck, bei Zuchtschweinen außerdem das Geschlecht und bei Zuchtsauen die Trächtigkeit,
3. bei den Beständen an Pferden:  
die Zahl und, außer bei Ponys und Kleinpferden, das Alter der Tiere,
4. bei den Beständen an Geflügel:  
die Zahl, die Art, das Alter, das Geschlecht und der Nutzungszweck der Tiere.

## Dritter Abschnitt

§§ 21 bis 23  
(weggefallen)

## Vierter Abschnitt

Strukturhebungen in  
land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

### Erster Unterabschnitt

#### Allgemeine Vorschriften

## § 24

#### Einzelhebungen, Programme, Periodizität

(1) Die Strukturhebungen umfassen folgende Einzelhebungen:

1. Agrarstrukturhebung:
  - a) Grundprogramm (§ 27),
  - b) Ergänzungsprogramm (§§ 28 und 29),

## 2. Landwirtschaftszählung:

- a) Haupterhebung (§ 33),
- b) Weinbauerhebung (§ 36),
- c) Gartenbauerhebung (§ 39),
- d) Binnenfischereierhebung (§ 42).

(2) Grundprogramm und Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung gemäß Absatz 1 Nr. 1 werden gemeinsam durchgeführt.

(3) Die Agrarstrukturhebung wird alle zwei Jahre, beginnend 1999, durchgeführt.

(4) Die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung wird gemeinsam mit der Agrarstrukturhebung im ersten Halbjahr 1999 durchgeführt.

## Zweiter Unterabschnitt

### Agrarstrukturhebung

## § 25

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Agrarstrukturhebung sind die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1.

## § 26

(weggefallen)

## § 27

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungsmerkmale des Grundprogramms

(1) Das Grundprogramm besteht aus den Erhebungsmerkmalen der

1. Bodennutzungshaupterhebung (§ 8 Abs. 1),
2. Erhebung über die Viehbestände im Mai (§ 20).

(2) Die Angaben nach Absatz 1 werden erhoben:

1. allgemein alle vier Jahre, beginnend 1999,
2. repräsentativ für höchstens 100 000 Erhebungseinheiten alle vier Jahre, beginnend 2001.

## § 28

#### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale des Ergänzungsprogramms

(1) Die Erhebung für das Ergänzungsprogramm nach § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b wird durchgeführt:

1. allgemein alle vier Jahre, beginnend 1999; hierbei werden Merkmale über die Gewinnermittlung und die Umsatzbesteuerung sowie die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes und außer bei den Erhebungseinheiten nach Nummer 2 über die Arbeitskräfte nach Personengruppen erhoben;
2. repräsentativ bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten alle zwei Jahre, beginnend 1999; hierbei werden Merkmale über Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen, den Anfall und die Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft sowie über die Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb

Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, erhoben; Familienangehörige des Betriebsinhabers im Sinne dieses Gesetzes sind sein Ehegatte sowie die auf dem Betrieb lebenden Verwandten und Verschwägerten;

3. repräsentativ bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten alle vier Jahre, beginnend 2001, für die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes.

(2) Im Jahr der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung werden die Merkmale über Eigentums- und Pachtverhältnisse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche allgemein erhoben. Dies gilt nicht für die Erhebung der in den letzten zwei Jahren vereinbarten Pachtentgelte für nicht von Ehegatten, Verwandten und Verschwägerten gepachteten Flächen.

## § 29

### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale des Ergänzungsprogramms sind:

1. bei den Arbeitskräften nach Personengruppen:
  - die Gesamtzahl und die Arbeitszeiten im Betrieb, beim Betriebsinhaber und dessen Ehegatten auch die Arbeitszeiten im Haushalt des Betriebsinhabers und in anderer Erwerbstätigkeit,
2. bei der Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:
  - a) beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen:
    - das Geschlecht, Geburtsjahr, Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember, Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber, die Betriebsleitereigenschaft, die Arbeitszeiten im Betrieb, im Haushalt des Betriebsinhabers und in anderer Erwerbstätigkeit,
  - b) bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:
    - das Geschlecht, Geburtsjahr, Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember, die Bezeichnung der ausgeübten Tätigkeit, die Stellung im Beruf, die Betriebsleitereigenschaft und die Arbeitszeiten im Betrieb,
  - c) bei den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:
    - die Gesamtzahl nach Geschlecht und im Betrieb geleisteter Arbeitszeit,
3. bei der Gewinnermittlung:
  - die Art,
4. bei den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebes:
  - Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes und sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen des Betriebsinhabers sowie das geschätzte Verhältnis (größer/kleiner) zwischen dem außerbetrieblichen Einkommen und dem Einkommen aus dem Betrieb; bei verheirateten Betriebsinhabern beziehen sich die Angaben jeweils auf das Betriebsinhaberehepaar.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

5. beim Anfall und der Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft:

die Düngerart, die Lagerungsart, die Lagerkapazität und die Lagerdauer, das Aufbringen von Flüssigmist auf selbst bewirtschafteten oder außerbetrieblichen Flächen sowie die Übernahme und Aufbringung von Flüssigmist aus anderen Betrieben,

6. bei den Eigentums- und Pachtverhältnissen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche:

die Größe der gesamten eigenen Fläche, die Größe der eigenen selbst bewirtschafteten, der verpachteten und der unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebenen Flächen, die Größe der gepachteten Flächen nach Verpächtergruppen und der unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenen Flächen, die Pachtentgelte für nicht von Ehegatten, Verwandten und Verschwägerten gepachtete Höfe und Einzelgrundstücke, bei Höfen nach der Größe der betroffenen Fläche, bei Einzelgrundstücken zusätzlich nach der Art der Nutzung sowie die in den letzten zwei Jahren vereinbarten Pachtentgelte für Einzelgrundstücke nach der Art der Nutzung und der Größe der betroffenen Flächen,

7. bei den außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen:

das Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten und der auf dem Betrieb lebenden und im Betrieb mithelfenden Verwandten und Verschwägerten nach der Art oder Herkunft,

8. bei der Umsatzbesteuerung:

die Form.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1, 2, 4, 5, mit Ausnahme der Lagerkapazität, und Nr. 7 sind die Monate Mai des Vorjahres bis April des laufenden Jahres. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 3, 5 für die Lagerkapazität, Nr. 6, mit Ausnahme der Pachtentgelte, und Nr. 8 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung. Der Berichtszeitraum für die Pachtentgelte ist das laufende Pachtjahr.

§§ 30 und 31

(weggefallen)

## Dritter Unterabschnitt

### Haupterhebung der Landwirtschaftszählung

## § 32

### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Haupterhebung sind:

1. die Erhebungseinheiten der Agrarstrukturerhebung (§ 25) für die aus der Agrarstrukturerhebung entnommenen Angaben,
2. die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 für die übrigen zu erhebenden Merkmale (§ 33).

## § 33

### Erhebungsart, Merkmale

(1) Allgemein werden die Angaben zum Grundprogramm (§ 27 Abs. 2 Nr. 1) und zum Ergänzungsprogramm

(§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2) der Agrarstrukturerhebung übernommen sowie Merkmale über die Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste und bei Betriebsinhabern, die 45 Jahre und älter sind, über die Hofnachfolge erhoben.

(2) Repräsentativ bei höchstens 100 000 Erhebungseinheiten werden die Angaben zum Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturerhebung (§ 28 Abs. 1 Nr. 2) übernommen sowie die Merkmale über die Berufsbildung des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und des Betriebsleiters, die überbetrieblichen Bindungen beim Absatz von Erzeugnissen sowie die soziale Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2), soweit sie im Betrieb tätig sind oder waren, erhoben.

#### § 34

##### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Haupterhebung sind neben den Erhebungsmerkmalen des Grundprogramms (§ 27 Abs. 1) und des Ergänzungsprogramms (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 bis 7) der Agrarstrukturerhebung:

1. bei der Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste:  
die Zahl der Betten nach der Art der Unterkunft,
2. bei der Hofnachfolge:  
Vereinbarung, Absprache oder sonstige Verständigung über die Hofnachfolge, das Alter, das Geschlecht, landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Berufsbildung eines Hofnachfolgers sowie die Mitarbeit im Betrieb,
3. bei der Berufsbildung des Betriebsinhabers, seines Ehegatten und des Betriebsleiters:  
landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Berufsbildung jeweils nach der Art des Abschlusses,
4. bei den überbetrieblichen Bindungen beim Absatz von Erzeugnissen:  
die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften oder -organisationen und einzelvertragliche Bindungen, die Art und der Umfang der einbezogenen Erzeugnisse,
5. bei der sozialen Sicherung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen:  
die Mitgliedschaft in landwirtschaftlichen Alterskassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1, 4 und 5 ist das dem Erhebungszeitraum vorausgehende Kalenderjahr. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 2 und 3 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

#### Vierter Unterabschnitt Weinbauerhebung

#### § 35

##### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Weinbauerhebung sind:

1. für die Merkmale über die bestockte Rebfläche und die Rebsorte

a) alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens zehn Ar,

b) alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt weniger als zehn Ar, die Trauben, Traubenmost, Wein oder vegetatives Vermehrungsgut zum Verkauf erzeugen,

2. für die übrigen Merkmale alle Betriebe nach § 91 Abs. 1 mit einer bestockten Rebfläche, auch soweit nicht im Ertrag stehend, von insgesamt mindestens dreißig Ar.

#### § 36

##### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Weinbauerhebung wird 1999 durchgeführt.

(2) Allgemein werden die Angaben zur bestockten Rebfläche und den Rebsorten der Weinbaukartei und zu den übrigen Flächen des Betriebes, den Eigentums- und Pachtverhältnissen, der Rechtsstellung des Betriebsinhabers, den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebes, der Gewinnermittlung und den Arbeitskräften nach Personengruppen der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung entnommen sowie Merkmale über die Vermarktung erhoben.

(3) Repräsentativ werden die Angaben zu den überbetrieblichen Bindungen beim Absatz, zur Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, sowie zu der Berufsbildung des Betriebsleiters der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung entnommen.

#### § 37

##### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Weinbauerhebung sind:

1. bei den Flächen des Betriebes:  
die landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Hauptnutzungsarten, die bestockte Rebfläche nach der Art der Nutzung und der Art der Unterstützungsvorrichtungen sowie ihre Belegenheit,
2. bei den Rebsorten:  
der Name, die Anbaufläche und die Altersgruppen,
3. bei den Eigentums- und Pachtverhältnissen:  
die Größe der eigenen selbst bewirtschafteten, gepachteten und unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenen landwirtschaftlich genutzten Fläche,
4. bei der Rechtsstellung des Betriebsinhabers:  
Einzelperson und Personengemeinschaften oder juristische Personen,
5. bei den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebes:  
die Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes und sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen des Betriebsinhabers sowie das geschätzte Verhältnis (größer/kleiner) zwischen dem außerbetrieblichen Einkommen und dem Einkommen aus dem Betrieb;



bei verheirateten Betriebsinhabern beziehen sich die Angaben jeweils auf das Betriebsinhaberehepaar,

6. bei der Gewinnermittlung:

die Art,

7. bei der Vermarktung:

die Verwertung des Lesegutes, die Absatzarten und Absatzwege jeweils nach dem Umfang,

8. bei den überbetrieblichen Bindungen beim Absatz:

die Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften, Winzergenossenschaften und einzelvertragliche Bindungen sowie die dort eingebrachte Rebfläche oder Weinmostmenge,

9. bei den Arbeitskräften nach Personengruppen:

die Gesamtzahl und die Arbeitszeiten im Betrieb,

10. bei der Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:

a) beim Betriebsinhaber und seinen Familienangehörigen:

das Geschlecht, Geburtsjahr, Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember, Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber, die Betriebsleitereigenschaft, die Arbeitszeiten im Betrieb, im Haushalt des Betriebsinhabers und in anderer Erwerbstätigkeit,

b) bei den ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:

das Geschlecht, Geburtsjahr, Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember, die Bezeichnung der ausgeübten Tätigkeit, die Stellung im Beruf, die Betriebsleitereigenschaft und die Arbeitszeiten im Betrieb,

c) bei den nicht ständig im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:

die Gesamtzahl nach Geschlecht und im Betrieb geleisteter Arbeitszeit,

11. bei der Berufsbildung des Betriebsleiters:

die landwirtschaftliche Berufsbildung jeweils nach der Art des Abschlusses.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1, ausgenommen die landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Hauptnutzungsarten, und Absatz 1 Nr. 2 ist der 31. August des Erhebungszeitraums. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1, ausgenommen die Rebfläche nach der Art der Nutzung und der Art der Unterstützungsvorrichtungen sowie ihre Belegenheit, Absatz 1 Nr. 3, 4, 6 und 11 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 7 und 8 ist das dem Erhebungszeitraum vorausgehende Kalenderjahr. Die Berichtszeiträume für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 5, 9 und 10 Buchstabe c sind die Monate Mai des Vorjahres bis April des laufenden Jahres, sowie nach Absatz 1 Nr. 10 Buchstabe a und b sind vier aufeinander folgende Wochen, die ganz oder teilweise auf den April des laufenden Jahres entfallen.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

## Fünfter Unterabschnitt Gartenbauerhebung

### § 38

#### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Gartenbauerhebung sind:

1. die Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1, die über eine Mindesterzeugungsfläche für Gartenbauerzeugnisse nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe d oder e verfügen,
2. die Betriebe von Unternehmen der folgenden Unterklassen der Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes:
  - a) 01.41.2 Garten- und Landschaftsbau,
  - b) 01.41.3 Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen (ohne Garten- und Landschaftsbau).

### § 39

#### Erhebungsart, Periodizität, Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Gartenbauerhebung wird allgemein in der Zeit von Februar bis Juli 2005 durchgeführt.

(2) Merkmale der Gartenbauerhebung bei Betrieben nach § 38 Nr. 1 sind:

1. die Merkmale des Grundprogramms der Agrarstruktur-erhebung (§ 27), die für Erhebungseinheiten nach § 27 Abs. 2 Nr. 2 der Agrarstruktur-erhebung entnommen, für die übrigen Erhebungseinheiten erhoben werden;
2. die Rechtsstellung des Betriebsinhabers, die der Bodennutzungshaupterhebung (§ 8 Abs. 1 Nr. 1) entnommen wird;
3. die sozialökonomischen Verhältnisse des Betriebes, die Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind, die für Erhebungseinheiten nach § 28 Abs. 1 Nr. 2 und 3 der Agrarstruktur-erhebung entnommen, für die übrigen Erhebungseinheiten erhoben werden;
4. die gartenbaulich genutzten Flächen des Betriebes, die Flächen unter Glas oder Kunststoff, die Lagerräume, die Betriebseinnahmen, die Vermarktung sowie die Berufsbildung des Betriebsleiters.

(3) Merkmale der Gartenbauerhebung bei Betrieben nach § 38 Nr. 2 sind:

1. die Rechtsform,
2. der Umsatz,
3. die tätigen Personen.

### § 40

#### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Gartenbauerhebung bei Betrieben nach § 38 Nr. 1 sind:

1. bei den Merkmalen des Grundprogramms der Agrarstruktur-erhebung:
 

die Erhebungsmerkmale der Erhebungen nach § 27 Abs. 1,

## 2. bei der Rechtsstellung des Betriebsinhabers:

Einzelperson und Personengemeinschaft oder juristische Person,

## 3. bei den sozialökonomischen Verhältnissen des Betriebes:

Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes und sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen des Betriebsinhabers sowie das geschätzte Verhältnis (größer/kleiner) zwischen dem außerbetrieblichen Einkommen und dem Einkommen aus dem Betrieb; bei verheirateten Betriebsinhabern beziehen sich die Angaben jeweils auf das Betriebsinhaberehepaar,

## 4. bei der Beschäftigung des Betriebsinhabers, seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind:

die Merkmale nach § 29 Abs. 1 Nr. 2,

## 5. bei den gartenbaulich genutzten Flächen des Betriebes:

die Grundfläche nach Pflanzengruppen und -arten sowie nach Eindeckung,

## 6. bei den Flächen unter Glas oder Kunststoff:

a) die Grundfläche nach der Art und dem Alter der Anlagen,

b) die Art und der Verbrauch der zur Beheizung verwendeten Energie,

## 7. bei den Lagerräumen:

die Art und die Größe,

## 8. bei den Betriebseinnahmen:

die Herkunft sowie der jeweilige Anteil an den gesamten Betriebseinnahmen nach Art der Erzeugnisse und Dienstleistungen,

## 9. bei der Vermarktung:

die Art und die Anteile der Absatzwege,

## 10. bei der Berufsbildung des Betriebsleiters:

die fachbezogene Berufsbildung nach der Art des Abschlusses.

(2) Erhebungsmerkmale der Gartenbauerhebung bei Betrieben nach § 38 Nr. 2 sind:

## 1. die Rechtsform,

## 2. beim Umsatz:

die Höhe,

## 3. bei den tätigen Personen:

die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

(3) Die Berichtszeit für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 ergibt sich aus § 8 Abs. 2 und § 19 Abs. 1. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 5 und Nr. 6 Buchstabe a ist das laufende Kalenderjahr. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 6 Buchstabe b, Nr. 8, 9 und nach Absatz 2 Nr. 2 ist das dem Erhebungszeitraum vorausgehende Kalenderjahr. Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 3 und 4 sind die Monate Mai des Vorjahres bis April des laufenden Jahres. Der Berichtszeitpunkt für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 2 Nr. 3 ist der 31. März 2005. Der Berichtszeitpunkt für die übrigen Erhebungsmerkmale ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

## Sechster Unterabschnitt Binnenfischereierhebung

## § 41

## Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Binnenfischereierhebung sind:

1. die Betriebe, die Fluss- oder Seenfischerei, auch in Netzgehegen oder ähnlichen Einrichtungen, zu Erwerbszwecken mit einem Fischfang von jährlich mindestens zehn Dezitonnen Fisch betreiben,
2. die Betriebe, die Fischhaltung oder Fischzucht zu Erwerbszwecken betreiben und über eine Erzeugungsfläche von mindestens 100 Quadratmetern Forellen- oder 5 000 Quadratmetern Karpfenteich verfügen oder in technischen Anlagen jährlich mindestens zehn Dezitonnen Fisch erzeugen.

## § 42

Erhebungsart, Periodizität,  
Erhebungszeitraum, Merkmale

(1) Die Binnenfischereierhebung wird allgemein 2004 im ersten Halbjahr durchgeführt.

(2) Bei Betrieben nach § 41 Nr. 1 werden Merkmale über die befischten Gewässer und den Fischfang erhoben.

(3) Bei Betrieben nach § 41 Nr. 2 werden Merkmale über die fischwirtschaftlich genutzten Anlagen, die Erzeugung und die Futtermittel erhoben.

(4) Bei allen Arten der Binnenfischerei werden Merkmale über die Betriebszweige, die Vermarktung, den Erwerbscharakter, die Rechtsstellung des Betriebsinhabers und die Arbeitskräfte nach Personengruppen erhoben.

## § 43

## Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Binnenfischereierhebung sind:

## 1. bei den befischten Gewässern:

die Art und Größe, bei Netzgehegen auch die Zahl und das Volumen,

## 2. beim Fischfang:

die Fangmenge nach der Art der Fische und des Betriebes,

## 3. bei den fischwirtschaftlich genutzten Anlagen (Teiche, Behälter und ähnliche Einrichtungen):

die Art, Zahl, Größe und das Volumen,

## 4. bei der Erzeugung:

die Menge nach der Art der Fische, Erzeugungsrichtung und der Anlagen,

## 5. bei den Futtermitteln:

der Verbrauch nach der Art des Futters und der Fische,

## 6. bei den Betriebszweigen:

die Art,

## 7. bei der Vermarktung:

die Art und die Anteile der Absatzwege,

## 8. beim Erwerbscharakter:

die Art,

## 9. bei der Rechtsstellung des Betriebsinhabers:

Einzelperson und Personengemeinschaft oder juristische Person,

## 10. bei den Arbeitskräften nach Personengruppen:

die Gesamtzahl und die Arbeitszeiten im Betrieb.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 bis 7 und Nr. 10 ist das dem Erhebungszeitraum vorausgehende Kalenderjahr. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 8 und 9 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

**Fünfter Abschnitt**

(weggefallen)

**Sechster Abschnitt****Ernteerhebung****§ 44****Allgemeine Vorschrift**

Die Ernteerhebung umfasst:

1. Ernte- und Betriebsberichterstattung,
2. Besondere Erntermittlung.

**§ 45**

(weggefallen)

**§ 46****Ernte- und Betriebsberichterstattung**

(1) Die Ernte- und Betriebsberichterstattung wird in jedem Jahr, außer in den Ländern Berlin und Bremen, in den Monaten April bis Dezember durchgeführt. Sie umfasst Schätzungen über den Wachstumsstand und wachstumsbeeinflussende Bedingungen sowie über voraussichtliche und endgültige Naturalerträge des laufenden Jahres. Ergänzend werden, außer im Land Hamburg, die Merkmale Gesamterntemengen und Vorratsbestände bei einzelnen Getreidearten und Kartoffeln sowie bei Feldfrüchten die Flächen der vorangegangenen Ernte und Aussaatflächen geschätzt. Bei Reben werden zusätzlich die Merkmale Dauer der Lese, Mostausbeute, Mostgewicht, Säuregehalt, Güte des Mostes und Erlöse für Mostverkäufe erhoben, bei Obst die Ernteverwendung geschätzt. Für die ergänzende Schätzung nach § 65 können zusätzlich die Merkmale Verfütterung von Milch im Betrieb, Eigenverbrauch, Direktvermarktung sowie Anlieferung an Molkereien und Milchsammelstellen jeweils nach der Menge sowie die Zahl der Milchkühe herangezogen werden. Die Schätzungen werden von Ernte- und Betriebsberichterstellern vorgenommen, sie werden bei diesen erhoben. Die Vorratsbestände bei einzelnen Getreidearten am 30. Juni können auch durch die statistischen Ämter der Länder geschätzt werden.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

(2) Zur Ergänzung der Schätzungen von Ernteerträgen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 können in jedem Jahr bei höchstens 14 000 landwirtschaftlichen Betrieben nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 oder bei Obst für höchstens 0,5 vom Hundert der Anbauflächen die Erträge repräsentativ festgestellt werden. Dabei dürfen jährlich nicht mehr als fünf Arten von Gemüse, Obst oder landwirtschaftlichen Feldfrüchten, mit Ausnahme der gemäß § 47 Abs. 2 erfassten landwirtschaftlichen Feldfrüchte, insgesamt jedoch nicht mehr als sechs dieser Arten, sowie Weinmost einbezogen werden.

**§ 47****Besondere Erntermittlung**

(1) Die Besondere Erntermittlung wird repräsentativ in jedem Jahr, außer in den Ländern Berlin, Bremen und Hamburg, auf höchstens 14 000 Feldern landwirtschaftlicher Betriebe nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 durchgeführt. Der Berichtszeitraum ist das laufende Kalenderjahr.

(2) Ermittelt werden die Naturalerträge bei landwirtschaftlichen Feldfrüchten. Weitere Erhebungsmerkmale sind die Größe der in die Erhebung einbezogenen Fläche, die Sorte und die Gesamterntemenge. Bei Getreide werden zusätzlich Beschaffenheitsmerkmale ermittelt. Die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale umfasst die Untersuchung der Inhaltsstoffe und Verarbeitungseigenschaften sowie der Belastung mit Schadstoffen einschließlich der radioaktiven Substanzen.

(3) Die Ermittlung der Beschaffenheitsmerkmale ist Aufgabe des Bundes. Zuständig für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes nach Satz 1 ist die Bundesanstalt für Getreide-, Kartoffel- und Fettforschung.

**Siebter Abschnitt****Geflügelstatistik****Erster Unterabschnitt****Allgemeine Vorschrift****§ 48****Einzelerhebungen**

Die Geflügelstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung in Brütereien,
2. Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung,
3. Erhebung in Geflügelschlachtereien.

**Zweiter Unterabschnitt****Erhebung in Brütereien****§ 49****Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten sind die Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes. Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes

Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

#### § 50

##### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Brütereien wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Brut-eiereinlagen und die Kükenerzeugung erhoben.

#### § 51

##### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Brütereien sind:

1. die Zahl der eingelegten Bruteier zur Erzeugung von Hühnern, Enten, Gänsen, Truthühnern und Perlhühnern sowie die Zahl der geschlüpften Küken, bei Hühnern auch nach Nutzungsrichtung und Verwendungszweck,
2. zusätzlich das Fassungsvermögen der Brutanlagen ausschließlich des Schlupfraumes.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 ist der jeweilige Monat, für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nr. 2 der Monat Dezember.

### Dritter Unterabschnitt

#### Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung

#### § 52

##### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen. Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

#### § 53

##### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Hennenhaltung und Eierzeugung erhoben.

#### § 54

##### Erhebungsmerkmale und Berichtszeit

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung sind:

1. die Zahl der vorhandenen Hennenhaltungsplätze und der legenden Hennen sowie die Zahl der erzeugten Eier,
2. zusätzlich die Haltungsform und der Bestandsaufbau nach Altersklassen und Legeperioden.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 ist mit Ausnahme der Zahl der erzeugten Eier der 1. Tag des Monats, für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 2 der 1. Dezember. Der Berichtszeitraum für die Zahl der erzeugten Eier ist der jeweilige Vormonat.

### Vierter Unterabschnitt

#### Erhebung in Geflügelschlachtereien

#### § 55

##### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Erhebung in Geflügelschlachtereien sind für die Erhebungsmerkmale nach § 57 Abs. 1 die Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat. Die Unternehmen geben ihre Meldung untergliedert nach Betrieben ab. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

#### § 56

##### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung in Geflügelschlachtereien wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Geflügelschlachtungen erhoben.

#### § 57

##### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Geflügelschlachtereien sind:

1. das Schlachtgewicht des geschlachteten Geflügels nach der Art, nach Herrichtungsform und Angebotszustand,
2. zusätzlich die monatliche Schlachtkapazität.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 Nr. 1 ist der jeweilige Monat, für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 Nr. 2 der Monat März.

### Achter Abschnitt

#### Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

#### Erster Unterabschnitt

##### Allgemeine Vorschrift

#### § 58

##### Einzelerhebungen

Die Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung der Schlachtungen,
2. Erhebung der Schlachtgewichte.

### Zweiter Unterabschnitt

#### Erhebung über Schlachtungen

#### § 59

##### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Erhebung über Schlachtungen wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Schlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Pferden, an denen nach den Bestimmun-

gen des Fleischhygienegesetzes die Schlachttier- und Fleischuntersuchung vorgenommen wurde, erhoben.

## § 60

### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Schlachtungsstatistik sind die Zahl der in § 59 genannten Tiere nach Herkunft, Tierart und Kategorie, Art der Schlachtung sowie der Tauglichkeit.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

## Dritter Unterabschnitt Schlachtgewichtsstatistik

## § 61

### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Schlachtgewichtsstatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über Schlachtgewichte von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen auf Grund der nach der Vierten Vieh- und Fleischgesetz-Durchführungsverordnung zu erstattenden Meldungen erhoben.

## § 62

### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Schlachtgewichtsstatistik sind das Gesamtschlachtgewicht und die Zahl der in § 61 genannten Tiere nach Kategorien und Handelsklassen.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

## Neunter Abschnitt

### Milchstatistik

## § 63

### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Milchstatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Erzeugung von Milch auf Grund der nach der Marktordnungswaren-Meldeverordnung vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2286) in der jeweils geltenden Fassung zu erstattenden Meldungen erhoben.

## § 64

### Erhebungsmerkmal und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmal der Milchstatistik ist die angelieferte Milchmenge nach Kreisen.

(2) Der Berichtszeitraum für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

## § 65

### Ergänzende Schätzung

Die Differenz zwischen angelieferter und erzeugter Milchmenge sowie die Verwendung der Milch beim Erzeu-

ger jeweils nach Kreisen werden durch die statistischen Ämter der Länder geschätzt.

## Zehnter Abschnitt

### Hochsee- und Küstenfischereistatistik

## § 66

### Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten der Hochsee- und Küstenfischereistatistik sind die Fischereibetriebe, die Seefischmärkte, die Fischverwertungsgenossenschaften sowie die Betriebe von Fischhandel und Fischverarbeitung.

## § 67

### Erhebungsart, Periodizität, Merkmale

Die Hochsee- und Küstenfischereistatistik wird allgemein in jedem Monat durchgeführt. Es werden Merkmale über die Fangreise und die Fangergebnisse von Fischen erhoben.

## § 68

### Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum

(1) Erhebungsmerkmale der Hochsee- und Küstenfischereistatistik bei Anlandungen deutscher Fischereifahrzeuge innerhalb und außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes und bei Anlandungen ausländischer Fischereifahrzeuge unmittelbar vom Fangplatz aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes sind:

1. Beginn und Ende der Fangreise,
2. Fangplatz,
3. Fanggerät,
4. Verarbeitung an Bord nach Art, Menge und Form,
5. Anlandehafen,
6. Anlandegebiet,
7. Fangergebnis nach Absatzart jeweils nach Fischart, Menge und Erlös.

(2) Bei Anlandungen deutscher Küstenfischereifahrzeuge innerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes werden nur die in Absatz 1 Nr. 2, 5 bis 7 genannten Erhebungsmerkmale erhoben.

(3) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der jeweilige Monat.

## Elfter Abschnitt

### Weinstatistik

## Erster Unterabschnitt

### Allgemeine Vorschrift

## § 69

### Einzelerhebungen

Die Weinstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Rebflächenerhebung,
2. Ernteerhebung,

3. Erhebung der Erzeugung,

4. Bestandserhebung.

## **Zweiter Unterabschnitt**

### **Rebflächenerhebung**

#### **§ 70**

##### **Erhebungsart, Periodizität, Merkmale**

Die Rebflächenerhebung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt. Es werden Merkmale über Rebflächen erhoben.

#### **§ 71**

##### **Erhebungsmerkmale und Berichtszeit**

(1) Erhebungsmerkmale der Rebflächenerhebung sind die Größe der mit Keltertrauben bestockten Rebfläche und deren Veränderung nach Rebsorten, Anbaugebieten und Ertragsklassen.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Größe der mit Keltertrauben bestockten Rebflächen ist jeweils der 31. Juli. Der Berichtszeitraum für deren Veränderung ist das abgelaufene Weinwirtschaftsjahr.

## **Dritter Unterabschnitt**

### **Ernteerhebung**

#### **§ 72**

##### **Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt**

Die Ernteerhebung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt. Es werden Merkmale über die Traubenemte erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 15. Dezember eines jeden Jahres.

#### **§ 73**

##### **Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum**

(1) Erhebungsmerkmale der Ernteerhebung sind die geerntete Traubenmenge nach Rebsorten, Art der Rebfläche und Bestimmung der Trauben jeweils nach roter und weißer Traubenmenge, die Ertragsflächen sowie der Hektarertrag jeweils nach der Art der Rebfläche.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der Zeitraum zwischen dem Beginn des Weinwirtschaftsjahres und dem Erhebungszeitpunkt.

## **Vierter Unterabschnitt**

### **Erhebung der Erzeugung**

#### **§ 74**

##### **Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt**

Die Erhebung der Erzeugung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt. Es werden Merkmale über die Weinerzeugung erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 10. Dezember eines jeden Jahres.

#### **§ 75**

##### **Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum**

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung der Erzeugung sind die Art der verwendeten Erzeugnisse, die Ertragsflächen und der Hektarertrag, die Erzeugung nach Qualitätsstufen jeweils untergliedert nach Trauben, Most und Wein, bei Most und Wein auch nach roten und weißen Trauben.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist der Zeitraum zwischen dem Beginn des Weinwirtschaftsjahres und dem Erhebungszeitpunkt.

## **Fünfter Unterabschnitt**

### **Bestandserhebung**

#### **§ 75a**

##### **Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten der Bestandserhebung sind:

1. die in der Weinbaukartei erfassten Betriebe,
2. die nicht in der Weinbaukartei erfassten Unternehmen, die Wein und Traubenmost zum Verkauf herstellen,
3. die Unternehmen des Großhandels mit Wein und Traubenmost,

soweit sie zum Berichtszeitpunkt über einen Weinbestand von mindestens 100 Hektolitern verfügen.

#### **§ 76**

##### **Erhebungsart, Periodizität, Merkmale, Erhebungszeitpunkt**

Die Bestandserhebung wird allgemein in jedem Jahr durchgeführt. Es werden Merkmale über Weinbestände erhoben. Erhebungszeitpunkt ist spätestens der 7. August eines jeden Jahres.

#### **§ 77**

##### **Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt**

(1) Erhebungsmerkmale der Bestandserhebung sind die Bestände an Wein und Traubenmost jeweils untergliedert nach roten und weißen Trauben, jeweils nach Wein inländischer Herkunft, Wein aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Wein aus Drittstaaten. Die Weine inländischer Herkunft sind nach Tafelwein, Landwein, Qualitätswein und Qualitätswein mit Prädikat, die Weine aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Tafelwein, Landwein und Qualitätswein zu untergliedern. Bei Tafelwein, der aus einem Verschnitt von Weinen aus mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union besteht, entfällt die Untergliederung nach Herkunft und Qualitätsstufen, bei Schaumwein, Perlwein und Likörwein die Untergliederung nach Qualitätsstufen.

(2) Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist jeweils der 31. Juli.

**Zwölfter Abschnitt****Holzstatistik****Erster Unterabschnitt****Allgemeine Vorschrift****§ 78****Einzelerhebungen**

Die Holzstatistik umfasst folgende Einzelerhebungen:

1. Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben,
2. Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung.

**Zweiter Unterabschnitt****Erhebung in  
forstlichen Erzeugerbetrieben****§ 79****Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben sind die Betriebe, die Rohholz erzeugen.

**§ 80****Erhebungsart, Periodizität, Merkmale**

(1) Die Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben wird als Stichprobe bei höchstens 15 000 Erhebungseinheiten halbjährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über Rohholz erhoben.

(2) Die Ergebnisse der Betriebe von natürlichen und juristischen Personen des privaten Rechts können von den Ländern durch die von ihnen zu bestimmenden Stellen geschätzt werden.

**§ 81****Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum**

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben sind: das Einschlagsprogramm, der Einschlag, die Einschlagsursache und der Verkauf von Rohholz nach Holzarten und Sorten jeweils nach Waldeigentumsarten.

(2) Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist das jeweilige Kalenderhalbjahr.

**Dritter Unterabschnitt****Erhebung in  
Betrieben der Holzbearbeitung****§ 82****Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten, in denen Erzeugnisse des Holz bearbeitenden Gewerbes hergestellt werden. Bei Sägewerken liegt die Erhebungsgrenze bei einem jährlichen Einschnitt – einschließlich Lohnschnitt – von mindestens 5 000 Kubikmeter Rohholz (im Festmaß).

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

**§ 83****Erhebungsart, Periodizität, Merkmale**

Die Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung wird allgemein halbjährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über Rohholz und Erzeugnisse des Holz bearbeitenden Gewerbes erhoben.

**§ 84****Erhebungsmerkmale und Berichtszeit**

(1) Erhebungsmerkmale der Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung sind die Zugänge, Abgänge und Bestände an Rohholz und Erzeugnissen des Holz bearbeitenden Gewerbes nach der Herkunft und Holzart.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale Zugänge und Abgänge sind die jeweiligen Kalenderhalbjahre. Der Berichtszeitpunkt für die Bestände ist das Ende des jeweiligen Kalenderhalbjahres.

**Dreizehnter Abschnitt****§§ 85 bis 87**

(weggefallen)

**Vierzehnter Abschnitt****Düngemittelstatistik****§ 88****Erhebungseinheiten**

Erhebungseinheiten der Düngemittelstatistik sind die Unternehmen, die Düngemittel erstmals in Verkehr bringen.

**§ 89****Erhebungsart, Periodizität, Merkmale**

Die Düngemittelstatistik wird allgemein vierteljährlich durchgeführt. Es werden Merkmale über den Inlandsabsatz von Düngemitteln erhoben.

**§ 90****Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum**

(1) Erhebungsmerkmale der Düngemittelstatistik sind der Inlandsabsatz von mineralischen Düngemitteln nach Pflanzennährstoffen, Arten und Absatzgebieten jeweils nach der Menge.

(2) Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 1 ist das jeweilige Kalendervierteljahr.

**Dritter Teil****Gemeinsame Vorschriften****§ 91****Erhebungseinheiten**

(1) Erhebungseinheiten sind, soweit nichts anderes bestimmt ist:

1. Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens zwei Hektar oder mit mindestens
  - a) jeweils acht Rindern oder Schweinen oder
  - b) zwanzig Schafen oder
  - c) jeweils zweihundert Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
  - d) jeweils dreißig Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch soweit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
  - e) jeweils drei Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen,
2. Betriebe mit einer Waldfläche von mindestens zehn Hektar.

(2) Erfüllen Betriebe mindestens eine Bedingung des Absatzes 1, dann sind alle Merkmale der betreffenden Erhebungen, unabhängig vom Erreichen einzelner Grenzen des Absatzes 1, anzugeben.

(3) Betriebe im Sinne dieses Gesetzes sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und land-, forst- oder fischwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen. Zusätzlich können die Betriebe auch andere Erzeugnisse und Dienstleistungen hervorbringen.

(4) Besteht ein Betrieb aus mehreren voneinander entfernt liegenden Betriebsteilen, die einheitlich bewirtschaftet werden, sind die Meldungen nach § 1 für den gesamten Betrieb dort abzugeben, wo sich der Hauptsitz des Betriebs befindet.

(5) Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen, geben die Unternehmen, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe nach § 1 ab. Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind unter einheitlicher und selbständiger Führung stehende wirtschaftliche, finanzielle und rechtliche Einheiten. Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Ländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

(6) Die Auswahl der Erhebungseinheiten für die in diesem Gesetz angeordneten repräsentativen Erhebungen erfolgt nach mathematischen Auswahlverfahren.

## § 92

### Hilfsmerkmale

(1) Hilfsmerkmale sind:

1. die Vor- und Familiennamen, Firma, Institutsname oder Behördenbezeichnung, Anschrift sowie Telekommunikationsanschlussummern der zu Befragenden nach § 93 Abs. 2, 3 und 5 Nr. 1,
2. die Vor- und Familiennamen oder Firma sowie Anschrift der Inhaber der Betriebe nach § 91 Abs. 1, soweit sie nicht schon unter Nummer 1 fallen,
3. die Vor- und Familiennamen sowie Anschrift des bisherigen Bewirtschafters von erhaltenen Flächen sowie

- des neuen Bewirtschafters von abgegebenen Flächen nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 oder des jeweiligen Eigentümers,
4. die Belegenheit der abgegebenen und erhaltenen Flächen nach § 8 Abs. 1 Nr. 2, der Baumobstflächen nach § 15 und der Felder nach § 47 Abs. 1,
5. der Name und die Ortsangabe der befischten Gewässer nach § 42 Abs. 2 und die Belegenheit der fischwirtschaftlich genutzten Anlagen nach § 42 Abs. 3,
6. der Name und die Registriernummer des Fischereifahrzeugs bei der Erhebung nach § 67.

(2) Unterste regionale Gliederungseinheit, der die Erhebungsmerkmale zugeordnet werden dürfen, ist der Gemeindeteil.

## § 93

### Auskunftspflicht

(1) Für alle Statistiken nach diesem Gesetz besteht Auskunftspflicht, soweit in Absatz 5 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Auskunftspflichtig sind:

1. die Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen nach § 6 Nr. 1 Buchstabe a und Nr. 2 für die Bodennutzungshaupterhebung, nach § 9 für die Gemüse- und Zierpflanzenerhebung, nach § 12 für die Baumschulerhebung, nach § 15 für die Baumobstbauerhebung, nach § 18 Abs. 1 für die Erhebung über die Viehbestände, nach § 25 für die Agrarstruktur-erhebung, nach § 32 für die Haupterhebung der Landwirtschaftszählung, nach § 35 Nr. 2 für die Weinbauerhebung, nach § 38 Nr. 1 für die Gartenbauerhebung, nach § 41 für die Binnenfischereierhebung, nach § 47 Abs. 1 für die Besondere Ernteeermittlung, nach § 49 für die Erhebung in Brütereien, nach § 52 für die Erhebung in Unternehmen mit Hennenhaltung, nach § 55 für die Erhebung in Geflügelschlachtereien, nach § 66 für die Hochsee- und Küstenfischereistatistik, bei Anlandungen auf Seefischmärkten die Leiter der Seefischmarktverwaltungen, bei unmittelbar an Fischverwertungsgenossenschaften abgegebenen Fangergebnissen die Leiter dieser Genossenschaften, nach § 75a Nr. 2 und 3 für die Bestandserhebung, nach § 79 für die Erhebung in forstlichen Erzeugerbetrieben, nach § 82 für die Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung und nach § 88 für die Düngemittelstatistik,
2. die nach Landesrecht für die Führung des Liegenschaftskatasters und entsprechender anderer erforderlicher amtlicher Unterlagen zuständigen Stellen für die Flächenerhebung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a und § 4 Abs. 1 Nr. 2 sowie für die Flächen-erhebung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b die Gemeinden, für die gemeindefreien Gebiete die nach Landesrecht zuständigen Verwaltungsbehörden,
3. die Bewirtschafters der Flächen nach § 6 Nr. 1 Buchstabe b für die Bodennutzungshaupterhebung,
4. die für die Schlacht- und Fleischuntersuchung zuständigen Landesbehörden für die Erhebung nach § 59, die für die nach § 4 der Vierten Durchführungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz zuständigen Landesbehörden für die Erhebung nach § 61 jeweils bis spätestens zum 10. Tag des darauf folgenden Monats,
5. die nach § 15 Abs. 3 des Gesetzes über Meldungen über Marktordnungswaren in der Fassung der Be-



kanntmachung vom 26. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1490) in der jeweils geltenden Fassung zuständigen Stellen für die Erhebung nach § 63 bis spätestens zum Ende des darauf folgenden Monats,

6. die nach Landesrecht für die auf Grund von Rechtsakten des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu führende Weinbaukartei und für die Ernte-, Erzeugungs- und Bestandsmeldungen für Erzeugnisse des Weinsektors sowie die gemäß der Wein-Überwachungsverordnung vom 9. Mai 1995 (BGBl. I S. 630, 655), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 922), in der jeweils geltenden Fassung zuständigen Stellen für die Angaben zur Rebfläche und den Rebsorten nach § 36 Abs. 2 bis spätestens 1. Dezember, für die Erhebungen nach § 70 bis spätestens 1. Dezember eines jeden Jahres, nach den §§ 72 und 74 bis spätestens 1. Februar des darauf folgenden Jahres, nach § 76 bis spätestens 1. Oktober eines jeden Jahres,
7. die nach Landesrecht für die Forstwirtschaft zuständigen Stellen für die Angaben zum Einschlagsprogramm nach § 81 Abs. 1 bis spätestens 31. Januar eines jeden Jahres für die Berichtszeiträume des laufenden Jahres.

(3) Abweichend von der Regelung des Absatzes 2 sind für die Angaben nach § 29 Abs. 1 Nr. 7 und § 34 Abs. 1 Nr. 5 die jeweils betroffenen Personen auskunftspflichtig.

(4) Jeder zu Befragende erhält auf Wunsch einen gesonderten Erhebungsvordruck mit den von ihm zu beantwortenden Fragen.

(5) Die Angaben

1. zur Ernte- und Betriebsberichterstattung (§ 46),
2. zu dem Hilfsmerkmal Telekommunikationsanschlussnummern des zu Befragenden (§ 92 Abs. 1 Nr. 1)

sind freiwillig.

(6) Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Erhebungen haben die Auskunftspflichtigen im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1 auf Verlangen der Erhebungsstellen Vor- und Familiennamen der nach Absatz 3 auskunftspflichtigen Personen mitzuteilen.

(7) Die Auskünfte zur Hochsee- und Küstenfischerei-statistik hinsichtlich der nicht der Quotenüberwachung unterliegenden Fischarten können von den Auskunftspflichtigen nach Absatz 2 Nr. 1 gemeinsam mit den im Rahmen der Quotenüberwachung zu erstattenden Meldungen erteilt werden.

(8) Für die nach diesem Gesetz durchzuführenden Agrarstatistiken dürfen im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen im Agrarbereich erteilte Angaben, soweit sie mit den Merkmalen der jeweiligen Erhebung übereinstimmen und sich auf dieselben Berichtszeitpunkte und -zeiträume beziehen, sowie die Hilfsmerkmale Vor- und Familiennamen oder Firma und Anschrift der Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen und das Kennzeichen zu ihrer Identifikation verwendet werden. Insoweit sind die nach Landesrecht zuständigen Verwaltungsbehörden oder die von diesen beauftragten Stellen auskunftspflichtig.

(9) Werden für die Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20) im Rahmen von Verwaltungsmaßnahmen im Agrarbereich erteilte Angaben nach Absatz 8 verwendet und liegt der Berichtszeitpunkt nach § 19 Abs. 1 innerhalb

des in der Verwaltungsmaßnahme festgelegten Antragszeitraums, können auch dann alle zu übernehmenden Angaben auf den in § 19 Abs. 1 genannten Berichtszeitpunkt bezogen werden, wenn einzelne Angaben zu anderen Zeitpunkten innerhalb des Antragszeitraumes erteilt worden sind.

(10) Für die Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20) dürfen auch Angaben, die auf Grund von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft zur Kennzeichnung und Registrierung von landwirtschaftlichen Nutztieren erteilt wurden, soweit diese Angaben sich auf dieselben Berichtszeitpunkte beziehen, sowie die Hilfsmerkmale Vor- und Familiennamen oder Firma und Anschrift der Inhaber oder Leiter der Betriebe oder Unternehmen und das Kennzeichen zu ihrer Identifikation verwendet werden. Insoweit sind die nach Landesrecht zuständigen Verwaltungsbehörden oder die von diesen beauftragten Stellen auskunftspflichtig.

(11) In den Fällen der Absätze 8 und 10 können die statistischen Ämter der Länder für die Erhebung über die Viehbestände (§§ 18 bis 20), soweit dies mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaften vereinbar ist, hinsichtlich der Bestände an Rindern und Schafen das Erhebungsmerkmal Nutzungszweck sowie hinsichtlich der Bestände an Schweinen die Erhebungsmerkmale Lebendgewichtklasse und Nutzungszweck

1. bei den Erhebungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 repräsentativ erheben oder schätzen,
2. bei den Erhebungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 schätzen.

## § 94

### Durchführung von Bundesstatistiken

(1) Die für die Quotenüberwachung zuständige Bundesbehörde übernimmt die Aufbereitung der Hochsee- und Küstenfischereistatistik (§ 1 Nr. 8) aus den ihr vorliegenden Meldungen sowie die Veröffentlichung und Darstellung der Ergebnisse.

(2) Die Düngemittelstatistik (§ 1 Nr. 11) wird vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet.

(3) Die statistischen Ämter der Länder übermitteln dem Statistischen Bundesamt die von ihnen erhobenen Einzelangaben für Zusatzaufbereitungen des Bundes und für die Erfüllung von Aufgaben im supra- und internationalen Bereich.

## § 94a

### Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. für nach diesem Gesetz durchzuführende Bundesstatistiken

- a) die Durchführung einer Erhebung oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, die Periodizität zu verlängern, Erhebungstermine zu verschieben sowie den Kreis der zu Befragenden einzuschränken, wenn die Ergebnisse nicht mehr oder nicht mehr in der ursprünglich vorgesehenen Ausführlichkeit oder Häufigkeit benötigt werden oder wenn tatsächliche Voraussetzungen für eine Erhe-

bung entfallen sind oder sich wesentlich geändert haben;

- b) bis zu vier Jahre im Rahmen einer Erhebung einzelne neue Merkmale einzuführen, wenn dies zur Deckung eines geänderten Bedarfs für Zwecke der agrarpolitischen Planung erforderlich ist und durch gleichzeitige Aussetzung anderer Merkmale eine Erweiterung des Erhebungsumfangs vermieden wird; nicht eingeführt werden können Merkmale, die die Höhe von Umsätzen, Einnahmen oder Gewinnen, Bildungs- oder Sozialdaten oder besondere Arten personenbezogener Daten nach § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes betreffen;
  - c) die Erhebung von Merkmalen anzuordnen, soweit dies zur Umsetzung oder Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft erforderlich ist;
2. die Werte nach § 41 und nach § 91 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a bis e neu festzulegen;
  3. die Grundsätze für die Durchführung der Besonderen Ernteermittlung (§ 47) festzulegen;
  4. die jährliche Erhebung von Daten über die Erzeugung, Verarbeitung und Einfuhr von Erzeugnissen des ökologischen Landbaus nach Artikel 1 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. EG Nr. L 198 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung als Bundesstatistik nach diesem Gesetz anzuordnen sowie für diese Bundesstatistik in entsprechender Anwendung des Dritten Teiles Regelungen über die Auskunftspflicht, die Durchführung, die Übermittlung und Aufbereitung von Daten sowie über ein Betriebsregister zu treffen.

#### § 95

##### Erhebungsstellen, Erhebungsbeauftragte

(1) Zur Durchführung der Erhebungen nach § 1 können Erhebungsstellen eingerichtet werden. Die Bestimmung der Erhebungsstellen obliegt den Ländern. Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die erforderlichen Regelungen zur Bestimmung der Erhebungsstellen, zur Sicherung des Statistikgeheimnisses durch Organisation und Verfahren sowie zur Verwendung der erhobenen Angaben ausschließlich für die in diesem Gesetz bestimmten Zwecke zu treffen.

(2) Bei der Durchführung der Erhebungen nach § 1 können Erhebungsbeauftragte eingesetzt werden. Sofern die Erhebungsbeauftragten ehrenamtlich tätig sind und für ihre Tätigkeit eine Entschädigung erhalten, gilt diese als steuerfreie Aufwandsentschädigung im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes.

(3) Im Rahmen der Besonderen Ernteermittlung (§ 47) ist den Erhebungsbeauftragten die Entnahme der erforderlichen Ernteproben während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten zu gestatten.

#### § 96

##### Fortschreibeverfahren

Die Bodennutzungshaupterhebung (§ 2 Nr. 2) und die Baumobstanbauerhebung (§ 2 Nr. 5) können ganz oder teilweise im Fortschreibeverfahren durchgeführt werden.

Wird dieses Verfahren durchgeführt, ist es bei allen zu Befragenden eines Bundeslandes anzuwenden. Dabei werden dem zu Befragenden die von ihm bei vorangegangenen Erhebungen angegebenen, bei den statistischen Ämtern der Länder gespeicherten Angaben zur Fortschreibung vorgelegt.

#### § 97

##### Betriebsregister

(1) Zur Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung der Erhebungen nach § 1 Nr. 1, mit Ausnahme der Flächenerhebung, und nach § 1 Nr. 2 bis 5, 9 (§ 75a Nr. 2 und 3 bis § 77) und 10 führen die statistischen Ämter der Länder ein einheitliches Betriebsregister. Für die Erhebung nach § 1 Nr. 11 wird das Betriebsregister vom Statistischen Bundesamt geführt. Das Betriebsregister kann zur Feststellung und zum Nachweis der Erhebungseinheiten, zur Ziehung von Stichproben für die repräsentativen Erhebungen, zur Aufstellung von Rotationsplänen, zur Begrenzung der Belastung zu Befragender, zum Versand der Erhebungsunterlagen, zur Eingangskontrolle und zu Rückfragen bei den Befragten, zur Durchführung von Erhebungen im Fortschreibeverfahren, zur Überprüfung der Ergebnisse auf ihre Richtigkeit, zu Hochrechnungen bei Stichproben verwendet werden. Für agrarstatistische Zuordnungen und Zusammenführungen sowie zu sonstigen agrarstatistischen Auswertungen dürfen die Erhebungsmerkmale der Bodennutzungserhebung (§ 8 Abs. 1, § 11 Abs. 1, § 14 Abs. 1, § 17 Abs. 1), der Erhebung über die Viehbestände (§ 20), der Agrarstrukturserhebung (§ 29 Abs. 1), der Landwirtschaftszählung (§ 34 Abs. 1, § 37 Abs. 1, § 40 Abs. 1, § 43 Abs. 1), der Geflügelstatistik (§ 51 Abs. 1, § 54 Abs. 1, § 57 Abs. 1), der Bestandserhebung (§ 77 Abs. 1) und der Holzstatistik (§ 81 Abs. 1, § 84 Abs. 1) verwendet werden; dabei ist eine Verwendung personenbezogener Angaben anderer Personen als des Betriebsinhabers unzulässig.

(2) In das Betriebsregister dürfen folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aufgenommen werden:

1. die Vor- und Familiennamen, Firma, Institutsname oder Behördenbezeichnung, die Anschrift und die Telekommunikationsanschlussnummern der Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen nach den §§ 38, 41, 49, 52, 55, 75a Nr. 2 und 3, §§ 79, 82, 88 und 91 Abs. 1 sowie der Auskunftspflichtigen nach § 93 Abs. 2 Nr. 4 und 5,
2. der Betriebssitz und die Bezeichnungen für regionale Zuordnungen,
3. die Art des Betriebes,
4. die Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
5. die landwirtschaftlich genutzte Fläche,
6. die Waldfläche,
7. der Wirtschaftszweig, die Art der produzierten Güter, der jährliche Rohholzeinschnitt sowie die Zahl der tätigen Personen,
8. die Beteiligung an agrarstatistischen Erhebungen,
9. das Datum der Aufnahme in das Betriebsregister.

(3) Für die in Absatz 1 genannten Zwecke wird für jede Erhebungseinheit eine Kennnummer gebildet, die keine über die Merkmale des Absatzes 2 Nr. 2 bis 9 hinaus gehenden Angaben enthalten darf.

(4) Die Merkmale nach Absatz 2 sowie die Kennnummer nach Absatz 3 sind zu löschen, soweit sie für die in Absatz 1 genannten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Bei denjenigen Betrieben, die über einen Zeitraum von fünf Jahren, bei der Baumobstanbauerhebung (§ 2 Nr. 5) über einen Zeitraum von sechs Jahren, bei der Gartenbau- und Binnenfischereierhebung (§ 24 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c und d) über einen Zeitraum von elf Jahren nicht mehr zu Erhebungen herangezogen wurden, sind sie spätestens nach Ablauf dieser Zeiträume zu löschen. Eine Löschung der Kennnummer auf dem Datensatz erfolgt nicht.

(5) Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften übermitteln den statistischen Ämtern der Länder alle zwei Jahre, beginnend 2000, zur Aktualisierung des Betriebsregisters, soweit vorhanden, auf Anfrage die Hilfs- und Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nr. 1 bis 6 und das Kennzeichen zur Identifikation (Betriebsnummer), bei Änderung auch das zuletzt übermittelte Kennzeichen.

(6) Soweit von der Übermittlung nach Absatz 5 oder den Ermächtigungen nach § 93 Abs. 8 oder 10 Gebrauch gemacht wird, kann das Kennzeichen zur Identifikation der Erhebungseinheiten für Zuordnungszwecke im Betriebsregister gespeichert werden. Sofern das Kennzeichen zur Identifikation über einen Zeitraum von fünf Jahren nicht mehr zu Zuordnungszwecken herangezogen wurde, ist es spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums zu löschen.

(7) Die nach Landesrecht für die Binnenfischerei zuständigen Stellen übermitteln den statistischen Ämtern der Länder zur Aktualisierung des Betriebsregisters auf Anfrage die Hilfsmerkmale nach Absatz 2 Nr. 1 und 2 für die Erhebungseinheiten nach § 41.

#### § 98

##### **Übermittlung, Verwendung und Veröffentlichung von Einzelangaben**

(1) Die Übermittlung von Einzelangaben an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden ist im

Rahmen des § 16 Abs. 4 des Bundesstatistikgesetzes zugelassen.

(2) Die statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt dürfen zur Stichprobenauswahl für die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft die Vor- und Familiennamen sowie Anschriften der Inhaber der Betriebe, die ständige Arbeitskräfte beschäftigen, die keine Familienangehörigen sind, sowie Angaben zur Stellung im Beruf und zur ausgeübten Tätigkeit verwenden. Zur Bestimmung des Kreises der zu Befragenden bei der Erhebung in Betrieben der Holzbearbeitung und bei der Düngemittelstatistik dürfen sie die Anschriften der Betriebe und Unternehmen sowie Angaben zum Wirtschaftszweig, zur Art und Menge der produzierten Güter und zur Zahl der tätigen Personen aus der Statistik im Produzierenden Gewerbe sowie bei der Düngemittelstatistik die Anschriften der Düngemittel ein- und ausführenden Unternehmen und deren Einfuhren und Ausfuhren aus der Außenhandelsstatistik sowie bei der Bestandserhebung (§§ 75a bis 77) die Anschriften der Unternehmen und Angaben zum Wirtschaftszweig aus der Statistik im Produzierenden Gewerbe und der Statistik im Handel verwenden. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen; dabei verwendete Hilfsmerkmale sind unmittelbar danach zu löschen.

(3) Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Flächen-erhebung (§ 2 Nr. 1) für jede Gemeinde ist zugelassen.

#### Vierter Teil

##### **Schlussvorschrift**

#### § 99

(Inkrafttreten)



## Anlage 3

Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 vom 02. März 1988, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2139/2004 DER KOMMISSION****vom 8. Dezember 2004****zur Änderung und Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2000/115/EG der Kommission im Hinblick auf die Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den Jahren 2005 und 2007**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 8 Absätze 1 und 4 sowie Anhang II Ziffer 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Beitritt der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Malτας, Polens, Sloweniens und der Slowakischen Republik am 1. Mai 2004 macht eine Änderung des Merkmalskatalogs in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 erforderlich.
- (2) Zur Verwirklichung des neuen politischen Ziels einer nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik werden mehr Informationen insbesondere über die Entwicklung des ländlichen Raums benötigt.
- (3) Im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)<sup>(2)</sup> sollten die Mitgliedstaaten bei allen an die Kommission übermittelten Statistiken, die nach Gebietseinheiten untergliedert sind, die NUTS-Systematik verwenden. Für die Zwecke der Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (im Folgenden „Betriebsstrukturserhebungen“ genannt) sollten die Regionen und Bezirke gemäß der NUTS-Klassifikation definiert werden.
- (4) Die Kommission sollte die Fristen für die Übermittlung von Einzeldaten aus den Betriebsstrukturserhebungen festlegen und dabei berücksichtigen, dass der Zeitplan für die Durchführung der Erhebungsarbeiten in den einzelnen Mitgliedstaaten verschieden ist.

(5) Sowohl die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 selbst als auch die Entscheidung 2000/115/EG der Kommission<sup>(3)</sup>, die Definitionen und Erläuterungen zu der genannten Verordnung enthält, sollten daher entsprechend geändert werden.

(6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des durch den Beschluss 72/279/EWG des Rates<sup>(4)</sup> eingesetzten Ständigen Agrarstatistischen Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

**Artikel 1**

Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 wird durch Anhang I der vorliegenden Verordnung ersetzt.

**Artikel 2**

Die Entscheidung 2000/115/EG wird wie folgt geändert:

1. Anhang I wird gemäß Anhang II der vorliegenden Verordnung geändert.
2. Anhang IV wird gestrichen.

**Artikel 3**

(1) Für die Zwecke der Betriebsstrukturserhebungen 2005 und 2007 sind die Regionen die Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 2 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003.

In Abweichung hiervon sind für Deutschland die Regionen die Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 1 gemäß der genannten Verordnung.

(2) Für die Zwecke der Betriebsstrukturserhebungen 2005 und 2007 sind die Bezirke die Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 3 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003.

<sup>(1)</sup> ABl. L 56 vom 2.3.1988, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1435/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 268 vom 16.8.2004, S. 1).

<sup>(2)</sup> ABl. L 154 vom 21.6.2003, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 38 vom 12.2.2000, S. 1. Entscheidung zuletzt geändert durch die Beitrittsakte von 2003.

<sup>(4)</sup> ABl. L 179 vom 7.8.1972, S. 1.

In Abweichung hiervon sind für Deutschland die Regionen die Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 2 gemäß der genannten Verordnung.

(3) Für die Zwecke der Betriebsstrukturhebungen 2005 und 2007 sind die Gemeinden die kleineren Verwaltungseinheiten gemäß Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 1059/2003. Die Mitgliedstaaten geben die Gemeinde für jeden in der Erhebung erfassten Betrieb an.

#### Artikel 4

Die Mitgliedstaaten übermitteln innerhalb der in Anhang III der vorliegenden Verordnung angegebenen Fristen validierte Einzeldaten aus den Betriebsstrukturhebungen 2005 und 2007.

#### Artikel 5

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 8. Dezember 2004

*Für die Kommission*  
Joaquín ALMUNIA  
*Mitglied der Kommission*

ANHANG

„ANHANG I

MERKMALKATALOG FÜR 2005 UND 2007 (\*)

Erläuterungen:

- Merkmale, die mit ‚NE‘ gekennzeichnet sind, werden in den entsprechenden Mitgliedstaaten als nicht vorhanden oder annähernd null eingestuft.
- Merkmale, die mit ‚NS‘ gekennzeichnet sind, werden in den entsprechenden Mitgliedstaaten als unbedeutend eingestuft.

	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
A. Geografische Lage des Betriebs																									
1. Erhebungsbezirk																									
Code																									
a) Gemeinde oder Gebietseinheit unterhalb des Erhebungsbezirks (1)											NE														
2. Benachteiligtes Gebiet (1)																									
a) Berggebiet (1)					NE						NE	NE	NE												
3. Landwirtschaftliche Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen											NE					NE			NE						

B. Rechtspersönlichkeit und Verwaltung des Betriebs

(am Tag der Erhebung)

1. Liegt die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung für den Betrieb bei:

a) einer natürlichen Person, die alleiniger Inhaber eines unabhängigen Betriebs ist?																									
ja/nein																									
b) einer oder mehreren natürlichen Personen, die Gesellschafter in einem Gruppenbetrieb (in einer Personengesellschaft) sind? (2)																									
ja/nein																									
c) einer juristischen Person?																									
ja/nein																									
2. Lautet die Antwort auf Frage B/1 a) ‚ja‘, ist diese Person (der Betriebsinhaber) zugleich Betriebsleiter?																									
ja/nein																									

(\*) Anmerkung für den Leser: Die Kodierung der Merkmale ist in der langen Geschichte der Betriebsstrukturhebungen begründet und kann nicht ohne Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit der Erhebungen untereinander geändert werden.

(1) Die Übermittlung von Informationen über benachteiligte Gebiete (A2) und Berggebiete (A2a) ist fakultativ, wenn für jeden einzelnen Betrieb der Code für die Gemeinde (A1a) angegeben wird. Wird der Gemeindecode (A1a) für den Betrieb nicht angegeben, sind die Informationen über benachteiligte Gebiete (A2) und Berggebiete (A2a) obligatorisch.

(2) Angabe fakultativ.



	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
ja/nein																									
ja/nein								NS		NS															
Code																									

- a) Lautet die Antwort auf Frage B/2 'nein', gehört der Betriebsleiter zur Familie des Betriebsinhabers?
- b) Lautet die Antwort auf Frage B/2 a) 'ja', ist der Betriebsleiter der Ehepartner des Betriebsinhabers?
3. Landwirtschaftliche Berufsausbildung der Betriebsleiter (ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung, landwirtschaftliche Grundausbildung, umfassende landwirtschaftliche Ausbildung) (\*)

C. Besitzverhältnisse (auf den Betriebsinhaber bezogen) und Bewirtschaftungssystem

Landwirtschaftlich genutzte Fläche:																									
1. in Eigentum																									
2. in Pacht																									
3. in Teilpacht oder in anderen Besitzformen													NS			NS					NS		NE	NE	NS

5. Bewirtschaftungssysteme und -methoden:


(\*) In der Erhebung 2007 nicht erfasst

BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

f) Direkte Investitionsbeihilfen, die der Betrieb in den vergangenen fünf Jahren im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten hat:

i) Hat der Betrieb direkte staatliche Beihilfen im Rahmen von produktiven Investitionen erhalten? <sup>(1)</sup>

ii) Hat der Betrieb direkte staatliche Beihilfen im Rahmen von Maßnahmen zur Entwicklung des landlichen Raums erhalten? <sup>(1)</sup>

6. Bestimmung der Produktion des Betriebs:

a) Verbraucht der Haushalt des Betriebsinhabers mehr als 50 % des Wertes der Endproduktion des Betriebs? <sup>(1)</sup>

b) Entfallen auf Direktverkäufe an die Verbraucher mehr als 50 % der Gesamtverkäufe? <sup>(1)</sup>

D. Ackerland

Getreide zur Kornergewinnung (einschließlich Saatgut):

1. Weichweizen und Spelz
2. Hartweizen
3. Roggen
4. Gerste
5. Hafer
6. Körnermais
7. Reis
8. Sonstiges Getreide zur Körnergewinnung
- ha/a
- ha/a
- ha/a
- ha/a
- ha/a
- ha/a
- ha/a
- ha/a

<sup>(1)</sup> In der Erhebung 2007 nicht erfasst.

	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
9.																NE									
darunter:																									
e)																NE						NS			
f)		NS	NS	NS	NS				NS					NS		NE	NS		NS			NS		NE	NS
g)		NS		NS	NS				NS			NS		NS	NS	NE		NS	NS			NS	NS	NS	NE
10.																									
11.					NE						NE					NE									
12.																NE							NS	NS	
Handelsgewächse:																									
23.		NE	NE		NE				NE			NE		NE		NE	NE	NE			NS		NE	NE	NE
24.			NE		NE				NE			NS		NE	NS	NE	NE			NS		NE	NE	NE	NE
25.	NE	NE	NE	NE	NE				NE			NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE		NS		NE	NE	NE
26.						NE										NE									
27.	NS		NS		NE				NE		NS	NE	NE	NE		NE	NS		NS				NE	NE	NS
28.	NE		NE	NE	NE				NE		NE	NE	NE	NE		NE	NE		NS	NS			NE	NE	NS
29.				NS					NS	NS	NE		NE	NS		NE	NE		NS	NS					
30.					NS				NS		NE	NS	NE	NE		NE	NE		NS	NS			NS	NS	NS
31.				NS					NE	NS	NE			NS	NS	NE				NS			NS	NS	NS
32.	NS	NS		NS	NE				NE		NE	NS	NE	NS		NE				NS	NS	NS	NS	NS	NS
33.			NE	NE	NE				NE		NE	NE		NS	NE	NE	NE	NE	NE	NS	NE	NE	NE	NS	NS
34.									NS					NE		NE				NS				NS	NS
35.					NS				NS		NS	NS				NE					NS			NS	NS

- ha/a
9. Eiweißpflanzen zur Körnergewinnung (einschließlich Saatgut und Gemenge von Hulseenfrüchten mit Getreide)
- darunter:
- ha/a
- e) Erbsen, Ackerbohnen und Sojabohnen
- ha/a
- f) Linsen, Kichererbsen und Wicken
- ha/a
- g) Sonstige trocken geerntete Eiweißpflanzen
- ha/a
10. Kartoffeln (einschließlich Früh- und Pflanzkartoffeln)
- ha/a
11. Zuckerrüben (ohne Saatgut)
- ha/a
12. Futterhackfrüchte (ohne Saatgut)
- Handelsgewächse:
- ha/a
23. Tabak
- ha/a
24. Hopfen
- ha/a
25. Baumwolle
- ha/a
26. Raps und Rübsen
- ha/a
27. Sonnenblumen
- ha/a
28. Soja
- ha/a
29. Lein
- ha/a
30. Andere Ölfrüchte
- ha/a
31. Flachs
- ha/a
32. Hanf
- ha/a
33. Andere Texturpflanzen
- ha/a
34. Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen
- ha/a
35. Sonstige Handelsgewächse, anderweitig nicht genannt

	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
Gemüse, Melonen, Erdbeeren:																									
14. Im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen																									
darunter:																									
a) Feldanbau														NE		NS									
b) Gartenbaukulturen																						NE			
15. Unter Glas oder anderen hohen (betretbaren) Schutzeinrichtungen																						NS			
Blumen und Zierpflanzen (ohne Baumschulen):																									
16. Im Freiland oder unter flachen (nicht betretbaren) Schutzabdeckungen																							NS	NS	
17. Unter Glas oder anderen hohen (betretbaren) Schutzeinrichtungen																									
18. Futterpflanzen:																									
a) Ackerviesen und -weiden																NE									
b) Sonstige Grünfutterpflanzen																									
darunter:																									
i) Grünmais (Mais zur Silage)																NE							NS	NS	
ii) Sonstige Futterpflanzen																							NS		
19. Sämereien und Pflanzgut auf dem Ackerland (ohne Getreide, Hulsefruchte, Kartoffeln und Ölsaaten)									NS					NE		NE									
20. Sonstige Kulturen auf dem Ackerland					NS	NS																	NE		
21. Schwarzbrache (einschließlich Grünbrache), für die keine Beihilfe gewährt wird											NE														
22. Schwarzbrache (einschließlich Grünbrache), die einer Beihilfegewährung unterliegt und nicht wirtschaftlich genutzt wird																									
E. Haus- und Nutzgärten																									
F. Dauergrünland	NS		NS								NS						NS								NS
1. Dauerviesen und -weiden, ohne ertragsarme Weiden																NE									
2. Ertragsarme Weiden	NE											NE	NE	NE		NE									

	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
1. Obstanlagen (einschließlich Beerenobstanlagen)																									
a) Obst- (Fruchthobst-) und Beerenarten der gemäßigten Klimazonen (*)																									
b) Obst- und Beerenarten der subtropischen Klimazonen	NE	NE	NE	NE	NE				NE		NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE		NE	NE	NE	NE	NE
c) Schalenobst (Nüsse)	NS	NS	NE	NS	NE				NE		NE	NE	NE	NE		NE	NS	NS			NS	NS	NE	NE	NS
2. Zitrusanlagen	NE	NE	NE	NE	NE				NE		NE	NE	NE	NE	NE		NE	NE	NE		NS	NE	NE	NE	NE
3. Olivenanlagen																									
a) normalerweise zur Erzeugung von Tafeloliven bestimmt	NE	NE	NE	NE	NE				NE		NE	NE	NE	NE	NE		NE	NE	NE			NE	NE	NE	NE
b) normalerweise zur Erzeugung von Olivenöl bestimmt	NE	NE	NE	NE	NE			NS	NE		NE	NE	NE	NE	NE		NE	NE	NE			NE	NE	NE	NE
4. Rebanlagen	NS		NE		NE				NE		NE		NE				NS		NS					NE	NE
davon Erträge normalerweise bestimmt für:																									
a) Qualitätswein	NS		NE		NE				NE		NE	NE	NE	NE			NS		NE				NE	NE	NE
b) anderen Wein	NS	NE	NE	NS	NE				NE		NE	NE	NE	NE			NS	NE	NS				NE	NE	
c) Tafeltrauben	NS		NE	NS	NE				NE		NE	NE	NE	NE			NS	NS	NE		NS		NE	NE	NE
d) Rosinen	NS	NE	NE	NE	NE			NE	NE	NS	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE	NE		NS	NE	NE	NE	NE
5. Reb- und Baumschulen																									
6. Sonstige Dauerkulturen				NE	NE				NS			NS			NS	NS	NE	NE				NE	NS	NE	NS
7. Dauerkulturen unter Glas		NS		NE	NE			NS	NS		NS	NE	NE	NE	NS	NS		NE		NS	NE	NE	NE	NE	NE

(\*) Belgien, die Niederlande und Österreich beziehen die Position G.1 c) „Schalenobst“ unter dieser Rubrik ein.

BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

### H. Sonstige Flächen

1. Nicht genutzte landwirtschaftliche Flächen (landwirtschaftliche Flächen, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen)

ha/a

## 2. Forstfläche

3. Sonstige Flächen (Gebäude und Hofflächen, Wege, Gewässer, Steinbrüche, Unland, Felsen usw.)

ha/a

ha/a

[illegible]

### 1. Einander folgende Nebenkulturen, Pilze, Bewässerung und Stilllegung von Ackerland

1. Einander folgende Nebenkulturen  
(ohne Anbau von Gartenbaukulturen  
und Kulturen unter Glas) (<sup>1</sup>)

ha/a

[illegible]

## 2. Pilze

[illegible]

### 3. Bewässerte Fläche

a) bewasserbare Fläche insgesamt

ha/a

b) Fläche der bewässerten Kulturen

ha/a

[illegible]

4. Flächen, die einer Beihilferegelung zur Stilllegung unterliegen, unterteilt in:

ha/a

iii. a) Schwarzbrache (Grünbrache), die nicht wirtschaftlich genutzt wird (bereits erfasst unter D/22)

ha/a

b) Flächen, die zur Erzeugung von landwirtschaftlichen Rohstoffen dienen, die nicht für Nahrungs- oder Futtermittelzwecke bestimmt sind (z. B. Zuckerrüben, Raps, nicht-forstliche Bäume und Sträucher usw.), einschließlich Linsen, Kichererbsen und Wicken; bereits erfasst unter D und G)

ha/a

[illegible]

(<sup>1</sup>) Angabe fakultativ.

c) In Dauergrünland umgewandelte Flächen (bereits erfasst unter F/1 und F/2) (*)	ha/a	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
					NS							NE					NE								NE	NE
	ha/a				NS												NE								NS	
	ha/a																		NS							NE
J. Viehbestand (am Tag der Erhebung)																										
1. Einhufer	Zahl der Tiere																									
Rinder:																										
2. Männliche und weibliche Rinder unter einem Jahr	Zahl der Tiere																									
3. Männliche Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren	Zahl der Tiere																									
4. Weibliche Rinder von einem Jahr bis unter zwei Jahren	Zahl der Tiere																									
5. Männliche Rinder von zwei Jahren und älter	Zahl der Tiere																									
6. Färsen von zwei Jahren und älter	Zahl der Tiere																									
7. Milchkühe	Zahl der Tiere																									
8. Sonstige Kühe	Zahl der Tiere																									

(\*) In der Erhebung 2007 nicht erfasst.  
(†) Deutschland kann die Positionen 8 c), 8 d) und 8 e) zusammenfassen.

BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Schafe und Ziegen:

9. Schafe (jeden Alters)

- a) Schafe, weibliche Zuchttiere
- b) Sonstige Schafe

Zahl der Tiere																									
Zahl der Tiere																									
Zahl der Tiere																									

10. Ziegen (jeden Alters)

- a) Ziegen, weibliche Zuchttiere
- b) Sonstige Ziegen

Zahl der Tiere		NS																						NS	
Zahl der Tiere		NS	NS																					NS	
Zahl der Tiere		NS	NS																					NS	

Schweine

- 11. Ferkel mit einem Lebendgewicht unter 20 kg
- 12. Zuchtsauen von 50 kg und mehr
- 13. Sonstige Schweine

Zahl der Tiere																									
Zahl der Tiere																									
Zahl der Tiere																									

Geflügel:

- 14. Masthähnchen und -hühnchen
- 15. Legehennen

Zahl der Tiere																									
Zahl der Tiere																									





9. Andere vollmechanisierte Erntegeräte <sup>(1)</sup>	Zahl	BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
10. Bewässerungsanlagen vorhanden?	ja/nein																NS									
a) Falls ja, ist die Anlage mobil?	ja/nein	NS				NS				NE					NE											
b) Falls ja, ist die Anlage feststehend?	ja/nein	NS				NS				NE					NE			NS								
2. In den letzten 12 Monaten vor dem Tag der Erhebung benutzte Maschinen, von mehreren Betrieben benutzt (im Besitz eines anderen Betriebs, einer Genossenschaft oder im gemeinschaftlichen Besitz) oder im Besitz eines landwirtschaftlichen Lohnunternehmens																										
1. Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger nach Leistungsklassen (kW)	ja/nein																									
2. Einachsenschlepper, Motorhacken, Motorfräsen und Motormäher	ja/nein																									
3. Mähdräher	ja/nein																									
9. Andere vollmechanisierte Erntegeräte	ja/nein																									

L. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte (in den 12 Monaten vor dem Tag der Erhebung)

Statistische Informationen werden für jede Person, welche auf dem erhobenen Betrieb arbeitet und zu den folgenden Arbeitskräftekategorien gehört, so erfasst, dass sie untereinander und/oder mit anderen Erhebungsmerkmalen beliebig gekreuzt werden können.

<sup>(1)</sup> In der Erhebung 2007 nicht erfasst.

BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

**Betriebsinhaber**

**In diese Kategorie fallen:**

- natürliche Personen, nämlich
- alleinige Betriebsinhaber un-
- abhängiger Betriebe (alle Per-
- sonen, welche die Frage B/
- 1(a) mit „ja“ beantwortet ha-
- ben)
- die Gesellschafter von Grup-
- penbetrieben/Personengesell-
- schaften, die als Betriebsinha-
- ber identifiziert wurden
- juristische Personen.

Für jede der oben genannten natürlichen Personen werden folgende Daten erfasst:

- Geschlecht
- Alter nach folgenden Altersklassen:
- ab Erreichen des Alters, in dem die Schulpflicht endet, bis < 25 Jahre, 25—34, 35—44, 45—54, 55—64, 65 und darüber,
- landwirtschaftliche Tätigkeit im Betrieb (außer Hausarbeit) in folgender Unterteilung:
- 0 %, > 0—< 25 %, 25—< 50 %, 50—< 75 %, 75—< 100 %, 100 % (Vollzeit) der jährlichen Arbeitszeit einer vollzeitlich beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskraft.

BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

1 a) Betriebsleiter

In diese Kategorie fallen:

- die Betriebsleiter unabhängiger Betriebe, einschließlich Ehepartner und anderer Mitglieder der Familie des Betriebsinhabers, wenn sie Betriebsleiter sind, d. h. wenn die Antwort auf die Frage B/2 a) oder auf die Frage B/2 b) 'ja' ist,
- die Gesellschafter von Gruppenbetrieben/Personengesellschaften, die als Betriebsleiter identifiziert wurden,
- die Leiter von Betrieben, deren Betriebsinhaber eine juristische Person ist.

(Die Betriebsleiter, die zugleich alleiniger Betriebsinhaber sind oder die Gesellschafter in einem Gruppenbetrieb (in einer Personengesellschaft), die als Betriebsinhaber identifiziert wurden, werden nur einmal erfasst, nämlich als Betriebsinhaber unter Kategorie I/1).

Für jede der oben genannten Personen werden folgende Daten erfasst:

- Geschlecht
- Alter nach folgenden Altersklassen:  
ab Erreichen des Alters, in dem die Schulpflicht endet, bis < 25 Jahre, 25—34, 35—44, 45—54, 55—64, 65 und darüber,

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--





BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SF	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

4 a) Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich (außer Personen in Kategorien L/1, L/1 a), L/2 und L/3)

4 b) Regelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: weiblich (außer Personen in Kategorien L/1, L/1 a), L/2 und L/3)

Die folgenden Informationen über die Zahl der Personen im Betrieb entsprechend den folgenden Klassen sind für jede der oben genannten Kategorien zu erfassen:

— Alter nach folgenden Altersklassen:  
ab Erreichen des Alters, in dem die Schulpflicht endet, bis <25 Jahre, 25—34, 35—44, 45—54, 55—64, 65 und darüber<sup>(1)</sup>,

— landwirtschaftliche Tätigkeit im Betrieb (außer Hausarbeit) in folgender Unterteilung:

> 0—< 25 %, 25—< 50 %, 50—< 75 %, 75—< 100 %, 100 % (Vollzeit) der jährlichen Arbeitszeit einer vollzeitlich beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskraft

<sup>(1)</sup> In der Erhebung 2007 nicht erfasst.

[illegible]

Zahl der Arbeitstage

5. + 6. Unregelmäßig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte: männlich und weiblich

7. Übt der Alleininhaber des Betriebes, der zugleich auch Leiter des Betriebes ist, eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit aus?

ja/nein ja/nein

— hauptberuflich?  
— nebenberuflich?

8. Übt der Ehegatte des alleinigen Betriebsinhabers eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit aus?

ja/nein ja/nein

— hauptberuflich?  
— nebenberuflich?

9. Über die sonstigen im Betrieb beschäftigten Familienangehörigen des alleinigen Betriebsinhabers eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit aus? Falls ja, wie viele dieser Personen üben eine außerbetriebliche Tätigkeit aus, und zwar

Zahl der Personen	Zahl der Personen	Zahl der Arbeitstage
1	1	1
2	2	2
3	3	3
4	4	4
5	5	5
6	6	6
7	7	7
8	8	8
9	9	9
10	10	10
11	11	11
12	12	12
13	13	13
14	14	14
15	15	15
16	16	16
17	17	17
18	18	18
19	19	19
20	20	20
21	21	21
22	22	22
23	23	23
24	24	24
25	25	25
26	26	26
27	27	27
28	28	28
29	29	29
30	30	30
31	31	31
32	32	32
33	33	33
34	34	34
35	35	35
36	36	36
37	37	37
38	38	38
39	39	39
40	40	40
41	41	41
42	42	42
43	43	43
44	44	44
45	45	45
46	46	46
47	47	47
48	48	48
49	49	49
50	50	50
51	51	51
52	52	52
53	53	53
54	54	54
55	55	55
56	56	56
57	57	57
58	58	58
59	59	59
60	60	60
61	61	61
62	62	62
63	63	63
64	64	64
65	65	65
66	66	66
67	67	67
68	68	68
69	69	69
70	70	70
71	71	71
72	72	72
73	73	73
74	74	74
75	75	75
76	76	76
77	77	77
78	78	78
79	79	79
80	80	80
81	81	81
82	82	82
83	83	83
84	84	84
85	85	85
86	86	86
87	87	87
88	88	88
89	89	89
90	90	90
91	91	91
92	92	92
93	93	93
94	94	94
95	95	95
96	96	96
97	97	97
98	98	98
99	99	99
100	100	100

--- hauptberuflich?  
--- nebenberuflich?

0. Gesamtzahl der unter L/1 bis L/6 nicht aufgeführten äquivalent vollzeitlichen Arbeitstage in den 12 Monaten vor dem Tag der Erhebung (landwirtschaftliche Tätigkeit), die von nicht unmittelbar vom Betrieb beschafften Personen geleistet wurden (z. B. Beschäftigte von Lohnunternehmern) (!)

(1) Fakultativ für Mitgliedstaaten, die eine Gesamtschätzung für dieses Merkmal auf regionaler Ebene vorlegen können.



BE	CZ	DK	DE	EE	EL	ES	FR	IE	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	AT	PL	PT	SI	SK	FI	SE	UK
----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

M. Ländliche Entwicklung

1. Andere Erwerbstätigkeiten (außer Landwirtschaft), die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen

- a) Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten
- b) Handwerk
- c) Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- d) Be- und Verarbeitung von Holz (z. B. Sägewerk usw.)
- e) Aquakultur
- f) Erzeugung von erneuerbarer Energie (Windenergie, Strohverbrennung usw.)
- g) Vertragliche Arbeiten (unter Einsatz von Geräten des Betriebs)
- h) Sonstige
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein
- ja/nein

																NE									
										NS						NE									
										NS						NE	NS								
			NS							NE						NE	NS								
																NE									
										NS						NE									
																NE									

## ANHANG II

## Änderungen an Anhang I der Entscheidung 2000/115/EG

## 1. Änderungen an Abschnitt A

## Unterabschnitt A/1 II:

„Die Regionen und Bezirke für die Zwecke der Erhebungen über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe sind in Anhang IV aufgeführt.“

und der folgende Satz in Abschnitt A/1 a) II:

„Können diese Codes nicht übermittelt werden, teilen die Mitgliedstaaten stattdessen für jeden einzelnen Betrieb die in den Merkmalen A/2, A/2 a) und A/3 genannten Informationen mit.“

werden gestrichen.

## 2. Änderungen an Abschnitt C

Der folgende Unterabschnitt wird an Abschnitt C angefügt:

**„C/5 Bewirtschaftungssysteme und -methoden****1. C/5 f) Investitionsbeihilfen in den vergangenen fünf Jahren**

I. Staatliche Investitionsbeihilfen betreffen in der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Entwicklung des ländlichen Raums aufgeführte Maßnahmen.

II. „Direkt“ bedeutet, dass das Merkmal keine Investitionsbeihilfen umfasst, die nicht direkt an den Betrieb gezahlt, sondern auf einer höheren Ebene (Regional- oder Gruppenebene) bereitgestellt werden, und zwar auch dann, wenn dem Betrieb diese Beihilfe indirekt zugute gekommen wäre. Beispiele für hier nicht einbezogene Investitionen sind:

- Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung,
- Entwicklung und Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur,
- Aufbau von Vertretungs und Betriebsführungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe,
- Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen,
- Bodenmelioration,
- Flurbereinigung.

Ferner umfasst die Frage keine in der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 genannten Beihilfen und Maßnahmen folgender Art, die sich nicht auf Investitionen beziehen:

- Berufsbildung (Kapitel III),
- Vorruhestand (Kapitel IV),
- benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen (Kapitel V),
- Agrarumweltmaßnahmen (Kapitel VI).

**2. C/5 f) i) Erhalt staatlicher Beihilfen im Rahmen von produktiven Investitionen**

I. Produktive Investitionen betreffen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999:

- Artikel 4: Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben;
- Art. 8: Niederlassung von Junglandwirten.

3. C/5 f) ii) Erhalt staatlicher Beihilfen im Rahmen von Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums

I. Die unter diese Frage fallenden Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums sind bestimmte gemäß Artikel 33 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 durchgeführte Maßnahmen:

- Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes,
- Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten oder alternative Einkommensquellen zu schaffen,
- Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten,
- Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes,
- Finanzierungstechnik,

sowie Investitionen in der Forstwirtschaft (Kapitel VIII).

**C/6 Bestimmung der Produktion des Betriebs**

4. C/6 a) Verbrauch des Haushalts des Betriebsinhabers

II. Unentgeltliche Schenkungen an Familienangehörige und Verwandte sollten als Haushaltsverbrauch betrachtet werden. Für die Endproduktion gilt die in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendete Definition (d. h. die als Vorleistungen in andere Erzeugungen eingehende Produktion, z. B. Futterpflanzen für die tierische Erzeugung, sollte in der Gesamtproduktion nicht berücksichtigt werden).

Die 50 % sollten natürlich nicht als genauer Grenzwert betrachtet werden, sondern stellen lediglich eine Größenordnung dar.

5. C/6 b) Direktverkäufe an die Verbraucher

II. Die 50 % sollten natürlich nicht als Ergebnis einer genauen Schätzung betrachtet werden, sondern stellen lediglich eine Größenordnung dar."

## ANHANG III

**Fristen für die Übermittlung der validierten Einzeldaten der Erhebung an Eurostat**

Mitgliedstaat	Fristen Betriebsstrukturerhebungen 2005	Fristen Betriebsstrukturerhebungen 2007
Belgien	30. Juni 2006	31. Mai 2008
Tschechische Republik	30. Juni 2006	30. Juni 2008
Dänemark	31. Mai 2006	31. Mai 2008
Deutschland	30. September 2006	30. September 2008
Estland	30. Juni 2006	30. Juni 2008
Griechenland	31. Dezember 2006	31. Dezember 2008
Spanien	31. Dezember 2006	31. Dezember 2008
Frankreich	31. Dezember 2006	31. Dezember 2008
Irland	30. Juni 2006	31. Mai 2008
Italien	31. Oktober 2006	30. September 2008
Zypern	30. September 2006	30. September 2008
Lettland	30. Juni 2006	30. Juni 2008
Litauen	31. März 2006	31. März 2008
Luxemburg	31. Mai 2006	31. Mai 2008
Ungarn	30. September 2006	30. September 2008
Malta	31. Juli 2006	31. Juli 2008
Niederlande	31. Juli 2006	31. Juli 2008
Österreich	30. September 2006	30. September 2008
Polen	31. März 2006	31. März 2008
Portugal	31. Dezember 2006	31. Dezember 2008
Slowenien	30. Juni 2006	30. Juni 2008
Slowakische Republik	31. Oktober 2006	30. September 2008
Finnland	31. August 2006	31. August 2008
Schweden	30. Juni 2006	30. Juni 2008
Vereinigtes Königreich	31. August 2006	31. August 2008

## **Anlage 4**

**Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und  
landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995  
(BGBl. I S. 910)**

**Gesetz  
zur Gleichstellung stillgelegter  
und landwirtschaftlich genutzter Flächen**

**Vom 10. Juli 1995**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§ 1**

(1) Flächen, die nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen (ABl. EG Nr. L 181 S. 12) stillgelegt worden sind, gelten weiterhin als landwirtschaftlich genutzte Flächen.

(2) Die für die Landwirtschaft in anderen Rechtsgebieten geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere im Bereich des Bürgerlichen Rechts, des Grundstücksverkehrsrechts, des Landpachtverkehrsrechts, des Baurechts, des Naturschutzrechts, der Statistik und des Wasserrechts, finden auf diesen Flächen weiterhin Anwendung. Die infolge der Stilllegung geänderte Beschaffenheit der Flächen bleibt hierbei unberücksichtigt. Insbesondere bleibt das Recht, diese Flächen nach Beendigung der Stilllegungsperiode in derselben Art und demselben Umfang wie zum Zeitpunkt vor der Stilllegung nutzen zu können, unberührt.

**§ 2**

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1994 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 10. Juli 1995

Der Bundespräsident  
Roman Herzog

Der Bundeskanzler  
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
Jochen Borchert

## **Anlage 5**

**Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von  
Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste  
Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV)  
vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415),  
geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004  
(BGBl. I S. 3584)**

Die Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung - 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 wurde am 29.11.2002 im BGBl. I (S. 4415) verkündet.

**Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen  
nach dem Agrarstatistikgesetz  
(Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV)**

Vom ..... 2002

Auf Grund des § 94a Nr. 1 Buchstabe a und c des Agrarstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118) verordnet das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

**§ 1**

**Erhebung über die Viehbestände**

(1) Im Rahmen der Erhebung über die Viehbestände werden über die in § 19 Abs. 1 Nr. 2 des Agrarstatistikgesetzes genannten Merkmale hinaus zum Berichtszeitpunkt 3. Mai 2005 Merkmale über die Bestände an Pferden und Geflügel erhoben.

(2) Erhebungsmerkmale sind

1. bei den Beständen an Pferden: die Zahl der Tiere;
2. bei den Beständen an Geflügel: die Zahl, die Art sowie bei Hühnern der Nutzungszweck der Tiere.

**§ 2**

**Agrarstrukturhebung**

(1) Im Rahmen der Agrarstrukturhebung werden über die in § 28 Abs. 1 Nr. 2 des Agrarstatistikgesetzes genannten Merkmale hinaus erhoben:

1. in den Jahren 2003, 2005 und 2007: Merkmale über Einkünfte aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen;
2. im Jahr 2003: Merkmale über Umweltleistungen des Betriebs;
3. im Jahr 2005: Merkmale über die Berufsbildung des Betriebsleiters.



## **(2) Erhebungsmerkmale sind**

1. bei den Einkünften aus anderen Erwerbstätigkeiten als Landwirtschaft, die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen: die Herkunft nach Anhang I Buchstabe M der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung;
2. bei den Umweltleistungen des Betriebs: der Bezug von Prämien oder Beihilfen für umweltrelevante Verpflichtungen, ausgenommen solche für den ökologischen Landbau, sowie die Fläche von nicht bewirtschafteten Feldabgrenzungen oder Teilen von Parzellen, die vom Betrieb aus Umweltgründen gepflegt werden und für welche der Landwirt Unterstützung erhält;
3. bei der Berufsbildung des Betriebsleiters: die landwirtschaftliche Berufsbildung nach der Art des Abschlusses.

(3) Der Berichtszeitraum für das Erhebungsmerkmal nach Absatz 2 Nr. 1 sind die Monate Mai des Vorjahres bis April des laufenden Jahres. Der Berichtszeitpunkt für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nr. 2 und 3 ist der Tag der ersten Aufforderung zur Auskunftserteilung.

## **§ 3**

### **Ernte- und Betriebsberichterstattung**

Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung über Reben wird die Erhebung der Merkmale Mostausbeute und Säuregehalt (§ 46 Abs. 1 Satz 4 des Agrarstatistikgesetzes) ausgesetzt.

## **§ 4**

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

---

Der Bundesrat hat zugestimmt.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

1. Die Erhebung von Merkmalen auf der Grundlage des Agrarstatistikgesetzes wird regelmäßig unter dem Gesichtspunkt künftiger Erfordernisse und des mit der Erhebung verbundenen Aufwands überprüft. Für einige Merkmale ergab diese Überprüfung, dass ihre Erhebung auf absehbare Zeit nicht mehr erforderlich ist.

Nach § 94a Nr. 1 Buchstabe a des Agrarstatistikgesetzes ist das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Erhebung solcher Merkmale auszusetzen. Dies soll mit der vorliegenden Verordnung erfolgen.

2. Mit der Verordnung (EG) Nr. 143/2002 der Kommission vom 24. Januar 2002 (ABl. EG Nr. L 24 S. 16) wurde die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates geändert, indem der Merkmalskatalog (Anhang I der Ratsverordnung) zur Durchführung der Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in 2003, 2005 und 2007 aktualisiert wurde. Mit dieser Aktualisierung verbunden war insbesondere auch eine Verpflichtung zur Erhebung bestimmter neuer Merkmale bzw. eine Aufhebung früherer Optionen für die Mitgliedstaaten, vorgesehene Merkmale nicht erheben zu müssen.

Zwar gelten die genannten Verordnungen unmittelbar in jedem Mitgliedstaat; sie enthalten jedoch keine Bestimmungen über die Durchführung der Erhebungen, insbesondere nicht über die Auskunftspflicht. Die zu regelnde Materie fällt in den Anwendungsbereich des Agrarstatistikgesetzes.

Nach § 94a Nr. 1 Buchstabe c des Agrarstatistikgesetzes ist das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für nach diesem Gesetz durchzuführende Bundesstatistiken die Erhebung von Merkmalen anzuordnen, soweit dies zur Umsetzung oder Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft erforderlich ist. Auf dieser Grundlage wird mit der vorliegenden Verordnung die Rechtsgrundlage für eine Erhebung bestimmter Merkmale des Merkmalskatalogs der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates geschaffen.

3. Die Aussetzung einiger Merkmale führt zu Minderkosten, die Erhebung zusätzlicher Merkmale zu Mehrkosten bei den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Soweit bereits 2003 zusätzliche Merkmale erhoben werden (Agrarstrukturerhebung, siehe § 2 des Entwurfs), ist dies in den laufenden Vorbereitungen der Erhebung bereits vorgesehen. In späteren Jahren können per saldo geringe Mehrkosten entstehen, die durch den Datenbedarf der EU bedingt sind.

Auch für die Auskunftspflichtigen ergeben sich jeweils Entlastungen (durch Aussetzung von Merkmalen) bzw. Belastungen (durch Erhebung zusätzlicher Merkmale). Die Mehrbelastung der Auskunftspflichtigen wird dadurch in Grenzen gehalten, dass die zusätzlichen Merkmale im Rahmen bestehender agrarstatistischer Erhebungen erfragt werden. Insgesamt ergeben sich für die Auskunftspflichtigen geringe zusätzliche Kosten, die auf rd. 70 000 € im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2007 geschätzt werden.

Durch die Änderungen sind keine messbaren Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu § 1**

Die Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates verpflichtet die Mitgliedstaaten unter anderem, im Rahmen der Agrarstrukturerhebungen 2003, 2005 und 2007 einzelbetriebliche Daten der Bestände an bestimmten Tierarten und –kategorien an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu übermitteln.

Nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 des Agrarstatistikgesetzes wird ab dem Jahr 2003 eine allgemeine, d.h. eine in allen Betrieben des Berichtskreises durchzuführende, Erhebung der Bestände an Rindern, Schweinen, Schafen, Pferden und Geflügel in vierjährlichem Turnus angeordnet. Nach 2003 ist die nächste allgemeine Erhebung somit für 2007 vorgesehen. Darüber hinaus werden (außer in den Stadtstaaten) zur Erhebung der Bestände an Rindern und Schweinen halbjährlich, für die Bestände an Schafen jährlich repräsentative Stichprobenerhebungen durchgeführt (§ 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3). Für diese zuletzt genannten Tierarten kann die Verpflichtung aus der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates für das Jahr 2005 aus Ergebnissen dieser Repräsentativerhebungen erfüllt werden.

Für die Bestände an Pferden und Geflügel in landwirtschaftlichen Betrieben ist im Hinblick auf die gemeinschaftliche Agrarstrukturerhebung 2005 ergänzend die Erhebung von Merkmalen erforderlich, um der Verpflichtung aus der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates nachzukommen. Zur Begrenzung des Erhebungsaufwandes und der Belastung der Auskunftspflichtigen werden die Merkmale lediglich bei einer Stichprobe von Betrieben erhoben.

**Zu § 2**

Nach dem Abschnitt M des Merkmalskatalogs der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates ist bei den Betrieben zu erfragen, ob Einkünfte aus bestimmten anderen Erwerbstätigkeiten (außer Landwirtschaft), die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen, erzielt werden. Erfragt wird nur die Herkunft dieser Einkünfte nach der Art der Tätigkeit (z.B. aus Fremdenverkehr, aus der Erzeugung erneuerbarer Energien usw.), nicht deren Höhe oder Zusammensetzung.

Die Merkmale C/5 c und N/3 des Merkmalskatalogs der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates betreffen Umweltleistungen der landwirtschaftlichen Betriebe. Diese sollen nach den Vorgaben des EG-Rechts statistisch erfasst werden, indem erfragt wird,

- ob der Betrieb Prämien oder Beihilfen für bestimmte umweltrelevante Verpflichtungen erhält,
- wie groß die Fläche von nicht bewirtschafteten Feldabgrenzungen oder Teilen von Parzellen, die vom Betrieb aus Umweltgründen gepflegt werden, ist.

Beide Fragestellungen sind von den statistischen Ämtern zu konkretisieren, indem jeweils auf einschlägige Agrarumweltprogramme der Länder Bezug genommen wird.

Die landwirtschaftliche Berufsbildung des Betriebsleiters (Merkmal B/3 des Merkmalskatalogs der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates) ist im Jahr 2005 zu erheben. Bisher wurde die Berufsbildung lediglich im Rahmen der Landwirtschaftszählung (zuletzt 1999, siehe § 33 Abs. 2, § 34 Abs. 1 Nr. 3 AgrStatG) ermittelt.

Mit § 2 dieser Verordnung wird eine bundesrechtliche Grundlage für die Erhebung der genannten Merkmale geschaffen. Dazu ist auch die Berichtszeit zu bestimmen. Zur Begrenzung des Erhebungsaufwandes und der Belastung der Auskunftspflichtigen werden die Merkmale lediglich bei einer Stichprobe von Betrieben erhoben.

**Zu § 3**

Eine unter dem Gesichtspunkt, bestehende agrarstatistische Erhebungen zu vereinfachen und zu straffen, durchgeführte Überprüfung ergab, dass im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung über Reben die Erhebung der Merkmale Mostausbeute und Säuregehalt (§ 46 Abs. 1 Satz 4 des Agrarstatistikgesetzes) nicht mehr zwingend erforderlich ist. Es ist deshalb angezeigt, die Erhebung dieser Merkmale auszusetzen.

**Zu § 4**

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

## Verordnung zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung

Vom 20. Dezember 2004

Auf Grund des § 94a Nr. 1 Buchstabe a und c des Agrarstatistikgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 2002 (BGBl. I S. 3118) verordnet das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

### Artikel 1

Die Erste Agrarstatistikverordnung vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415) wird wie folgt geändert:

#### 1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Betriebsleiters“ die Wörter „, den Erhalt von Investitionsbeihilfen sowie die Ausstattung mit und den überbetrieblichen Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 wird nach Nummer 3 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und werden folgende Nummern 4 und 5 angefügt:
  - „4. beim Erhalt von Investitionsbeihilfen: der direkte Erhalt von Investitionsbeihilfen nach Anhang I Buchstabe C Ziffer 5 Buchstabe f der Verordnung (EWG) Nr. 571/88;
  5. bei der Ausstattung mit und dem Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen:
    - a) die betriebliche Ausstattung und
    - b) der überbetriebliche Einsatz
 von landwirtschaftlichen Maschinen und Einrichtungen nach Anhang I Buchstabe K der Verordnung (EWG) Nr. 571/88, mit Ausnahme der Untergliederung der Schlepper nach Leistungsklassen.“

#### c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird nach der Angabe „Absatz 2 Nr. 1“ die Angabe „und 5 Buchstabe b“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 wird die Angabe „Absatz 2 Nr. 2 und 3“ durch die Angabe „Absatz 2 Nr. 2, 3 und 5 Buchstabe a“ ersetzt.
- cc) Nach Satz 2 wird folgender Satz angefügt:
 

„Der Berichtszeitraum für die Erhebungsmerkmale nach Absatz 2 Nr. 4 ist der Zeitraum von Januar 2000 bis Dezember 2004.“

#### d) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Im Rahmen des Ergänzungsprogramms der Agrarstrukturerhebung wird die Erhebung des Merkmals Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 30. April oder 1. Mai bis 31. Dezember (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 des Agrarstatistikgesetzes) ausgesetzt.“

#### 2. § 4 wird wie folgt gefasst:

##### „§ 4

##### Gartenbauerhebung

Im Rahmen der Gartenbauerhebung wird die Erhebung der Merkmale Lagerräume sowie Berufsbildung des Betriebsleiters (§ 39 Abs. 2 Nr. 4 des Agrarstatistikgesetzes) ausgesetzt.“

### Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 20. Dezember 2004

Die Bundesministerin  
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft  
Renate Künast



# Anlage 6

## Erhebungsvordrucke zur ASE 2005





## Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Falls Sie Gartenbau betreiben, füllen Sie bitte auch den  
Anlagebogen aus.

Thüringer Landesamt für Statistik, Postfach 1255, 07502 Gera

Falls Anschrift oder Firmierung nicht mehr zutrifft, bitte korrigieren

Rücksendedatum bitte bis spätestens:

**18. Mai 2005**

Ort, Datum, Unterschrift:

Ansprechpartner/-in für Rückfragen  
(freiwillige Angabe):

Name:

Telefon, Fax oder E-Mail:

Rechtsgrundlagen und Hilfsmerk-  
male siehe Unterrichtung.

Thüringer Landesamt für Statistik  
Ref. Land- u. Forstwirtschaft  
Postfach 1255 | Berliner Str. 147  
07502 Gera | 07545 Gera

Bei Rückfragen erreichen Sie uns unter:

Ansprechpartnerin:  
Frau Nürnberger: (-734556)  
Frau Schmidt: (-734557)  
Frau Spindler: (-734560)

Tel.: 0361/ 37 (- Durchwahl)  
Fax: 0361/ 37 - 734502

E-Mail: [agrarstatistik@tts.thueringen.de](mailto:agrarstatistik@tts.thueringen.de)  
Internet: <http://www.tts.thueringen.de>

**Vielen Dank  
für Ihre Mitarbeit.**

Gemeindekennziffer

Kenn-Nr. des Betriebes

Die Erhebung ist zugleich EG-Agrarstrukturerhebung und erfüllt die Anforderungen der gemeinsamen Erhebung über  
die Bodennutzung und Viehbestände.

### Erhebungseinheiten sind Betriebe mit:

1. 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)

2. weniger als 2 ha LF (*einschließlich Betriebe ohne LF*), wenn diese **mindestens** eine der nachstehend  
aufgeführten unteren Erfassungsgrenzen **erreichen oder überschreiten**:

- 8 Rinder
- 8 Schweine
- 20 Schafe
- 200 Legehennen
- 200 Junghennen
- 200 Schlacht-, Masthähne, -hühner und sonst. Hähne
- 200 Gänse, Enten und Truthühner
- 30 Ar Obstfläche, auch soweit sie nicht im Ertrag steht
- 30 Ar bestockte Rebfläche, auch soweit sie nicht im Ertrag steht

Oder jeweils für Erwerbszwecke:

- 30 Ar Hopfen
- 30 Ar Tabak
- 30 Ar Baumschulen
- 30 Ar Gemüseanbau im Freiland
- 30 Ar Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland
- 30 Ar Heil- und Gewürzpflanzen
- 30 Ar Gartenbausämereien
- 3 Ar Gemüse unter Glas
- 3 Ar Blumen und Zierpflanzen unter Glas

3. mit einer Waldfläche von mindestens 10 ha.

Erfüllt der Betrieb mindestens eine der unter 1. oder 2. genannten Bedingungen, dann sind alle Erhebungsmerkmale,  
und zwar unabhängig vom Erreichen einzelner vorgegebener Grenzen, anzugeben. Betriebe, die ausschließlich  
Waldflächen bewirtschaften, füllen nur die Abschnitte 1 und 2 ab Code 245 bis 265 aus.

### Erläuterungen und Hinweise zum Ausfüllen des Erhebungsvordrucks

1. Für die Beantwortung der Fragen gibt es folgende Möglichkeiten:

a) Ankreuzen vorgegebener Antworten  
(*soweit zutreffend*)

zum Beispiel



b) Eintragen

– der zutreffenden Anzahl (Std., ha, a) rechtsbündig

zum Beispiel

1 5

– der zutreffenden Kennziffer

zum Beispiel

3

c) Klartexteintragungen (*in Worten*)

zum Beispiel

Tochter

2. Auf eine geschlechtsspezifische Bezeichnung (z.B. *Betriebsinhaber/in*) wurde verzichtet.

Fragen, die mit einem Verweiskästchen (z.B. ■) gekennzeichnet sind, werden jeweils auf der gegenüberliegenden  
Seite im Fragebogen noch näher erklärt. Wir bitten Sie, diese Erläuterungen zu berücksichtigen.

## Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz

### Art, Umfang und Zweck der Erhebung

Die Agrarstrukturerhebung und die Gartenbauerhebung werden im Frühjahr 2005 durchgeführt. Ziel der Erhebungen ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitstreu und zuverlässiger statistischer Informationen über die Betriebsstruktur sowie die wirtschaftliche und soziale Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Daten dienen in Verbindung mit den Ergebnissen aus anderen Agrarstatistiken dazu, Erntemengen zu berechnen und vorauszuschätzen, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu erkennen und auf seine Ursachen hin untersuchen zu können. Die Ergebnisse bieten weiterhin für Regierung, Verwaltung, Berufsstand, Wirtschaft und Wissenschaft auf nationaler und supranationaler Ebene die notwendigen statistischen Grundlagen für ihre Entscheidungen und Maßnahmen. Mit den Ergebnissen werden zugleich die statistischen Anforderungen der Europäischen Union in den EG-Strukturerhebungen abgedeckt. Da die Ergebnisse auch für Planungen und Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft herangezogen werden, verdient die Erhebung ihre uneingeschränkte Unterstützung.

### Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 S. 1 vom 2. März 1988), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004).

Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118).

Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910).

Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584).

### Hilfsmerkmale, Trennen und Löschen:

Hilfsmerkmale sind Vor- und Familienname (ggf. Firma, Instituts- oder Behördenname), Anschrift, Datum und Unterschrift sowie die als freiwillige Angabe erbetenen Telekommunikationsanschlussnummern.

Sie dienen lediglich der technischen Durchführung der Erhebung und werden spätestens nach Abschluss der Prüfung der Angaben auf Vollständigkeit von den Erhebungsvordrucken abgetrennt und mit Ausnahme von Name, Anschrift und Telekommunikationsanschlussnummern vernichtet.

### Auskunftspflicht und Geheimhaltung

Auskunftspflichtig sind nach § 93 Abs. 2 Nr. 1 AgrStatG i.V.m. § 15 BStatG *Inhaber oder Leiter landwirtschaftlicher Betriebe*.

Für die Angaben über die außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen sind nach § 93 Abs. 3 AgrStatG die jeweils betroffenen Personen selbst auskunftspflichtig. Die Antworten sind gemäß § 15 Abs. 3 BStatG *wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der von den Statistischen Ämtern der Länder gesetzten Fristen* für den Empfänger (das Statistische Landesamt) *porto- und kostenfrei* zu erteilen.

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben gemäß § 15 Abs. 6 BStatG *keine aufschiebende Wirkung*.

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheimgehalten. Nur in ausdrücklich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung der erhobenen Angaben ist nach § 98 Abs. 1 AgrStatG in Verbindung mit § 16 Abs. 4 BStatG an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden in Form von Tabellen mit statistischen Ergebnissen zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Abs. 6 BStatG ist auch möglich, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben Einzelangaben zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

### Kennnummer des Betriebes und Betriebsregister

Nach § 97 Abs. 3 AgrStatG wird für jede Erhebungseinheit eine systemfreie und landesspezifische Kennnummer, die der Identifizierung des Betriebes dient, vergeben und vom Statistischen Landesamt in das nach § 97 Abs. 2 AgrStatG zu führende Betriebsregister übernommen.

In das Betriebsregister werden nach § 97 Abs. 2 AgrStatG folgende Hilfs- und Erhebungsmerkmale aufgenommen:

- Name und Anschrift der Inhaber oder Leiter der Betriebe, Telekommunikationsanschlussnummern,
- Betriebssitz und die Bezeichnung für regionale Zuordnungen,
- Art des Betriebes,
- Rechtsstellung des Betriebsinhabers,
- Landwirtschaftlich genutzte Fläche,
- Waldfläche,
- Beteiligung an agrarstatistischen Erhebungen,
- Datum der Aufnahme in das Betriebsregister.

Bei Flächenveränderungen gegenüber 2004 bitte ausfüllen.

Es ist immer der vorherige oder der nachfolgende Bewirtschafter (nicht der Eigentümer) anzugeben.

			Hektar	Ar
Gesamtfläche des Betriebes 2004				
Flächenübernahme von: (bisheriger Bewirtschafter)				
Name, Vorname	Straße, Haus-Nr.	Postleitzahl, Ort		
Summe der Flächenzugänge				
Flächenabgabe an: (neuer Bewirtschafter)				
Summe der Flächenabgänge				
Gesamtfläche des Betriebes 2005 (muss mit Code 265, Abschnitt 2 übereinstimmen)				

Abschnitt 1: Rechtsform des landwirtschaftlichen Betriebes

	Code	Schlüssel- Nr.	
Einzelunternehmen (Einzelperson, Ehepaar, Geschwister)		11	<input type="checkbox"/>
Personengemeinschaften, -gesellschaften			
Nicht eingetragener Verein		12	<input type="checkbox"/>
Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft)		13	<input type="checkbox"/>
Offene Handelsgesellschaft (OHG)		14	<input type="checkbox"/>
Kommanditgesellschaft (KG einschl. GmbH u. Co. KG)*		15	<input type="checkbox"/>
Sonstige Personengemeinschaft (einschl. Erbengemeinschaft)		16	<input type="checkbox"/>
Juristische Personen des privaten Rechts			
Eingetragener Verein (e.V.)		61	<input type="checkbox"/>
Eingetragene Genossenschaft (e.G.)		62	<input type="checkbox"/>
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	065	63	<input type="checkbox"/>
Aktiengesellschaft (AG)		64	<input type="checkbox"/>
Anstalt des privaten Rechts		65	<input type="checkbox"/>
Stiftung des privaten Rechts		66	<input type="checkbox"/>
Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen		67	<input type="checkbox"/>
Juristische Personen des öffentlichen Rechts			
Gebietskörperschaft Bund		21	<input type="checkbox"/>
Gebietskörperschaft Land		31	<input type="checkbox"/>
Sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverbände)		41	<input type="checkbox"/>
Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften)		51	<input type="checkbox"/>

**Abschnitt 2: Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2005 nach Hauptnutzungs- und Kulturarten**

Lfd.- Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 2
1	<p>In diesem Abschnitt sind die Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte auf dem Ackerland einschließlich Hopfen, Grasanbau (<i>zum Abmähen oder Abweiden</i>) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas, auszuweisen. Ebenso Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen, sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen des Stilllegungsprogramms.</p> <p>Die im Rahmen der GAP-Reform „aus der Produktion genommenen Flächen“ werden wie folgt aufgeteilt:  Ackerland aus der Produktion genommen bitte in Code 244 und 245 eintragen,  Grünland aus der Produktion genommen bitte in Code 255 eintragen.</p> <p>Nicht zum Ackerland rechnen die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegen (<i>siehe auch nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen</i>) sowie die Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt (<i>siehe Obstanlagen</i>).</p> <p>Bei der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche des Betriebes werden zugepachtete Flächen sowie unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenes Land (<i>Dienstland, aufgeteilte Allmende und dergleichen Flächen</i>) dem Betrieb zugerechnet, von dem sie bewirtschaftet werden.</p> <p><b>Landwirtschaftliche Betriebe, die 2005 einen Mehrfachantrag gestellt haben, füllen den Abschnitt 2 erst ab Code 245 aus.</b></p>

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Fruchtarten, Hauptnutzungs- und Kulturarten
2	201	Einschließlich Dinkel, wenn nicht gesondert bei Code 211 erfasst.
3	211	Nur eintragen, wenn nicht bei Code 201 einbezogen.
4	301	Nur eintragen, wenn nicht bei Code 216 einbezogen.
5	216	Zu den anderen Hülsenfrüchten zum Ausreifen gehören unter anderem auch Speiseerbsen und -bohnen, Wicken ( <i>auch als Gemenge</i> ), Leguminosensamen einschließlich Lupinen zur Körnergewinnung. Lupinen nur einbeziehen, wenn nicht bei Code 301 gesondert ausgewiesen.
6	219	Mittelfrühe und späte Speisekartoffeln zum Direktverzehr: Wenn sie weiter be- oder verarbeitet werden sollen, bitte bei Code 217 angeben.
7	217	Industrie-, Futter- und Pflanzkartoffeln: Eine Unterscheidung nach dem Erntezeitpunkt ( <i>früh, mittelfrüh und spät</i> ) ist hier nicht erforderlich, einschließlich Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke. Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke nur einbeziehen, wenn nicht bei Code 300 getrennt erfasst.
8	300	Nur eintragen, wenn nicht bei Code 217 einbezogen.
9	221	Nur angeben, wenn nicht bei Code 222 einbezogen.
10	222	Zu den anderen Hackfrüchten ohne Samenbau gehören unter anderem auch Futtermöhren, Kohlrüben, Futter- und Markstammkohl, Topinambur, einschließlich Runkelrüben ohne Samenbau. Runkelrüben nur einbeziehen, wenn nicht bei Code 221 gesondert ausgewiesen.
11	231	Öllein, Flachs zur Körner- und Fasergewinnung.
12	232	Zu den anderen Ölfrüchten zählen z.B. Körnersenf und Sojabohnen.

**1 Abschnitt 2: Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2005 nach Hauptnutzungs- und Kulturarten**

Wenn keine Ackerflächen bewirtschaftet werden, bitte hier ankreuzen.		<input type="checkbox"/> Wenn X, bitte weiter mit Code 246	
	Code	ha	a
2 3 Getreide	Winterweizen	201	
	Dinkel	211	
	Sommerweizen (ohne Durum)	202	
	Hartweizen (Durum)	203	
	Triticale	204	
	Roggen (Winter- und Sommerroggen)	205	
	Wintergerste	206	
	Sommergerste	207	
	Hafer	208	
	Winternenggetreide	209	
Mais	Sommernenggetreide	210	
	Körnermais zum Ausreifen	212	
	Corn – Cob – Mix	213	
Hülsenfrüchte	Silomais (einschl. Grünmais und Lieschkolbenschrot)	242	
	Futtererbsen zur Kömmergewinnung	214	
	Ackerbohnen zur Kömmergewinnung	215	
	Lupinen zur Kömmergewinnung	301	
Hackfrüchte	Alle anderen Hülsenfrüchte zum Ausreifen	216	
	Frühe Speisekartoffeln	218	
	Mittelfrühe u. späte Speisekartoffeln	219	
	Industrie- (Verarbeitungs-), Futter- und Pflanzkartoffeln	217	
	Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke	300	
	Zuckerrüben ohne Samenbau	220	
	Runkelrüben ohne Samenbau	221	
	Alle anderen Hackfrüchte ohne Samenbau	222	
	Winterraps zur Kömmergewinnung	229	
	Sommerraps, Winter-, Sommerrüben zur Kömmergewinnung	230	
Ölfrüchte	Öllein, Flachs	231	
	Körner Sonnenblumen	233	
	Andere Ölfrüchte, auch für technische Zwecke	232	

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

Gemeinde-Kennziffer

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Fruchtarten, Hauptnutzungs- und Kulturarten
13	234	Bei Hopfen ist der Alt- und Junghopfen einzubeziehen.
14	237	Zu den Heil- und Gewürzpflanzen zählen unter anderem auch Arnika, Baldrian, Johanniskraut, Salbei, Kamille, Pfefferminze, Spitzwegerich, Basilikum, Rosmarin, Zitronenmelisse, Dill, Majoran, Thymian u. a.
15	238	Zu den anderen Handelsgewächsen zählen unter anderem auch Zichorie, Hanf, Kanariensaat, Kenaf, Hirse, Buchweizen, Chinaschilf, Rollrasen.
16	223 - 225	Für Gemüse, Spargel und Erdbeeren sind nur Flächen des Erwerbsgemüseanbaues nachzuweisen, auch wenn sie eingezäunt sind. Siehe auch Code 246. Bei „unter Glas“ (Code 225) sind Gewächshäuser und Folienzelte/Folientunnel, bei Freilandflächen sind Frühbeete einzubeziehen.
17	226 - 227	Für Blumen und Zierpflanzen sind nur Flächen des Erwerbsgartenbaues nachzuweisen, auch wenn sie eingezäunt sind. Siehe auch Code 246. Stauden gehören ebenfalls dazu. Bei Freilandflächen sind Frühbeete einzubeziehen.
18	227	Bei „unter Glas“ sind Gewächshäuser und Folienzelte/Folientunnel einzubeziehen.
19	241	Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland zum Abmähen und Abweiden ( <i>kein Dauergrünland</i> ).
20	243	Alle anderen Futterpflanzen, auch als Gemenge, zur Grünfütter-, Silage- oder Heugewinnung ( <i>z.B. Futtererbsen, Wicken, Süßlupinen</i> ).
21	244	Dauer- und Rotationsbrache, sonstige Brache, Wildäcker: Hierzu gehören alle für die Erlangung der Ausgleichszahlungen stillgelegten Flächen ( <i>z.B. Mindeststilllegung, freiwillige Stilllegung, garantierte Dauerbrache</i> ), auf denen keine nachwachsenden Rohstoffe angebaut werden. Stillgelegte Flächen, auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden, sind bei der jeweiligen Frucht- oder Kulturart ( <i>z.B. Winterraps</i> ) einzutragen. Aufgeforstete stillgelegte Flächen sind unter Waldflächen (Code 262), im Rahmen der Produktionsaufgabenrente stillgelegte Flächen unter nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen (Code 259) anzugeben. Aus der Produktion genommenes Ackerland bitte ebenfalls hier eintragen.
22	246	Nutz- und Hausgärten sind Flächen, auf denen Gartengewächse ( <i>Gemüse und Obst</i> ) für den eigenen Bedarf angebaut werden. Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten bitte unter Code 264 nachweisen.
23	247	Zu den Obstanlagen zählen Anlagen von Obstbäumen im Ertrag oder nicht im Ertrag und Beerensträucher - auch mit Unterkulturen - bei denen die Hauptnutzung in der Obsterzeugung liegt. Nicht zu den Obstanlagen zählen Erdbeeren sowie die Obstbäume und -sträucher in Nutz- und Hausgärten.
24	248	Zu den Baumschulen gehören die Flächen der Bestände an Obstgehölzen, -unterlagen, Zier- und Rosengehölzen sowie Forstpflanzen. Nicht zu den Baumschulflächen zählen Weihnachtsbaumkulturen und Schnittrosen. Einzubeziehen sind auch Einschlagflächen in Erde. Lager- bzw. Stellflächen aus Beton sind als „Gebäude- und Hofflächen“ unter Code 264 anzugeben.
25	252	In Bayern getrennte Erfassung der Almen.
26	256	Zu der bestockten Rebfläche zählen auch die Flächen, die aufgrund von Wiederbepflanzungsrechten zur Wiederbestockung vorgesehen sind, soweit sie derzeit nicht anderweitig genutzt werden, sowie Rebschulflächen und Unterlagenschnittgärten. Hier bitte nur ausfüllen, wenn Rebland bewirtschaftet wird.
27	262	Zu den Waldflächen gehören sowohl regelmäßig bewirtschaftete Waldungen - Wirtschaftswald ( <i>z.B. als Hoch-, Nieder- oder Plenterwald</i> ) - als auch Nichtwirtschaftswald mit geringer nachhaltiger Nutzung ( <i>z.B. Krüppelwald, Waldwiesen</i> ). Aufforstungsflächen im Rahmen mehrjähriger Flächenstilllegungen sind ebenfalls hier anzugeben.
28	259	Unter nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Flächen sind alle landwirtschaftlichen Flächen anzugeben, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen.
29	264	Zu den sonstigen Flächen zählen unter anderem Wege, Gewässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Gebäude- und Hofflächen, Campingplätze, Park- und Grünanlagen, Ziergärten sowie Landschaftselemente (Hecken o.ä.).

			Code	ha	a
13	Handelsgewächse	Hopfen	234		
		Tabak	235		
		Rüben und Gräser zur Samengewinnung	236		
14	Handelsgewächse	Heil- und Gewürzpflanzen	237		
15		Alle anderen Handelsgewächse	238		
16	Gartenbauerzeugnisse	Gemüse, Spargel, Erdbeeren einschl. Jungpflanzen, ohne Samenbau, ohne Anbau im Haus- und Nutzgarten	im Wechsel mit landw. Kulturen im Freiland	223	
			im Wechsel mit anderen Garten- gewächsen	im Freiland	224
				unter Glas	225
17		Blumen und Zier- pflanzen einschl. Jungpflanzen	im Freiland	226	
18			unter Glas	227	
		Gartenbausämereien, Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen, auch unter Glas		228	
	Acker-, Futterbau	Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch (einschl. Kleebrache)		239	
		Luzerne		240	
19		Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland		241	
20		Alle anderen Futterpflanzen, auch als Gemenge		243	
21		Stilllegungsflächen (ohne nachwachsende Rohstoffe), Brache		244	
		Ackerland insgesamt (Summe 201-244, 300, 301)		245	
22		Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten)		246	
23		Obstanlagen (ohne Erdbeeren)		247	
24		Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für Eigenbedarf)		248	
	Dauergrünland	Dauerwiesen		249	
		Mähweiden		250	
		Dauerweiden		251	
25		Almen		252	
		Streuwiesen und Hutungen		255	
26		Rebland/ Rebfläche		256	
		Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen (außerhalb des Waldes)		257	
		Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (Summe 245 – 257)		258	
27		Waldflächen		262	
28		Nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen		259	
29		Gebäude- und Hofflächen, sonstige Flächen		264	
		Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche (Summe 258 – 264)		265	

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

Gemeinde-Kennziffer

**Abschnitt 3: Flächenstilllegung (Stilllegungsflächen)**

Lfd.- Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 3	
1	Flächenstilllegung zur Erlangung der Ausgleichszahlung, der Produktionsaufgaberente (FELEG) oder der Beihilfe nach den Agrarumweltprogrammen der Länder, ohne aus der Produktion genommene Acker- und Dauergrünflächen.	

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zu den Stilllegungsflächen
2	268	Stilllegungsflächen (Brache) ohne nachwachsende Rohstoffe (konjunkturelle Flächenstilllegung), für die ein Zahlungsanspruch geltend gemacht wird. Ohne Flächen, die unter Code 270 angegeben sind und auf die Stilllegungsverpflichtungen angerechnet werden. -Bitte gleichzeitig bei Abschnitt 2, Code 244 angeben.-
3	269	Stilllegungsflächen mit nachwachsenden Rohstoffen (konjunkturelle Flächenstilllegung), für die ein Zahlungsanspruch geltend gemacht wird. -Bitte gleichzeitig bei den jeweiligen Fruchtarten des Ackerlandes und der Dauerkulturen angeben (z.B. Abschnitt 2, Code 229).-
4	270	Sonstige stillgelegte Flächen sind stillgelegte Flächen im Rahmen der Agrarumweltprogramme der Länder sowie stillgelegte bzw. erstmalig aufgeforstete Flächen im Rahmen der Produktionsaufgaberente (FELEG) oder zum Bezug einer landwirtschaftlichen Altersrente. -Bitte gleichzeitig bei Abschnitt 2, Code 244, 259 oder 262 angeben.-

**Abschnitt 4: Eigentums- und Pachtverhältnisse**

Lfd.- Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 4	
1	Die Angaben über die Eigentums- und Pachtverhältnisse beziehen sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche (nur bewirtschaftete LF) und nicht auf die Gesamtfläche des Betriebes (Betriebsfläche) zum Erhebungszeitpunkt. Die selbstbewirtschaftete LF ist die wichtigste Gliederungs- und Bezugsgröße. Code 701 muss mit der entsprechenden Fläche im Abschnitt 2, Code 258 übereinstimmen.	

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zu den Eigentums- und Pachtverhältnissen
2	702, 703	Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Hierzu zählt auch gepachtete LF, die vorübergehend stillgelegt ist. Die Pachtfläche umfasst die LF aus Einzelgrundstücken und geschlossenen Hopfpachten von Familienangehörigen (Code 702) und anderen Verpächtern (Code 703).
3	705	Eigene selbstbewirtschaftete LF so weit sie sich im Eigentum des Betriebsinhabers befinden oder Flächen, die vom Betriebsinhaber als Nutznießer oder Erbpächter bewirtschaftet werden. Nicht dazu gehören gepachtete oder verpachtete Flächen und unentgeltlich erhaltene oder abgegebene Flächen.
4	708	Die eigene LF setzt sich zusammen aus „eigener selbstbewirtschafteter LF“ (Code 705), „eigener verpachteter LF“ (Code 706) sowie „eigener unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebener LF“ (Code 707).

**Abschnitt 5: Pachtflächen und Pachtentgelte**

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zu den Pachtflächen und Pachtentgelten
1	709, 711, 712, 715, 716, 731 usw.	Die von anderen Verpächtern (Code 703) gepachtete LF ist nach Code 709 zu übertragen und vollständig auf • die Einzelgrundstücke nach Art ihrer Nutzung (Codes 711, 715, 719, 723 und 727) und • die gepachtete LF innerhalb einer geschlossenen Hopfpacht (731) aufzuteilen. Zu allen eingetragenen Pachtflächen ist die Höhe der derzeitigen Jahrespacht insgesamt in vollen EUR anzugeben (nicht je ha); dabei sind der Geldbetrag, der Wert der Naturalpacht und sonstige Leistungen zusammenzuzählen. Teilbeträge der Jahrespacht, die nicht für die Flächennutzung, sondern für andere Nutzungsgegenstände oder Rechte (z.B. Gebäude, Inventar, Milch- und Zuckerrübenkontingente) gezahlt wurden, sind von dem Gesamtbetrag der Jahrespacht in EUR - ggf. nach Schätzungen - abzuziehen.
2	727, 728, 729, 730	Bei der „sonstigen LF“ sind gemischte Pachtungen, für die Pachtentgelte nicht getrennt angegeben werden können, z. B. von Acker- und Dauergrünland, einzubeziehen. Baumschul- und Gewächshausflächen zählen ebenfalls dazu.
3	713, 714, 717, 718 usw.	Bei Erstpachtung und Pachtpreisänderung in den letzten zwei Jahren sind von den unter den Codes 711, 715, 719, 723 und 727 angegebenen Pachtflächen, diejenigen anzugeben, die seit dem 1. Mai 2003 erstmals von diesem Betrieb als Pachtland bewirtschaftet werden oder für die der Pachtpreis nach dem 1. Mai 2003 geändert worden ist. Bei den Codes handelt es sich um Darunterpositionen von den Codes 711, 712, 715, 716 usw.
4	731	Zur geschlossenen Hopfpacht rechnen Pachtungen mit Gebäuden. Einzutragen sind jedoch nur die gepachtete LF und der dafür entrichtete Pachtpreis



**Abschnitt 3: Flächenstilllegung (Stilllegungsflächen)**

	Code	ha	a
2 Stilllegungsflächen ohne nachwachsende Rohstoffe	268		
3 Stilllegungsflächen mit nachwachsenden Rohstoffen	269		
4 Sonstige stillgelegte Flächen	270		
Stillgelegte Flächen insgesamt (Summe 268 - 270)	267		

**Abschnitt 4: Eigentums- und Pachtverhältnisse**

	Code	ha	a
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) des Betriebes (übernehmen aus Erhebungsteil Bodennutzung Abschnitt 2, Code 258)	701		
2 abzüglich gepachtete LF von Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers -	702		
abzüglich gepachtete LF von anderen Verpächtern (muss mit 709 übereinstimmen) -	703		
unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF -	704		
3 Eigene selbstbewirtschaftete LF =	705		
zuzüglich verpachtete LF +	706		
unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebene LF +	707		
4 Eigene LF =	708		

**Abschnitt 5: Pachtflächen und Pachtentgelte**

		Code	gepachtete Fläche		Code	derzeitige Jahrespacht für diese Fläche
			ha	a		volle Euro
1	Von „anderen Verpächtern“ gepachtete LF (übernehmen aus 703)		709		710	
	gepachtete Einzelgrundstücke insgesamt	Ackerland (ohne Unterglasfläche)	711		712	
		Dauergrünland	715		716	
		Obstanlagen	719		720	
		Rebland, Rebflächen	723		724	
		sonstige LF	727		728	
3	darunter: innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepach- tete Flächen und Flächen mit Preisänderungen	Ackerland (ohne Unterglasfläche)	713		714	
Dauergrünland		717		718		
Obstanlagen		721		722		
Rebland, Rebflächen		725		726		
sonstige LF		729		730		
4	Gepachtete LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht		731		732	

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

Gemeinde-Kennziffer

Abschnitt : 6    Viehbestände am 3. Mai 2005

Lfd. Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 6
----------	--

- 1    Die Erhebung der Viehbestände erfolgt zum Stichtag 3. Mai 2005. Betriebe, die zum Stichtag die Viehhaltung vorübergehend oder vollständig eingestellt oder nie Vieh gehalten haben, müssen das entsprechende Kreuz bei Code 199 setzen.
- Bei der Erhebung der Viehbestände sind folgende Grundsätze zu beachten:
- **Gemeinsam gehaltenes Vieh:** Bei gemeinsam gehaltenem Vieh bzw. untergebrachtem Vieh (*z.B. in Gemeinschaftsbetrieben, Betriebsgemeinschaften, Erzeugergemeinschaften usw.*) wird im Erhebungsvordruck der Viehbestand nicht für den einzelnen Viehhalter, sondern als eine Einheit nur auf einem Vordruck nachgewiesen.

•    **Verkauftes Vieh:** Am Stichtag noch beim Viehhalter stehendes, bereits verkauftes Vieh ist mitzuzählen.

•    **Schlachttiere:** Sie sind auch dann mitzuzählen, wenn sie noch am Stichtag oder in den nächsten Tagen geschlachtet werden sollen.

•    **Wanderschafherden** sind grundsätzlich am Betriebssitz des Eigentümers anzugeben.

•    **Pensionsvieh:** Am Stichtag im Betrieb zur Fütterung oder Pflege befindliches Vieh ist im Erhebungsvordruck aufzunehmen.

•    **Abwesendes Vieh:** Am Stichtag nur vorübergehend abwesendes Vieh ist mitzuzählen.

•    **Nicht einzubeziehen sind Tiere:**

•    die sich nur vorübergehend im Betrieb aufhalten (*z.B. zum Decken*)

•    die in einem fremden Betrieb in Weide- oder sonstiger Versorgungspension stehen.

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Vieharten
----------	------	--

- 2    106    Bei Pferden sind auch Ponys (*unter 148 cm Stockmaß*) und Kleinpferde einzubeziehen.
- 3    117    Ammen- und Mutterkühe sind Kühe, die nicht gemolken werden und deren Milch ausschließlich von Saugkälbern verbraucht wird.
- 4    120    Bei den Schafen unter einem Jahr sind auch Lämmer einzubeziehen.
- 5    121    Weibliche Schafe zur Zucht schließen auch Jährlinge ein.
- 6    125-129    Schweine werden nach Gewichtsklassen erhoben. Ersatzweise kann das Alter der Tiere herangezogen werden. Anhaltspunkte dafür geben folgende Faustzahlen wieder:

Code	Viehbestand	Lebendgewicht von ... bis unter... kg	Alter in Monaten
125	Ferkel ( <i>Saugferkel, Absatzferkel</i> )	unter 20	bis ca. 2 ½
126	Jungschweine ( <i>Absatzferkel, Läufer</i> )	20 bis 50	ca. 2 ½ bis 4
127	Mastschweine	50 bis 80	ca. 4 bis 6
128	Mastschweine	80 bis 110	ca. 6 bis 7
129	Mastschweine	110 und mehr	über 7

- 7    127-129    Zu den Mastschweinen gehören auch ausgemerzte Zuchttiere.
- 8    130-134    Einschließlich der hierfür bestimmten Jungschweine mit 50 und mehr kg Lebendgewicht.
- 9    136-139    Trut-, Perl- und Zwerghühner werden hier nicht erfasst.

Bei einer nur vorübergehenden Stallräumung, die nicht länger als 6 Wochen zurückliegt, ist der Bestand wie vor der Stallräumung anzugeben.
- 10    137    Eingeschlossen sind die hierfür bestimmten Küken.
- 11    138    Eingeschlossen sind die hierfür bestimmten Küken und Schlachthähne.

# **Abschnitt 6: Viehbestände am 3. Mai 2005**

Falls vorübergehend kein Vieh gehalten wird, bitte ankreuzen.

Code ☐ 1

Wenn X, weiter mit Abschnitt 7

Falls die Viehhaltung vollständig eingestellt oder nie Vieh gehalten wurde, bitte ankreuzen.

199 ☐ 2

	Code	Anzahl		Code	Anzahl
<b>2</b> Pferde insgesamt	106		<b>6</b> Ferkel unter 20 kg	125	
Kälber unter 6 Monate (oder unter 220 kg Lebendgewicht)	107		Jungschweine 20 bis unter 50 kg Lebendgewicht	126	
6 Monate bis unter 1 Jahr alt			<b>7</b> Mastschweine		
– männliche Jungrinder	108		– 50 bis unter 80 kg Lebend- gewicht	127	
– weibliche Jungrinder	109		– 80 bis unter 110 kg Lebendgewicht	128	
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt			– 110 kg und mehr Lebendgewicht	129	
– männlich	110		<b>8</b> Schweine		
– weiblich zum Schlachten	111		Eber zur Zucht	130	
Rinder 2 Jahre u. älter			Zuchtsauen		
– Bullen und Ochsen	113		– Jungsauen zum 1. Mal trächtig	131	
– Schlachtfärsen	114		– andere trächtige Sauen	132	
– Nutz- und Zuchtfärsen	115		– Jungsauen noch nicht trächtig	133	
– Milchkühe	116		– andere nicht träch- tige Sauen	134	
– Ammen- und Mutterkühe	117		Schweine insgesamt (Summe 125 – 134)	135	
– Schlacht- und Mastkühe	118		<b>9</b> Legehennen		
Rinder insgesamt (Summe 107 – 118)	119		½ Jahr und älter	136	
<b>4</b> Schafe unter 1 Jahr alt	120		<b>10</b> Junghennen		
Schafe 1 Jahr und älter			unter ½ Jahr	137	
– weibliche Schafe zur Zucht	121		<b>11</b> Masthühner, -hähne, sonstige Hähne	138	
– Schafböcke (zur Zucht)	122		Hühner insgesamt (Summe 136 – 138)	139	
– Hammel und übrige Schafe	123		<b>12</b> Sonstiges Geflügel		
Schafe insgesamt (Summe 120 – 123)	124		Gänse insgesamt	140	
			Enten insgesamt	141	
			Truthühner insgesamt	142	
			Sonstiges Geflügel insgesamt (Summe 140 – 142)	143	

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

Gemeinde-Kennziffer

**Abschnitt 7:      Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005**

Lfd.- Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 7
1	<p><b>Gülle</b> (<i>Flüssigmist, auch Schwemm- oder Treibmist</i>) ist ein Gemisch aus Kot und Harnausscheidungen von Nutztieren, auch vermischt mit Wasser.</p> <p><b>Festmist</b> ist Kot mit oder ohne Einstreu von Nutztieren.</p> <p><b>Jauche</b> ist Harn von Nutztieren, der in der Regel zusammen mit Festmist anfällt.</p> <p><b>Lagerkapazität</b> ist der vorhandene und genutzte Lagerraum in dafür vorgesehenen Behältern, Gruben, Lagunen usw., sowohl im Stallbereich als auch außerhalb. Gemietete/gepachtete Kapazitäten sind eingeschlossen. Zu berücksichtigen sind nur Güllekanäle und -keller in denen die Gülle über einen längeren Zeitraum (<i>mehr als 3 Wochen</i>) gelagert werden kann. Werden Gülle und Jauche gemeinsam gelagert, ist die Kapazität bei Gülle anzugeben. Treibmist- oder Spülkanäle gelten nicht als Lagerbehälter.</p>

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zum Wirtschaftsdünger
2	791	Lagerkapazitäten im Stallbereich befinden sich unter Liege-, Laufflächen, Futtertisch usw.
3	792	Hier sind auch die Lagerformen einzubeziehen, die nicht mit den „darunter“-Positionen identisch sind, z.B. : Schweinegülle ohne Schwimmschicht.
4	793	Festabdeckungen von Außenlagern erfolgen i.d.R. mittels Überdachungen, Zelten oder Schwimmfolien.
5	794	Granulate ( <i>Substanzen in fester, körniger Form</i> ) oder auch Strohhacksel können im Außenlager für die Abdeckung zum Einsatz kommen.
6	795	Eine natürliche Schwimmdecke bildet sich aufgrund des in der Gülle enthaltenen Feststoffanteils an der Oberfläche des Lagers.
7	740, 741	<p>Der Berechnung der Lagerkapazität in vollen Monaten ist der während der Stallhaltungsperiode übliche Durchschnittsbestand an Tieren zugrunde zu legen.</p> <p>Grundflächen von Stallungen, die gleichzeitig als Lagerflächen für Festmist dienen (<i>z.B. Tiefstall</i>) sind nicht zu berücksichtigen.</p>

**Abschnitt 8:      Ökologischer Landbau**

Lfd.- Nr.	Code	Erläuterungen zum ökologischen Landbau
1	750	Werden im landwirtschaftlichen Betrieb pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 oder nachfolgender Rechtsvorschriften über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel produziert und unterliegt der Betrieb einem obligatorischen Kontrollverfahren seitens einer staatlich zugelassenen Kontrollstelle, dann ist Code 750 mit „ja“ zu beantworten. Bei Beantwortung von Code 750 mit „ja“ sind Eintragungen bei Code 751 und/oder 752 sowie bei den Codes 753 bis 757 erforderlich.
2	751	Ist auf der gesamten oder auf Teilen der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes die Umstellung auf ökologischen Landbau abgeschlossen und dürfen die pflanzlichen Erzeugnisse als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet werden, dann ist diese Fläche unter Code 751 einzutragen. In Umstellung befindliche Flächen sind unter Code 752 einzutragen.
3	752	Befinden sich die gesamte Fläche oder Teilflächen des landwirtschaftlichen Betriebes in Umstellung, dann sind diese unter Code 752 anzugeben. Der Umstellungszeitraum beträgt zwei Jahre vor der Aussaat bzw. Pflanzung bei ein- oder überjährigen Kulturen und drei Jahre vor der Ernte bei mehrjährigen Kulturen. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als Ökoprodukt vermarktet werden
4	753-757	Werden im landwirtschaftlichen Betrieb eine oder mehrere Tierarten in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen, sind die entsprechenden Codes 753 bis 757 mit „ja“ anzukreuzen. Befindet sich die Tierhaltung in Umstellung, gilt diese aufgrund der kurzen Umstellungszeiten ebenfalls als bereits umgestellt.

**Abschnitt 7: Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005**

		Code	
<b>Übernahme von Gülle (Flüssigmist)</b>			
Ist Gülle aus anderen Betrieben übernommen und auf selbstbewirtschafteten Flächen dieses Betriebes aufgebracht worden?		733	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
<b>Gülle (Flüssigmist)</b>		734	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Ist im Betrieb betriebseigene Gülle angefallen?			Wenn „nein“, weiter mit 739
Ist betriebseigene Gülle auf selbstbewirtschafteten Flächen des Betriebes aufgebracht worden?		735	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Ist betriebseigene Gülle abgegeben oder anderweitig entsorgt worden? (z.B. Abgabe an andere Betriebe oder an die Güllerbörse)		736	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
2	im Stallbereich	791	m³
3	im Außenlager insgesamt	792	m³
4	Lagerkapazität des Betriebes für Gülle		
	mit Festabdeckung (auch Zelt oder Schwimmfolie)	793	m³
5	darunter: mit Abdeckung durch Granulat, Strohhäcksel u.Ä.	794	m³
5	mit natürlicher Schwimmdecke	795	m³
	insgesamt (Summe 791,792)	737	m³
Für wie viele Monate der Stallhaltung ist die Lagerkapazität für Gülle ohne zwischenzeitliches Aufbringen ausreichend?		738	volle Monate
<b>Festmist und Jauche</b>		739	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Sind im Betrieb Festmist und Jauche angefallen?			Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 8
7	Für wie viele Monate der Stallhaltungsperiode ist die Lagerkapazität ohne zwischenzeitliches Aufbringen ausreichend?		
	Festmist (befestigte Dungplatte)	740	volle Monate
	Jauche	741	volle Monate

**Abschnitt 8: Ökologischer Landbau**

		Code	
1	Unterliegt Ihr Betrieb dem Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau?	750	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
			Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 9
		Code	ha    a
2	Wie viele Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche sind bereits umgestellt?	751	
3	Wie viele Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche befinden sich gegenwärtig in Umstellung?	752	
4	Sind die folgenden Tierarten in die ökologische Bewirtschaftungsmethode einbezogen?		
	Pferde	753	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Rinder	754	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Schafe	755	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Schweine	756	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Geflügel	757	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Meth. Grundl. 2005

Gemeinde-Kennziffer

**Abschnitt : 9      Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum  
Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen)**

Lfd. Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 9
1	<p><b>Zu den mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienarbeitskräften gehören der Betriebsinhaber, sein Ehegatte und seine Verwandten und Verschwägerten, die ununterbrochen oder zeitweise auf dem Betrieb leben oder ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb erhalten.</b></p> <p><b>Nicht dazu gehören</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Verwandte und Verschwägerte des Betriebsinhabers, die außerhalb des Betriebes leben und</li><li>• Beschäftigte in Personengemeinschaften, -gesellschaften und juristischen Personen.</li></ul> <p>Diese Personen sind in Abschnitt 10 anzugeben.</p> <p><b>Weiterhin nicht zu berücksichtigen sind Arbeitskräfte eines rechtlich selbständigen, nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetriebes, die Arbeitskräfte von Lohnunternehmen, Maschinenringen sowie Arbeitskräfte, die nicht mit der Produktion von land- und forstwirtschaftlichen sowie wein- oder gartenbaulichen Erzeugnissen befasst sind.</b></p> <p>Bei mehr als 6 Familienarbeitskräften verwenden Sie zum Ausfüllen bitte zusätzlich einen Ergänzungsvordruck. Diesen erhalten Sie im Statistischen Landesamt.</p> <p>Für die Beantwortung der im Abschnitt 9 mit einem P gekennzeichneten Fragen wird auf Wunsch ein Einzelperson-Erhebungsvordruck (PS) ausgehändigt.</p> <p>Angaben zum außerbetrieblichen Einkommen (Code 821) dienen mit zur Unterscheidung von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben. Mehrfachankreuzungen bei den Quellen des außerbetrieblichen Einkommens (Codes 814 und 819) sind möglich.</p>

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu einzelnen Merkmalen																								
2	801	<p>Für den Betriebsinhaber (001) und seinen Ehegatten (002) sind die Signierziffern bereits vorgetragen. Hat der Betriebsinhaber keinen Ehegatten, ist die Spalte 002 freizulassen. Sie darf nicht für die Eintragung eines anderen Familienmitgliedes verwendet werden. Ab der dritten Person ist die Bezeichnung des Verwandtschaftsgrades zum Betriebsinhaber und die Signierziffer einzutragen. Die Signierziffer braucht nicht mit der laufenden Nummer der Person überein zu stimmen.</p> <p>Bsp.: Der Betriebsinhaber hat zwei Söhne, die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind. Diese sind in den Spalten mit den laufenden Nummern ab 003 einzutragen. Als Verwandtschaftsgrad ist jeweils der Text „Sohn“ und als Signierziffer jeweils die „3“ zu verwenden.</p>																								
3	831-835	<p>Zur betrieblichen Tätigkeit (<i>ohne Haushalt</i>) zählen alle Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten, Melken, Arbeiten im Wald des Betriebes, Transport landwirtschaftlicher Produkte und Bedarfserzeugnisse, Betriebsführung einschließlich Buchführung. Anzukreuzen ist für jeden Beschäftigten eine der fünf Arbeitszeitgruppen: „vollbeschäftigt“, „überwiegend beschäftigt“, „teilweise beschäftigt“, „gering beschäftigt“ oder „fallweise beschäftigt“. Um eine Einordnung in eine Arbeitszeitgruppe zu erleichtern, ist zur Orientierung in der nachfolgenden Übersicht sowohl die Anzahl der Arbeitsstunden je Woche als auch die Anzahl der Vollarbeitstage je Jahr vorgegeben.</p> <table><tr><th></th><th>Wochenstunden</th><th>Jahresvollarbeitstage</th><th></th></tr><tr><td>vollbeschäftigt</td><td>42 und mehr</td><td>240 und mehr</td><td>• 1 Arbeitstag umfasst mindestens 8 Arbeitsstunden</td></tr><tr><td>überwiegend beschäftigt</td><td>31 bis unter 42</td><td>180 bis unter 240</td><td></td></tr><tr><td>teilweise beschäftigt</td><td>21 bis unter 31</td><td>120 bis unter 180</td><td>• Urlaub und Krankheit gelten als Arbeitszeit</td></tr><tr><td>gering beschäftigt</td><td>11 bis unter 21</td><td>60 bis unter 120</td><td></td></tr><tr><td>fallweise beschäftigt</td><td>unter 11</td><td>unter 60</td><td></td></tr></table> <p>Bsp.: Eine Arbeitskraft arbeitet durchschnittlich an 6 Tagen der Woche jeweils 4 Stunden (<i>6 Arbeitstage x 4 Stunden = 24 Stunden/Woche</i>). Somit wird diese Person bei „teilweise beschäftigt“ eingeordnet. In Jahresvollarbeitstagen ausgedrückt sind das 144 Tage (<i>24 Stunden/Woche : 8 Stunden = 3 Tage x 4 Wochen x 12 Monate</i>), was zur Einordnung in die selbe Arbeitszeitgruppe führt.</p>		Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage		vollbeschäftigt	42 und mehr	240 und mehr	• 1 Arbeitstag umfasst mindestens 8 Arbeitsstunden	überwiegend beschäftigt	31 bis unter 42	180 bis unter 240		teilweise beschäftigt	21 bis unter 31	120 bis unter 180	• Urlaub und Krankheit gelten als Arbeitszeit	gering beschäftigt	11 bis unter 21	60 bis unter 120		fallweise beschäftigt	unter 11	unter 60	
	Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage																								
vollbeschäftigt	42 und mehr	240 und mehr	• 1 Arbeitstag umfasst mindestens 8 Arbeitsstunden																							
überwiegend beschäftigt	31 bis unter 42	180 bis unter 240																								
teilweise beschäftigt	21 bis unter 31	120 bis unter 180	• Urlaub und Krankheit gelten als Arbeitszeit																							
gering beschäftigt	11 bis unter 21	60 bis unter 120																								
fallweise beschäftigt	unter 11	unter 60																								
4	838	<p>Hierzu zählen alle auf Erwerb ausgerichteten Tätigkeiten außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes (z.B. <i>Gastwirtschaft, Metzgerei, Industrie, Handel, Handwerk</i>), im öffentlichen Dienst, in einem fremden Forstbetrieb, als Selbständiger oder freiberuflich Tätiger. Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben zählt nicht zur anderen Erwerbstätigkeit.</p>																								
5	814	<p>Sind Stunden bei Code 838 eingetragen, so sind auch Code 814 und entsprechend Code 821 anzukreuzen.</p>																								
6	819	<p>Sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen können sein: Einkommen durch Landabgaberente und Produktionsaufgaberente, Pensionen, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe, Einkommen aus Vermietungen, Kapitalvermögen, Verpachtungen von Milchquoten oder Einkünfte aus Zuckerrübenaktien.</p>																								

**Abschnitt 9: Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen)**

Lfd. Nr. der Person	Code	001	002	003	004	005	006	
<b>2</b> Verwandtschafts- oder Schwägerschafts- verhältnis der beschäftigten familienange- hörigen Haushaltsmitglieder zum Betriebs- inhaber Signierziffer: Kinder (auch Stief-, Schwieger-, Pflege-, Adoptivkinder) ..... = 3 Enkel ..... = 4 Eltern, Schwiegereltern ..... = 5 Großeltern ..... = 6 Sonstige ..... = 7								
	801	1	2					
		Betriebs- inhaber	Ehegatte					
Geschlecht	männlich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	
	weiblich	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	
Geburtsjahr	804							
Wer ist Betriebsleiter?	806	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	
durch- schnitt- lich ge- leistete Stunden je Woche	für diesen Betrieb (ohne Haus- halt)	vollbeschäftigt (42 Stunden und mehr)	831	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		überwiegend beschäftigt (31 bis unter 42 Std.)	832	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		teilweise beschäftigt (21 bis unter 31 Std.)	833	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		gering beschäftigt (11 bis unter 21 Std.)	834	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		fallweise beschäftigt (unter 11 Stunden)	835	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	im Haushalt des Betriebsinhabers (Anzahl der Stunden)	837						
	in anderer Erwerbstätigkeit (Anzahl der Stunden)	838						
P	andere Erwerbstätigkeit	814	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	
Quellen des außerbetrieblichen Einkommens	sonstige Quellen	819	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	
		818	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>					

Bei außerbetrieblichem Einkommen (einschließlich Kindergeld) von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte:		Code
Welches Jahres-Nettoeinkommen von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war schätzungsweise höher?	aus außerbetrieblichen Quellen	821 <input type="checkbox"/> 1
	oder: aus dem landwirtschaftlichen Betrieb	<input type="checkbox"/> 2

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Gemeinde-Kennziffer

Abschnitt : 10    Ständig und nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte von Mai 2004 bis April 2005

Lfd. Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 10
----------	---

- 1

Dazu zählen Personen, die
  - mit dem Betriebsinhaber eines Einzelunternehmens verwandt oder verschwägert sind, aber außerhalb des Betriebes leben,
  - in Personengemeinschaften, -gesellschaften und juristischen Personen beschäftigt sind oder waren.Ohne Betriebsinhaber, Ehegatte und deren mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienangehörigen, die im Abschnitt 9 nachgewiesen werden.  
Ständig Beschäftigte sind Personen mit einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsvertrag.  
Nicht ständig Beschäftigte (einschließlich Saisonarbeitskräfte) sind Personen mit einem befristeten, auf weniger als drei Monate, abgeschlossenen Arbeitsvertrag.  
Nicht zu berücksichtigen sind Arbeitskräfte eines rechtlich selbständigen, nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetriebes, die Arbeitskräfte von Lohnunternehmen, Maschinenringen sowie Arbeitskräfte, die nicht mit der Produktion von land- und forstwirtschaftlichen sowie wein- oder gartenbaulichen Erzeugnissen befasst sind (z.B. Verkäuferinnen in einem Gartenbaubetrieb, Verkaufsfahrer, Betriebshandwerker).  
Bei mehr als 6 Arbeitskräften verwenden Sie zum Ausfüllen bitte zusätzlich den Ergänzungsvordruck E. Diesen erhalten sie im Statistischen Landesamt.

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu einzelnen Merkmalen
----------	------	--------------------------------------

- 2

Die ausgeübte Tätigkeit kann z.B. sein: Gesellschafter/Mitinhhaber, Verwalter, Schlepperfahrer, Gärtner, Auszubildender, Praktikant usw.
- 3

905

Einzelunternehmen geben nur eine Person im Abschnitt 9 oder 10.1 als Betriebsleiter an. Personengemeinschaften, -gesellschaften und juristische Personen können mehrere Betriebsleiter angeben.
- 4

931-935

Zur betrieblichen Tätigkeit (ohne Haushalt) zählen alle Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten, Melken, Arbeiten im Wald des Betriebes, Transport landwirtschaftlicher Produkte und Bedarfserzeugnisse, Betriebsführung einschließlich Buchführung. Anzukreuzen ist für jeden Beschäftigten eine der fünf Arbeitszeitgruppen: „vollbeschäftigt“, „überwiegend beschäftigt“, „teilweise beschäftigt“, „gering beschäftigt“ oder „fallweise beschäftigt“. Um eine Einordnung in eine Arbeitszeitgruppe zu erleichtern, ist zur Orientierung in der nachfolgenden Übersicht sowohl die Anzahl der Arbeitsstunden je Woche als auch die Anzahl der Vollarbeitstage je Jahr vorgegeben.

	Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage	
vollbeschäftigt	40 und mehr	230 und mehr	• 1 Arbeitstag umfasst mindestens 8 Arbeitsstunden
überwiegend beschäftigt	30 bis unter 40	173 bis unter 230	
teilweise beschäftigt	20 bis unter 30	115 bis unter 173	• Urlaub und Krankheit gelten als Arbeitszeit
gering beschäftigt	10 bis unter 20	58 bis unter 115	
fallweise beschäftigt	unter 10	unter 58	

Bsp.: Eine Arbeitskraft arbeitet durchschnittlich an 6 Tagen der Woche jeweils 4 Stunden (6 Arbeitstage x 4 Stunden = 24 Stunden/Woche). Somit wird diese Person bei „teilweise beschäftigt“ eingeordnet. In Jahresvollarbeitstagen ausgedrückt sind das 144 Tage (24 Stunden/Woche : 8 Stunden = 3 Tage x 4 Wochen x 12 Monate), was zur Einordnung in die selbe Arbeitszeitgruppe führt.
- 5

911

Für jede Person ist ihre Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes anzugeben.
- 6

919/922

Bei stundenweise geleisteter Arbeitszeit gelten 8 Arbeitsstunden als 1 voller Arbeitstag.



**1 Abschnitt 10: Ständig und nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte von Mai 2004 bis April 2005**

**Abschnitt 10.1: Ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte**

Lfd. Nummer der Person	Code	001	002	003	004	005	006
2 ausgeübte Tätigkeit							
Geschlecht	männlich	901	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	weiblich		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
Geburtsjahr	903						
3 Wer ist Betriebsleiter?	905	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
4 durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für diesen Betrieb (ohne Haushalt)	vollbeschäftigt (40 Stunden und mehr)	931	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	überwiegend beschäftigt (30 bis unter 40 Stunden)	932	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	teilweise beschäftigt (20 bis unter 30 Stunden)	933	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	gering beschäftigt (10 bis unter 20 Stunden)	934	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	fallweise beschäftigt (unter 10 Stunden)	935	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
5 Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes	Auszubildender (einschließlich Praktikant)		<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	Arbeiter		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
	Angestellter		<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3
	Beamter	911	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4
	Gesellschafter/Mitinhhaber		<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5
	Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige (ohne Gesellschafter)		<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6
	912	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>					

**Abschnitt 10.2: Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte**

	Code	Männer	Code	Frauen
Zahl der Beschäftigten (einschließlich Saisonarbeitskräfte)	918		921	
6 Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen insgesamt	919		922	
	924	<input type="checkbox"/>		

**Abschnitt : 11    Berufsbildung des Betriebsleiters**

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zur Berufsbildung
1	640-646	Es ist nur die höchste abgeschlossene Berufsbildung anzugeben. Zur landwirtschaftlichen Berufsbildung gehört ebenfalls die Berufsbildung im Bereich Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Nutztierhaltung, Fischerei, landwirtschaftliche Technologie sowie ländliche Hauswirtschaft.

**Abschnitt : 12 Einkommenskombinationen**

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Einkommenskombinationen
1		Dieser Abschnitt dient der Informationsgewinnung über weitere Erwerbstätigkeiten und Einkommensquellen, die über die eigentlichen landwirtschaftlichen Tätigkeiten hinaus ausgeübt werden und die wirtschaftliche Auswirkungen auf den Betrieb haben. Diese weiteren Erwerbstätigkeiten werden mit Hilfe der vorhandenen Betriebsmittel des landwirtschaftlichen Betriebes ( <i>Grund und Boden, Gebäude, Maschinen</i> ) oder mit im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten erzielt. Hierzu zählt z.B. die Weinerzeugung als Teil des Weinbaus, die Arbeit in Maschinenringen oder die Betreuung und Beherbergung von Touristen. Mehrfachnennungen sind möglich.

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Einkommenskombinationen
2	780	Zu den sonstigen Freizeitaktivitäten zählt z.B. Pensionspferdehaltung in Verbindung mit Reitsport.
3	785	Die Erzeugung von erneuerbaren Energien kann z.B. durch Windkraftanlagen, Biogasanlagen, Strohverbrennung, Verkauf von Energieträgern wie Holzhackschnitzel, Brennholz usw. erfolgen.
4	786	Zu den vertraglichen Arbeiten zählen z.B. der Transport, die Landschaftspflege, Kommunalarbeiten und die Mitarbeit in Maschinenringen.
5	787	Zu den sonstigen Einkommenskombinationen zählt z.B. die Pelztierzucht, Pensionspferdehaltung ausschließlich zur Unterbringung von Pferden.

**Abschnitt : 13    Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes**

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Beihilfen
1		Gemeint sind einzelbetriebliche Investitionsförderungen für ausgewählte Maßnahmen nach Artikel 4, 8, 29-32, 33 der Verordnung 1257/99 „Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefond für die Landwirtschaft“ (EAGFL), die dem Betrieb in den letzten fünf Jahren bewilligt wurden.  Diese Fördermaßnahmen sind im Freistaat Thüringen durch die in der Fragestellung aufgeführten Förderrichtlinien umgesetzt. Das Förderprogramm LEADER+ wird übergreifend eingesetzt, d.h. es kann Investitionsbeihilfen entsprechend Abschnitt 13.1 und auch entsprechend Abschnitt 13.2 beinhalten.  Nicht hierzu zählen Investitionsbeihilfen, die nicht direkt an den Betrieb gezahlt werden. (z.B. Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung, Entwicklung und Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur, Aufbau von Vertretungs- und Betriebsführungsdiensten, Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen, Bodenmelioration und Flumeuordnung.  Die Frage beinhaltet weiterhin keine Maßnahmen zur Berufsbildung, zum Vorruhestand, für Benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen sowie für Agrarumweltmaßnahmen.

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Beihilfen
2	796	Dazu zählen: <ul style="list-style-type: none"><li>• Beihilfen zur Senkung der Produktionskosten,</li><li>• Verbesserung und Umstellung der Erzeugung,</li><li>• Steigerung der Qualität,</li><li>• Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, der Hygienebedingungen und der Tierschutzstandards</li><li>• sowie Diversifizierung der Tätigkeiten des Betriebes.</li></ul>
3	797	Hierzu zählen Förderungen zur/zum: <ul style="list-style-type: none"><li>• Dorferneuerung und -entwicklung (<i>insbesondere die Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz</i>) sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes,</li><li>• Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und alternative Einkommensquellen zu schaffen,</li><li>• Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten,</li><li>• Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes (<i>Maßnahmen wie Pflanzung von Streuobstwiesen und dgl., auch Modellvorhaben</i>).</li></ul> Beihilfen für die Forstwirtschaft umfassen Maßnahmen mit dem Ziel der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und Entwicklung der Forstwirtschaft, der Erhaltung und Verbesserung der forstlichen Ressourcen und der Erweiterung der Waldflächen.

**Abschnitt 11: Berufsbildung des Betriebsleiters**

Art	Code	Betriebsleiter in					
		Einzelunternehmen	Personengemeinschaften, -gesellschaften und juristischen Personen				
1. Berufsschule/ Berufsfachschule (ohne betriebliche Lehre)	640	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Berufsausbildung/Lehre (Gehilfen-, Facharbeiterprüfung oder Abschlussprüfung)	641	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Landwirtschaftliche Berufsbildung mit dem höchsten Abschluss							
Landwirtschaftsschule (auch Wein-, Gartenbau-, Winterschule)	642	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Fortbildung zum Meister, Fachagrarwirt	643	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Höhere Landbauschule, Technikerschule, Fachakademie	644	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Fachhoch-, Ingenieurschule	645	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
Universität, Hochschule	646	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung	647	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8

**Abschnitt 12: Einkommenskombinationen**

Erzielt der Betrieb Einkünfte aus folgenden Tätigkeiten?	Code	
2. Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten	780	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb (z.B. Möbel aus Nutzholz)	781	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z.B. Fleischverarbeitung, Käseherstellung, Weinerzeugung)	782	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Be- und Verarbeitung von Holz (z.B. im Sägewerk)	783	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
Fischzucht und -erzeugung	784	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
3. Erzeugung von erneuerbarer Energie	785	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
4. Vertragliche Arbeiten unter Einsatz von Geräten des Betriebes	786	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
5. Sonstige Einkommenskombinationen	787	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

**Abschnitt 13: Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes**

**Abschnitt 13.1: Einzelbetriebliche Förderung für Investitionen (zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens, der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen)**

Erhielt der Betrieb im Zeitraum 1.1.2000 bis 31.12.2004 eine Bewilligung für eine investive Förderung aus nachfolgenden Förderrichtlinien?	Code	
2. Agrarinvestitionsprogramm (AIP), Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP), Förderung des umweltgerechten integrierten Pflanzenschutzes, Förderung von Maßnahmen nach der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes LEADER+	796	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

**Abschnitt 13.2: Investitionsförderung für Tätigkeiten im ländlichen Raum sowie Forstwirtschaft**

Erhielt der Betrieb im Zeitraum 1.1.2000 bis 31.12.2004 eine Bewilligung für eine investive Förderung aus nachfolgenden Förderrichtlinien?	Code	
3. Förderung des Agrartourismus, Förderung der Dorferneuerung, Förderung waldbaulicher Maßnahmen und sonstiger forstwirtschaftlicher Maßnahmen, Förderung von Maßnahmen nach der Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raumes LEADER+	797	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Kennnummer

Gemeinde-Kennziffer

Abschnitt : 14    Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte

Lfd. Nr.	Grundsätzliche Erläuterungen zum Abschnitt 14
1	<p><b>Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger</b> Die Schlepper müssen zur Verrichtung von Arbeiten des landwirtschaftlichen Betriebes eingesetzt werden. Darunter fallen auch Fahrzeuge, die ihrer Definition nach einen Schlepper voll ersetzen (z.B. <i>Unimog</i>). Ausgeschlossen sind alle Schlepper, die während der letzten 12 Monate ausschließlich in der Forstwirtschaft, Fischerei, im Graben- und Wegebau sowie bei anderen Kultivierungsarbeiten verwendet wurden.</p> <p><b>Einachsschlepper etc.</b> Einachsige und ähnliche Motorfahrzeuge, die in der Landwirtschaft sowie dem Garten- und Weinbau verwendet wurden. Maschinen, die ausschließlich für Park- und Rasenflächen benutzt wurden, sind ausgeschlossen.</p> <p><b>Mähdrescher</b> Selbstfahrende, schleppergezogene oder an den Schlepper auf- und angebaute Maschinen für die Ernte von Getreide einschließlich Körnermais, reifen Hülsenfrüchten und Ölsaaten, Grassamen usw.</p> <p><b>Andere vollmechanisierte Erntegeräte</b> Selbstfahrende, schleppergezogene oder an den Schlepper auf- und angebaute Maschinen (<i>ausgenommen Mähdrescher</i>) für die Ernte von Zuckerrüben, Kartoffeln oder Futterpflanzen. Folgt die Ernte einer Anbaukultur in einem Arbeitsgang oder in einer Arbeitskette, wird das gesamte System als eine einzige Maschine betrachtet.</p> <p><b>Bewässerungsanlagen</b> Alle für Bewässerungszwecke verwendeten Anlagen, unabhängig davon, ob die Anbaukulturen beregnet werden oder ob das Wasser in Gräben und Rohren in den Boden eingeleitet wird. Anlagen, die ausschließlich im Gartenbau oder in Gewächshäusern eingesetzt werden, sind ausgeschlossen. Für den Feldgemüseanbau eingesetzte Anlagen sind dagegen eingeschlossen.</p> <p><b>Mobil</b> Alle für Bewässerungszwecke verwendeten Anlagen, die innerhalb einer Vegetationsperiode von einem Feld zum anderen bewegt werden können.</p> <p><b>Feststehend</b> Alle für Bewässerungszwecke verwendeten Anlagen, die feststehend sind bzw. innerhalb der Vegetationsperioden nicht bewegt werden können.</p>

Lfd. Nr.	Code	Erläuterungen zu den einzelnen Unterabschnitten
2	659-663	<p>Anzugeben ist die Anzahl der am Tag der Erhebung im Alleinbesitz des Betriebes befindlichen Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte. Auch zeitweilig an andere landwirtschaftliche Betriebe ausgeliehene Motorfahrzeuge sind aufzuführen.</p> <p>Der Nachweis erfolgt bei kürzlich angeschafften (o.g.) Maschinen unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt der Erhebung bereits zum Einsatz gekommen sind oder nicht.</p>
3	664-667	<p>Anzugeben ist der Einsatz von Maschinen und Geräten im Betrieb, die von mehreren Betrieben genutzt werden, also nicht im Alleinbesitz des Betriebes sind.</p> <p>Gemeinsame Nutzung kann zum Beispiel sein, dass die Maschinen sich im Besitz</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• eines anderen Betriebes (z.B. <i>im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder eines Maschinenrings</i>),</li><li>• einer Genossenschaft,</li><li>• dieses Betriebes mit einem oder mehreren anderen Betrieben (z.B. <i>Maschinengemeinschaft</i>) oder</li><li>• eines landwirtschaftlichen Lohnunternehmens</li></ul> <p>befinden.</p> <p>Antworten sind möglich nur für 14.1, nur für 14.2 oder für beide Abschnitte.</p>
4	668,669	<p>Anzugeben sind die am Tag der Erhebung im Alleinbesitz des Betriebes befindlichen, funktionstüchtigen Bewässerungsanlagen, die in den letzten zwölf Monaten zur Bewässerung verwendet wurden. Die Anlagen sind zu unterscheiden in:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• mobile Anlagen</li><li>• feststehende Anlagen.</li></ul> <p>Hat der Betrieb beide Arten von Anlagen, sind auch beide anzukreuzen.</p> <p>Auszuschließen sind z.B. Frostschutzberegnungsanlagen und nicht mehr betriebsbereite Bewässerungsanlagen.</p>

**2 Abschnitt 14.1: Anzahl der Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes am Tag der Erhebung**

		Code	
Befinden sich Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes?		659	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2 Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 14.2
Wenn „ja“: Anzahl der in den letzten zwölf Monaten verwendeten sowie neuen	Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger	660	
	Einachsschlepper, Motorhacken, -fräsen und -mäher	661	
	Mähdrescher	662	
	andere vollmechanisierte Erntegeräte	663	

**3 Abschnitt 14.2: Überbetrieblicher Einsatz von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005**

		Code	
Welche Maschinen und Geräte wurden im Zeitraum überbetrieblich genutzt?	Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger	664	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Einachsschlepper, Motorhacken, -fräsen und -mäher	665	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	Mähdrescher	666	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	andere vollmechanisierte Erntegeräte	667	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

**4 Abschnitt 14.3: Am Tag der Erhebung betriebsbereite Bewässerungsanlagen im Alleinbesitz des Betriebes, die in den letzten 12 Monaten verwendet wurden**

		Code	
Sind diese Bewässerungs- anlagen	mobilität?	668	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2
	feststehend?	669	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2

Unsere Postanschrift, falls Sie eine DIN –Fensterhülle verwenden!

Thüringer Landesamt für Statistik  
Referat Land- und Forstwirtschaft  
Postfach 1255

**07502 Gera**

Unsere Postanschrift, falls Sie eine C 6 - Fensterhülle verwenden!

Thüringer Landesamt für Statistik  
Referat Land- und Forstwirtschaft  
Postfach 1255

**07502 Gera**

Ergänzungsvordruck E

Fortsetzung von Abschnitt 10 der ASE 2005 (S) – ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte

Kennzahlfrage

Gemeinde-Kennziffer

Ergänzungsvordruck E Nr.: (mit Nr. 01 beginnen)

Gesamtzahl der ausgefüllten Ergänzungsvordrucke E:

Gesamtzahl der ständig im Betrieb Beschäftigten:

Lfd. Nr. der Person		Code							
ausgeübte Tätigkeit									
Geschlecht	männlich	901	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	weiblich		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
Geburtsjahr		903							
Wer ist Betriebsleiter?		905	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für diesen Betrieb (ohne Haushalt)	vollbeschäftigt (40 Stunden und mehr)	931	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	überwiegend beschäftigt (30 bis unter 40 Stunden)	932	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	teilweise beschäftigt (20 bis unter 30 Stunden)	933	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	gering beschäftigt (10 bis unter 20 Stunden)	934	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	fallweise beschäftigt (unter 10 Stunden)	935	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes	Auszubildender (einschließlich Praktikant)		<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	Arbeiter		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
	Angestellter		<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3
	Beamter	911	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4
	Gesellschafter/MitInhaber		<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5
	Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige (ohne Gesellschafter)		<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6
		912							

Code											
901	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
903											
905	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
931	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
932	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
933	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
934	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
935	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
911	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3
	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4
	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5
	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6
912											





## Ergänzungsvordruck zu den Familienarbeitskräften

Abchnitt 9 der Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Rechtsgrundlagen und Hilfsmerkmale siehe Unterrichtung.

Kernnummer

Gemeinde-Kennziffer

Ergänzungsvordruck Nr.: (mit Nr. 01 beginnen)

Gesamtzahl der ausgefüllten Ergänzungsvordrucke:

### Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen)

Lfd. Nr. der Person	Code	007	008	009	010	011	012
<b>Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis der beschäftigten familienangehörigen Haushaltsmitglieder zum Betriebsinhaber</b> Signierziffer: Kinder (auch Stief-, Schwieger-, Pflege-, Adoptivkinder) ..... = 3 Enkel ..... = 4 Eltern, Schwiegereltern ..... = 5 Großeltern ..... = 6 Sonstige ..... = 7	801						
<b>Geschlecht</b> männlich	802	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
weiblich		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
<b>Geburtsjahr</b>	804						
<b>Wer ist Betriebsleiter?</b>	806	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
<b>durchschnittlich geleistete Stunden je Woche</b> für diesen Betrieb (ohne Haushalt)							
vollbeschäftigt (42 Stunden und mehr)	831	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
überwiegend beschäftigt (31 bis unter 42 Std.)	832	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
teilweise beschäftigt (21 bis unter 31 Std.)	833	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
gering beschäftigt (11 bis unter 21 Std.)	834	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
fallweise beschäftigt (unter 11 Stunden)	835	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
<b>in anderer Erwerbstätigkeit (Anzahl der Stunden)</b>	836						
<b>P   andere Erwerbstätigkeit</b>	814	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
<b>Quellen des Außerbetrieblichen Einkommens</b> sonstige Quellen	819	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	818	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1

**Einzelperson-Erhebungsvordruck (PS)**  
zum Abschnitt 9 der Agrarstrukturerhebung 2005 (S)

Rechtsgrundlagen und Hilfsmerk-  
male siehe Unterrichtung.

Kartennummer

Gemeinde-Kennziffer

**Quellen des außerbetrieblichen Einkommens im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005**

Die Angaben zum außerbetrieblichen Einkommen dienen mit zur Unterscheidung von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben.  
Mehrfachankreuzungen sind möglich.

- Für Ehegatte des Betriebsinhabers und im Betrieb beschäftigte sonstige Familienangehörige -

Lfd. Nummer der Person (aus Abschnitt 9 zu übertragen)
--

Zutreffendes bitte ankreuzen **X**

		Code	
<input checked="" type="checkbox"/>	Quellen des	andere Erwerbstätigkeit	814 1
<input checked="" type="checkbox"/>	außerbetrieblichen	sonstige Quellen	819 1
	Einkommens		

- ☒ Sind Stunden bei Code 838 eingetragen, so sind auch Code 814 und entsprechend Code 821 anzukreuzen.
- ☒ Sonstige außerbetriebliche Einkommensquellen können sein: Einkommen durch Landabgaberente und Produktionsaufgaberente, Pensionen, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe, Einkommen aus Vermietungen, Kapitalvermögen, Verpachtungen von Milchquoten oder Einkünfte aus Zuckerrübenaktien.

## Anlage 7

### Anleitung zur Durchführung der ASE 2005



**Anleitung  
zur repräsentativen Agrarstrukturerhebung 2005**

**(Bodennutzung, Viehbestände, Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale)**

## Inhalt

<b>Vorbemerkung .....</b>	<b>4</b>
Allgemeines zur Agrarstrukturerhebung (ASE) 2005 .....	4
Zum Aufbau der Erhebung .....	4
Rechtsgrundlagen und Auskunftspflicht .....	4
Statistische Geheimhaltung .....	5
Schematische Übersicht über die Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2005 .....	6
<b>Abschnitt 1 : Rechtsformen .....</b>	<b>7</b>
065 Einzelunternehmen .....	7
065 Personengemeinschaften/ -gesellschaften .....	7
065 Juristische Personen des privaten Rechts .....	8
065 Juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	10
<b>Abschnitt 2 : Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2005 nach Hauptnutzungs- und Kulturarten .....</b>	<b>11</b>
201-211 Nachweis der Getreidearten .....	11
212, 213, 242 Maisanbau .....	12
214-216, 301 Anbau von Hülsenfrüchten .....	12
217-222, 300 Anbau von Hackfrüchten .....	13
229-233 Anbau von Ölfrüchten .....	14
234-238 Anbau von Handelsgewächsen .....	14
223-225 Feldgemüseanbau .....	15
226-228 Blumen- und Zierpflanzenanbau, Gartenbausämereien, Vermehrungsanbau .....	15
239-241, 243-245 Acker- und Futterbau, Stilllegungsflächen, Brache und Ackerland insgesamt .....	16
246-248 Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen .....	17
249-252, 255 Dauergrünland .....	18
256 Rebland/ Rebfläche .....	19
257 Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen .....	19
258 Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) .....	19
262 Waldflächen .....	19
259 Nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen .....	19
264 Gebäude- und Hofflächen, sonstige Flächen .....	20
265 Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche .....	20
<b>Abschnitt 3 : Flächenstilllegung (Stilllegungsflächen) .....</b>	<b>21</b>
268 Stilllegungsflächen ohne nachwachsende Rohstoffe .....	21
269 Stilllegungsflächen mit nachwachsenden Rohstoffen .....	21
270 Sonstige stillgelegte Flächen .....	21
267 Stillgelegte Flächen insgesamt .....	21
<b>Abschnitt 4 : Eigentums- und Pachtverhältnisse.....</b>	<b>22</b>
701 LF des Betriebes .....	22
702,703 Gepachtete LF .....	22
704 Unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF .....	23
705 Eigene selbstbewirtschaftete LF .....	23
708 Eigene LF .....	23
<b>Abschnitt 5 : Pachtflächen und Pachtentgelte .....</b>	<b>24</b>
709, 710 Von „anderen Verpächtern“ gepachtete LF und derzeitige Jahrespacht .....	24
711, 712, 715 usw. Gepachtete Einzelgrundstücke .....	24
723-726 Rebland, -fläche .....	25
719-722 Obstanlagen .....	25
713, 714, 717 usw. Erstpachtung und Pachtpreisänderung in den letzten zwei Jahren .....	25

<b>Abschnitt 6 : Viehbestände am 3. Mai 2005 .....</b>	<b>26</b>
106 Pferde.....	26
107-119 Rinder .....	27
120-124 Schafe .....	28
125-135 Schweine .....	29
136-143 Geflügel .....	30
<b>Abschnitt 7 : Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft .....</b>	<b>31</b>
733 Aus anderen Betrieben übernommene Gülle .....	31
734 Gülle .....	31
735, 736 Aufbringung der Gülle dieses Betriebes .....	31
737, 791-795 Lagerkapazität für Gülle .....	32
791 Lagerkapazität für Gülle im Stallbereich .....	32
792 Lagerkapazität für Gülle im Außenlager insgesamt .....	32
793 Außenlager mit Festabdeckung .....	32
794 Außenlager mit Abdeckung durch Granulat .....	32
795 Außenlager mit natürlicher Schwimmdecke .....	32
738 Lagerdauer für Gülle.....	33
739 Festmist und Jauche .....	33
740, 741 Lagerdauer für Festmist und Jauche .....	33
<b>Abschnitt 8 : Ökologischer Landbau .....</b>	<b>34</b>
750 EG-Öko-Verordnung .....	34
751, 752 Flächen im ökologischen Landbau .....	34
753-757 Tierarten im ökologischen Landbau .....	34
<b>Abschnitt 9 : Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen) .....</b>	<b>35</b>
Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber .....	35
801 Kennziffer des Verwandtschaftsverhältnisses .....	35
802 Geschlecht .....	36
805 Geburtsjahr .....	36
806 Betriebsleiter .....	36
831-835 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für diesen Betrieb im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 .....	36
Zuordnung zu den Arbeitszeitgruppen .....	37
831 <i>Vollbeschäftigt</i> .....	37
832 <i>Überwiegend beschäftigt</i> .....	37
833 <i>Teilweise beschäftigt</i> .....	37
834 <i>Gering beschäftigt</i> .....	37
835 <i>Fallweise beschäftigt</i> .....	37
837 Im Haushalt des Betriebsinhabers tätig .....	38
838 In anderer Erwerbstätigkeit beschäftigt .....	38
814 , 819 Quellen außerbetrieblichen Einkommens .....	38
814 Einkommen aus anderer Erwerbstätigkeit .....	39
819 Einkommen aus sonstigen Quellen .....	39
821 Welches Einkommen war höher ? .....	40
<b>Abschnitt 10 : Ständig und nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte von Mai 2004 bis April 2005 .....</b>	<b>41</b>
<b>Wichtiger Hinweis .....</b>	<b>41</b>
<b>10.1 Ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte .....</b>	<b>41</b>
901 Geschlecht .....	42
903 Geburtsjahr .....	42
905 Betriebsleiter.....	42
931-935 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche von Mai 2004 bis April 2005 für diesen Betrieb (ohne Haushalt) .....	42

Zuordnung zu den Arbeitszeitgruppen .....	43
931 <i>Vollbeschäftigt</i> .....	43
932 <i>Überwiegend beschäftigt</i> .....	43
933 <i>Teilweise beschäftigt</i> .....	43
934 <i>Gering beschäftigt</i> .....	43
935 <i>Fallweise beschäftigt</i> .....	43
911 Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes .....	43
<b>10.2 Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte .....</b>	<b>44</b>
918, 919, 921, 922 Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte .....	44
<b>Abschnitt 11 : Berufsbildung des Betriebsleiters .....</b>	<b>46</b>
640-647 Berufsbildung .....	46
<b>Abschnitt 12 : Einkommenskombinationen .....</b>	<b>48</b>
780-787 Einkommenskombinationen .....	48
<b>Abschnitt 13 : Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes .....</b>	<b>50</b>
<b>13.1 : Einzelbetriebliche Förderung für Investitionen (zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens, der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen) .....</b>	<b>50</b>
796 Investitionsbeihilfen .....	50
<b>13.2 : Investitionsförderung für Tätigkeiten im ländlichen Raum sowie Forstwirtschaft .....</b>	<b>51</b>
797 Beihilfen zur Anpassung .....	51
<b>Abschnitt 14 : Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte .....</b>	<b>52</b>
<b>14.1 : Anzahl der Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes am Tag der Erhebung .....</b>	<b>52</b>
659-663 Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes .....	52
<b>14.2 : Überbetrieblicher Einsatz von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005 .....</b>	<b>53</b>
664-667 Überbetriebliche Nutzung von Maschinen im Betrieb .....	53
<b>14.3 : Am Tag der Erhebung betriebsbereite Bewässerungsanlagen im Alleinbesitz des Betriebes, die in den letzten 12 Monaten verwendet wurden .....</b>	<b>54</b>
668, 669 Bewässerungsanlagen .....	54
<b>Anlage zur Anleitung der Agrarstrukturhebung 2005 .....</b>	<b>I</b>
<b>1. Durchführung der Erhebung .....</b>	<b>II</b>
1.1 Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten .....	II
1.2 Erhebungsunterlagen .....	II
1.3 Durchführung der Erhebung .....	II
1.4 Eintragungstechnik .....	IV
1.5 Nachprüfen der Angaben in den Erhebungsvordrucken .....	V
<b>2. Grundbegriffe .....</b>	<b>VIII</b>
<b>3. Beispielsammlung .....</b>	<b>XI</b>
3.1 Ermittlung des außerbetrieblichen Einkommens .....	XI
3.2 Beispiele für verbreitet vorkommende Arten außerbetrieblichen Einkommens .....	XII
3.3 Beispiele für weder zum betrieblichen noch zum außerbetrieblichen Nettoeinkommen zählende Einnahmen.....	XIII



## **Vorbemerkung**

### **Allgemeines zur Agrarstrukturerhebung (ASE) 2005**

Die Agrarstrukturerhebung wird im Frühjahr 2005 durchgeführt. Ziel der Erhebung ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitsgetreuer und zuverlässiger statistischer Informationen über die Betriebsstruktur sowie die wirtschaftliche und soziale Situation in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Daten dienen in Verbindung mit den Ergebnissen aus anderen Agrarstatistiken dazu, Erntemengen zu berechnen und vorauszuschätzen, den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu erkennen und auf seine Ursachen hin untersuchen zu können. Die Ergebnisse bieten weiterhin für Regierung, Verwaltung, Berufsstand, Wirtschaft und Wissenschaft auf nationaler und supranationaler Ebene die notwendigen statistischen Grundlagen für ihre Entscheidungen und Maßnahmen.

Mit den Ergebnissen werden zugleich die statistischen Anforderungen der Europäischen Union in den EG-Strukturerhebungen abgedeckt. Da die Ergebnisse auch für Planungen und Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft herangezogen werden, verdient die Erhebung Ihre uneingeschränkte Unterstützung.

### **Zum Aufbau der Erhebung**

Die repräsentative ASE 2005 besteht aus dem Grund- und Ergänzungsprogramm (einen Überblick über Aufbau und Organisation der ASE 2005 gibt das Schema auf Seite 6). Die „Integrierte Erhebung“ über die Bodennutzung, Viehbestände und weitere Strukturmerkmale setzt die zeitgleiche Erhebung aller Produktions- und Strukturmerkmale in einem Erhebungsvordruck voraus. Möglich ist dies, da auf EU-Ebene Termine für Zählungen verlegt und Zwischenzählungen entfallen sind. In erster Linie dient das der Entlastung der Auskunftspflichtigen von statistischen Erfassungsarbeiten. Zum anderen bietet die zeitgleiche Erhebung der Merkmale die Möglichkeit, Erhebungsmerkmale sachgerecht zu korrelieren, wodurch die Plausibilität der Daten erhöht wird.

### **Rechtsgrundlagen und Auskunftspflicht**

Für die Erhebung gelten folgende **Rechtsgrundlagen**:

1. Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe (ABl. EG Nr. L 56 S. 1 vom 2. März 1988), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 08. Dezember 2004 (ABl. EG Nr. L 369 S. 26 vom 16.12.2004).
2. Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 2002 (BGBl. I S. 3118).
3. Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).
4. Gesetz zur Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen vom 10. Juli 1995 (BGBl. I S. 910).
5. Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (Erste Agrarstatistikverordnung – 1. AgrStatV) vom 20. November 2002 (BGBl. I S. 4415), geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3584).

Die **Auskunftspflicht** zur Agrarstrukturerhebung mit ihrem Grund- und Ergänzungsprogramm ergibt sich aus § 93 Abs. 2 Nr. 1 AgrStatG in Verbindung mit § 15 BStatG.

Danach sind für die Agrarstrukturerhebung die Inhaber oder Leiter der Betriebe und Unternehmen auskunftspflichtig. Für die Angaben über die außerbetrieblichen Erwerbs- und Unterhaltsquellen des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen sind nach § 93 Abs. 3 AgrStatG die jeweils betroffenen Personen selbst auskunftspflichtig. Falls vom Auskunftspflichtigen (Familienangehörige des Betriebsinhabers von Einzelunternehmen) gewünscht, werden diese Angaben auf einem gesonderten Erhebungsvordruck (PS) erhoben.

Die Antworten sind gemäß § 15 Abs. 3 BStatG wahrheitsgemäß, vollständig und innerhalb der von den statistischen Ämtern der Länder gesetzten Fristen für den Empfänger (das Statistische Landesamt) porto- und kostenfrei zu erteilen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben gemäß § 15 Abs. 6 BStatG keine aufschiebende Wirkung.

## **Statistische Geheimhaltung**

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheimgehalten. Nur in ausdrücklich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung der erhobenen Angaben ist nach § 98 Abs. 1 AgrStatG in Verbindung mit § 16 Abs. 4 BStatG an die zuständigen obersten Bundes- oder Landesbehörden in Form von Tabellen mit statistischen Ergebnissen zulässig, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen.

Nach § 16 Abs. 6 BStatG ist auch für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben die Übermittlung von Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige mit unabhängiger wissenschaftlicher Forschung betraute Einrichtungen möglich. Die Einzeldaten sind so zu anonymisieren, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht ebenfalls für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Schematische Übersicht über die Gliederung der Agrarstrukturerhebung 2005\*)

Programme	↑	Grundprogramm am 3. Mai			Ergänzungsprogramm am 3. Mai
Erhebungsart	↑	Bodennutzungshaupterhebung		Viehbestandserhebung	Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale
Erfragte Sachverhalte	↑	total	repräsentativ	repräsentativ	repräsentativ
Nutzung von Verwaltungsdaten	→	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Feststellung der betrieblichen Einheiten:<ul style="list-style-type: none"><li>u.a.<ul style="list-style-type: none"><li>- Betriebssitz</li><li>- Art der Bewirtschaftung (ökologischer Landbau)</li><li>- Rechtsgrund des Besitzes</li><li>- Rechtsstellung des Betriebsinhabers (Einzelpersonen, Personengemeinschaften, juristische Personen)</li><li>- Art des Betriebes</li></ul></li></ul></li><li>▪ Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bestände an:<ul style="list-style-type: none"><li>- Rindern</li><li>- Schweinen</li><li>- Schafen</li><li>- Pferden</li><li>- Geflügel</li></ul></li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Eigentums- und Pachtverhältnisse</li><li>▪ Außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen</li><li>▪ Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft</li><li>▪ Beschäftigung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen und der im Betrieb Beschäftigten, die keine Familienangehörigen sind (nach dem Einzelpersonenkonzept)</li><li>▪ Sozialökonomische Verhältnisse</li><li>▪ Berufsbildung des Betriebsleiters</li><li>▪ Einkommenskombinationen</li><li>▪ Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums</li><li>▪ Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte</li></ul>
		für Hauptnutzungs- und Kulturarten			
„Integrierte Erhebung“ der Produktions- und Strukturstatistiken					

\*) Gemeinsam mit der Agrarstrukturerhebung 2005 wird die Gartenbauerhebung als eigenständige Erhebung total durchgeführt, dabei werden Teile aus der Agrarstrukturerhebung übernommen, andere erhoben.

**Abschnitt 1:        Rechtsformen**

**Allgemeine  
Hinweise**

Die Rechtsform bildet die Grundlage der externen und internen Rechtsbeziehungen einer Unternehmung. In der Agrarstrukturhebung sind von den Betriebsinhabern oder -leitern folgende Rechtsformen der Unternehmen nachzuweisen (im Schema anzukreuzen), wenn von den Statistischen Landesämtern nichts anderes festgelegt wurde oder ein Fortschreibungsverfahren verwendet wird:

**065  
Rechtsformen**

Einzelunternehmen ( <i>Einzelperson, Ehepaar, Geschwister</i> )	065	11	<input type="checkbox"/>
---	-----	----	--------------------------

**Schlüssel-Nr. 11  
Einzelunter-  
nehmen**

Unternehmen in der Hand einer natürlichen Person, die ohne weitere Gesellschafter ein Unternehmen betreibt und für dessen Verbindlichkeiten allein und unbeschränkt haftet. Eine vertragliche Regelung entfällt. Der Eigentümer bestimmt allein die Zielsetzung und Politik der Unternehmung.

**Allgemeine  
Hinweise**

**Personengemeinschaften, -gesellschaften**  
Zusammenschluss von mindestens zwei Personen zu einer Gesellschaft (Eigentümerverband), zwecks gemeinsamen Betreibens einer Unternehmung. Der Gesellschaft müssen persönlich und unbeschränkt (auch mit ihrem Privatvermögen) haftende Gesellschafter angehören. Die Gesellschaft verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit. Träger der Rechte und Pflichten sind immer nur die Gesellschafter in ihrer Verbundenheit, die sich nach den Regeln über die Gesamthand richten. Als Gesellschafter sind neben natürlichen Personen auch juristische Personen oder andere Personengesellschaften zugelassen.

Personengemeinschaften, -gesellschaften	065		<input type="checkbox"/>
Nicht eingetragener Verein		12	<input type="checkbox"/>
Gesellschaft bürgerlichen Rechts ( <i>BGB-Gesellschaft</i> )		13	<input type="checkbox"/>
Offene Handelsgesellschaft ( <i>OHG</i> )		14	<input type="checkbox"/>
Kommanditgesellschaft ( <i>KG einschl. GmbH u. Co. KG</i> )		15	<input type="checkbox"/>
Sonstige Personengemeinschaft ( <i>einschl. Erbengemeinschaft</i> )		16	<input type="checkbox"/>

**Schlüssel-Nr. 12  
Nicht einge-  
tragener Verein**

In das Vereinsregister nicht eingetragener, nicht rechtsfähiger Verein. Als Rechtsform ist er in landwirtschaftlichen Kooperationen anzutreffen.

**Schlüssel-Nr. 13  
Gesellschaft  
bürgerlichen  
Rechts (BGB-  
Gesellschaft)**

Auf einem Vertrag beruhende Personenvereinigung zur Förderung eines gemeinsamen Zweckes. Im Gesellschaftsvertrag sind die Rechte und Pflichten (Beitrags-, Geschäftsführungs- und Treuepflicht) der Gesellschafter festgelegt. Geschäftsführung und Vertretung stehen, soweit vertraglich nicht anders geregelt, allen Gesellschaftern zu.

**Schlüssel-Nr. 14**  
Offene Handelsgesellschaft (OHG)

Eine Gesellschaft, bei der alle Eigentümer zugleich Unternehmer (Gesellschafter) sind. Die OHG ist eine gemeinschaftliche Firma, bei der alle Gesellschafter die Befugnis zur Alleingeschäftsführung und Alleinvertretung haben und somit Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen können.

**Schlüssel-Nr. 15**  
Kommanditgesellschaft (KG einschl. GmbH u. Co. KG)

Handelsrechtliche Personengesellschaft, die sich von der OHG dadurch unterscheidet, dass zwei Typen von Gesellschaftern existieren. Gesellschafter sind die unbeschränkt haftenden Komplementäre und die nur mit ihrer Kapitaleinlage haftenden Kommanditisten. Geschäftsführung und Außenvertretung nehmen ausschließlich die Komplementäre wahr. Bei der GmbH u. Co. KG ist der Komplementär eine juristische Person i.F. der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

**Schlüssel-Nr. 16**  
Sonstige Personengemeinschaft (einschl. Erbengemeinschaft)

Weitere, hier nicht einzeln aufgeführte und in der Agrarstrukturerhebung nachzuweisende Gesellschaften i.F. des Zusammenschlusses von Personen, wie z.B. der Erbengemeinschaft, in der jeder Miterbe über seinen Anteil am Nachlass i.F. der notariellen Beurkundung verfügen kann (Gesamthandsgemeinschaft).

**Allgemeine Hinweise**

**Juristische Personen des privaten Rechts**

Juristische Personen des Privatrechts sind Vereinigungen, Anstalten und Stiftungen. Die juristische Person des privaten Rechts ist eine dauerhaft auf einen gemeinsamen Zweck gerichtete Personenvereinigung oder Organisation, die als solche (von der Summe ihrer jeweiligen Mitglieder und Organe unterschiedene Einheit) selbständiger Träger von Rechten und Pflichten ist und die durch Handlungen ihrer Organe am Rechtsverkehr teilnimmt. Die natürliche Einheit von Eigentümerschaft und Unternehmerfunktion fehlt. Als weiterer wesentlicher Unterschied zu Personengesellschaften ist die persönliche und unbeschränkte Haftung für die Gesellschaftsschulden für alle Gesellschafter ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Personengemeinschaften, -gesellschaften besteht die Möglichkeit von sogenannten Einmann-Gesellschaften, z.B. in GmbH.

Juristische Personen des privaten Rechts	065	
Eingetragener Verein (e.V.)		61
Eingetragene Genossenschaft (e.G.)		62
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)		63
Aktiengesellschaft (AG)		64
Anstalt des privaten Rechts		65
Stiftung des privaten Rechts		66
Gemeinschaftsforsten mit ideellen Besitzanteilen		67

**Schlüssel-Nr. 61**  
Eingetragener Verein

Hierbei handelt es sich um einen in das Vereinsregister eingetragenen, rechtsfähigen Verein. Die in der Satzung festgelegte Zielsetzung ist auf „nichtwirtschaftliche“ (z.B. soziale, kulturelle) Zwecke gerichtet. Zur Erreichung des im Vordergrund stehenden nichtwirtschaftlichen Zweckes ist als untergeordnetes Mittel auch ein Geschäftsbetrieb mit wirtschaftlichem Zweck zulässig. Die Beschlussfassung erfolgt über den Vorstand, die Mitgliederversammlung und gegebenenfalls über Ausschüsse oder Beiräte.

**Schlüssel-Nr. 62**

Eingetragene  
Genossenschaft

In das Genossenschaftsregister eingetragene Gesellschaft mit nicht geschlossener (freier und wechselnder) Mitgliederzahl, deren Zweck auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft der Mitglieder (Genossen) mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs gerichtet ist. Sie verfügt im Gegensatz zu den Kapitalgesellschaften über kein festes Grundkapital. Notwendige Organe sind Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung.

**Schlüssel-Nr. 63**

Gesellschaft mit  
beschränkter

Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die über ihre obligatorischen Organe (Gesellschafter bzw. Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung) handelt. Zusätzlich ist ein Aufsichtsrat fakultativ möglich. Die Gesellschafter erwerben über eine Stammeinlage Anteilsrechte an der Gesellschaft. Die Anteile sind im Unterschied zur Aktiengesellschaft nicht Gegenstand des freien Handelsverkehrs, sondern werden mit einem in notarieller Form geschlossenen Vertrag festgelegt. Als juristische Person ist die GmbH Handelsgesellschaft und Kaufmann kraft Rechtsform. Sie eignet sich als Rechtsform für kleinere und mittlere Unternehmen.

**Schlüssel-Nr. 64**

Aktiengesellschaft  
(AG)

Die AG ist wie die GmbH eine Kapitalgesellschaft, besitzt eigene Rechtsfähigkeit und ist kraft Rechtsform Handelsgesellschaft und Kaufmann. Im Gegensatz zur GmbH ist die AG eine Publikumsgesellschaft und für Unternehmen mit hohem Kapitalbedarf geeignet. Als juristische Person handelt die AG durch ihre Organe (Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung).

**Schlüssel-Nr. 65**

Anstalt des  
privaten Rechts

Eine auf Gesetz beruhende rechtliche und selbständige Verwaltungseinrichtung, die einem öffentlichen Nutzungszweck dient.

**Schlüssel-Nr. 66**

Stiftung des  
privaten Rechts

Die Stiftung ist eine rechtsfähige juristische Person des Privatrechts, in der ein bestimmtes Vermögen rechtlich verselbständigt ist, um für eine gewisse Dauer einen bestimmten Zweck zu erreichen.

**Schlüssel-Nr. 67**

Gemeinschafts-  
forsten mit ideellen  
Besitzanteilen

Hierbei handelt es sich um einen forstwirtschaftlichen Zusammenschluss in privatrechtlicher Form. Privatwäldungen, an denen das Eigentum einer Gemeinschaft oder mehreren Personen (Flächen werden über Nutzungsrechte zugewiesen) gemeinschaftlich zusteht und die der Forstaufsicht des Staates unterliegen.

**Allgemeine  
Hinweise**

**Juristische Personen des öffentlichen Rechts**

Juristische Personen des öffentlichen Rechts sind der Staat (Bund, Land) und die dem Staat eingegliederten, aber mit dem Recht der Selbstverwaltung ausgestatteten Gebietskörperschaften (Gemeinde, Gemeindeverband, Kreis) und sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts	065.		
Gebietskörperschaft Bund		21	<input type="checkbox"/>
Gebietskörperschaft Land		31	<input type="checkbox"/>
Sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverbände)		41	<input type="checkbox"/>
Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften)		51	<input type="checkbox"/>

**Schlüssel-Nr. 21**

Gebietskörper-  
schaft Bund

Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes bestimmt ist.

**Schlüssel-Nr. 31**

Gebietskörper-  
schaft Land

Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Landes bestimmt ist.

**Schlüssel-Nr. 41**

Sonstige Gebiets-  
körperschaften

Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Kreises, der Gemeinde oder des Kommunalverbandes bestimmt ist.

**Schlüssel-Nr. 51**

Sonstige juristische  
Personen des öffent-  
lichen Rechts

Auf einem Hoheitsakt (z.B. Gesetz) beruhende oder nachträglich durch ein Gesetz als Träger öffentlicher Aufgaben anerkannte Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (z.B. Personalkörperschaften, kirchliche Anstalten, Kirche).

**Abschnitt 2:**      **Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2005 nach Hauptnutzungs- und Kulturarten**

**Allgemeine  
Hinweise**

In diesem Abschnitt sind die Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte auf dem Ackerland einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas, auszuweisen. Ebenso Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen, sowie Schwarz-/ Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen des Stilllegungsprogramms.

**Nicht** zum Ackerland rechnen die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegen (siehe auch „Nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen“) sowie die Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt (siehe „Obstanlagen“).

Die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche umfasst die Hauptnutzungsarten landwirtschaftlich genutzter Fläche, Waldfläche, nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche, Gebäude- und Hofflächen und sonstige Flächen. Siehe Erläuterungen zu den einzelnen Merkmalen.

Zugepachtete Flächen sowie unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltenes Land (Dienstland, aufgeteilte Allmende und dergleichen Flächen) werden dem Betrieb zugerechnet, von dem sie bewirtschaftet werden.

Getreide	Winterweizen	201	
	Dinkel	211	
	Sommerweizen (ohne Durum)	202	
	Hartweizen (Durum)	203	
	Triticale	204	
	Roggen (Winter- und Sommerroggen)	205	
	Wintergerste	206	
	Sommergerste	207	
	Hafer	208	
	Wintermenggetreide	209	
	Sommermenggetreide	210	

**201**  
Winterweizen      Gewöhnlicher Nackt- oder Saatweizen (Weichweizen) in der Winterform. Flächen, auf denen Hartweizen angebaut wird, sind hier **nicht** anzugeben.  
**In Bundesländern, in denen Dinkel (211) gesondert erfasst wird, ist die Fläche dort einzutragen.**

**211**  
Dinkel      Es handelt sich um eine bespelzte Kulturform des Weichweizens, die als Brotgetreide oder für die Grünkernherstellung Verwendung findet. Nur angeben, wenn **nicht** bei 201 einbezogen.

**202**  
Sommerweizen  
(ohne Durum)      Gewöhnlicher Nackt- oder Saatweizen (Weichweizen) in der Sommerform. Flächen, auf denen Hartweizen (Durum) angebaut wird, sind hier **nicht** anzugeben.

**203**  
Hartweizen  
(Durum)      Getreideart, die als Sommergetreide angebaut und vorwiegend zur Herstellung von Teigwaren verwendet wird.



- 204

Triticale

Kreuzung aus Weizen und Roggen, die überwiegend als Futtergetreide, aber auch für landwirtschaftliche Brennereien angebaut wird.
- 205

Roggen (Winter- und Sommerroggen)

Getreide, das meistens als Brotroggen angebaut, aber auch als Futtergetreide verwendet wird.
- 206

Wintergerste

Getreide, das als Futter- und Braugerste verwendet und im Herbst ausgesät wird.
- 207

Sommergerste

Getreide, das überwiegend als Braugerste Verwendung findet und ertragsschwächer als in Winterform ist.
- 208

Hafer

Sommergetreide, das in erster Linie als Futtergetreide verwendet wird.
- 209

Wintermenggetreide

Verschiedene Getreidearten im gemischten Anbau mit Aussaat im Herbst zur Sicherung eines höheren Ertrages.
- 210

Sommermenggetreide

Verschiedene Getreidearten im gemischten Anbau als Sommerfrucht zur Sicherung eines höheren Ertrages.

Mais	Körnermais zum Ausreifen	212		
	Corn – Cob – Mix	213		
	Silomais (einschl. Grünmais und Lieschkolbenschrot)	242		

- 212

Körnermais zum Ausreifen

Anbau zur Ernte von voll ausgebildeten und ausgereiften Körnern zur Fütterung.
- 213

Corn-Cob-Mix

Kolbenmais, mit dem Mähdrescher geerntet, der zu Schrotsilage verarbeitet für die Fütterung verwendet wird.

Die Fläche für Lieschkolbenschrot (LKS) ist unter Silomais (242) einzutragen.
- 242

Silomais

Ernte der ganzen, noch grünen Maispflanzen einschließlich Lieschkolbenschrot (ganze Maiskolben mitsamt Hüllblättern).

Silomais dient ausschließlich der Fütterung.

Hülsenfrüchte	Futtererbsen zur Körnergewinnung	214		
	Ackerbohnen zur Körnergewinnung	215		
	Lupinen zur Körnergewinnung	301		
	Alle anderen Hülsenfrüchte zum Ausreifen	216		

- 214

Futtererbsen zur Körnergewinnung

Körnerleguminosen im Feldfutterbau (Saat-, Körnererbsen) als eiweißreiches Kraftfutter, aber auch im Zwischenfruchtanbau.

Frischerbsen und -bohnen sind unter 223 bzw. 224 auszuweisen.

**215**  
 Ackerbohnen zur Körnergewinnung      Körnerleguminosen im Feldfutter- und Zwischenfruchtanbau (überwiegend Saubohnen). Dicke Bohnen und Puffbohnen werden überwiegend gärtnerisch genutzt.

**301**  
 Lupinen zur Körnergewinnung      Lupinen gehören zur Gruppe der Körnerleguminosen und finden Verwendung als eiweißreiches Kraftfutter. **Nur bei 301 ausweisen, wenn nicht unter 216 ausgewiesen.**

**216**  
 Alle anderen Hülsenfrüchte zum Ausreifen      In diese Gruppe fallen u.a. Speiseerbsen und -bohnen, Wicken, Lupinen, Leguminosensamen. **Lupinen nur einbeziehen, wenn nicht bei 301 gesondert ausgewiesen.**

Hackfrüchte	Frühe Speisekartoffeln	218	
	Mittelfrühe u. späte Speisekartoffeln	219	
	Industrie-, (Verarbeitungs-) Futter- und Pflanzkartoffeln	217	
	Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke	300	
	Zuckerrüben ohne Samenbau	220	
	Runkelrüben ohne Samenbau	221	
	Alle anderen Hackfrüchte ohne Samenbau	222	

**218**  
 Frühe Speisekartoffeln      Frühe Kartoffeln, die für Speisezwecke Verwendung finden.

**219**  
 Mittelfrühe und späte Speisekartoffeln      Kartoffelanbau zum Direktverzehr (ohne Kartoffeln zur Be- und Verarbeitung).

**217**  
 Frühe, mittelfrühe und späte Industrie- (Verarbeitungs-), Futter- und Pflanzkartoffeln      Kartoffelanbau für die Be- und Verarbeitung (Fertigprodukte, Stärke) sowie zu Futterzwecken und zur Pflanzung einschließlich Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke. **Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke nur einbeziehen, wenn nicht bei 300 getrennt erfasst.**

**300**  
 Verarbeitungskartoffeln für Speisezwecke      Kartoffelanbau für die Be- und Verarbeitung für Speisezwecke. **Nur angeben, wenn nicht bei 217 enthalten.**

**220**  
 Zuckerrüben ohne Samenbau      Zuckerrübenanbau zum Zweck der Zuckerherstellung. **Nur angeben, wenn nicht bei 222 einbezogen.**

**221**  
 Runkelrüben ohne Samenbau      Ausschließlich zur Verfütterung angebaute Runkel- und Futterrüben.

222

Alle anderen Hackfrüchte ohne Samenbau

In diese Gruppe fallen u.a. Futtermöhren, Kohlrüben, Futter- und Markstammkohl sowie Topinambur. **Runkelrüben nur einbeziehen, soweit nicht bei 221 gesondert ausgewiesen.**

Ölfrüchte	Winterraps zur Körnergewinnung	229		
	Sommerraps, Winter-, Sommerrüben zur Körnergewinnung	230		
	Öllein, Flachs	231		
	Körnersonnenblumen	233		
	Andere Ölfrüchte, auch für technische Zwecke	232		

229

Winterraps zur Körnergewinnung

Körnerfrucht zur Ölgewinnung (Nahrungsmittelsektor und industrielle Verwertung, z.B. auch als nachwachsender Rohstoff).

230

Sommerraps, Winter- und Sommerrüben zur Körnergewinnung

Sommerraps und Rüben im Anbau als Körnerfrucht zur Ölgewinnung.

231

Öllein, Flachs

Öllein (Leinsamen) und Flachs (Lein) im Anbau als Körnerfrucht zur Öl- und Fasergewinnung (Spinnfasern).

233

Körnersonnenblumen

Ölpflanze im Anbau, überwiegend zur Ölgewinnung, aber auch als Futterpflanze (Extraktionsschrot).

232

Andere Ölfrüchte

In diese Gruppe fallen u.a. Körnersenf und Sojabohnen, in deren Weiterverarbeitung der Einsatz in der menschlichen und tierischen Ernährung erfolgen kann, aber auch in der Technik, Medizin und Kosmetik.

Handelsgewächse	Hopfen	234		
	Tabak	235		
	Rüben und Gräser zur Samengewinnung	236		
	Heil- und Gewürzpflanzen	237		
	Alle anderen Handelsgewächse	238		

234

Hopfen

Mehrjähriges Gewächs aus der Familie der Hanfgewächse mit vorwiegendem Einsatz bei der Bierherstellung. Einzubeziehen sind Alt- und Junghopfen.

235

Tabak

Einjährige Pflanze im Anbau für die Verarbeitungsindustrie (Tabak-, Zigarren- und Zigarettensindustrie).

236  
Rüben und  
Gräser                      Rüben- und Gräseranbau zur Samengewinnung.

237  
Heil- und Gewürz-  
pflanzen                    In diese Gruppe fallen u.a. Engelwurz, Kamille, Kümmel, Melisse, Minze, Mohn.

238  
Alle anderen  
Handelsge-  
wächse                      In diese Gruppe fallen u.a. Buchweizen, Chinaschilf, Hanf, Hirse, Kenaf, Zichorie.

239	Gemüse, Spargel, Erdbeeren einschl. Jungpflanzen, ohne Samenbau, ohne Anbau im Haus- und Nutzgarten	im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen im Freiland		223	
		im Wechsel mit anderen Gartengewächsen	im Freiland	224	
			unter Glas	225	

223 bis 225  
Gemüse, Spargel,  
Erdbeeren                    Hier sind Flächen des Erwerbsgemüseanbaus (Gemüse, Spargel, Erdbeeren) nachzuweisen, auch wenn sie eingezäunt sind.

223  
Im Wechsel mit  
landwirtschaft-  
lichen Kulturen im  
Freiland                      Gemüseanbau einschließlich Spargel und Erdbeeren **im Freiland und in Frühbeeten**, z.B. Kohl im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen wie Getreide u.Ä. Der Samenbau und Anbau im Haus- und Nutzgarten zählen **nicht** dazu. Einzubeziehen ist die Anzucht von Jungpflanzen.

224  
Im Wechsel mit  
anderen Garten-  
gewächsen im  
Freiland                      Gemüseanbau einschließlich Spargel und Erdbeeren **im Freiland und in Frühbeeten**, z.B. Gurken im Wechsel mit anderen Gartengewächsen wie Blumen u.Ä. Der Samenbau und Anbau im Haus- und Nutzgarten zählen **nicht** dazu. Die Jungpflanzenzucht ist einzubeziehen.

225  
Im Wechsel mit  
anderen Garten-  
gewächsen unter  
Glas                          Gemüseanbau einschließlich Spargel und Erdbeeren **unter Glas**, z.B. Gurken im Wechsel mit anderen Gartengewächsen wie Blumen u.Ä. Unter Glas heißt, der Anbau erfolgt unter festen oder beweglichen Gewächshäusern oder anderen Einrichtungen aus Glas, festem oder flexiblem Kunststoff (Folienzelte/Folientunnel). Nicht begehbare Einrichtungen wie tragbare Aufzuchtskästen gehören **nicht** dazu.

240	Blumen und Zierpflanzen einschließlich Jungpflanzen	im Freiland	226	
		unter Glas	227	
	Gartenbausämereien, Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen, auch unter Glas		228	

226 bis 228  
Blumen und  
Zierpflanzen                    Hier sind Flächen des Erwerbsgartenbaus (**Blumen und Zierpflanzen**) nachzuweisen, auch wenn sie eingezäunt sind.

## 226

**Blumen, Zierpflanzen einschl. Stauden und Jungpflanzen**

**Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland und in Frühbeeten einschließlich Stauden und Jungpflanzen.**

## 227

**Blumen, Zierpflanzen einschl. Stauden und Jungpflanzen**

**Blumen- und Zierpflanzenanbau unter Glas** einschließlich Stauden und Jungpflanzen.  
(„unter Glas“ siehe 225).

## 228

## Gartenbausämereien, Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen

**Gezielte Erzeugung von Saat- und Pflanzgut im Gartenbau (auch unter Glas).  
Dazu zählen unter anderem auch Zichorie, Hanf, Kanariensaat, Kenaf, Hirse, Buchweizen,  
Chinaschilf und Rollrasen.**

Acker-, Futterbau	Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch (einschl. Kleebrache)	239	
	Luzerne	240	
	Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland	241	
	Alle anderen Futterpflanzen, auch als Gemenge	243	
	Stilllegungsflächen (ohne nachwachsende Rohstoffe), Brache	244	
Ackerland insgesamt (Summe 201-244, 300, 301)		245	

## 239

### Klee, Klee gras, Klee-Luzerne- Gemisch

In die Gruppe „Klee“ fallen u.a. Rotklee, Weißklee, Inkarnatklee, Bastardklee, Gelbklee und Eparsette. Kleegrasmischungen sind ein Futterpflanzengemenge aus Futtergräsern und Leguminosen. Klee-Luzerne-Gemische werden zum Ausgleich ungünstiger Wachstumsbedingungen angebaut. Kleebrache ist einzubeziehen.

## 240

## Luzerne

**Luzerne ist eine wichtige und ertragreiche Futterpflanze.**

## 241

**Feldgras/  
Grasanbau**

Grasland auf dem Ackerland zum Zwecke des Abmähen und/oder Abweidens (kein Dauergrünland).

## 243

### Alle anderen Futterpflanzen

In die Gruppe fallen u.a. Futtererbsen, Wicken, Süßlupinen und Sonnenblumen (auch als Gemenge) zur Grünfutter-, Silage- oder Heugewinnung.

244  
Stilllegungs-  
Flächen (ohne  
nachwachsende  
Rohstoffe)

Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der zeitweise keine Bodenproduktion stattfindet (Rotations- und Dauerbrache) einschließlich stillgelegter Flächen zur Erlangung der Ausgleichszahlung (siehe auch 268 und 270).  
**Flächen mit nachwachsenden Rohstoffen werden nicht unter 244, sondern bei den entsprechenden Kulturarten angegeben.**

245  
Ackerland  
insgesamt

Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas. Ebenso Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen, sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen des Stilllegungsprogramms.  
**Nicht zum Ackerland rechnen die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegen sowie die Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt (siehe Obstanlagen).**

Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten)	246	
Obstanlagen (ohne Erdbeeren)	247	
Baumschulen (ohne forstliche Pflanzgärten für Eigenbedarf)	248	

246  
Haus- und Nutz-  
gärten (ohne  
Ziergärten)

Flächen, auf denen landwirtschaftliche Erzeugnisse (Gartengewächse wie Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Kartoffeln) für den Eigenbedarf angebaut werden, auch Grabeland auf dem Acker außerhalb der Fruchtfolge. **Nicht** zum Gartenland rechnen die Flächen des Feldgemüseanbaus und des Erwerbsgartenbaus, auch wenn sie eingezäunt sind, sowie private Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten.

247  
Obstanlagen

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obstbäumen und Obststräuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind). **Nicht** zu den Obstanlagen zählen Erdbeeren sowie Obstbäume und -sträucher in Haus und Nutzgärten.

248  
Baumschulen  
(ohne forstliche  
Pflanzgärten für  
Eigenbedarf)

Flächen mit jungen verholzenden Pflanzen (Holzpflanzen) im Freiland, die zum Auspflanzen bestimmt sind:  
a) Obstgehölze,  
b) Zier- und Rosengehölze,  
c) Forstpflanzen (ohne die forstlichen Pflanzgärten innerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebes),  
d) Bäume und Sträucher für die Bepflanzung von Gärten, Parks, Straßen und Böschungen, z. B. Heckenpflanzen, Rosen und sonstige Ziersträucher, Zierkoniferen, jeweils einschließlich Unterlagen und Jungpflanzen. Gewerbliche Forstbaumschulen - innerhalb oder außerhalb des Waldes - werden hier aufgeführt, ebenso wie die nicht gewerblichen Forstbaumschulen außerhalb des Waldes für den Eigenbedarf des Betriebes. Nicht einbegriffen sind Rebschulflächen und Rebschnittgärten.  
Lager- bzw. Stellflächen aus Beton sind als „Gebäude- und Hofflächen“ (264) anzugeben.

Dauergrünland	Dauerwiesen	249	
	Mähweiden	250	
	Dauerweiden	251	
	Almen	252	
	Streuwiesen und Hutungen	255	

## 249-252, 255

### Dauergrünland

Grünlandflächen, die 5 Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung oder zum Abweiden bestimmt sind.

Zum Dauergrünland zählen Wiesen und Mähweiden, Weiden mit Almen, Hutungen und Streuwiesen. Bei Mähweiden wechseln Schnitt und Beweidung in kürzeren oder längeren Zeiträumen regelmäßig. Hutungen sind nur gelegentlich durch Beweidung genutzte Flächen (Nutzung ohne nennenswerten Aufwand an Düngung und Pflege). Der Aufwuchs von Streuwiesen ist nur für Streuzwecke verwendbar.

Zum Dauergrünland rechnen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obstanlagen und werden unter den Dauerkulturen nachgewiesen.

**Nicht** zum Dauergrünland rechnen Ackerwiesen und -weiden (Grasanbau auf dem Ackerland), auch wenn sie mehrere Jahre genutzt werden.

Ferner zählen Grünlandflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen o.ä. Gründen nicht mehr genutzt werden (Sozialbrache) **nicht** zum Dauergrünland, sondern werden unter der nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Fläche (259) erfasst.

## 249

### Dauerwiesen

Wiesen sind Dauergrünlandflächen, deren Nutzung in der Regel durch Schnitt zur Futtergewinnung erfolgt; die Beweidung wird höchstens als Nachweide, meist nur im Herbst, durchgeführt.

## 250

### Mähweiden

Grünland mit regelmäßiger Mäh- und Weidenutzung.

## 251

### Dauerweiden

Dauergrünland auf Böden guter oder mittlerer Qualität. Diese Flächen können normalerweise intensiv beweidet werden. Dazu gehören **nicht**:

- gelegentlich oder ständig genutzte ertragsarme Weiden,
- nicht genutzte Dauerwiesen und -weiden.

## 252

### Almen

Almen sind Extensivweiden im Gebirge, namentlich hochgelegene Weideflächen, die oft als Sommerweiden für Jungvieh genutzt werden.

## 255

### Streuwiesen und Hutungen

Streuwiesen sind eine Vegetationsform auf Niedermooren und feuchten Mineralböden, die regelmäßig im Sommer bis Herbst (einschnittig) gemäht werden. Hutungen sind oft verunkrautete, unregelmäßig beweidete Wiesen- und Weideflächen ohne Wachstumsförderung. Sie können auch in lichten Wäldern liegen.

256	Rebland/ Rebfläche	256	
257	Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen ( <i>außerhalb des Waldes</i> )	257	
258	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (Summe 245 – 257)	258	
262	Waldflächen	262	
259	Nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen	259	
264	Gebäude- und Hofflächen, sonstige Flächen	264	
265	Selbstbewirtschaftete Gesamtfläche (Summe 258 – 264)	265	

256

Rebland/  
Rebfläche

Mit Reben bestockte Flächen, gleichgültig ob sie im Ertrag stehen oder nicht (auch Junganlagen, Rebschulen, Unterlagenschnittgärten) sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden. **Nicht** zum Rebland zählen Flächen, die vorübergehend anderweitig genutzt werden sowie ehemalige Rebflächen, die nicht mehr bestockt werden sollen.

257

Weihnachtsbaum-  
kulturen, Korbwei-  
den- und Pappel-  
anlagen

Flächen mit geschlossenen Beständen von Weihnachtsbäumen, Korbweiden oder Pappeln **außerhalb des Waldes** sowie Salix-Bestände zur Energiegewinnung.

258

Landwirtschaftlich  
genutzte Fläche  
(LF)

Die LF umfasst alle landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen, einschließlich der im Rahmen des Stilllegungsprogramms stillgelegten Flächen. Zur LF rechnen im Einzelnen folgende Kulturarten:

- Ackerland einschließlich gärtnerische Kulturen, Erdbeeren und Unterglasanlagen,
- Dauergrünland,
- Haus- und Nutzgärten,
- Obstanlagen (ohne Erdbeeren),
- Baumschulflächen (ohne forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf),
- Rebland,
- Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

(Summe 245 bis 257).

262

Waldflächen

Holzbodenfläche und forstliche Pflanzgärten für den Eigenbedarf. Zur Holzbodenfläche gehören auch Wege unter 5 m Breite, Blößen (Kahlflächen, die wieder aufgeforstet werden), gering bestockte (Nichtwirtschaftswald) und unbestockte Flächen (z.B. Holzlagerplätze), deren Größe den Zuwachs nicht wesentlich mindert. Aufforstflächen im Rahmen mehrjähriger Flächenstilllegungen sind ebenfalls hier anzukreuzen.

**Nicht** zur Waldfläche rechnen alle innerhalb des Waldes gelegenen, dauernd als Acker oder Wiese usw. genutzte Flächen, ferner flächenmäßig ausgeschiedene Wege, Wasserläufe, Teiche, Öd- und Unlandflächen sowie bebaute Flächen und dazugehörige Hofräume und Gärten (z.B. Forstdienstgehöfte), ferner die Flächen der Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes.

259

Nicht mehr land-  
wirtschaftlich  
genutzte Flächen

Landwirtschaftliche Flächen, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen nicht mehr bewirtschaftet werden und außerhalb der Fruchtfolge liegen.



**Gebäude- und Hoffflächen**

Die Gebäude- und Hofffläche umfasst neben der eigentlichen Gebäude- und Hofffläche auch Industriegelände, Lager- und Stapelplätze u.Ä.

**Öd- und Unland**

Flächen, die nicht oder nicht ohne weiteres land- oder forstwirtschaftlich nutzbar sind, wie Felsen, Schutthalden, Hecken, ferner Sandgruben, Steinbrüche, Torfstiche und anderes Abbauland sowie Campingplätze.

Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die nur geringe Erträge bringen, wie zum Beispiel Streuwiesen und Hutungen, und die nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche rechnen **nicht** hierzu, sondern werden unter den entsprechenden Nutzungsarten erfasst.

**Unkultivierte Moorflächen**

Die unkultivierten Moore umfassen Moore und Sümpfe.

**Gewässerflächen**

Die Gewässer umfassen Flüsse, Seen, Kanäle, Bäche, Gräben, Teiche, Tränklöcher usw. einschließlich der mit Schilf (Reet) bestandenen Flächen. Hierzu rechnen z.B. **nicht** der Bodensee und die meisten Küstengewässer.

**Wegeland**

Straßen und Wege, auch wenn sie katasteramtlich nicht vermessen sind.

Flächenmäßig nicht ausgewiesene Waldwege unter fünf Metern Breite zählen zur Waldfläche (262).

**Campingplätze**

Abgegrenztes Gelände, das jedermann zum vorübergehenden Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Wohnmobilen oder Zelten zugänglich ist.

**Park- und Grünanlagen**

Zu diesem Bereich zählen alle öffentlichen und privaten Park- und Grünanlagen (z.B. Sport-, Flug- und Übungsplätze, Friedhöfe u.Ä.).

Hierzu zählen **nicht** die Flächen von Gärtnereien sowie Haus-, Nutz- und Kleingärten.

**Ziergarten**

In diesen Bereich fallen sämtliche Gärten, die keinen Nutzgarten darstellen und somit nicht der Nahrungsmittelproduktion dienen (häufig: Anbau von standortfremden, exotischen bzw. hochgezüchteten Zierpflanzen mit hohem Pflegebedarf).

Die selbstbewirtschaftete Gesamtfläche umfasst folgende Hauptnutzungsarten:

- landwirtschaftlich genutzte Fläche,
- Waldfläche,
- nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen,
- Gebäude und Hoffflächen, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Gewässer, Wegeland, Campingplätze, Park- und Grünanlagen, Ziergarten.

(Summe 258, 262, 259, 264).

**Abschnitt 3: Flächenstilllegung (Stilllegungsflächen)**  
(Zur Erlangung der Ausgleichszahlung, der Produktionsaufgaberente [FELEG] oder der Beihilfe nach den Agrarumweltprogrammen der Bundesländer)

	Code	ha	a
268 Stilllegungsflächen ohne nachwachsende Rohstoffe	268		
269 Stilllegungsflächen mit nachwachsenden Rohstoffen	269		
270 Sonstige stillgelegte Flächen	270		
Stillgelegte Flächen insgesamt (Summe 268 - 270)	267		

**268**  
Stilllegungsflächen  
ohne nachwachsende Rohstoffe  
Stilllegungsflächen (Brache) ohne nachwachsende Rohstoffe (konjunkturelle Flächenstilllegung), für die ein Zahlungsanspruch geltend gemacht wird. **Ohne** Flächen, die unter 270 angegeben sind und auf die Stilllegungsverpflichtungen angerechnet werden.  
**Diese Flächen bitte auch im Abschnitt 2, 244 angeben.**

**269**  
Stilllegungsflächen  
mit nachwachsenden Rohstoffen  
Stilllegungsflächen mit nachwachsenden Rohstoffen (konjunkturelle Flächenstilllegung), für die ein Zahlungsanspruch bei Flächenstilllegung geltend gemacht wird.  
**Bitte die Flächen mit nachwachsenden Rohstoffen bei den jeweiligen Fruchtarten des Ackerlandes und der Dauerkulturen angeben, z.B. im Abschnitt 2, 229.**

**270**  
Sonstige stillgelegte Flächen  
Stillgelegte Flächen im Rahmen der Agrarumweltprogramme der Bundesländer sowie stillgelegte bzw. erstmalig aufgeforstete Flächen im Rahmen der Produktionsaufgaberente (FELEG) oder zum Bezug einer landwirtschaftlichen Altersrente.  
**Bitte die Flächen gleichzeitig im Abschnitt 2 bei 244, 259 oder 262 angeben.**

**267**  
Stillgelegte  
Flächen insgesamt  
Summe 268, 269, 270.

Abschnitt 4: Eigentums- und Pachtverhältnisse

Allgemeine Hinweise

Die Angaben über die Eigentums- und Pachtverhältnisse beziehen sich auf die **landwirtschaftlich genutzte Fläche** (nur bewirtschaftete LF) und **nicht auf die Gesamtfläche** des Betriebes (Betriebsfläche) zum Erhebungszeitpunkt. Die LF umfasst auch die Fläche etwa erhaltenen Dienstlandes, Heuerlingslandes, aufgeteilter Allmende, unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltener LF oder gegen Entgelt zur Landschaftspflege übernommener LF sowie vorübergehend stillgelegter LF. Die Flächen sind entsprechend ihrer Nutzung zum Zeitpunkt der Erhebung anzugeben.

Die **selbstbewirtschaftete LF** ist für die gesamte statistische Auswertung die wichtigste Gliederungs- und Bezugsgröße; sie **muss** daher im Abschnitt „Eigentums- und Pachtverhältnisse“ mit der entsprechenden Fläche im Erhebungsvordruck der Bodennutzung **übereinstimmen (701 muss mit 258 in Abschnitt 2 identisch sein)**.

			Code	ha	a
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) des Betriebes (übernehmen aus Erhebungsteil Bodennutzung Abschnitt 2, 258)			701		
abzüglich	gepachtete LF	von Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers	- 702		
		von anderen Verpächtern (muss mit 709 übereinstimmen)	- 703		
	unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF		- 704		
Eigene selbstbewirtschaftete LF			= 705		
zuzüglich	verpachtete LF		+ 706		
	unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebene LF		+ 707		
Eigene LF			= 708		

701

LF des Betriebes **Zur LF gehören:** Ackerland, Dauergrünland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes sowie vorübergehend stillgelegte LF, deren Flächen bei der Bodennutzung (258) einbezogen wurden.

**Zur LF gehören nicht:** nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Flächen, Gebäude- und Hofflächen, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Waldflächen, Gewässerflächen, Wegeland usw.; deshalb bleiben diese Flächen im Abschnitt „Eigentums- und Pachtverhältnisse“ unberücksichtigt.

Die **vom Betrieb selbstbewirtschaftete LF** setzt sich zusammen aus:

- eigener selbstbewirtschafteter LF (705)
- + gepachteter LF (702 und/oder 703)
- + unentgeltlich erhaltener LF (704)

702, 703

Gepachtete LF Gepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen, die vom Betrieb gegen Entgelt (in Geld, Naturalien oder sonstigen Leistungen) zur Nutzung übernommen worden sind (schriftlicher oder mündlicher Pachtvertrag) und auch von diesem bewirtschaftet werden. Hierzu zählt auch gepachtete LF, die vorübergehend stillgelegt ist (Brachlegung, Anbau nachwachsender Rohstoffe). **Nicht** einzubeziehen ist gepachtete LF, die an Dritte weiterverpachtet ist.

Die Pachtfläche umfasst Einzelgrundstücke und/oder gesamte Betriebe („geschlossene Hofpacht“). Es ist zu unterscheiden, ob es sich um Pachtungen von **Familienangehörigen** (702) oder um Pachtungen von **anderen Verpächtern** handelt (703).

**704**

Unentgeltlich zur  
Bewirtschaftung  
erhaltene LF

Hierzu rechnen für befristete oder unbefristete Zeit unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF, u.a. auch Flächen im Zuge der Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens sowie Flächen, zu deren Nutzung der abwesende Eigentümer keine (ausdrückliche mündliche oder schriftliche) Zustimmung erteilt hat, die jedoch aus Gründen des allgemeinen Interesses (z.B. der Landschaftspflege, Schutz vor Verunkrautung) bewirtschaftet werden müssen, von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) verwaltete bisherige volkseigene Flächen, sofern keine Pacht gezahlt wird.

**705**

Eigene selbstbe-  
wirtschaftete LF

Im **Eigentum** des Betriebsinhabers stehende selbstbewirtschaftete LF (also **ohne** gepachtete oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene Flächen und **ohne** eigene verpachtete und/oder unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebene eigene LF). Der eigenen selbstbewirtschafteten LF werden auch Flächen gleichgesetzt, die vom Betriebsinhaber als Nutznießer oder Erbpächter bewirtschaftet werden.

Altenteilerland wird dann zur selbstbewirtschafteten LF des Betriebes gerechnet, wenn es nicht vom Altenteiler, sondern vom Betrieb mit bewirtschaftet wird.

**708**

Eigene LF

Die „**eigene LF**“ setzt sich zusammen aus „eigener selbstbewirtschafteter LF“ (705), „eigener verpachteter LF“ (706) sowie „eigener unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebener LF“ (707).

**Abschnitt 5: Pachtflächen und Pachtentgelte**

		Code	gepachtete Fläche		Code	derzeitige Jahrespacht für diese Fläche
			ha	a		volle Euro
1	Von „anderen Verpächtern“ gepachtete LF (übernehmen aus 703)	709			710	
2	gepachtete Einzelgrundstücke insgesamt	Ackerland (ohne Unterglasfläche)	711		712	
		Dauergrünland	715		716	
		Obstanlagen	719		720	
		Rebland, Rebflächen	723		724	
		sonstige LF	727		728	
3	darunter: innerhalb der letzten zwei Jahre erstmals gepachtete Flächen und Flächen mit Preisänderungen	Ackerland (ohne Unterglasfläche)	713		714	
		Dauergrünland	717		718	
		Obstanlagen	721		722	
		Rebland, Rebflächen	725		726	
		sonstige LF	729		730	
4	Gepachtete LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht	731			732	

**709, 710**  
Von „anderen Verpächtern“ gepachtete LF und derzeitige Jahrespacht

Die von „anderen Verpächtern“ (familienfremden) bei 703 als gepachtet angegebene LF ist zu übertragen nach 709 und für diese die gesamte Jahrespacht (Einzelgrundstücks- und Hofpacht zusammengerechnet) einzutragen (710).

**711, 712, 715, 716 usw.**  
Gepachtete Einzelgrundstücke

Die bei 709 eingetragene LF (gepachtete Einzelgrundstücke) ist aufzugliedern nach der Art ihrer Nutzung (711, 715, 719, 723, 727 und, falls zutreffend, 713, 717, 721, 725, 729).

Die Summe 711, 715, 719, 723, 727 bzw. 710, 712, 716, 720, 724, 728 zuzüglich der gepachteten LF innerhalb einer geschlossenen Hofpacht (731, 732) muss die in 709 ausgewiesene LF bzw. den in 710 ausgewiesenen Pachtpreis ergeben.

Zu jeweils eingetragenen Pachtflächen ist die Höhe der derzeitigen Jahrespacht insgesamt in vollen EUR anzugeben (**nicht je ha**); dabei sind der Geldbetrag, der Wert der Naturalpacht und sonstige Leistungen zusammenzurechnen und in vollen EUR nachzuweisen.  
Teilbeträge der Jahrespacht, die nicht für die Flächennutzung, sondern für andere Nutzungsgegenstände oder Rechte (z.B. Gebäude, Inventar, Milch- und Zuckerrübenkontingente) gezahlt wurden, sind nach Möglichkeit vom Gesamtbetrag der Jahrespacht in EUR - ggf. nach Schätzung - abzuziehen.  
Falls bei **gemischten Pachtungen** (z.B. Acker- und Dauergrünland) der Pachtpreis nicht getrennt angegeben werden kann, ist die betreffende LF und der Pachtpreis bei „sonstige LF“ einzutragen (727 und 728). Unter „sonstige LF“ sind auch **gepachtete Gewächshausflächen** nachzuweisen.

**723 bis 726**

**Rebland, -flächen** Zum Rebland gehören sämtliche mit Reben bestockte Flächen, gleichgültig ob sie im Ertrag stehen oder nicht (auch Junganlagen, Rebschulen, Unterlagenschnittgärten) sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anders genutzt werden.

**719 bis 722**

**Obstanlagen** Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obstbäumen ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind).

**713, 714, 717,**

**718 usw.**

**Erstpachtung und  
Pachtpreisänderung  
in den letzten zwei  
Jahren**

Es sind diejenigen zugepachteten Grundstücke auszuweisen, die **seit dem 1. Mai 2003 erstmals** von diesem Betrieb als Pachtland bewirtschaftet wurden, oder für die der Pachtpreis **nach dem 1. Mai 2003** geändert worden ist.

Die Angaben zur Erstpachtung und Pachtpreisänderung in den letzten zwei Jahren sind in den Angaben zur Pachtung von Einzelgrundstücken (711, 712, 715, 716, 719, 720, 723, 724, 727 und 728) enthalten.

Um die Zusammenstellung der Angaben über gepachtete Einzelgrundstücke, Erstpachtung und Pachtpreisänderung für gepachtete Einzelgrundstücke (Grundstücks- und Parzellenpacht) zu erleichtern, wird dem Betriebsinhaber ein Hilfsblatt (Vordruck HS zur ASE 2005) zur Verfügung gestellt. Dieses **Hilfsblatt verbleibt beim Betriebsinhaber**.

**Abschnitt 6: Viehbestände am 3. Mai 2005**

**Allgemeine  
Hinweise**

Die Erhebung der Viehbestände erfolgt zum Stichtag 3. Mai 2005. Betriebe, die zum Stichtag die Viehhaltung vorübergehend oder vollständig eingestellt oder nie Vieh gehalten haben, müssen das entsprechende Kreuz bei Code 199 setzen.  
Bei der Erhebung der Viehbestände sind folgende Grundsätze zu beachten:

- **Gemeinsam gehaltenes Vieh:** Bei gemeinsam gehaltenem Vieh bzw. untergebrachtem Vieh (z.B. in Gemeinschaftsbetrieben, Betriebsgemeinschaften, Erzeugergemeinschaften usw.) wird im Erhebungsvordruck der Viehbestand nicht für den einzelnen Viehhalter, sondern als eine Einheit nur auf einem Vordruck nachgewiesen.
- **Verkauftes Vieh:** Am Stichtag noch beim Viehhalter stehendes, bereits verkauftes Vieh ist mitzuzählen.
- **Schlachttiere:** Sie sind auch dann mitzuzählen, wenn sie noch am Stichtag oder in den nächsten Tagen geschlachtet werden sollen.
- **Wanderschafherden** sind grundsätzlich am Betriebssitz des Eigentümers anzugeben.
- **Pensionsvieh:** Am Stichtag im Betrieb zur Fütterung oder Pflege befindliches Vieh ist im Erhebungsvordruck aufzunehmen.
- **Abwesendes Vieh:** Am Stichtag nur vorübergehend abwesendes Vieh ist mitzuzählen.
- **Nicht einzubeziehen sind Tiere:**
  - die sich nur vorübergehend im Betrieb aufhalten (z.B. zum Decken)
  - die in einem fremden Betrieb in Weide- oder sonstiger Versorgungspension stehen.

<b>Pferde insgesamt</b>	106	
-------------------------	-----	--

**106  
Pferde**

Unpaarhufer (Einhufer).  
Einzubeziehen sind alle Pferde, auch Fohlen unter einem Jahr, ebenso Ponys (unter 148 cm Stockmaß) und Kleinpferde. Reit- und Rennpferde sowie Pferde des Betriebsinhabers und/oder seiner Familie, die für Freizeit Zwecke der Familie gehalten werden, sind hier ebenfalls einzutragen.

**Allgemeine  
Hinweise**

**Rinder**

Sämtliche Rinder einschließlich der Kälber, des Jungviehs, der Färsen, der Kühe zur Milchgewinnung, der Ammen- und Mutterkühe, der Schlacht- und Mastkühe, der Mastochsen und -bullen, der Zuchtbullen und Zugochsen.

Rinder	Kälber unter 6 Monate (oder unter 220 kg Lebendgewicht)	107	
	6 Monate bis unter 1 Jahr alt		
	– männliche Jungrinder	108	
	– weibliche Jungrinder	109	
	Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt		
	– männlich	110	
	– weiblich zum Schlachten	111	
	– weibliche Nutz- und Zuchttiere	112	
	Rinder 2 Jahre u. älter		
	– Bullen und Ochsen	113	
	– Schlachtfärsen	114	
	– Nutz- und Zuchtfärsen	115	
	– Milchkühe	116	
	– Ammen- und Mutterkühe	117	
	– Schlacht- und Mastkühe	118	
	Rinder insgesamt (Summe 107 – 118)	119	

**107**

Kälber unter  
sechs Monate

Sämtliche Rinder, die unter einem halben Jahr alt sind oder mit einem Lebendgewicht unter 220 kg.

**108, 109**

Jungrinder

Sämtliche Rinder, die zwischen 6 Monate bis unter 1 Jahr alt sind. Die Jungrinder sind aufzuteilen in männlich (108) und weiblich (109).

**110 bis 112**

Rinder 1 bis unter  
2 Jahre alt

Die Rinder dieser Altersgruppe sind getrennt einzutragen nach männlich (110), weiblich zum Schlachten (111) und weibliche Nutz- und Zuchttiere (112). Weibliche Rinder, die bereits gekalbt haben, zählen **nicht** dazu.



- 113**  
Bullen und Ochsen      Sämtliche männliche, nicht kastrierte Tiere (Bullen) und männliche kastrierte Tiere (Ochsen), die zwei Jahre und älter sind.
- 114**  
Schlachtfärsen      Sämtliche gemästete weibliche Rinder (Färsen vor dem ersten Abkalben) zum Schlachten, die zwei Jahre und älter sind.
- 115**  
Nutz- und Zuchtfärsen      Sämtliche weibliche Rinder (zwei Jahre und älter), die noch nicht gekalbt haben. Dabei ist zu unterscheiden in Färsen, die zur Fleischerzeugung aufgezogen werden (Schlachtfärsen) und Färsen, die zur Reproduktion der Kuhbestände (Milchkühe und andere) bestimmt sind (Nutz- und Zuchttiere).
- 116**  
Milchkühe      Sämtliche Kühe, die zur Milchgewinnung gehalten werden, einschließlich der trockenstehenden Milchkühe. **Nicht** zu den Milchkühen zählen Ammen- und Mutterkühe sowie Schlacht- und Mastkühe.
- 117**  
Ammen- und Mutterkühe      Sämtliche Kühe, die nicht zur Milchgewinnung, sondern ausschließlich zur Erzeugung und Aufzucht von Kälbern gehalten werden, d.h. Kühe, die nicht gemolken werden und deren Milch ausschließlich von Saugkälbern verbraucht wird.
- 118**  
Schlacht- und Mastkühe      Sämtliche Kühe, die nicht zur Milcherzeugung gehalten werden und nicht bei Ammen- und Mutterkühen erfasst sind (einschließlich ausgemerzter Milch- bzw. Ammen- und Mutterkühe).
- 119**  
Rinder insgesamt      Sämtliche Rinder, die zuvor in den Erhebungsbogen eingetragen wurden (Summe 107 bis 118).

I Schafe	Schafe unter 1 Jahr alt	120	
	Schafe 1 Jahr und älter		
	– weibliche Schafe zur Zucht	121	
	– Schafböcke (zur Zucht)	122	
	– Hammel und übrige Schafe	123	
	Schafe insgesamt (Summe 120 – 123)	124	

- 120**  
Schafe unter einem Jahr alt      Sämtliche Schafe unter einem Jahr alt einschließlich Lämmer.
- 121**  
Weibliche Schafe zur Zucht      Sämtliche weibliche Schafe, die ein Jahr und älter sind, und gelammt haben bzw. für die Zucht bestimmt sind (einschließlich Jährlinge).
- 122**  
Schafböcke      Sämtliche männliche Schafe, die ein Jahr alt und älter sind, zur Zucht.

123
Hammel und  
übrige Schafe

Sämtliche männliche und weibliche Schafe, die ein Jahr und älter sind, und die **nicht** für die Zucht bestimmt sind.

124
Schafe  
insgesamt

Sämtliche Schafe, die zuvor in den Erhebungsbogen eingetragen wurden (Summe 120 bis 123).

Schweine	Ferkel unter 20 kg	125	
	Jungschweine 20 bis unter 50 kg Lebendgewicht	126	
	Mastschweine		
	– 50 bis unter 80 kg Lebendgewicht	127	
	– 80 bis unter 110 kg Lebendgewicht	128	
	– 110 kg und mehr Lebendgewicht	129	
	Eber zur Zucht	130	
	Zuchtsauen		
	– Jungsauen zum 1. Mal trächtig	131	
	– andere trächtige Sauen	132	
	– Jungsauen noch nicht trächtig	133	
	– andere nicht trächtige Sauen	134	
	Schweine insgesamt (Summe 125 – 134)	135	

125
Ferkel

Tiere bis zur Mast als Jungschweine, unter 20 kg Lebendgewicht.

126
Jungschweine

Sämtliche Jungschweine mit einem Lebendgewicht von 20 bis unter 50 kg und für die Zucht bestimmte Jungschweine (siehe 130).

127, 128, 129
Mastschweine

Sämtliche Schweine, die zur Mast/Fleischproduktion vorgesehen sind. Die Tiere werden den jeweiligen Gewichtsklassen 50 bis unter 80 kg (127), 80 bis unter 110 kg (128) sowie 110 und mehr kg (129) Lebendgewicht zugeordnet.  
Ausgemerzte Zuchttiere sind ebenfalls der jeweiligen Gewichtsklasse zuzuordnen.

130
Eber zur Zucht

Zur Zucht verwendete männliche Schweine **einschließlich** für die Zucht bestimmte Jungschweine mit 50 und mehr kg Lebendgewicht (siehe auch 126).

131, 132
Trächtige Sauen

Für die Zucht bestimmte **trächtige** Sauen, **einschließlich** für die Zucht bestimmte Jungsauen ab 50 und mehr kg Lebendgewicht. Wobei unter 131 die Sauen angegeben werden, die zum ersten Mal trächtig sind und unter 132 alle trächtigen Sauen ohne die unter 131 angegebenen.

133, 134  
Nicht trächtige  
Sauen

Für die Zucht bestimmte **nicht trächtige** Sauen, **einschließlich** für die Zucht bestimmte Jungsauen ab 50 und mehr kg Lebendgewicht. Dabei sind unter 133 die Sauen einzutragen, die erstmals gedeckt bzw. besamt werden sollen und unter 134 die Sauen, die bereits ein- oder mehrmals geferkelt haben und zur erneuten Deckung oder Besamung vorgesehen sind.

135  
Schweine  
insgesamt

Sämtliche Schweine, die zuvor in den Erhebungsbogen eingetragen wurden (Summe 125 bis 134).

Hühner	Legehennen � Jahr und älter	136
	Junghennen unter � Jahr	137
	Masthühner, -h�hne, sonstige H�hne	138
	Hühner insgesamt (Summe 136 – 138)	139
Sonstiges Gef�gel	Gänse insgesamt	140
	Enten insgesamt	141
	Truthühner insgesamt	142
	Sonstiges Gef�gel insgesamt (Summe 140 – 142)	143

136, 137, 138  
Hühner

Es sind sämtliche Hühner **ohne** Trut-, Perl- und Zwerghühner einzutragen, die am Stichtag vorhanden waren. Bei vorübergehend leerstehenden Ställen sind auch dann Eintragungen vorzunehmen, wenn die Stallräumung nicht länger als 6 Wochen zurückliegt. Unter 136 sind die Legehennen, die   Jahr und älter sind, unter 137 die Junghennen (unter   Jahr alt), die zur Eierproduktion vorgesehen sind, einzutragen. 138 beinhaltet alle Hühner bzw. H hne, die für die Mast und damit zur Fleischproduktion (Schlachth hne/-hühner) vorgesehen sind. Bei 137 und 138 sind Küken einzubeziehen.

139  
Hühner  
insgesamt

Sämtliche Hühner, die zuvor in den Erhebungsbogen eingetragen wurden (Summe 136 bis 138).

140 bis 142  
Gänse, Enten,  
Truthühner

Es ist die entsprechende Anzahl für Gänse (140), Enten (141) und Truthühner (142) einzutragen.

Code 143  
Sonstiges Ge-  
flügel insgesamt

Sonstiges Gef gel, das zuvor in den Erhebungsbogen eingetragen wurde (Summe 140 bis 142).

**Abschnitt 7:      Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft**

**Allgemeine  
Hinweise**

Dieser Abschnitt ist von jedem Betrieb zu beantworten, unabhängig davon, ob im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft anfiel bzw. aus anderen Betrieben übernommen und auf selbstbewirtschafteten Flächen ausgebracht wurde.  
D.h. 733, 734 und 739 müssen in jedem Fall entweder mit „ja“ oder „nein“ angekreuzt werden.  
Ist 734 mit „ja“ beantwortet, müssen 735 und 736 mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein und 737, 791 bis 795 und 738 eine Eintragung aufweisen.  
Ist 739 mit „ja“ beantwortet, muss 740 und/oder 741 eine Eintragung aufweisen, außer wenn Festmist nur auf Grundflächen von Stallungen, die gleichzeitig als Lagerflächen von Festmist dienen (z.B. Tiefstall), anfällt.  
Ist 740 beantwortet, muss 739 und 791 bis 795 oder 741 eine Eintragung aufweisen.  
Für Betriebe, die über entsprechende Lagerkapazitäten verfügen, diese jedoch im o.g. Jahreszeitraum nicht genutzt haben, entfallen 737, 791 bis 795, 738, 740 und 741.

<b>Übernahme von Gülle (Flüssigmist)</b> Ist Gülle aus anderen Betrieben übernommen und auf selbstbewirtschafteten Flächen dieses Betriebes ausgebracht worden?	733	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
--	-----	--

**733**  
Aus anderen Be-  
trieben über-  
nommene Gülle

Es ist anzugeben, ob Gülle von anderen Betrieben oder von Güllbanken/-börsen übernommen und auf der LF dieses Betriebes ausgebracht wurde.

<b>Gülle (Flüssigmist)</b> Ist in diesem Betrieb betriebseigene Gülle angefallen?	734	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2 Wenn „nein“, weiter mit 739
Ist betriebseigene Gülle auf selbstbewirtschafteten Flächen des Betriebes ausgebracht worden?	735	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
Ist betriebseigene Gülle abgegeben oder anderweitig entsorgt worden? (z.B. Abgabe an andere Betriebe oder an die Güllbörse)	736	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2

**734**  
Gülle

**Gülle** (Flüssigmist, auch Schwemm- oder Treibmist): Gemisch der Kot- und Harnausscheidungen von Nutztieren, auch vermisch mit Wasser, eventuell mit geringen Einstreuanteilen.

**735, 736**  
Aufbringung der  
Gülle dieses  
Betriebes

Es ist anzugeben, ob während des Jahreszeitraumes von Mai 2004 bis April 2005 im Betrieb angefallene Gülle

- auf der LF dieses Betriebes ausgebracht und/oder
- abgegeben wurde (an andere Betriebe oder an die Güllbörse).

Lagerkapazität des Betriebes für Gülle	im Stallbereich		791	m³
	im Außenlager insgesamt		792	m³
	darunter:	mit Festabdeckung ( <i>auch Zelt oder Schwimmfolie</i> )	793	m³
		mit Abdeckung durch Granulat, Strohhacksel u.Ä.	794	m³
		mit natürlicher Schwimmdecke	795	m³
	insgesamt ( <i>Summe 791,792</i> )		737	m³

737, 791 bis 795

Lagerkapazität für  
Gülle

**Vorhandener und genutzter** Lagerraum für Gülle in dafür vorgesehenen Behältern, Gruben, Lagunen u.Ä., sowohl im Stallbereich als auch außerhalb (Außenlager). Gemietete/gepachtete oder gemeinschaftliche Lagerkapazitäten, die diesem Betrieb zur Verfügung stehen, sind darin eingeschlossen.

Bei Einleitung von Gülle und Jauche in einen gemeinsamen Lagerbehälter ist die Lagerkapazität bei Gülle (737, 791 bis 795) einzubeziehen .

Bei Einleitung von Jauche in eine ungenutzte Güllegrube ist die Lagerkapazität bei 741 (Jauchegrube) einzutragen.

791

Lagerkapazität  
für Gülle im  
Stallbereich

Lagerkapazitäten im Stallgebäude befinden sich unter Liege-, Laufflächen, Futtertisch usw. Bei der Ermittlung der Lagerkapazität sind nur die Güllekanäle und -keller zu berücksichtigen, in denen die Gülle über einen längeren Zeitraum (>3 Wochen) gelagert werden kann. Treibmist- oder Spülkanäle gelten nicht als Lagerbehälter.

792

Lagerkapazität  
für Gülle im  
Außenlager ins-  
gesamt

Hier sind auch die Lagerformen einzubeziehen, die nicht mit den angeführten „Darunter-Positionen“ (793 bis 795) identisch sind, z.B. Schweinegülle ohne Schwimmschicht.

793

Außenlager mit  
Festabdeckung

**Festabdeckungen** von Außenlagern erfolgen i.d.R. mittels Überdachungen, Zelten oder Schwimmfolien.

794

Außenlager mit  
Abdeckung durch  
Granulat

**Granulate** (Substanzen in fester, körniger Form) oder auch **Strohhacksel** (fein gehäckseltes Stroh) können in Außenlagern zum Zweck der Emissionsminderung bei der Abdeckung zum Einsatz kommen.

795

Außenlager mit  
natürlicher  
Schwimmdecke

Eine **natürliche Schwimmdecke** bildet sich auf Grund des in der Gülle enthaltenen Feststoffanteils an der Oberfläche des Lagers. Die Stärke bzw. der Zeitraum der Schichtbildung ist abhängig von der Art der Gülle.

Für wie viele Monate der Stallhaltung ist die Lagerkapazität für Gülle ohne zwischenzeitliches Aufbringen ausreichend?	738	volle Monate
--	-----	--------------

**738**  
**Lagerdauer Gülle**    Den Angaben ist der während der Stallhaltungsperiode übliche Durchschnittsbestand an Tieren zugrunde zu legen.

<b>Festmist und Jauche</b> Sind im Betrieb Festmist und Jauche angefallen?	739	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2 Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 8
<b>Für wie viele Monate der Stallhaltungsperiode ist die Lagerkapazität ohne zwischenzeitliches Aufbringen ausreichend?</b> <b>Festmist (befestigte Dungplatte)</b>	740	volle Monate
<b>Jauche</b>	741	volle Monate

**739**  
**Festmist und Jauche**  
**Festmist:** Kot (mit oder ohne Einstreu) von Nutztieren, eventuell mit geringen Harnanteilen.  
**Jauche:** Zersetzungsprodukt des Harns von Nutztieren (eventuell mit geringen Kot- und Wasseranteilen), fällt in der Regel zusammen mit Festmist an.

**740, 741**  
**Lagerdauer für Festmist und Jauche**  
 Den Angaben ist der während der Stallhaltungsperiode übliche Durchschnittsbestand an Tieren zugrunde zu legen.  
**Lagerkapazität**  
 Als Lagerkapazität ist der **vorhandene und genutzte**, befestigte Lagerplatz für Festmist sowie der **vorhandene und genutzte** Lagerraum für Jauche und Gülle (siehe auch Lagerkapazität für Gülle) in dafür vorgesehenen Behältern, Gruben, Lagunen u.Ä. zu verstehen (einschließlich gemieteter/gepachteter oder gemeinschaftlicher Lagerkapazitäten, die von diesem Betrieb genutzt werden).  
 Grundflächen von Stallungen, die gleichzeitig als Lagerflächen von Festmist dienen (z.B. Tiefstall), sind nicht zu berücksichtigen. Bei Einleitung von Jauche in eine ungenutzte Güllegrube ist die Lagerkapazität (Monate) bei 741 (Jauchegrube) zu berücksichtigen. Bei Einleitung von Gülle und Jauche in einen gemeinsamen Lagerbehälter ist die Lagerkapazität bei 737, 791 bis 795 (Güllegrube) einzutragen.

**Abschnitt 8:      Ökologischer Landbau**

	Code	
1. Unterliegt Ihr Betrieb dem Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau?	750	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2 Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 9
	Code	ha      a
2. Wie viele Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche sind bereits umgestellt?	751	
3. Wie viele Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche befinden sich gegenwärtig in Umstellung?	752	
4. Sind die folgenden Tierarten in die ökologische Bewirtschaftungsmethode einbezogen?		
Pferde	753	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
Rinder	754	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
Schafe	755	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
Schweine	756	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2
Geflügel	757	ja <input type="checkbox"/> 1      nein <input type="checkbox"/> 2

**750**  
EG-Öko-  
Verordnung

Werden im landwirtschaftlichen Betrieb pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 oder nachfolgender Rechtsvorschriften über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel produziert und unterliegt der Betrieb einem obligatorischen Kontrollverfahren seitens einer staatlich zugelassenen Kontrollstelle, dann ist 750 mit „ja“ zu beantworten. Bei Beantwortung von 750 mit „ja“ sind Eintragungen bei 751 und/oder 752 sowie bei 753 bis 757 erforderlich.

**751, 752**  
Flächen im ökolo-  
gischen Landbau

Ist nach den Bestimmungen der EG-Öko-Verordnung auf der gesamten oder auf Teilen der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Betriebes die Umstellung auf ökologischen Landbau abgeschlossen und dürfen die pflanzlichen Erzeugnisse als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet werden, dann ist diese Fläche unter 751 einzutragen. In Umstellung befindliche Flächen sind unter 752 einzutragen. Hat die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche des Betriebes den Umstellungszeitraum durchlaufen, muss die Flächenangabe bei 751 mit der bei 258 übereinstimmen.

Befinden sich nach den Bestimmungen der EG-Öko-Verordnung die gesamte Fläche oder Teilflächen des landwirtschaftlichen Betriebes in Umstellung, dann sind diese unter 752 anzugeben. Der Umstellungszeitraum beträgt zwei Jahre vor der Aussaat bzw. Pflanzung bei ein- oder überjährigen Kulturen und drei Jahre vor der Ernte bei mehrjährigen Kulturen. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als Ökoprodukt vermarktet werden.

Landwirtschaftlich genutzte Flächen, die nicht nach der EG-Öko-Verordnung bewirtschaftet werden, sind weder unter 751 noch unter 752 einzutragen.

**753 bis 757**  
Tierarten im ökolo-  
gischen Landbau

Werden im landwirtschaftlichen Betrieb nach der Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 eine oder mehrere Tierarten in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen, sind entsprechend 753 bis 757 mit „ja“ anzukreuzen. Befindet sich die Tierhaltung in Umstellung, gilt diese aufgrund der kurzen Umstellungszeiten ebenfalls als bereits umgestellt.

Wenn eine oder mehrere Tierarten nicht nach der Verordnung (EG) Nr. 1804/1999 gehalten werden (also konventionell), dann sind 753 bis 757 mit „nein“ zu beantworten.

**Abschnitt 9:** Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen)

**Allgemeine Hinweise**

Hier dürfen Eintragungen für beschäftigte Personen nur für Betriebe in der Hand von Einzelunternehmen vorgenommen werden.

Als „mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Personen“ sind in Einzelunternehmen anzugeben

- der Betriebsinhaber in jedem Fall und sein Ehegatte (auch dann, wenn Haushalt und Betrieb räumlich getrennt sind),
- beschäftigte Familienangehörige, Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 ununterbrochen oder zeitweise auf dem Betrieb (Haushalt des Betriebsinhabers) lebten oder ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb erhielten.

Nicht in die Erhebung einzubeziehen sind Familienangehörige, die nur außerhalb des Betriebes erwerbstätig sind oder waren sowie Kinder unter 15 Jahre und nichtbeschäftigte Erwachsene.

Bei mehr als 6 Personen ist ein Ergänzungsvordruck zu verwenden.

Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienangehörige, Verwandte oder Verschwägte des Betriebsinhabers, die nach der vorstehenden Definition als „nicht auf dem Betrieb lebend“ einzustufen sind, sind - je nach Art des Arbeitsverhältnisses - in Abschnitt 10 „ständig und nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte“ nachzuweisen.

Lfd. Nr. der Person	Code	001	002	003	004	005	006
<b>Verwandschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis der beschäftigten familienangehörigen Haushaltsmitglieder zum Betriebsinhaber</b>							
<b>Signierziffer:</b>							
Kinder (auch Stief-, Schwieger-, Pflege-, Adoptivkinder).....							
Enkel .....							
Eltern, Schwiegereltern.....							
Großeltern .....							
Sonstige .....							
	801	1	2				
		Betriebsinhaber	Ehegatte				

**Verwandschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber**

Die Bezeichnung des Verwandschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisses muss sich auf die in Spalte 001 als Betriebsinhaber angegebene Person beziehen (Definition des „Betriebsinhabers“ siehe Anlage S. IX). Hat der Betriebsinhaber **keinen Ehegatten**, ist **Spalte 002 freizulassen**; sie darf **nicht** für die Eintragung eines anderen Familienangehörigen verwendet werden.

**801 Kennziffer des Verwandschaftsverhältnisses**

Für die dritte (003) und jede weitere Person ist die Kennziffer des **Verwandschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisses zum Betriebsinhaber** einzutragen.



Geschlecht	männlich	802	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	weiblich		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
Geburtsjahr		804						
Wer ist Betriebsleiter?		806	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1

**802**  
 Geschlecht Die Angabe des Geschlechts „männlich“ oder „weiblich“ muss bei 802 bei allen Personen angekreuzt sein.

**804**  
 Geburtsjahr Einzutragen sind die letzten beiden Stellen des Geburtsjahres.

**806**  
 Betriebsleiter Der Betriebsleiter ist in „Einzelunternehmen“ diejenige Person, die den Betrieb leitet, also über den laufenden Einsatz an Produktionsmitteln bestimmt.  
 Dabei kann es sich um den Betriebsinhaber, einen seiner Familienangehörigen oder eine andere mit der Leitung des Betriebes beauftragte Person handeln (z.B. Angestellter). Es kann nur **eine** Person als Betriebsleiter angegeben sein.

durchschnittlich geleistete Stunden je Woche	für diesen Betrieb (ohne Haushalt)	vollbeschäftigt (42 Stunden und mehr)	831	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		überwiegend beschäftigt (31 bis unter 42 Std.)	832	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		teilweise beschäftigt (21 bis unter 31 Std.)	833	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		gering beschäftigt (11 bis unter 21 Std.)	834	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
		fallweise beschäftigt (unter 11 Stunden)	835	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
im Haushalt des Betriebsinhabers (Anzahl der Stunden)		837							
in anderer Erwerbstätigkeit (Anzahl der Stunden)		838							

**831 bis 835**  
 Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche **für diesen Betrieb im Jahres-Zeitraum Mai 2004 bis April 2005**

Hier sind für Personen im Alter von 15 Jahren und älter die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Woche (einschließlich der Arbeitszeiten an Sonn- und Feiertagen und unterstellte Zeiten vorübergehender Krankheiten oder des Urlaubs) **einer der fünf nachfolgend aufgeführten Arbeitszeitgruppen** zuzuordnen.  
 Als für diesen landwirtschaftlichen Betrieb (ohne Haushalt) tätig rechnen z.B. folgende vom Betriebsinhaber und/oder seinen auf dem Betrieb beschäftigten Familienangehörigen, Verwandten und Verschwägerten **in diesem Betrieb** durchgeführten Arbeiten:

- sämtliche Feld-, Wald-, Hof- und Stallarbeiten,
- Tätigkeiten in den zu diesem Betrieb gehörenden, überwiegend selbsterzeugte Produkte des Betriebes verarbeitenden Nebenbetrieben, z.B. landwirtschaftliche Brennereien im Rahmen des bäuerlichen Landwirtschaftsbetriebes,

- Verkauf von selbsterzeugten landwirtschaftlichen Produkten, z.B. Verkauf ab Hof,
- Tätigkeiten für die Betreuung von Gästen im Rahmen von „Ferien auf dem Bauernhof“<sup>1)</sup>,
- Transportleistungen, z.B. beim Absatz der selbsterzeugten Produkte dieses Betriebes und beim Bezug von Produktionsmitteln,
- Arbeiten für die Unterhaltung der Betriebsgebäude und des Inventars,
- Arbeiten für die Betriebsorganisation und -führung (einschl. für Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung),
- Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

Tätigkeiten in einem anderen rechtlich selbständigen Betrieb, d.h. mit eigener Rechnungslegung, des Betriebsinhabers zählen **nicht** zur Arbeit für diesen Betrieb, auch wenn landwirtschaftliche Produkte verarbeitet oder verkauft (z.B. Hofladen) werden. Die geleisteten Arbeitszeiten sind unter 838 „in anderer Erwerbstätigkeit“ zu berücksichtigen.

## Zuordnung zu den Arbeitszeitgruppen

### 831 bis 835

#### Arbeitszeitgruppen

Um die Einordnung der einzelnen Personen nach Arbeitszeitgruppen zu erleichtern, sind zur Orientierung in der nachfolgenden Übersicht sowohl die Anzahl der Arbeitsstunden je Woche als auch die Anzahl der Vollarbeitstage je Jahr vorgegeben.

Code	Arbeitszeitgruppe	Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage
831	vollbeschäftigt	42 und mehr	240 und mehr
832	überwiegend beschäftigt	31 bis unter 42	180 bis unter 240
833	teilweise beschäftigt	21 bis unter 31	120 bis unter 180
834	gering beschäftigt	11 bis unter 21	60 bis unter 120
835	fallweise beschäftigt	unter 11	unter 60

#### Achtung!

Für die Zuordnung zu den Arbeitszeitgruppen bei 831 bis 835 ist es ohne Belang, ob die betreffenden Personen in dem oben angegebenen Zeitraum regelmäßig oder nur gelegentlich tätig waren.

#### Berechnungsbeispiel:

Eine Familienarbeitskraft arbeitet (bezogen auf den Abrechnungszeitraum 12 Monate bzw. 52 Wochen) im ersten Halbjahr (31 Wochen) 40 Stunden je Woche, 17 Wochen 35 Stunden und hat 4 Wochen Urlaub, so ergibt sich folgende durchschnittlich geleistete Stundenzahl je Woche:

31 Wochen	x	40 Stunden	=	1240 Stunden
+ 17 Wochen	x	35 Stunden	=	595 Stunden
48 Wochen		mit insgesamt		1835 Stunden

1835 Stunden : 48 Wochen = 38,2 Stunden durchschnittlich je Woche. Für die 4 Wochen Urlaub werden 38 Stunden zugrunde gelegt, sodass sich insgesamt eine durchschnittlich geleistete Stundenzahl je Woche von 38 Stunden ergibt und die Familienarbeitskraft der Arbeitszeitgruppe „überwiegend beschäftigt“ zugeordnet wird.

<sup>1)</sup> Unter „Ferien auf dem Bauernhof“ ist die Vermietung von Unterkünften im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb an Ferien- oder Kurgäste zu verstehen. Zur Tätigkeit für diesen Betrieb gehört jedoch nicht die gewerbliche Betreuung von Ferien- oder Kurgästen in einem Hotel, einem Gasthof, einer Pension, in einem Kurheim, einem Sanatorium oder auf einem Campingplatz

837  
Im Haushalt  
des Betriebsin-  
habers tätig

Es ist die Anzahl der durchschnittlich geleisteten **Stunden je Woche** im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005 für Arbeiten im Haushalt nur für den Betriebsinhaber und/oder seinen Ehegatten anzugeben. Zu den Haushaltstätigkeiten rechnen z.B. Beköstigung und Versorgung von Personen des Einzelunternehmens ebenso wie Wäsche- und Wohnungspflege, Arbeiten im Haus und Garten. Die Anzahl der durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche ist entsprechend dem auf Seite 37 angeführten Beispiel zu bestimmen.

838  
In anderer  
Erwerbstätigkeit  
beschäftigt

Es ist die Anzahl der durchschnittlich geleisteten **Stunden je Woche** im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005 für Erwerbstätigkeiten außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes einzutragen. (Bestimmung der durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche siehe Beispiel auf Seite 37). Zur Erwerbstätigkeit **außerhalb dieses landwirtschaftlichen Betriebes** rechnen alle **auf Erwerb** ausgerichteten Tätigkeiten, gleichgültig, in welcher Form und in welchem Umfang sie ausgeübt werden, wie z.B. Arbeiten

- in anderen landwirtschaftlichen/forstwirtschaftlichen Betrieben des Inhabers dieses Betriebes mit eigener Rechnungslegung,
- in landwirtschaftlichen Betrieben **anderer Betriebsinhaber** (z.B. gewerbsmäßig als Mitglied eines Maschinenringes),
- in gewerblichen Betrieben **anderer Eigentümer** (z.B. Industrie, Handel, Handwerk, in einem Betrieb des Beherbergungsgewerbes, z.B. Hotel),
- in gewerblichen Betrieben **des Betriebsinhabers** (z.B. Gastwirtschaft, Metzgerei, Blumengeschäft; gleichgültig, ob diese Betriebe mit dem Betrieb räumlich verbunden sind oder nicht),
- im öffentlichen Dienst,
- in Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten, z.B. als Waldarbeiter oder Ähnliches,
- aufgrund eines Heimarbeitsvertrages,
- als Selbständiger oder freiberuflich Tätiger.

**Nicht** zur Erwerbstätigkeit außerhalb des Betriebes zählt Nachbarschaftshilfe in anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

<div>P</div> <div>Quellen des außerbetrieblichen Einkommens</div>	andere Erwerbstätigkeit	814	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1
	sonstige Quellen	819	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1	<div></div> 1
		818	<div></div>	<div></div>				

814, 819  
Quellen außerbe-  
trieblichen Ein-  
kommens

Diese Fragen sind in jedem Fall zu beantworten für den Betriebsinhaber und dessen Ehegatten und für weitere Personen, wenn sie im Jahreszeitraum von **Mai 2004 bis April 2005** für diesen Betrieb **beschäftigt** waren und aus den zu Codes 814 und 819 genannten Quellen ein Einkommen während des gesamten Berichtszeitraums von 12 Monaten oder nur während eines Teils dieses Zeitraumes bezogen haben.

Die Angaben zu 814 und 819 können auf Wunsch auf dem Einzelperson-Erhebungsvordruck PS zur ASE 2005 von den betreffenden Personen (Familienangehörige des Betriebsinhabers) selbst eingetragen werden (Vorgehensweise siehe Anlage S. III).

Beispiele für verbreitet vorkommende Arten des außerbetrieblichen Einkommens siehe Anlage 3.2 Seite XII bzw. für nicht zum betrieblichen oder außerbetrieblichen Nettoeinkommen zählende Einnahmen siehe Anlage 3.3 Seite XIII.

**814**

Einkommen aus  
anderer Erwerbs-  
tätigkeit

Hier ist jede Person anzukreuzen, die im Berichtszeitraum Einkommen aus

- unselbständiger Tätigkeit (als Angestellter, Beamter, Arbeiter) oder aus
- freiberuflicher/selbständiger Tätigkeit oder aus
- Tätigkeit in einem anderen landwirtschaftlichen Betrieb oder aus
- Tätigkeit in einem Gewerbebetrieb bezog.

Kreis der Personen siehe 814 und 819.

**819**

Einkommen aus  
sonstigen  
Quellen

Hier ist jede Person (Betriebsinhaber, Ehegatte oder Familienangehörige) anzukreuzen, die Einkommen aus einer oder mehrerer der nachfolgend aufgeführten Einkommensquellen im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005 bezog:

- **Altersrente** (regulär) ist nach Vollendung des 65. Lebensjahres und bei Erfüllung einer Wartezeit von 15 Jahren die bei Abgabe des Betriebes von der landwirtschaftlichen Alterskasse erhaltene Leistung. Das vorzeitige Altersgeld (bei Erwerbsunfähigkeit), Witwenaltersgeld und vorzeitiges Witwenaltersgeld bei erworbenem Anspruch des verstorbenen Ehegatten sind hier ebenfalls zu berücksichtigen wie Altersgeld für mitarbeitende Familienangehörige.
- **Landabgaberente** ist der bis 31.12.1983 erworbene Anspruch für Landwirte auf Leistungen aus der landwirtschaftlichen Alterskasse durch strukturverbessernde Unternehmensaufgabe. Bewilligte Zahlungen werden an den Unternehmer lebenslang weitergeführt (unter Umständen auch an Witwen/Witwer).
- **Produktionsaufgaberente** ist eine staatliche Leistung an landwirtschaftliche Unternehmer, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, wenn diese ihren landwirtschaftlichen Betrieb strukturverbessernd abgegeben haben. Diese erhalten dann eine laufende Geldleistung der landwirtschaftlichen Alterskasse.
- **Rente, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialhilfe u.Ä.**  
Hierzu rechnen Personen, die aus Alters-, Krankheits- oder Invaliditätsgründen oder als Hinterbliebene bzw. unterhaltsberechtignte Angehörige oder Erwerbslose für den vollen Berichtszeitraum oder für einzelne Monate dieses Zeitraumes Einkommen aus den genannten Quellen bezogen haben. Hierzu rechnet auch Vorruhestandsgeld. Es ist nur der jeweilige **Bezieher** anzukreuzen, nicht dagegen seine versorgungsberechtigten Familienangehörigen.
- **Einkommen aus Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u.Ä.**  
Personen, die im Berichtszeitraum eigene Pachteinahmen (gleichgültig, ob aus Verpachtung von Grundstücken oder von als Ganzes verpachteten Betrieben), Mieteinnahmen oder Einkünfte aus Kapitalvermögen, wie Aktien, Beteiligungen (z.B. an einem Gemeinschaftsbetrieb) oder Einkünfte aus Verpachtung von Milchquoten bzw. aus Zuckerrübenaktien bezogen haben. Einnahmen aus Zimmervermietung in Verbindung mit „Ferien auf dem Bauernhof“ zählen im Rahmen dieser Erhebung zum Einkommen aus dem Betrieb; es sei denn, es handelt sich um solche aus einem Hotel, einem Gasthof oder einer Pension.

Bei außerbetrieblichem Einkommen ( <i>einschließlich Kindergeld</i> ) von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte:		Code	
Welches <b>Jahres-Nettoeinkommen</b> von Betriebsinhaber und/oder Ehegatte zusammen war schätzungsweise höher?	aus außerbetrieblichen Quellen	821	<input type="checkbox"/> 1
	oder: aus dem landwirtschaftlichen Betrieb		<input type="checkbox"/> 2

821

Welches Einkommen war höher?

Hier ist miteinander zu vergleichen (sofern Betriebsinhaber und/oder sein Ehegatte außerbetriebliches Einkommen bezogen):

- das Jahres-Nettoeinkommen, das der Betriebsinhaber und/oder sein Ehegatte **zusammen** im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 **aus diesem landwirtschaftlichen Betrieb** erwirtschafteten, mit dem
- Jahres-Nettoeinkommen, das der Betriebsinhaber und/oder sein Ehegatte **zusammen** im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 **aus außerbetrieblichen Einkommens- und Unterhaltsquellen** bezogen.

Anzukreuzen ist dabei die Einkommensquelle, aus der **nach Einschätzung** des Betriebsinhabers das höhere Nettoeinkommen bezogen wurde. Zur Ermittlung des außerbetrieblichen Nettoeinkommens siehe die Erläuterungen im Anlage 3.1 Seite XI.

**Abschnitt 10:**      **Ständig und nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte von Mai 2004 bis April 2005**

**Wichtiger  
Hinweis:**

Der Abschnitt 10 wird von Betrieben aller Rechtsformen ausgefüllt. Einzelunternehmen weisen hier alle nicht zur Familie gehörigen Arbeitskräfte aus, die im Betrieb des Betriebsinhabers beschäftigt sind oder waren, auch Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die außerhalb des Betriebes lebten (familienfremde Arbeitskräfte).

**Abschnitt 10.1:**      **Ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte**

Hierzu zählen:

- alle Personen im Alter von 15 Jahren und älter, die während des Berichtszeitraumes in einem **unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis** zum Betrieb standen,
- auch Personen, die in einem Ausbildungsverhältnis zum Betrieb standen, Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), sofern dem einstellenden Betrieb die Lohnkosten ganz oder teilweise von der BfA erstattet werden, sowie Zivildienstleistende u.Ä.,
- Personen, die nur teilweise mit der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z.B. in Betrieben im Garten- und Landschaftsbau, in Garten- und Friedhofsämtern, in Versuchsbetrieben u.Ä.) beschäftigt waren,
- für Einzelunternehmen auch mit betrieblichen Arbeiten **ständig** beschäftigte Verwandte des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten (Verschwägte), die im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 außerhalb des Betriebes lebten (Definition siehe S. 35).

Alle im Abschnitt 10.1 aufgeführten Personen dürfen **nicht** im Abschnitt 9 (Familienangehörige) enthalten sein.

**Nicht** zu den ständigen Arbeitskräften **dieses** Betriebes rechnen Personen (Arbeitskräfte), die

- ausschließlich in einem rechtlich selbständigen, nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetrieb oder einem **anderen** landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieb des Betriebsinhabers arbeiteten,
- für **fremde** Rechnung in diesem Betrieb beschäftigt waren (z.B. Arbeitskräfte von Lohnunternehmen, Maschinenringen oder Bauunternehmen),
- zwar vom Betrieb beschäftigt werden, die aber keine Tätigkeit im produzierenden Bereich der Landwirtschaft (einschl. des Garten- und Weinbaus) oder Forstwirtschaft ausüben, sondern z.B. ausschließlich zu Arbeiten der Landschaftspflege, als Verkäuferin im Blumengeschäft, als Verkaufsfahrer oder in Garten- oder Friedhofsämtern (außerhalb des Anzuchtbetriebes) eingesetzt wurden,
- in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die über sogenannte Trägergesellschaften vermittelt werden und in den Betrieben gegen Rechnung arbeiten.

**Allgemeine  
Hinweise**

Bei mehr als 6 Personen bitte Ergänzungsvordruck E verwenden.

Auf dem ersten Ergänzungsvordruck E ist

- die Gesamtzahl der im Betrieb ständig Beschäftigten und
- die Gesamtzahl der ausgefüllten Ergänzungsvordrucke E einzutragen (weitere Erläuterungen siehe Anlage S. III).

Lfd. Nummer der Person	Code	001	002	003	004	005	006
ausübte Tätigkeit							
Geschlecht	männlich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	weiblich	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
Geburtsjahr	903						
Wer ist Betriebsleiter?	905	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1

**901**  
Geschlecht Die Angabe des Geschlechts „männlich“ oder „weiblich“ muss bei 901 bei allen Personen angekreuzt sein.

**903**  
Geburtsjahr Einzutragen sind die letzten beiden Stellen des Geburtsjahres.

**905**  
Betriebsleiter Der Betriebsleiter ist in „Einzelunternehmen“ diejenige Person, die den Betrieb leitet, also über den laufenden Einsatz an Produktionsmitteln bestimmt.  
In „Personengemeinschaften“ und „juristischen Personen“ können **mehrere** Betriebsleiter tätig sein. So ist i.d.R. jeder in der Personengemeinschaft tätige Gesellschafter zugleich Betriebsleiter.

durchschnittlich geleistete Stunden je Woche für diesen Betrieb (ohne Haushalt)*	vollbeschäftigt (38 Stunden und mehr)	931	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	überwiegend beschäftigt (29 bis unter 38 Stunden)	932	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	teilweise beschäftigt (19 bis unter 29 Stunden)	933	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	gering beschäftigt (9 bis unter 19 Stunden)	934	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	fallweise beschäftigt (unter 9 Stunden)	935	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1

\*) Arbeitszeiten für Beschäftigte in den neuen Ländern Siehe Seite 43

**931 bis 935**  
Durchschnittlich geleistete Stunden je Woche von Mai 2004 bis April 2005 für diesen Betrieb (ohne Haushalt) Für die Berechnung der durchschnittlich geleisteten Stunden je Woche und Zuordnung zu den dargestellten 5 Arbeitszeitgruppen gelten die für den Betriebsinhaber und seine Familienangehörigen bei 831 bis 835 aufgeführten Regelungen entsprechend. Auch hier gelten Ausfallzeiten wegen Krankheit oder Urlaub als Arbeitszeit.

Zuordnung zu den Arbeitszeitgruppen

931 bis 935  
Arbeitszeit-  
gruppen

Um die Einordnung der einzelnen Personen nach Arbeitszeitgruppen zu erleichtern, sind zur Orientierung in der nachfolgenden Übersicht sowohl die Anzahl der Arbeitsstunden je Woche als auch die Anzahl der Vollarbeitstage je Jahr vorgegeben.

- Früheres Bundesgebiet

Code	Arbeitszeitgruppe	Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage
931	vollbeschäftigt	38 und mehr	220 und mehr
932	überwiegend beschäftigt	29 bis unter 38	165 bis unter 220
933	teilweise beschäftigt	19 bis unter 29	110 bis unter 165
934	gering beschäftigt	9 bis unter 19	55 bis unter 110
935	fallweise beschäftigt	unter 9	unter 55

- Neue Länder

Code	Arbeitszeitgruppe	Wochenstunden	Jahresvollarbeitstage
931	vollbeschäftigt	40 und mehr	230 und mehr
932	überwiegend beschäftigt	30 bis unter 40	173 bis unter 230
933	teilweise beschäftigt	20 bis unter 30	115 bis unter 173
934	gering beschäftigt	10 bis unter 20	58 bis unter 115
935	fallweise beschäftigt	unter 10	unter 58

Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes	Auszubildender (einschließlich Praktikant)	911	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 1
	Arbeiter		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
	Angestellter		<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3
	Beamter		<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 4
	Gesellschafter/Mitinhhaber		<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 5
	Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige (ohne Gesellschafter)		<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 6
		912	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			

911  
Stellung innerhalb  
des landwirtschaft-  
lichen Betriebes

Für jeden ständig Beschäftigten ist die **zutreffende Stellung innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebes** (Auszubildender, Praktikant, Arbeiter, Angestellter, Beamter, Gesellschafter/Mitinhhaber oder sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige (ohne Gesellschafter) anzukreuzen.

**Auszubildender** (einschl. Praktikant):

Auszubildende sind Personen, mit denen ein Ausbildungs- oder Lehrvertrag abgeschlossen worden ist. Sie sind von dem Betrieb anzugeben, mit dem der Ausbildungsvertrag (Lehrvertrag) abgeschlossen wurde, wenn die praktische Ausbildung auch in diesem Betrieb erfolgt. Erfolgt die praktische Ausbildung im Rahmen von Delegierungen in anderen Betrieben, sind die Auszubildenden von diesem Betrieb zu melden.

**Nicht** zu den Auszubildenden zählen Personen, mit denen im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung oder Umschulung ein Ausbildungsvertrag zum Erwerb des Facharbeiterbriefes abgeschlossen wurde. Diese Personen sind unter „Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige“ zu erfassen.



### Arbeiter

Arbeiter im Sinne der Erhebung sind Personen in abhängiger Stellung, die überwiegend manuelle und/oder mechanische Tätigkeiten ausüben. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Brigadiere usw. handelt.

### Angestellter:

Angestellte im Sinne der Erhebung sind Personen in abhängiger Stellung, die überwiegend kaufmännische, technische oder Verwaltungsberufe ausüben. Zu den Angestellten zählen insbesondere

- Angestellte in leitender Stellung,
- technische Angestellte im Betrieb, Büro und der Verwaltung, Meister und andere Angestellte in ähnlicher Stellung,
- Büroangestellte, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufräumen oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden,
- Handlungsgehilfen und andere Angestellte für kaufmännische Dienste,
- Angestellte für die Berufsausbildung.

### Beamter:

Alle Bediensteten, die auf Lebenszeit, Probe, Widerruf durch eine Ernennungsurkunde ausdrücklich in das Beamtenverhältnis berufen worden sind.

### Gesellschafter:

Mitinhaber von Personengemeinschaften, -gesellschaften.

### Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige:

Sonstige, ohne Arbeitsvertrag Tätige sind Personen, die nicht den Kategorien Auszubildender, Arbeiter, Angestellter, Beamter oder Gesellschafter zuzuordnen sind. Hierzu gehören z. B.

- im Betrieb beschäftigte Familienangehörige, die außerhalb des Betriebes des Betriebsinhabers lebten und mit denen kein Arbeitsvertrag bestand, die aber regelmäßig im Betrieb arbeiteten.

## Abschnitt 10.2: Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte

	Code	Männer	Code	Frauen
Zahl der Beschäftigten (einschließlich Saisonarbeitskräfte)	918		921	
Arbeitsleistung in vollen Arbeitstagen insgesamt	919		922	
	924			

### 918, 919, 921, 922

Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte

Hierzu zählen

- alle übrigen Personen im Alter von 15 Jahren und älter, die während des Berichtszeitraumes in einem befristeten, weniger als drei Monate, abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen oder standen (einschließlich Saisonarbeitskräfte) und mit Feld-, Hof- oder Stallarbeiten oder mit Arbeiten im Wald des Betriebes beschäftigt waren und nicht in Abschnitt 9 oder 10.1 dieses Vordruckes eingetragen wurden,
- Studenten im Arbeitseinsatz sowie Schüler in der Ferientätigkeit,
- Studenten im Praktikum, wenn ihre Vergütung aus dem Lohnfonds gezahlt wurde,
- Aushilfskräfte zur Überwindung zeitweilig auftretender Arbeitsspitzen, die regelmäßig oder unregelmäßig eingesetzt wurden,

- Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), sofern dem einstellenden Betrieb die Lohnkosten ganz oder teilweise von der BfA erstattet werden, sowie Zivildienstleistende u.Ä.,
- für Einzelunternehmen auch nicht ständig im Betrieb beschäftigte Verwandte des Betriebsinhabers oder seines Ehegatten (Verschwägerter), die im Berichtszeitraum außerhalb des Betriebes lebten und die nicht im Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren (dieser Personenkreis wurde in den Abschnitten 9 und 10.1 **nicht** nachgewiesen).

**Nicht** hierzu zählen Personen,

- die in diesem Betrieb nur im Rahmen der Nachbarschaftshilfe tätig geworden sind,
- die nur für **fremde** Rechnung in diesem Betrieb gearbeitet haben, z.B. als Arbeitskräfte von Lohnunternehmen, Maschinenringen oder Bauunternehmen,
- in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die über so genannte ABM-Trägersellschaften vermittelt wurden und in den Betrieben gegen Rechnung arbeiten.

Die Arbeitszeit ist in vollen Arbeitstagen anzugeben. Bei stundenweise geleisteten Arbeitszeiten gelten 8 Arbeitsstunden als 1 voller Arbeitstag.

**Beispiel** für die Berechnung in vollen Arbeitstagen:

Im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 waren 2 Männer und 2 Frauen im Betrieb; und zwar:

1 Mann	Oktober/November 2004 zu je 20 vollen Arbeitstagen	
	März/April 2005 zu je 10 vollen Arbeitstagen	= 60 volle Arbeitstage
1 Mann	März/April 2005 zu je 8 vollen Arbeitstagen	= 16 volle Arbeitstage
2 Frauen	Juli/August 2004 zu je 32 Arbeitsstunden (8 Stunden = 1 Arbeitstag)	= 16 volle Arbeitstage

Einzutragen sind also insgesamt

Männer	2
Arbeitsleistung	76
Frauen	2
Arbeitsleistung	16

**Abschnitt 11: Berufsbildung des Betriebsleiters**

**Allgemeine Hinweise**

In Einzelunternehmen sind Angaben zu machen für **einen** Betriebsleiter, i.d.R. Betriebsinhaber oder Ehegatte. In Personengemeinschaften und juristischen Personen sind Eintragungen für mehrere Betriebsleiter zuzulassen. Zum Berufsfeld der Landwirtschaft rechnen die Fachrichtungen Landwirtschaft, Weinbau, Forstwirtschaft, Fischzucht, Tierzucht/-haltung, landwirtschaftliche Technologie, ländliche Hauswirtschaft, Ernährungslehre. **Mehrfachnennungen sind nicht möglich.** Es ist nur die **höchste** landwirtschaftliche Berufsbildung anzugeben.

Art	Code	Betriebsleiter in						
		Einzelunter- nehmen	Personengemeinschaften, -gesellschaften und juristischen Personen					
landwirt- schaftliche Berufsbil- dung mit dem höch- sten Abschluss	Berufsschule/ Berufsfachschule (ohne betriebliche Lehre)	640	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Berufsausbildung/Lehre (Gehilfen-, Facharbeiterprüfung oder Abschlussprüfung)	641	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Landwirtschaftsschule (auch Wein-, Gartenbau-, Winterschule)	642	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Fortbildung zum Meister, Fachagrарwirt	643	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Höhere Landbauschule, Technikerschule, Fachakademie	644	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Fachhoch-, Ingenieurschule	645	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
	Universität, Hochschule	646	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung		647	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8

- 640  
Berufsschule/  
Berufsfachschule

Ausbildung erfolgt grundsätzlich **innerhalb der Schulpflicht** bis zum 18. Lebensjahr an einer Berufsschule **ohne betriebliche Lehre** oder an einer auf bestimmte Fachrichtungen spezialisierten beruflichen Schule (wie Landwirtschaft, Gartenbau, Weinbau, Forstwirtschaft, Nutztierhaltung, Fischerei, Milchwirtschaft, ländliche Hauswirtschaft, Landespflege und verwandte Fachrichtungen).
- 641  
Berufsausbildung/  
Lehre

Mit einer in einem **Lehrvertrag** vereinbarten Lehre in Verbindung mit einer Berufsschule/Berufsfachschule.
- 642  
Landwirtschafts-  
schule

Einjähriger Fachschulbesuch mit Abschluss **Staatlich geprüfter Wirtschaftler** in land- oder hauswirtschaftsverbundenen Berufen; der Besuch einer „**Winterschule**“ rechnet auch dazu.
- 643  
Fortbildung zum  
Meister, Fach-  
agrарwirt

Abschluss einer Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ und einer mehrjährigen praktischen Tätigkeit als Landwirt oder in einem einschlägigen Beruf sowie weiteren Fortbildung in speziellen Lehrgängen mit Erwerb des **Meisterbriefes** bzw. des Abschlusses **Fachagrарwirt**.

644

Höhere Landbau-  
schule, Techniker-  
schule, Fachaka-  
demie

An die Ausbildung gemäß der „Landwirtschaftsschule“ anschließende einjährige Fortbildung an einer weiterführenden Fachschule mit Abschluss **Staatlich geprüfter Landwirtschaftsleiter** bzw. **Staatlich geprüfter Landwirt**.

645

Fachhochschule,  
Ingenieurschule

Abgeschlossenes Studium an einer Fachhochschule bzw. Ingenieurschule in einer der unter „Berufsschule/Berufsfachschule“ angegebenen Fachrichtungen nach Erwerb der Fachhochschulreife und nach mindestens einjährigem berufsbezogenem Praktikum mit Abschluss **Dipl. Ing. (FH), Ing. agr. (grad.) und andere fachspezifische Berufsbezeichnungen**.

646

Universität,  
Hochschule

Abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule in einer der unter „Berufsschule/Berufsfachschule“ angegebenen Fachrichtungen mit Abschluss **Dipl. Ing. agr., Dipl. Landwirt und andere fachspezifische Berufsbezeichnungen**.

647

Ausschließlich  
praktische land-  
wirtschaftliche  
Erfahrung

Besteht keine landwirtschaftliche Berufsbildung mit Abschluss, sondern ausschließlich **Erfahrung aufgrund praktischer Arbeit** in einem landwirtschaftlichen Betrieb, ist 647 anzukreuzen.

Abschnitt 12: Einkommenskombinationen

Einkünfte aus Tätigkeiten des Betriebsinhabers und/oder seines Ehegatten (außer Landwirtschaft), die direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehen

Allgemeine Hinweise

Einkommenskombinationen beinhalten Erwerbstätigkeiten, die keine landwirtschaftlichen Arbeiten (z.B. Feld- und Stallarbeiten, Betriebsorganisation, Lagerung, Unterhaltung von Wirtschaftsgebäuden, Maschinen sowie Einrichtungen, eigene Transportarbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb) darstellen, aber in direkter Verbindung mit dem Betrieb stehen und wirtschaftliche Auswirkungen auf den Betrieb haben. Direkt mit dem Betrieb in Verbindung stehend heißt, für die weiteren Erwerbstätigkeiten werden entweder die vorhandenen Betriebsmittel (wie Boden, Gebäude, Maschinen) und/oder die Produkte des Betriebes eingesetzt.

Üben der Betriebsinhaber, sein Ehegatte oder andere Familienangehörige bzw. ein oder mehrere Gesellschafter von Personengesellschaften oder juristische Personen solche Erwerbstätigkeiten aus, sind die entsprechenden Tätigkeiten unter 780 bis 787 mit „ja“ zu beantworten. Ansonsten ist „nein“ anzukreuzen. Mehrfachankreuzungen sind möglich.

Tätigkeiten, die keine direkte Verbindung zum Betrieb aufweisen, sind ausgeschlossen. Dazu zählen beispielsweise der ausschließliche Einsatz von familienfremden Arbeitskräften und keiner Betriebsmittel sowie Läden, in denen keine eigenen Erzeugnisse verkauft werden. Forstwirtschaftliche Tätigkeiten sind ebenfalls ausgeschlossen.

Erzielt der Betrieb Einkünfte aus folgenden Tätigkeiten?	Code		
<input type="checkbox"/> Fremdenverkehr, Beherbergung und sonstige Freizeitaktivitäten	780	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb (z.B. Möbel aus Nutzholz)	781	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z.B. Fleischverarbeitung, Käseherstellung, Weinerzeugung)	782	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Be- und Verarbeitung von Holz (z.B. im Sägewerk)	783	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Fischzucht und -erzeugung	784	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Erzeugung von erneuerbarer Energie	785	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Vertragliche Arbeiten unter Einsatz von Geräten des Betriebes	786	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
<input type="checkbox"/> Sonstige Einkommenskombinationen	787	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2

780  
Fremdenverkehr,  
Beherbergung und  
sonstige Freizeit-  
aktivitäten

Alle Tätigkeiten im Bereich Fremdenverkehr, Führung von Touristen und sonstigen Gruppen, Beherbergung durch den Betrieb sowie Sport- und Freizeitaktivitäten (z.B. Pensionspferdehaltung in Verbindung mit Reitsport) usw., bei denen der Grund und Boden, die Gebäude oder sonstige Betriebsmittel des betreffenden Betriebes eingesetzt werden.

781  
Herstellung von  
handwerklichen  
Erzeugnissen

Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb durch Arbeitskräfte, die auch landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Die hergestellten Erzeugnisse müssen verkauft werden. Hierunter fällt auch die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz.

<b>782</b> Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen	Bearbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu einem im Betrieb verarbeiteten Produkt, unabhängig davon, ob der Rohstoff im Betrieb erzeugt oder von außerhalb zugekauft wurde. Hierzu zählt u.a. die Fleischverarbeitung, die Käseherstellung und die Weinerzeugung. Die verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen verkauft werden (auch Direktvermarktung). Die Erzeugung nur für den Eigenverbrauch ist <b>nicht</b> eingeschlossen.
<b>783</b> Be- und Verar- beitung von Holz	Be- und Verarbeitung von Rohholz für Vermarktungszwecke, z.B. im Sägewerk. Die Weiterverarbeitung, z.B. die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz, fällt unter 781.
<b>784</b> Fischzucht und -erzeugung	Aufzucht, Haltung und Nutzung von Fischen, Flusskrebse usw. im Betrieb. Fischzucht und -erzeugung wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, z.B. durch regelmäßigen Besatz, Fütterung und Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Dazu müssen sich die Tiere im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen befinden und sind Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Bindungen. Befinden sich dagegen die Tiere nicht im Besitz einer natürlichen oder juristischen Person, gelten sie als jedermann zugängliche Güter, die von der Allgemeinheit mit oder ohne entsprechende Lizenzen genutzt werden können. In diesem Fall sind sie wie die reine Fischfangtätigkeit (z. B. See- und Flussfischerei) von der Erfassung ausgeschlossen.
<b>785</b> Erzeugung von erneuerbarer Energie	Erzeugung von erneuerbarer Energie für Vermarktungszwecke, z.B. Windenergie- und Biogasanlagen zur Stromerzeugung, Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Stroh oder Holz (schnellwachsende Forstgehölze als Energiepflanzen) an Energie erzeugende Einrichtungen. Der Eigenverbrauch des landwirtschaftlichen Betriebes an eigenerzeugter Energie fällt <b>nicht</b> hierunter.
<b>786</b> Vertragliche Arbeiten	Vertragliche Arbeiten unter Einsatz von Geräten und Maschinen des Betriebes, innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, z.B. Transporttätigkeiten, Landschaftspflege, Schneeräumarbeiten, landwirtschafts- und umweltbezogene Dienstleistungen (u.a. Arbeit in Maschinenringen) usw.
<b>787</b> Sonstige Einkommens- kombinationen	Sonstige, unter 780 bis 786 nicht genannte Erwerbstätigkeiten, z.B. Pelztierzucht, Pensionspferdehaltung ausschließlich zur Unterbringung von Pferden.

### Abschnitt 13:      Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes

#### Allgemeine Hinweise

Gemeint sind einzelbetriebliche Investitionsförderungen für ausgewählte Maßnahmen nach der Verordnung 1257/99 „Verordnung über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL), die dem Betrieb in den letzten fünf Jahren bewilligt wurden.

Nicht zu erfassen sind nicht direkt an den Betrieb gezahlte Investitionsbeihilfen. Dies betrifft insbesondere Beihilfen für Maßnahmen auf überbetrieblicher Ebene (Region, Gruppen), an deren wirtschaftlichen Vorteil der Betrieb indirekt teilhaben könnte. Beispiele für solche Maßnahmen sind die folgenden Bereiche des Artikels 33 der Verordnung 1257/99:

- Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung,
- Entwicklung und Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur,
- Aufbau von Vertretungs- und Betriebsführungsdiensten,
- Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen,
- Bodenmelioration und
- Flurneuordnung.

Die Fragestellung beinhaltet weiterhin **keine** Maßnahmen der Verordnung 1257/99, die nicht mit Investitionen verbunden sind, wie:

- Berufsbildung (Kapitel III),
- Vorruhestand (Kapitel IV),
- Benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen (Kapitel V),
- Agrarumweltmaßnahmen (Kapitel VI).

#### Abschnitt 13.1 :      Einzelbetriebliche Förderung für Investitionen (zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens, der Lebens-, Arbeits- und Produktionsbedingungen)

<input checked="" type="checkbox"/> Wurden in den letzten fünf Jahren für den Betrieb Investitionsbeihilfen nach Art. 4 und 8 der Verordnung 1257/99 bewilligt?	796	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
---	-----	-------------------------------	---------------------------------

Dazu zählen nach Artikel 4 der Verordnung 1257/99 (EAGFL) in den letzten fünf Jahren bewilligte Beihilfen für Investitionen an landwirtschaftliche Betriebe zur:

- Senkung der Produktionskosten,
- Verbesserung und Umstellung der Erzeugung,
- Steigerung der Qualität,
- Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, der Hygienebedingungen und der Tierschutzstandards,
- Diversifizierung der Tätigkeiten des Betriebes.

Weiterhin ist nach Artikel 8 der Verordnung 1257/99 die Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte anzuführen. Diese Beihilfe erhalten Landwirte, die jünger als 40 Jahre sind, über eine ausreichende berufliche (landwirtschaftliche) Qualifikation verfügen, sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb niederlassen und für diesen Betrieb die Wirtschaftlichkeit belegen sowie die Mindestanforderungen hinsichtlich Umwelt, Hygiene und Tierschutz erfüllen.

**Abschnitt 13.2: Investitionsförderung für Tätigkeiten im ländlichen Raum sowie Forstwirtschaft**

Wurden in den letzten fünf Jahren für den Betrieb Beihilfen zur Anpassung und Entwicklung von ländlichen Gebieten nach Art. 33 der VO 1257/99 sowie Beihilfen für die Forstwirtschaft bewilligt?	797	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
--	-----	-------------------------------	---------------------------------

Die Förderung der ländlichen Entwicklung beinhaltet ausgewählte, einzelbetriebliche Maßnahmen nach Artikel 33 der Verordnung 1257/99 sowie Investitionen in die Forstwirtschaft nach Kapitel VIII der Verordnung 1257/99, die in den letzten fünf Jahren bewilligt wurden. Dazu zählen die Förderprogramme für folgende Maßnahmen:

- Dorferneuerung und -entwicklung (insbesondere die Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz) sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Kulturerbes,
- Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und alternative Einkommensquellen zu schaffen,
- Förderung von Fremdenverkehrs- und Handwerkstätigkeiten,
- Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes (Maßnahmen wie Pflanzung von Streuobstwiesen u. dgl., auch Modellvorhaben),
- Finanzierungstechnik (wenn als Förderkriterium festgelegt).

Beihilfen für die Forstwirtschaft umfassen Maßnahmen mit dem Ziel der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und Entwicklung der Forstwirtschaft, der Erhaltung und Verbesserung der forstlichen Ressourcen und der Erweiterung der Waldflächen.



**Abschnitt 14: Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte**

**Abschnitt 14.1 : Anzahl der Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes am Tag der Erhebung**

		Code	
Befinden sich Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte im Alleinbesitz des Betriebes?		659	ja <input type="checkbox"/> 1    nein <input type="checkbox"/> 2 Wenn „nein“, weiter mit Abschnitt 14.2
Wenn „ja“: Anzahl der in den letzten zwölf Monaten verwendeten sowie neuen	Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger	660	
	Einachsschlepper, Motorhacken, -fräsen und -mäher	661	
	Mähdrescher	662	
	andere vollmechanisierte Erntegeräte	663	

**659 bis 663**  
Maschinen im Alleinbesitz des Betriebes

Anzugeben ist die Anzahl der **im Alleinbesitz** des Betriebes befindlichen Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte. Auch zeitweilig an andere landwirtschaftliche Betriebe ausgeliehene Motorfahrzeuge sind aufzuführen.  
Der Nachweis erfolgt bei kürzlich angeschafften o.g. Maschinen unabhängig davon, ob die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits zum Einsatz gekommen sind oder nicht

**660**  
Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger

Die Schlepper müssen zur Verrichtung von Arbeiten des landwirtschaftlichen Betriebes eingesetzt werden. Darunter fallen auch Fahrzeuge, die ihrer Definition nach einen Schlepper voll ersetzen (z.B. Unimog). Ausgeschlossen sind alle Schlepper, die während der letzten 12 Monate ausschließlich in der Forstwirtschaft, Fischerei, im Graben- und Wegebau sowie bei anderen Kultivierungsarbeiten verwendet wurden.

**661**  
Einachsschlepper etc.

Einachsige und ähnliche Motorfahrzeuge, die in der Landwirtschaft sowie dem Garten- und Weinbau verwendet wurden. Maschinen, die ausschließlich für Park- und Rasenflächen benutzt wurden, sind ausgeschlossen.

**662**  
Mähdrescher

Selbstfahrende, schleppergezogene oder an den Schlepper auf- und angebaute Maschinen für die Ernte von Getreide einschließlich Körnermais, reifen Hülsenfrüchten und Ölsaaten, Grassamen usw.

**663**  
Andere vollmechanisierte Erntegeräte

Selbstfahrende, schleppergezogene oder an den Schlepper auf- und angebaute Maschinen (ausgenommen Mähdrescher) für die Ernte von Zuckerrüben, Kartoffeln oder Futterpflanzen. Folgt die Ernte einer Anbaukultur in einem Arbeitsgang oder in einer Arbeitskette, wird das gesamte System als eine einzige Maschine betrachtet.

**Abschnitt 14.2 :   Überbetrieblicher Einsatz von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb im Zeitraum Mai 2004 bis April 2005**

		Code		
Welche Maschinen und Geräte wurden im Zeitraum überbetrieblich genutzt?	Vierradschlepper, Kettenschlepper, Geräteträger	664	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
	Einachsschlepper, Motorhacken, -fräsen und -mäher	665	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
	Mahdrescher	666	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
	andere vollmechanisierte Erntegeräte	667	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2

**664 bis 667**  
**Überbetrieblicher Einsatz von Maschinen und Geräten im Betrieb**

Anzugeben ist der Einsatz von Maschinen und Geräten im eigenen Betrieb, die von mehreren Betrieben genutzt werden, also nicht im Alleinbesitz des Betriebes sind. Gemeinsame Nutzung kann bedeuten, dass die Maschinen sich im Besitz

- eines anderen Betriebes (z.B. im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder eines Maschinenringes),
- einer Genossenschaft,
- dieses Betriebes mit einem oder mehreren anderen Betrieben (z.B. Maschinengemeinschaft) oder
- eines landwirtschaftlichen Lohnunternehmens

befinden.  
Maschinen und Geräte, die sich im Alleinbesitz des Betriebes befinden und nur im eigenen Betrieb zum Einsatz kommen, sind **nicht** zu berücksichtigen, d.h. die Angaben unter Abschnitt 14.1 stehen in keiner Beziehung zu den im Abschnitt 14.2, d.h. Antworten sind möglich nur für 14.1, nur für 14.2 oder für beide Abschnitte.  
Erklärungen zu den einzelnen Maschinenarten siehe Abschnitt 14.1.

**Abschnitt 14.3 : Am Tag der Erhebung betriebsbereite Bewässerungsanlagen im Alleinbesitz des Betriebes, die in den letzten 12 Monaten verwendet wurden**

		Code		
Sind diese Bewässerungsanlagen	mobil?	668	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2
	feststehend?	669	ja <input type="checkbox"/> 1	nein <input type="checkbox"/> 2

**668, 669**  
Bewässerungsanlagen

Bewässerungsanlagen sind für Bewässerungszwecke verwendete Anlagen, unabhängig davon, ob die Anbaukulturen beregnet werden oder ob das Wasser in Gräben und Rohren in den Boden eingeleitet wird. Anlagen, die ausschließlich im Gartenbau oder in Gewächshäusern eingesetzt werden, sind ausgeschlossen. Für den Feldgemüseanbau eingesetzte Anlagen sind dagegen eingeschlossen.

Anzugeben sind die am Tag der Erhebung im Alleinbesitz des Betriebes befindlichen, funktionstüchtigen Bewässerungsanlagen, die in den letzten zwölf Monaten zur Bewässerung verwendet wurden. Die Anlagen sind zu unterscheiden in:

- mobile Anlagen
- feststehende Anlagen

Hat der Betrieb beide Arten von Anlagen, sind auch beide anzukreuzen. Auszuschließen sind z.B. Frostschutzberegnungsanlagen und nicht mehr betriebsbereite Bewässerungsanlagen.

**668**  
Mobile Bewässerungsanlagen

Alle für Bewässerungszwecke verwendeten Anlagen, die innerhalb einer Vegetationsperiode von einem Feld zum anderen bewegt werden können.

**669**  
Feststehende Bewässerungsanlagen

Alle für Bewässerungszwecke verwendeten Anlagen, die feststehend sind bzw. innerhalb einer Vegetationsperiode nicht bewegt werden können.



# **A N L A G E**

## **zur Anleitung der Agrarstrukturerhebung 2005**

- **Durchführung der Agrarstrukturerhebung**
- **Grundbegriffe**
- **Beispielsammlung**

## 1. Durchführung der Erhebung

### 1.1 Rechte und Pflichten der Erhebungsbeauftragten

Zur Entlastung der Auskunftspflichtigen können Erhebungsbeauftragte eingesetzt werden. Sie haben sich auszuweisen und sind zur Geheimhaltung besonders verpflichtet worden. Die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse dürfen sie nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

Die Erhebungsbeauftragten sollen den Auskunftspflichtigen bei der Beantwortung der Fragen behilflich sein. Sie dürfen die Erhebungsvordrucke nach deren Angaben ausfüllen.

### 1.2 Erhebungsunterlagen

Jeder Erhebungsbeauftragte erhält für die Befragung der Betriebe zur Agrarstrukturerhebung 2005 neben den speziellen Anweisungen des Statistischen Landesamtes folgende Unterlagen:

- Anschriftenliste,
- voradressierte Erhebungsvordrucke (S und N),
- Erhebungsvordrucke ohne Adresse,
- Ergänzungsvordruck (Abschnitt 9),
- Ergänzungsvordruck E (Abschnitt 10.1),
- Einzelperson-Erhebungsvordrucke PS,
- Hilfsblatt-Vordruck HS,
- Anleitung zur Durchführung der ASE 2005,

### 1.3 Durchführung der Erhebung

Der Erhebungsbeauftragte muss die Erhebung selbst durchführen; er darf seine Aufgaben keiner anderen Person übertragen.

Auf Wunsch kann der Auskunftspflichtige aber auch

- die Angaben zu den Fragen selber in den Erhebungsvordruck eintragen; in derartigen Fällen muss der Erhebungsbeauftragte dem Auskunftspflichtigen die für die sach- und termingerechte Beantwortung der Fragen erforderlichen Hinweise und Erläuterungen schriftlich übergeben und erforderlichenfalls ausführlich mündlich erläutern,
- den vollständig und korrekt ausgefüllten Erhebungsvordruck dem Erhebungsbeauftragten aushändigen oder **ungeknickt** in einem verschlossenen Umschlag dem Erhebungsbeauftragten übergeben oder ihn in einem ausreichend frankierten Umschlag innerhalb einer Woche nach Erhalt an die Erhebungsstelle übersenden. Die Antwort ist gemäß § 15 Abs. 3 BStatG bei postalischer Übersendung erst erteilt, wenn die ordnungsgemäß ausgefüllten Erhebungsvordrucke der Erhebungsstelle zugegangen sind.

Wünscht ein Familienangehöriger des Betriebsinhabers zu den mit einem „P“ gekennzeichneten Fragen im Erhebungsvordruck (außerbetriebliche Einkommensquellen, 814 und 819), dass seine Angaben auf einem gesonderten Erhebungsvordruck eingetragen werden, so sind vom Erhebungsbeauftragten Name und Anschrift dieses auskunftspflichtigen Familienangehörigen in den Einzelperson-Erhebungsvordruck PS einzutragen und die Kenn-Nr. des Betriebes (siebenstellig) sowie die Gemeinde-Kennziffer aus dem Erhebungsvordruck zu übernehmen. Außerdem ist die lfd. Nr. der Person aus dem Abschnitt 9 des Erhebungsvordruck auf Vordruck PS zu übertragen und bei Ausgabe des Erhebungsvordrucks PS ist die betreffende Person über der lfd. Nr. im Erhebungsvordruck durch ein Kreuz (X) zu kennzeichnen.

Abschließend soll die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben auf den Erhebungsvordruck durch Unterschrift auf der ersten Seite bestätigt werden.

## **Änderung der Anschrift des Betriebsinhabers**

Zunächst ist zu prüfen, ob der in der Anschriftenliste vorgegebene Name und die Anschrift des Betriebsinhabers noch zutreffen. Etwaige Änderungen sind im Anschriftenfeld auf dem Erhebungsvordruck und in der Anschriftenliste einzutragen. Eine etwaige Änderung des Betriebssitzes (siehe Seite VIII, lfd. Nr. 6.) muss dem Statistischen Landesamt mitgeteilt werden.

## **Betriebsübergabe, Betriebsteilung, Betriebsauflösung**

Wurde der Betrieb an einen anderen Inhaber übergeben, so ist dieser auskunftspflichtig (Betriebsübergabe). Der Name des neuen Inhabers ist sowohl auf dem jeweiligen Erhebungsvordruck als auch in der Anschriftenliste zu vermerken. Werden im Falle einer Betriebsteilung die abgegebenen Flächen und/oder Viehbestände von einem im Sinne der Definition des Betriebes neugegründeten Betrieb (Neugründung) übernommen, ist der Inhaber des neugegründeten Betriebes zusätzlich zum Inhaber des verbleibenden Restbetriebes auskunftspflichtig, wenn er entsprechend dem Agrarstatistikgesetz zum Erfassungsbereich der ASE gehört (siehe Rechtsgrundlagen Seite 4).

Falls ein Betrieb nicht mehr besteht, ist die Betriebsauflösung in der Anschriftenliste anzugeben und der Erhebungsvordruck mit dem Vermerk „aufgelöst“ dem Statistischen Amt zuzuleiten.

Nähere Hinweise zur Bearbeitung dieser Veränderungen sind den speziellen Anweisungen des Statistischen Landesamtes zu entnehmen.

## **Betriebsteile**

Besteht ein Betrieb aus mehreren voneinander entfernt liegenden Betriebsteilen, die einheitlich bewirtschaftet werden, dann ist die Meldung für den gesamten Betrieb dort abzugeben, wo sich der Hauptsitz des Betriebes befindet.

## **Unternehmen**

Unternehmen i.S. der Agrarstrukturerhebung sind unter einheitlicher und selbständiger Führung stehende wirtschaftliche, finanzielle und rechtliche Einheiten. Gehören mehrere Betriebe zu einem Unternehmen, geben die Unternehmen die Meldungen für jeden ihrer inländischen Betriebe ab.

Unternehmen mit Betrieben in verschiedenen Bundesländern haben für jedes Land, in dem sie einen Betrieb haben, gesondert zu melden.

## **Verschriebene Erhebungsvordrucke**

Sollten voradressierte Erhebungsvordrucke beim Ausfüllen verschrieben worden oder sonst wie unauswertbar sein, müssen für diese neue Erhebungsvordrucke angelegt werden. Dazu muss der Erhebungsbeauftragte Name und Anschrift des Betriebsinhabers, die Kenn-Nummer des Betriebes (siebenstellig) und Gemeinde-Kennziffer aus der Anschriftenliste auf mitgelieferte Erhebungsvordrucke ohne Anschrift vollständig übertragen. Neu ausgestellte Erhebungsvordrucke sind in die vom Statistischen Landesamt voradressierten **Erhebungsvordrucke einzulegen** (Rückgabe auch des verschriebenen Erhebungsvordrucks, Kennzeichnung des gültigen Vordrucks usw.); hierüber ist der Auskunftspflichtige zu unterrichten.

## **Verwendung von Zweitexemplaren (Erhebungsvordruck) und Ergänzungsvordrucken (E)**

Bei Betrieben, in denen zu Abschnitt 9 Angaben für mehr als 6 Personen eingetragen werden müssen, sind die weiteren Personen in einem **Ergänzungsvordruck zum Abschnitt 9** des Erhebungsvordrucks einzusetzen.

Bei Betrieben, in denen zu Abschnitt 10.1 Angaben für mehr als 6 Personen einzutragen sind, sind die 7. bis 25. Person (= 19 Personen) in einem **Ergänzungsvordruck E** aufzuführen. Sind mehr als 25 Personen einzutragen, sind ein weiterer bzw. mehrere weitere Ergänzungsvordrucke E auszufüllen. Im ersten und jedem weiteren Ergänzungsvordruck E ist eine lfd. Nummer der Person einzutragen (beginnend mit 006 auf dem ersten Ergänzungsvordruck E).

Sowohl bei den Ergänzungsvordrucken zum Abschnitt 9 des Erhebungsvordrucks als auch bei den Ergänzungsvordrucken E zu Abschnitt 10.1 sind die **geprüften Angaben** zur Anschrift und die **Kenn-Nr. des Betriebes** (siebenstellig) sowie die Gemeinde-Kennziffer aus dem **Erstvordruck** (Vordruck mit Adressangabe) zu **übertragen** und die lfd. Nr. des **Zweitvordrucks bzw. Ergänzungsvordrucks E** in das dafür vorgesehene Feld einzutragen, hierüber ist der Auskunftspflichtige zu unterrichten.

Wenn der Auskunftspflichtige auf der Selbsteintragung der Angaben zu den Abschnitten 9 und 10.1 besteht, muss der Erhebungsbeauftragte einen eventuellen Bedarf an Ergänzungsvordrucken zum Abschnitt 9 bzw. Ergänzungsvordrucken E erfragen und dem Auskunftspflichtigen zur Verfügung stellen; hierbei sind vom Erhebungsbeauftragten Name und Anschrift, die Kenn- Nr. des Betriebes (siebenstellig) sowie Gemeinde-Kennziffer vom Erstvordruck zu übernehmen.

Die für einen Betrieb ausgefüllten **Ergänzungsvordrucke** sind in den **Erhebungsvordruck einzulegen**.

**Unterschiedliche Berichtszeiträume**

Beachtet werden muss der Berichtszeitraum, für den die Fragen gestellt sind. Die Mehrzahl der Fragen bezieht sich auf den Stand zum Zeitpunkt der Erhebung. Hiervon abweichende Berichtszeiträume sind bei den betreffenden Fragen bzw. Abschnitten jeweils angegeben.

**Auskunftsverweigerung**

Verweigert ein Auskunftspflichtiger die Beantwortung der Fragen ganz oder teilweise, so ist er in angemessener und sachlicher Form sowohl auf seine gesetzlich begründete Auskunftspflicht als auch darauf hinzuweisen, dass alle mit der Erhebung betrauten Personen zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind. Darüber hinaus ist er über das generelle Verbot der Weiterleitung von Einzelangaben an die Finanzverwaltung zu unterrichten. Weitere Regelungen hierzu sind den speziellen Anmerkungen des Statistischen Landesamtes zu entnehmen.

**Telefonnummer, Löschung von Name und Anschrift**

Zur Erleichterung etwaiger Rückfragen werden auf dem Mantelbogen die Telekommunikationsanschlussnummern des Betriebsinhabers oder -leiters erbeten. **Die Beantwortung ist freiwillig.** Hierauf ist der Auskunftspflichtige ausdrücklich hinzuweisen. Dem Auskunftspflichtigen sollte auch mitgeteilt werden, dass die Hilfsmerkmale nach Abschluss der formalen Prüfung der Angaben auf Vollständigkeit von Erhebungsvordrucken abgetrennt und mit Ausnahme von Name, Anschrift und Telekommunikationsanschlussnummern vernichtet werden.

**A c h t u n g :**

Die Erhebungsvordrucke dürfen **nicht geknickt** werden, weil hierdurch die Datenerfassung im Statistischen Landesamt erschwert werden würde.

**1.4 Eintragungstechnik**

Die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Beantwortung der Fragen sind bereits auf der ersten Seite des Erhebungsvordrucks kurz erläutert. Darüber hinaus ist Folgendes **unbedingt zu beachten**:

**Ankreuzen vorgegebener Antworten .....** zum Beispiel



Hier sind nur diejenigen Eintragungsfelder anzukreuzen, für die der Sachverhalt zutrifft.

**Eintragen der zutreffenden Anzahl .....** zum Beispiel

1	5
---	---

Zahlenangaben sind rechtsbündig in die vorgesehenen Felder einzutragen.

**A c h t u n g :**

Bei Flächenangaben (Abschnitte 2 bis 5, 8) sind die Hektar-Angaben in die **fünf ersten Spalten**, die Ar-Angaben in die beiden letzten durch einen verstärkten Strich abgehobenen Felder einzutragen.

Nullen am Ende von Wertangaben sind in jedem Fall als solche zu schreiben und nicht durch Striche anzudeuten.



**Beispiele:**

zu den Abschnitten 2 bis 5, 8

Richtig

ha

a

6 7

9 2

1 3

0 0

67 Hektar, 92 Ar

13 Hektar

Falsch

ha

a

6 7 9

2

1 3

- -

Eintragen der zutreffenden Kennziffer ..... zum Beispiel 

3
---

Klartexteintragungen ..... zum Beispiel

801	1	2	5	3	
	Betriebsinhaber	Ehegatte	Schwiegermutter	Tochter	

Klartexteintragungen deutlich lesbar in die vorgegebenen Antwortfelder schreiben. Bei schmalen Antwortfeldern sind längere Eintragungen erforderlichenfalls zu trennen.

**1.5 Nachprüfen der Angaben in den Erhebungsvordrucken**

- 1. Vollzähligkeit  
Für jeden in der Anschriftenliste genannten Betrieb muss ein Erhebungsvordruck vorhanden sein.
- 2. Aufgelöste Betriebe oder Aussage verweigert  
Wenn der Betrieb nicht mehr existiert oder der Betriebsinhaber bis zum Abschluss des Erhebungsgeschäftes die Aussage verweigert, ist ein Vermerk auf dem Erhebungsvordruck und auf der Anschriftenliste anzubringen.
- 3. Übereinstimmende Kenn- Nr. des Betriebes  
In sämtlichen für diesen Betrieb ausgefüllten Erhebungsvordrucken muss die Kenn- Nr. des Betriebes (siebenstellig) übereinstimmen.
- 4. Übereinstimmende Anschrift  
Im Einzelperson-Erhebungsvordruck PS muss die Anschrift im Anschriftenfeld mit dem Erhebungsvordruck übereinstimmen.
- 5. Betriebe in der Hand von Einzelunternehmen  
Bei Abschnitt 9 muss im Erhebungsvordruck zumindest der Betriebsinhaber eingetragen sein.

6. Für „Personengemeinschaften“ und „juristische Personen“ darf im Abschnitt 9 des Erhebungsvordrucks **keine** Eintragung vorgenommen werden; bei Abschnitt 10 müssen Angaben für mindestens eine ständig oder nicht ständig beschäftigte Person eingetragen sein.
7. Abstimmung der Angaben im Erhebungsvordruck
- a) Abschnitte 2 bis 10 und 14**  
Die Zahlenangaben müssen rechtsbündig eingetragen werden.
- b) Abschnitt 2: „Anbau auf dem Ackerland nach Fruchtarten und selbstbewirtschaftete Gesamtfläche des Betriebes 2005 nach Hauptnutzungs- und Kulturarten“**  
Sind bei 201 bis 244, 300, 301 Eintragungen, muss auch bei 245 das Ackerland insgesamt eingetragen sein.  
Die Summe von 245 bis 252, 255 bis 257 muss 258 ergeben.  
265 ist die Summe von 258 bis 264.
- c) Abschnitt 3: „Flächenstilllegung (Stilllegungsflächen)“**  
Ist bei 268 eine Eintragung vorhanden, muss auch bei 244 im Abschnitt 2 eine Eintragung vorgenommen sein.  
Wenn 269 ausgefüllt ist, müssen auch bei den entsprechenden Fruchtarten im Abschnitt 2, z.B. bei 229, Flächen eingetragen sein. Ist 270 ausgefüllt, sind diese Flächen auch bei 244, 259 oder 262 im Abschnitt 2 zu berücksichtigen.
- d) Abschnitte 4 und 5: „Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie Pachtflächen und Pachtentgelte“**  
Die LF bei 701 muss mit der Angabe zu 258 der Bodennutzung 2005 übereinstimmen.  
Bei 705 und 708 ist die Richtigkeit der Berechnung zu prüfen.  
Ist bei 703 eine Fläche angegeben, darf die Übertragung der Pachtfläche nach 709 und die Angabe des Pachtentgeltes (710) nicht fehlen und umgekehrt.  
Außerdem muss die Unterteilung der von „anderen Verpächtern“ gepachteten LF (Code 709) und der zugehörigen Jahrespacht (710) nach Nutzungsarten (Ackerland, Dauergrünland usw.) vorgenommen worden sein.  
Wenn bei 713, 717 usw. Flächenangaben eingetragen sind, müssen auch die entsprechenden Felder für die Jahrespacht (714, 718 usw.) Eintragungen enthalten.  
Bei 713, 717 usw. bzw. 714, 718 usw. dürfen die Eintragungen zu diesen Fragen weder bei der Fläche noch bei der Jahrespacht höher sein als die entsprechenden Angaben zu 711, 715 usw. bzw. 712, 716 usw. Die Summen der Eintragungen zu 711, 715 bis 727 und 731 sowie 712, 716 bis 728 und 732 müssen den Angaben zu 709 bzw. 710 entsprechen.
- e) Abschnitt 6: „Viehbestände am 3. Mai 2005“**  
Sind die Eingangsfragen (199) angekreuzt, sind in diesem Abschnitt keine Eintragungen vorzunehmen, außer bei 136 bis 139, wenn die Stallräumung nicht länger als 6 Wochen zurückliegt.
- f) Abschnitt 7: „Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft“**  
733, 734, 739 müssen in jedem Fall (entweder mit „ja“ oder „nein“) angekreuzt sein. Ist 734 mit „ja“ beantwortet, müssen 735 und 736 mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein und 737, 791 bis 795 und 738 eine Eintragung aufweisen. Ist 739 mit „ja“ beantwortet, muss 740 und/oder 741 eine Eintragung aufweisen, außer wenn Festmist nur auf Grundflächen von Stallungen, die gleichzeitig als Lagerflächen von Festmist dienen (z.B. Tiefstall), anfällt. Ist 740 beantwortet, müssen 737, 791 bis 795 oder 741 eine Eintragung aufweisen. 791 und 792 in der Summe muss 737 ergeben. Die Summe von 793 bis 795 kann kleiner oder gleich 792 sein.
- g) Abschnitt 8: „Ökologischer Landbau“**  
Ist die Eingangsfrage mit „nein“ beantwortet, sind in diesem Abschnitt **keine** weiteren Eintragungen vorzunehmen.  
Die Summe von 751 und 752 darf die im Abschnitt 2 eingetragene LF (258) nicht übersteigen, sie kann höchstens gleich groß oder kleiner sein. Ist bei 753 bis 757 „ja“ eingetragen, ist zu prüfen, ob zu den hier angekreuzten Tierarten auch die entsprechenden Bestände im Abschnitt 6 vorhanden sind.

**h) Abschnitt 9: „Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskräfte im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005 (Einzelunternehmen)“**

Im Abschnitt 9 muss (müssen) für jede eingetragene Person

- bei 801 die zutreffende Kennziffer eingetragen sein,
- bei 802 das Geschlecht angekreuzt sein,
- bei 804 das Geburtsjahr angegeben sein,
- 837 nur beim Betriebsinhaber und/oder dessen Ehegatten Eintragungen aufweisen,
- Eintragungen bei 838 dürfen nur zugelassen werden (außer beim Ehegatten), wenn auch bei 831 bis 835 eine Eintragung vorliegt,
- bei 831 bis 835 eine Eintragung sein (außer beim Ehegatten).

Im Abschnitt 9 ist bei 819 (Sonstige Einkommensquellen) in Spalte 1 „Betriebsinhaber“ eine Ankreuzung zu erwarten, wenn zu 706 eine verpachtete LF angegeben ist.

Wenn 838 eine Eintragung aufweist, muss auch 814 angekreuzt sein.

Im Abschnitt 9 muss bei 821 entweder das Eintragungsfeld „1“ oder „2“ angekreuzt sein, wenn mindestens bei einer von 814 und 819 in der Spalte 001 (Betriebsinhaber) und/oder Spalte 002 (Ehegatte) Eintragungen vorliegen. Verfügen Betriebsinhaber und Ehegatte über kein außerbetriebliches Einkommen (814 und 819; Eintragungsfelder in Spalten 001 und 002 nicht angekreuzt), sollten in der Regel auch beide Eintragungsfelder bei 821 nicht angekreuzt sein. Wenn allerdings Betriebsinhaber und/oder Ehegatte noch andere (z.B. Kindergeld) als bei den 814 und 819 verbal angeführten Einkommen beziehen, kann bei 821 die Signierziffer „2“ angekreuzt sein.

**i) Abschnitt 10.1: „Ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte“ (im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005)**

Im Abschnitt 10.1 muss (müssen) für jede eingetragene Person

- bei 901 das Geschlecht angekreuzt sein,
- bei 903 das Geburtsjahr angegeben sein.

**j) Abschnitt 10.2: „Nicht ständig mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte“ (im Jahreszeitraum Mai 2004 bis April 2005)**

Bei Abschnitt 10.2 müssen, sofern Beschäftigte nachgewiesen werden, auch Arbeitstage eingetragen sein.

**k) Abschnitt 11: „Berufsbildung des Betriebsleiters“**

Hier ist nur die **höchste abgeschlossene** Berufsbildung des oder der Betriebsleiter anzukreuzen. Bei 640 bis 646 darf nur eine Ankreuzung erfolgen. Wenn bei 640 bis 646 angekreuzt wurde, muss 647 leer sein und umgekehrt. Bei Personengemeinschaften und juristischen Personen muss die Anzahl der bei 904 angeführten Betriebsleiter mit der Anzahl der Betriebsleiter, für die eine Berufsbildung angegeben wurde, übereinstimmen.

**l) Abschnitt 14: „Schlepper, Einachsschlepper, Maschinen und Geräte“**

Ist 659 mit „ja“ beantwortet, muss auch bei 660 bis 663 mindestens eine Eintragung sein.

664 bis 669 müssen in jedem Fall mit „ja“ oder „nein“ beantwortet sein.

## 2. Grundbegriffe

### Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Im Einzelnen wird darunter Folgendes verstanden:

Als Betrieb im Sinne dieser Erhebung (einschl. Betriebe des Gartenbaus und des Weinbaus) gilt jede technisch-wirtschaftliche Einheit, die unabhängig von der Rechtsform, der steuerlichen Zuordnung und den Eigentumsverhältnissen

1. für Rechnung eines Inhabers bewirtschaftet wird (siehe Definition „Betriebsinhaber“ auf S. IX),
2. einer einheitlichen Betriebsführung untersteht,
  - Diese liegt auch vor, wenn sie von mehreren Personen gemeinsam, d.h. mit einheitlicher Willensbildung, ausgeübt wird. Zur Unterscheidung Betriebsführung/Betriebsleitung siehe Definition zu „Betriebsinhaber/Betriebsleiter“ auf S. IX / X. -
3. die selben Arbeitskräfte und Produktionsmittel (insbesondere Gebäude und Maschinen) einsetzt,
4. land- (auch garten-, weinbauliche oder fischwirtschaftliche) oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt,
  - Als solche gelten die (aufgrund der Rechtsgrundlage zu erfragenden) Merkmale der Bodennutzung sowie der Viehhaltung. -
5. eine der für die Agrarstrukturerhebung gesetzlich festgelegten Mindestgrenzen erreicht oder überschreitet (siehe Abschnitt „Erfassungsbereich“ auf S. IX),
  - Die Erfassung der Bodenflächen erstreckt sich auf die **selbstbewirtschaftete Gesamtfläche** (Eigenland, Pachtland und unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF, Waldflächen, nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Flächen, Öd- und Unland, etc.). -
6. über den Ort des Betriebssitzes (Anschrift) lokalisierbar ist.
  - Das ist die Gemeinde (der Gemeindeteil), in der (dem) sich der überwiegende Teil der Wirtschaftsgebäude befindet, bei Betrieben ohne Wirtschaftsgebäude die Gemeinde (der Gemeindeteil), in der (dem) der größte Teil der betreffenden Flächen (z.B. Waldflächen, Rebflächen, Flächen von Gräsereien) des Betriebes liegt und/oder die Viehhaltung betrieben wird.  
In den meisten Fällen ist in der Landwirtschaft der Betriebssitz mit dem Betriebsort (Anschrift des Auskunftspflichtigen) identisch. -

### Sonderfälle

Sofern die vorstehend genannten Voraussetzungen erfüllt sind, rechnen zu den landwirtschaftlichen und/oder forstwirtschaftlichen Betrieben auch

- Wanderschäfereien, Bullen- und Eberhaltungen, Brütereien,
- landwirtschaftliche Versuchsbetriebe, -anstalten,
- landwirtschaftliche Betriebe von Heil-, Pflege- und Krankenanstalten sowie Heimen,
- landwirtschaftliche Betriebsteile gewerblicher Unternehmen,
- landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe öffentlich-rechtlicher Körperschaften,
- zurückbehaltene Altenteilerflächen, sofern sie vom Altenteiler und/oder seinem Ehegatten mit eigenen Arbeitskräften und Produktionsmitteln bewirtschaftet werden,
- landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe, die zusätzliche Einnahmen erzielen, z.B. durch
  - ihre Verbindung mit landwirtschaftlichen Nebenbetrieben und/oder Hilfsbetrieben,
  - Vermietung von Räumen, z.B. im Rahmen der Aktion „Ferien auf dem Bauernhof“,
  - Vermietung von Gebäuden, Gebäudeteilen oder Hofflächen,
  - vorübergehend stillgelegte LF.

Einzelproduktgemeinschaften und Betriebszweiggemeinschaften werden als eigenständige Betriebe erfasst, wenn sie im Wesentlichen mit eigenen Arbeitskräften und Produktionsmitteln (und nicht mit denen der Mitgliedsbetriebe) bewirtschaftet werden; Gemeinschaftsobstanlagen, bei denen die Pflege- und/oder Erntearbeiten überwiegend von den Teilhabern selbst durchgeführt werden, werden dagegen nicht als gesonderte Betriebe, sondern bei den Teilhabern jeweils mit den eingebrachten Flächenanteilen erfasst.

Mehrere Betriebe in der Hand eines Inhabers (Betriebsinhabers) gelten als ein Betrieb, wenn für die Bewirtschaftung dieser Einheiten in der Regel die selben Arbeitskräfte und Produktionsmittel (insbesondere Gebäude und/oder Maschinen) eingesetzt werden.

**Erfassungsbereich**

Der Erfassungsbereich der repräsentativen Agrarstrukturerhebung 2005 erstreckt sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe:

- mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens zwei Hektar oder
- mit mindestens
  - a) jeweils acht Rindern oder Schweinen oder
  - b) zwanzig Schafen oder
  - c) jeweils zweihundert Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
  - d) jeweils dreißig Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch soweit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
  - e) jeweils drei Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen,

**Erhebungsmerkmale**

Erfüllen Betriebe mindestens eine der vorgenannten Bedingungen (Erfassungsbereich), dann sind **alle** Erhebungsmerkmale des Vordrucks zur ASE 2005 anzugeben, unabhängig vom Erreichen einzelner, im Erfassungsbereich dargestellter Grenzen.

**Betriebsinhaber**

Inhaber/Unternehmer ist diejenige Person, für deren Rechnung und auf deren Risiko der Betrieb bewirtschaftet wird, ohne Rücksicht auf die jeweiligen individuell gestalteten Eigentumsverhältnisse (Eigentum, Pacht, Erbpacht, Nutznießung) an den Produktionsmitteln (insbesondere Boden, Vieh, Gebäude, Maschinen).

Ergänzende Bemerkungen zu vorstehenden Kriterien:

Eine Übertragung von Verantwortlichkeiten an einen Betriebsleiter entbindet den Betriebsinhaber nicht von seiner Eigenschaft als Betriebsinhaber, da er Träger des wirtschaftlichen Risikos und Nutznießer des wirtschaftlichen Erfolges bleibt.

**Inhaber/  
Unternehmer  
können sein:**

- a) Einzelunternehmen
  - Einzelperson (Ehepaar, Geschwister etc.),
- b) Personengemeinschaften, -gesellschaften
  - BGB-Gesellschaft, nicht eingetragener Verein, Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG) einschließlich GmbH und Co. KG (mit Gesellschaftervertrag),
- c) Juristische Personen
  - Gebietskörperschaften: Bund, Bundesland, Bezirk, Kreis, Gemeinde, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindeverband,
  - Kirche, kirchliche Anstalt oder dgl. Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts,

- Anstalten oder Stiftungen des privaten Rechts (einschl. Gemeinschaftsforsten mit ideellem Besitzanteil),
- eingetragene(r) Genossenschaft oder Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Aktiengesellschaft (AG).

**Sonderfälle zu**

**„Betriebsinhaber“** Sind zwei oder mehrere Personen Betriebsinhaber eines Einzelunternehmens (z.B. Ehepaare, Geschwister), so kann die überwiegend mit der Geschäftsführung betraute Person (bei gleichen Anteilen am Betriebsrisiko und bei nach Art und Umfang vergleichbarer Arbeitsleistung für den Betrieb) in Anlehnung an das Lebensalter im Sinne der Erhebung als Betriebsinhaber bestimmt werden. Leitet ein Betriebsinhaber mehrere Betriebe, dann ist er im Sinne der Erhebung als Betriebsinhaber mit seiner anteiligen Arbeitsleistung für jeden Betrieb anzugeben.

**Betriebsleiter**

Der Betriebsleiter ist in „Einzelunternehmen“ diejenige Person, die den Betrieb leitet, also über den laufenden Einsatz an Produktionsmitteln bestimmt.

Dabei kann es sich um den Betriebsinhaber, einen seiner Familienangehörigen oder eine andere mit der Leitung des Betriebes beauftragte Person handeln (z.B. Angestellter).

In „Personengemeinschaften“ und „juristischen Personen“ können mehrere Betriebsleiter tätig sein. So ist i.d.R. jeder in der Personengemeinschaft tätige Gesellschafter zugleich Betriebsleiter.

**Ergänzende Anmerkungen zu vorstehenden**

**Definitionen:**

In Einzelunternehmen darf als Betriebsleiter nur **eine** Person je Betrieb - entweder bei Abschnitt 9 oder bei Abschnitt 10.1 des Erhebungsvordrucks - angegeben werden. Ein unterschiedliches Ausmaß in der Übertragung von Verantwortlichkeiten an den Betriebsleiter ist möglich. Die vertragsmäßig festgesetzte Zahlung eines erfolgsabhängigen Entgeltes an den mit der Leitung eines Betriebes beauftragten Betriebsleiter macht diesen **nicht** zum Betriebsinhaber.

### 3. Beispielsammlung

#### 3.1 Ermittlung des außerbetrieblichen Nettoeinkommens

Zum **außerbetrieblichen Einkommen** (Netto) zählen folgende Einkommensarten, die bei der Beantwortung von 814 bis 817 und 821 zu berücksichtigen sind:

- Nettoeinkommen aus einem **Gewerbebetrieb**, aus **selbständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit**<sup>4)5)</sup>:

Betriebseinnahmen abzüglich der Summe aus Betriebsausgaben, Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung und anteiliger Einkommenssteuer (entsprechend dem Anteil dieses Einkommensteiles am Gesamteinkommen),

- Nettoeinkommen aus **Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer**<sup>4)</sup>:

Bruttolohn oder Bruttogehaltsbezüge abzüglich der Summe aus Lohnsteuer und Beiträgen zur Sozialversicherung,

- Nettoeinkommen aus **Quellen der sozialen Sicherung**:

Gesamteinkommen aus Pension abzüglich Lohnsteuer, Renten und sonstige Bezüge ohne Abzug,

- Nettoeinkommen aus **Verpachtung oder Vermietung**<sup>5)</sup>:

Einnahmen abzüglich der Summe aus Werbekosten (Grundsteuer, Gebäudeversicherung, Reparaturkosten, Verwaltungskosten usw.) und anteiliger Einkommenssteuer (Anteile dieses Einkommensteiles am Gesamteinkommen),

- Nettoeinkommen aus **Kapitalvermögen**:

Zins- und Dividendeneinnahmen abzüglich der Summe aus Kapitalertragssteuer, Vermögenssteuer und Abgabe zum Lastenausgleich,

- Nettoeinkommen aus **sonstigen außerbetrieblichen Quellen**:

Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben: Betriebseinnahmen abzüglich der Summe der Betriebsausgaben.

Zum Zwecke einer zutreffenden Erfassung des Nettoeinkommens aus den Quellen außerhalb dieses Betriebes empfiehlt es sich, dem Auskunftspflichtigen erforderlichenfalls durch Aufzählung möglicher außerbetrieblicher Einkommensquellen behilflich zu sein. Einen Überblick darüber - getrennt nach Einkommensarten - gibt die Zusammenstellung auf S. XII. Einen Überblick über häufig vorkommende Einnahmen, die jedoch **nicht** zum Einkommen rechnen, bringt die Übersicht auf S. XIII.

Dem Nettoeinkommen kann - im Falle des Vorliegens von Unterlagen für die Einkommensbesteuerung - der Einkommensbetrag zugrundegelegt werden, der sich aus dem Bruttoeinkommen aus den Quellen außerhalb dieses Betriebes nach Abzug der Beiträge für die Sozialversicherung und die jeweils zutreffenden Personensteuern (in erster Linie Lohn- bzw. Einkommenssteuer) ergibt.

Bei Lohn- und Gehaltsempfängern kann, soweit keine genauen Unterlagen vorliegen, für die Ermittlung der Einkommenshöhe von Tarifarbeitszeiten und Tariflöhnen unter Berücksichtigung von Qualifikation, Alter und Familienstand ausgegangen werden.

4) Auch Einnahmen aus vorübergehender Tätigkeit sind einzubeziehen

5) Das Nettoeinkommen aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit und aus Verpachtung und Vermietung ist, sofern eine genauere Schätzung in Anlehnung an entsprechende Unterlagen früherer Jahre nicht möglich ist, näherungsweise durch einen Abschlag von 20 % vom Bruttoeinkommen zu ermitteln.

### 3.2 Beispiele für verbreitet vorkommende Arten außerbetrieblichen Einkommens

#### **Einkommen aus Gewerbebetrieb**

Gewinne des Gewerbebetriebes oder der Gewerbebetriebe (Gastwirtschaft, Metzgerei o.Ä.) aus der laufenden Bewirtschaftung.

- Einnahmen größeren Umfangs aus der Tätigkeit in einem Maschinenring.
- Gewinne aus anderen gewerblichen Unternehmen.
- Gewinne aus Veräußerung oder Aufgabe von Gewerbebetrieben oder -betriebsteilen.
- Gewinne aus Veräußerung von Anteilen an gewerblichen Unternehmen.

#### **Einkommen aus selbständiger oder freiberuflicher Erwerbstätigkeit**

Gewinne aus einer der nachstehend genannten oder ähnlichen Tätigkeit, sofern diese selbständig oder in eigener Verantwortung und auf eigene Rechnung durchgeführt wurden. In Frage kommen freie Berufe, wie z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Architekten, Vermessungsingenieure. Gewinne bei Aufgabe einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit.

#### **Einkommen aus Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer**

Lohn oder Gehalt aus einem oder mehreren Dienstverhältnis(sen) als Arbeiter, Angestellter oder Beamter, Volontär, Auszubildender (Lehrling), nichtselbständiger Vertreter o.Ä.  
Einzubeziehen sind auch:

Lohn- oder Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, Lohn- oder Gehaltsnachzahlungen, 13. Monatsgehalt, Tantiemen, Leistungs- und Treueprämien, Weihnachts- oder Urlaubsgeld, Lohnausgleichszahlungen, Kurzarbeits- oder Schlechtwettergeld, Überstundengeld, Abfindungen beim Ausscheiden, Geldwert von Sachleistungen, wie Deputate, freie Kost und Wohnung, Essensgeldzuschuss, sonstige Zuschüsse des Arbeitgebers zu Versicherungs- oder Sparprämien.

#### **Einkommen aus Quellen der gesetzlichen oder privaten sozialen Sicherung**

Altersrente, Pension aufgrund beamtenrechtlicher Bestimmungen, Vorruhestandsgeld, Unfallrente; Leistungen für Personenschäden durch private Haftpflichtversicherungen (z.B. Kfz-Versicherungen), Landabgaberente, Renten aus dem Lastenausgleich, Kriegsoferversorgung, Arbeitslosengeld oder -hilfe, Sozialhilfe, Krankengeld, Wohngeld, Unterhaltszahlungen durch Verwandte, Kindergeld/Erziehungsbeihilfe.

#### **Einkommen aus Verpachtung und Vermietung**

Pacht- oder Mieteinnahmen aus Überlassung

- unbeweglichen Vermögens (z.B. Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile) und Rechten (u.a. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht).

Hierin sind auch einzubeziehen:

Einnahmen aus Campingplätzen, sofern für deren Betrieb bauliche oder sanitäre Einrichtungen geschaffen und die Flächen aus der LF ausgeschieden sind, Einnahmen aus der Verpachtung land- oder forstwirtschaftlicher Flächen des befragten Betriebes, die über das üblicherweise als „Kleinpachtungen“ bezeichnete Maß hinausgehen, Einnahmen aus der Vermietung von Hofflächen oder Scheunen u.Ä., als Lagerraum oder zum Ab- oder Unterstellen, z.B. von Wohnwagen, sofern damit die betriebliche Nutzung dieser Flächen bzw. Gebäude auf längere Dauer unterbunden ist, Einnahmen aus Zimmervermietung, sofern diese Räumlichkeiten nur in loser Verbindung zu den Gebäuden des Betriebes stehen, ohne die Grenzen der steuerlich als gewerblich bezeichneten Nutzung zu überschreiten (getrennte Gebäude, größerer Umfang der Übernachtungen) und die Zimmervermietung nicht als „Ferien auf dem Bauernhof“ zu rechnen sind.

- beweglichen Vermögens (z.B. Überlassung von lebendem und totem Inventar).



**Einkommen aus**

**Kapitalvermögen** Gewinnanteile (Dividenden), Zinsen von Sparkassen- oder Bankkonten, sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Genussscheinen, Gewinnanteile aus Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Einnahmen aus Beteiligung als stiller Gesellschafter, Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden, Darlehen, Anleihen, Einnahmen aus Zuckerrübenaktien und Verpachtung von Milchquoten.

**Einkommen aus****sonstigen außer-  
betrieblichen****Quellen**

Gewinne aus anderen land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben einschl. etwaiger Veräußerungsgewinne.

**3.3 Beispiele für weder zum betrieblichen noch zum außerbetrieblichen Nettoeinkommen zählende Einnahmen**

Zum Nettoeinkommen zählen u.a. **nicht**:

- Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers,
- Schadensregulierungen durch Sach- oder Haftpflichtversicherungen (jedoch ohne Personenschadensregulierungen),
- Rückvergütungen oder Preisminderungen für Waren des privaten Bedarfs,
- Auszahlung fälliger Lebens- o.ä. Versicherungen,
- Aufgenommene Kredite oder Darlehen,
- Erbschaften,
- Lotterie oder ähnliche Gewinne,
- Aussteuerbeihilfen,
- Reisekosten-, Umzugskostenvergütungen aus öffentlichen Kassen,
- Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen,
- Beitragserstattungen seitens privat abgeschlossener Sachversicherungen,
- Erstattung privater Steuern (z.B. Einkommens-, Vermögenssteuer),
- durchlaufende Posten,
- Einnahmen aufgrund der Bestimmungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG).



## Anlage 8

### Verzeichnis der Sachgebietstabellen zur ASE 2005

**Verzeichnis der Sachgebietstabellen  
zur Agrarstrukturerhebung  
2005**

Sachgebiet	Tabellennummer mit Kennzeichnung T=total, R=repräsentativ,	Vorspaltengliederungen
Struktur der Bodennutzung	1.1R/T, 2.1R	nach Gkl. LF
Struktur der Viehhaltung	A80R	nach Gkl. LF
Bestandsgrößen der Viehhaltung	81R-89R, 89aR, 90R	nach Gkl. LF
Bestandsgrößen der Viehhaltung	91R-94R	nach Gebietseinheiten
Betriebe mit Rindern oder Schweinen und Lagerkapazität für Gülle	95R, 96R	nach Bestandsgrößenklassen und dem Verfahren der Güllelage
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Standarddeckungsbeiträge	101R, A104R	nach Gkl. LF, Gkl. SDB
Sozialökonomische Betriebstypen	151R	nach Gkl. LF, Gkl. SDB und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung
Berufsbildung des Betriebsleiters	180R	nach Gkl. LF und Altersgruppen
Eigentums- und Pachtverhältnisse	201R-202R, A203R, 204R-210R	nach Gkl. LF
Arbeitskräfte vor Klassifizierung	251.1R-258R, 261R, A263R, 272R A251.2 259R, 260R	nach Gkl. LF nach Gkl. der Arbeitskräfte nach Altersgruppen
Arbeitskräfte nach Klassifizierung	301R-305R, A305R, 306R, 312R	nach Gkl. LF, Gkl. SDB und betriebswirtschaftliche Ausrichtung
Außerbetriebliche Einkommens- Quellen	A351R	nach Gkl. LF
Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft	451R-454R	nach Gkl. LF
Art der Bewirtschaftung „Ökologischer Landbau“	1.2T, 81.2R, 501T, 512R A502T	nach Gkl. LF nach Gebietseinheiten
Einkommenskombinationen	A551R	nach Gebietseinheiten
Landwirtschaftliche Betriebe mit Beihilfen für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes	A562.1R A562.2R	nach Gebietseinheiten nach Gkl. LF
Feststellung der betrieblichen Einheiten (FBE), Rechtsformen	1R/T, 3T, 5R/T	nach Gebietseinheiten nach Gkl. LF
Vorabtabellen	1R/T 2R/T 3R/T 4R/T 5R/T 6R/T 7R/T 8R 9R/T 10R/T	nach Fehlerarten nach Rechtsformen nach Gkl. LF nach Fruchtarten nach Tierkategorien nach Bestandsgrößenklassen --- nach Personengruppen nach Erwerbscharakter Klassifizierung
Hilfstabelle	1 (Hochrechnung)	nach Schichten

## Anlage 9

### Gesamtüberblick über die Vorspalten-Größenklassenschemata für LF, SDB, Altergruppen und Arbeitskräfte in den Aufbereitungstabellen Zur ASE 2005

Gesamtüberblick über die Vorspalten - Größenklassenschemata  
für LF, SDB, Altersgruppen und Arbeitskräfte  
in den Aufbereitungstabellen zur ASE 2005

Gliederungsmerkmal	Gliederungsschemata			
	Bund	Ostversion	Nordversion	Südversion
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von ... bis unter ... ha	unter 2 2 - 5 5 - 10 10 - 20 20 - 30 30 - 50 50 - 100 100 u. mehr Insgesamt  darunter: 100 - 200 200 - 500 500 - 1 000	unter 2 2 - 5 5 - 10 10 - 20 20 - 30 30 - 50 50 - 100 100 u. mehr Insgesamt  darunter: 100 - 200 200 - 500 500 - 1 000	unter 2 2 - 5 5 - 10 10 - 20 20 - 30 30 - 50 50 - 100 100 u. mehr Insgesamt  darunter: 50 - 75 75 - 100 100 - 200	unter 2 2 - 5 5 - 10 10 - 20 20 - 30 30 - 50 50 - 100 100 u. mehr Insgesamt  darunter: 50 - 75 75 - 100 100 - 200
	unter 2 2 - 10 10 - 30 30 - 50 50 - 100 100 u. mehr Insgesamt  darunter: 100 - 200 200 - 500 500 - 1 000	—	—	—
Standard- deckungs- beitrag von ... bis unter ... EGE <sup>1)</sup>	unter 2 2 - 8 8 - 16 16 - 24 24 - 32 32 - 40 40 - 60 60 u. mehr Insgesamt  darunter: 60 - 100 100 - 250 250 u. mehr	unter 2 2 - 8 8 - 16 16 - 24 24 - 32 32 - 40 40 - 60 60 u. mehr Insgesamt  darunter: 60 - 100 100 - 250 250 u. mehr	unter 2 2 - 8 8 - 16 16 - 24 24 - 32 32 - 40 40 - 60 60 u. mehr Insgesamt  darunter: 8 - 12 12 - 16 28 - 32	unter 2 2 - 8 8 - 16 16 - 24 24 - 32 32 - 40 40 - 60 60 u. mehr Insgesamt  darunter: unter 1 8 - 12 28 - 32
1) Europäische Größeneinheit				

Gliederungsmerkmal	Gliederungsschemata			
	Bund	Ostversion	Nordversion	Südversion
<b>Altersgruppen</b> Alter von ... bis ... Jahren	15 - 19 20 - 24 25 - 29 30 - 34 35 - 39 40 - 44 45 - 49 50 - 54 55 - 59 60 - 64 65 - 69 70 u. mehr <b>Insgesamt</b>			
<b>Größenklassen der</b> <b>Arbeitskräfte</b> Betriebe mit ... Arbeitskräften	1 2 3 4 und 5 6 und mehr <b>Insgesamt</b>  darunter: 6 - 9 10 - 19 20 u. mehr			





# Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

## Reihe 1: Ausgewählte Zahlen der Agrarstrukturerhebung

Bis zum Berichtsjahr 2002 wurde die Reihe 1 unter dem Titel „Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft“ *jährlich* veröffentlicht. Ab dem Berichtsjahr 2003 erscheint die Reihe 1 *zweijährlich* unter dem Titel „Ausgewählte Zahlen der Agrarstrukturerhebung“. Sie ist eine zusammenfassende Darstellung von Produktions- und Strukturergebnissen der Agrarstrukturerhebung. Es werden ausgewählte Merkmale über die Bodennutzung, die Viehbestände, die Arbeitskräfte, die Betriebe mit ökologischem Landbau und die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe dargestellt.

### 1.1: Strukturdaten zur Landwirtschaft

#### 1.1.1: Bodennutzung und Viehhaltung der Betriebe

In einem jährlichen Bericht (mit Vorbericht) wurden für die Jahre 2002 – 2004 die landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kultur- und Fruchtarten aufgegliedert und das Ergebnis über die Viehbestände im Mai nachgewiesen.

Ab 2005 werden die Ergebnisse für die landwirtschaftlich genutzten Flächen wieder in der Reihe 3.1.2 „Bodennutzung der Betriebe“ nachgewiesen; das Ergebnis für die Erhebung der Viehbestände im Mai erscheint in der Reihe 4.1 „Viehbestand“.

## Reihe 2: Betriebs-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse

### 2.1: Betriebe

#### 2.1.1: Betriebsgrößenstruktur

Dieser zweijährlich (bis 1998 *jährlich*) erscheinende Bericht enthält Daten über die Größenstruktur von landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben sowie über Veränderungen in der zeitlichen Entwicklung.

In nachstehend aufgeführten Ergebnisberichten werden Ergebnisse der *zweijährlich* stattfindenden Agrarstrukturerhebung (bis 1997 Agrarberichterstattung) veröffentlicht. In Jahren mit einer Landwirtschaftszählung (1979, 1991, 1999) ist die Agrarstrukturerhebung Teil dieser Großzählung. Entsprechend werden alle im Rahmen der Landwirtschaftszählung erhobenen Daten auch als Ergebnisse der Landwirtschaftszählung veröffentlicht.

#### 2.1.2: Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung)

#### 2.1.3: Viehhaltung der Betriebe (Struktur der Viehhaltung)

#### 2.1.4: Betriebswirtschaftliche Ausrichtungen und Standarddeckungsbeiträge

Bis einschließlich 2001 wurde diese Reihe unter dem Titel „Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen“ veröffentlicht. Die Ergebnisse sind mit denen vorhergehender Veröffentlichungen nicht vergleichbar, da ab 2003 das Klassifizierungssystem der EU auch national übernommen wurde.

#### 2.1.5: Sozialökonomische Verhältnisse

#### 2.1.6: Eigentums- und Pachtverhältnisse

Bis einschließlich 1995 „Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben“, ab 1997 unter Einbeziehung der ehemaligen Reihe 2.1.8 „Pachtflächen und Pachtentgelte“.

#### 2.1.7: Außerbetriebliche Einkommen und Arbeitsverhältnisse für ausgewählte Betriebsgruppen

#### 2.1.8: Arbeitskräfte

Bis 1995 wurden Angaben über Arbeitskräfte in der Reihe 2.2 veröffentlicht. Ab 1997 erfolgt die Herausgabe entsprechender Ergebnisse in der Reihe 2.1.8. Die Reihe 2.2 wird seitdem nicht mehr fortgeführt.

#### 2.1.9: Ausstattung mit und Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen

In Auswertung der Anträge auf Gasölverbilligung erschienen in Reihe 2.3 bis einschließlich 1993 *dreijährlich* Nachweisungen über technische Betriebsmittel. Für 1995 wurden einmalig Angaben über die Ausstattung mit und den Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen im Rahmen der Agrarberichterstattung erhoben und veröffentlicht. Diese Reihe wird nicht fortgesetzt.

#### 2.2.1: Betriebe mit ökologischem Landbau

Diese Reihe berichtet seit 1999 *zweijährlich* über die Betriebe mit ökologischem Landbau.

#### 2.4: Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke

Diese Reihe wertet *jährlich* die Meldungen der Finanzämter über die Veräußerungsfälle für Flächen landwirtschaftlicher Nutzung aus.

### 2.S.: Sonderbeiträge (unregelmäßige Folge)

Bisher erschienen:

#### 2.S.1: Methodische Grundlagen der Agrarberichterstattungen / Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) 1991 bis 1997

#### 2.S.2: Methodische Grundlagen der Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ab 1999

#### 2.S.3: Methodische Grundlagen der Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben 2003

## Reihe 3: Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

In der Jahreszusammenstellung werden die Anbaustatistiken mit den Erntefeststellungen über landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland, Gemüse, Obst und Weinmost ausgewiesen. Außerdem finden sich Angaben über Baumschulgehölze, Weinbestände und -erzeugung.

### 3.1: Landwirtschaftliche Bodennutzung

#### 3.1.1: Gliederung der Gesamtflächen (erscheint ab 1989 als Reihe 5.1)

#### 3.1.2: Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen; diese Reihe ersetzt ab 2005 zusammen mit der Reihe 4.1 die bisherige Reihe 1.1.1)

In einem *jährlichen* Bericht (mit Vorbericht) wird die landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kultur- und Fruchtarten aufgegliedert.

#### 3.1.3: Gemüseanbauflächen

Diese Reihe berichtet *jährlich* über die Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren.

#### 3.1.4: Baumobstflächen

Aus den *fünfjährlichen* Obstanbauerhebungen werden Strukturangaben über Betriebe, Anbauflächen und Sorten nachgewiesen.

Fortsetzung siehe folgende Seite

### 3.1.5: Rebflächen

Dieser *jährliche* Bericht enthält eine sachlich und regional gegliederte Bestandsaufnahme der mit Keltertrauben bestockten Rebflächen mit marktorientierter Produktion.

### 3.1.6: Anbau von Zierpflanzen

Diese Veröffentlichung berichtet in *vierjährlicher* Periodizität über den Anbau von Blumen und Zierpflanzen für den Verkauf.

### 3.1.7: Baumschulen, Baumschulflächen und Pflanzenbestände

Die *vierjährliche* Veröffentlichung enthält Angaben über die Baumschulfläche und die Bestände an Forstpflanzen sowie Obst- und Ziergehölzen.

### 3.1.8: Bodennutzung der Betriebe (Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten)

In diesem *zweijährlich* erscheinenden Bericht werden die Anbauflächen landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte nach Pflanzenarten sowie dem Nutzungszweck nachgewiesen.

## 3.2: Pflanzliche Erzeugung

### 3.2.1: Wachstum und Ernte

#### – Feldfrüchte, Gemüse, Obst, Trauben –

In unregelmäßiger Folge erscheinen *jährlich* 22 Einzelberichte getrennt nach den vier Sachbereichen mit Angaben über den Wachstumsstand, die Erntevorschätzungen und die endgültigen Erntefeststellungen.

### 3.2.2: Weinerzeugung

*Jährlich* ein Bericht über die erzeugte Wein- und Mostmenge in der Unterteilung nach Ländern, Regierungsbezirken und Anbaugebieten sowie nach Qualitätsstufen.

### 3.2.3: Weinbestände

*Jährlich* ein Bericht über die Bestände an Wein- und Traubenmost nach Herkunft und Betriebsart in der Unterteilung nach Ländern und Regierungsbezirken.

## Reihe 4: Viehbestand und tierische Erzeugung

Das Jahreshaft enthält Ergebnisse der Viehbestandsstatistiken, der Statistiken über Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen und Fleischerzeugung, Erzeugung von Geflügel und Eiern sowie Fleisch- und Geflügelfleischuntersuchung.

### 4.1: Viehbestand

Die jährlichen Berichte informieren über die Ergebnisse der Viehbestandserhebungen (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Geflügel) im Mai sowie über die Viehbestandserhebungen (Rinder, Schweine) im November.

Für die Jahre 2002 bis 2004 wurde das Ergebnis der Viehbestands-erhebungen im Mai in der Reihe 1.1.1 nachgewiesen.

### 4.2: Tierische Erzeugung

Zu dieser Reihe erscheinen folgende Veröffentlichungen

#### 4.2.1: Schlachtungen und Fleischerzeugung (*vierteljährlich*)

#### 4.2.2: Milcherzeugung und -verwendung (*jährlich*)

#### 4.2.3: Erzeugung von Geflügel (*halbjährlich*)

### 4.3: Fleischuntersuchung (*jährlich*)

### 4.4: (unbesetzt)

## 4.5: Hochsee- und Küstenfischerei

Die Vierteljahres- und Jahresberichte enthalten bis 1999 Angaben über Anlandeergebnisse in der Gliederung nach Fischarten, Fanggebieten und Anlandeplätzen. Diese Reihe wird nicht fortgesetzt.

## Reihe 5: Allgemeine Flächennutzung

### 5.1: Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

(bis 1985 als Reihe 3.1 erschienen)

Dieser Bericht informiert in *vierjährlichem* Abstand bis zur Kreisebene über die tatsächliche Nutzung der Bodenfläche. Datengrundlage sind die Liegenschaftskataster.

### 5.2: Bodenfläche nach Art der geplanten Nutzung

In diesem Heft wird ab 1989 *vierjährlich* bis zur Kreisebene die geplante Nutzung der Bodenfläche, wie sie in der gemeindlichen Bauleitplanung zum Ausdruck kommt, dargestellt. Als Erhebungsgrundlage dienen die Flächennutzungspläne der Gemeinden.

## Einzelveröffentlichungen im Rahmen der Landwirtschaftszählung

### – Landwirtschaftszählung (Haupterhebung) 1999

Außer den in der Reihe 2.1.2 – 2.1.8 veröffentlichten Ergebnissen der Agrarstrukturerhebungen, die in Jahren mit einer Landwirtschaftszählung Bestandteil dieser Großzählung sind, werden zusätzlich folgende Veröffentlichungen veröffentlicht:

- Heft 1 Landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Berufsbildung
- Heft 2 Betriebe und Arbeitskräfte in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben
- Heft 3 Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste 1998
- Heft 4 Hofnachfolge in landwirtschaftlichen Betrieben
- Heft 5 Soziale Sicherung 1999

### – Gartenbauerhebung 1994, Teil I und Teil II

### – Weinbauerhebung 1999

### – Binnenfischereierhebung 1994

## Klassifikation

Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1993.

Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995.

**DSTATIS**  
wissen. nutzen.

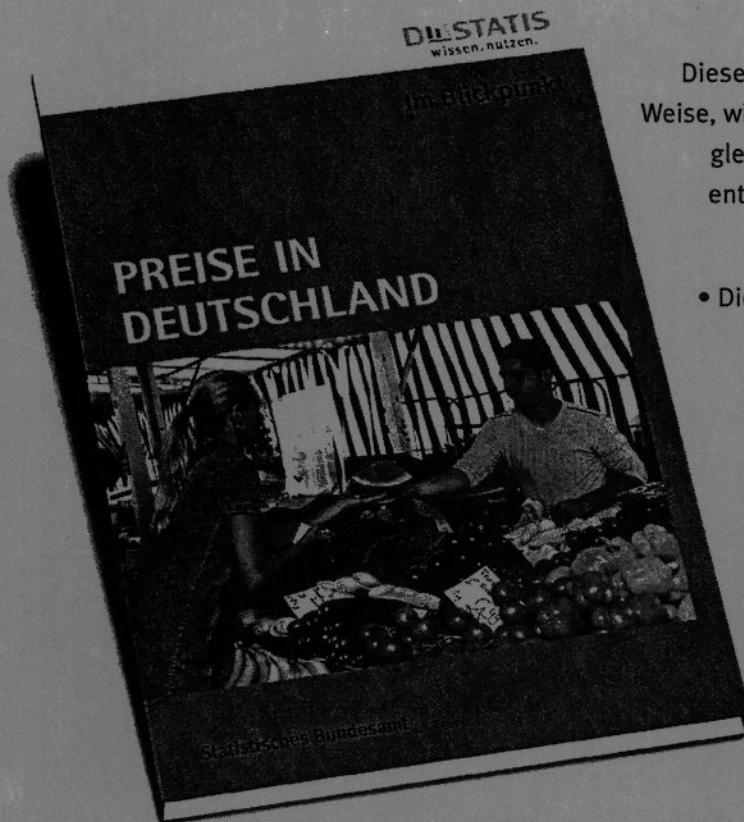
**Statistisches Bundesamt**  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden

Die Veröffentlichungen sind über den Vertriebspartner:  
SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group,  
Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50,  
E-Mail: destatis@s-f-g.com erhältlich.



# Im Blickpunkt: Preise in Deutschland!

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen  
der amtlichen Preisstatistik!



Dieser Band vermittelt Ihnen auf anschauliche Weise, wie Preisstatistik funktioniert und skizziert gleichzeitig ein umfassendes Bild der Preisentwicklung in Deutschland. Unter anderem werden folgende Fragen behandelt:

- Die Bevölkerung spricht von heftigen Preissteigerungen seit der Euro-Einführung – wie kommt es, dass die Statistiker sinkende Inflationsraten messen?
- Seit 1999 gibt es die Ökosteuer – wie wirkt sie auf die Verbraucherpreise?
- Das Wachstum in China treibt die Rohstoffpreise – wie macht sich das in Deutschland bemerkbar?

Im Blickpunkt  
Preise in Deutschland

erschienen im Februar 2005,  
69 Seiten, Preis: 9,80 Eur[D]  
Bestell-Nr. 1021213-04900-1,  
ISBN 3-8246-0732-8

Zu beziehen durch den Buchhandel und über SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, D-72774 Reutlingen, Telefon +49(0) 70 71 / 93 53 50, Telefax +49(0) 70 71 / 93 53 35, E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com) oder direkt über den Internet-Shop des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)